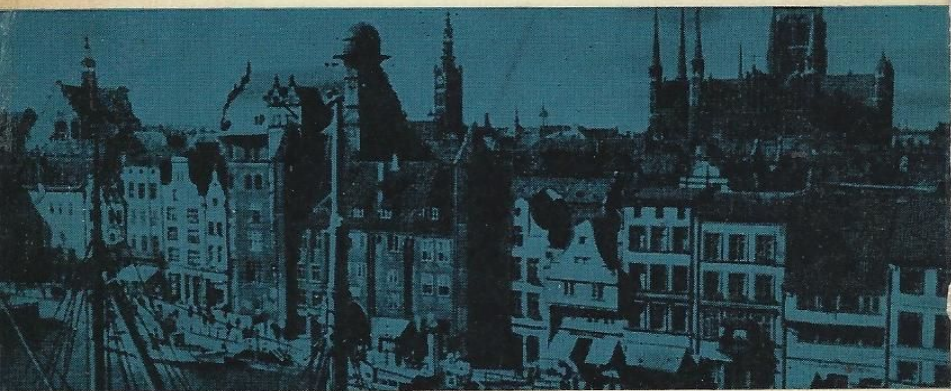


Carl J. Burckhardt

Meine Danziger Mission 1937-1939



dtv
dokumente

Carl Jacob Burckhardt

wurde am 10. 9. 1891 in Basel geboren. Er kam 1918 als Diplomat nach Wien, wo er Hugo von Hofmannsthal kennenlernte, mit dem ihn eine langjährige Freundschaft verband. Von 1929 bis 1932 war er Professor für Geschichte an der Universität Zürich, später in Genf. 1937 wurde er als Hoher Kommissar des Völkerbundes nach Danzig berufen. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges kehrte er in die Schweiz zurück, wurde 1944 Präsident des Internationalen Roten Kreuzes und vertrat 1945 bis 1949 die Schweiz als Gesandter in Paris. Er lebt heute in Vinzel (Schweiz).

Großband



**Deutscher
Taschenbuch
Verlag**

Über dieses Buch

Der vorliegende Band enthält im Wesentlichen die bisher unveröffentlichten Berichte, die Carl J. Burckhardt während seiner Tätigkeit als letzter Hoher Kommissar des Völkerbundes in der Freien Stadt Danzig an den Generalsekretär der Genfer Organisation, Joseph Avenol, an den Vize-Generalsekretär und Leiter der politischen Abteilung, Frank Walters, sowie an die Präsidenten des Dreierkomitees für die Freie Stadt Danzig und an die englischen Aussenminister Anthony Eden und Lord Halifax gerichtet hat. Die Originale dieser Berichte befinden sich in der Bibliothek der Vereinten Nationen in Genf. Die Dokumente wurden durch die Aufzeichnungen, die der Autor nicht beim Verlassen Danzigs vernichten musste, ergänzt.

Carl J. Burckhardt stand in diesen entscheidenden Jahren auf einem verlorenen Posten. Er blieb, nicht weil er glaubte, «eine Rolle spielen zu können», sondern weil er bis zum letzten Augenblick hoffte, «auf engstem Raum und ohne wirksame Mittel . . . einer übernommenen Pflicht bis zum Schluss zu genügen».

Mai 1962

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München

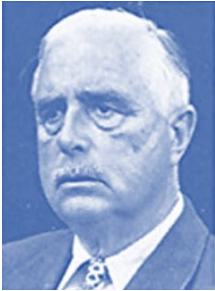
© 1960 Verlag Georg D.W. Callwey, München

Für den Deutschen Taschenbuch Verlag
vom Verfasser genehmigte Ausgabe.

Ausstattung: Celestino Piatti

Gesamtherstellung: C.H. Beck'sche Buchdruckerei, Nördlingen
Printed in Germany

Eingelesen mit [ABBY Fine Reader](#)



Carl J. Burckhardt:
Meine Danziger Mission
1937-1939

Deutscher
Taschenbuch
Verlag



Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	7
I Streiflichter zum Danziger Problem	23
II Allgemeine Bemerkungen zur nationalsozialistischen Bewegung	45
III Meine Ernennung auf den Danziger Posten	49
IV Gleichschaltung.	83
V Die Sudetenkrise	125
VI Der antisemitische Terror	179
VII Der polnische Konflikt.....	199
Anhang.....	279
Anmerkungen.....	282
Personenregister	293

An Abkürzungen wurden in den Fussnoten und Anmerkungen verwendet:

SdNA = Société des Nations, Archives. Political Sect, of the Secretariat (February, 1937, to July, 1939).

ADAP = Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D (1937-1945), Baden-Baden, 1953.

Brit. Doc. = Documents on British Foreign Policy 1919-1939, 3rd Series, Bd. I-VII, H. M. Stationery Office, London.

Alle Berichte, die der Verfasser und seine Danziger Mitarbeiter von Februar 1937 bis August 1939 mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes, Mr. Avenol und Mr. Walters, wechselten, befinden sich, soweit nicht anders vermerkt, im Archiv des Völkerbundes (SdNA) oder im Privatarchiv des Verfassers.

Einleitung¹

1772, 1793 und 1795 erfolgte, durch die drei Teilungen Polens, die Löschung eines ehrwürdigen Staatsgebietes mit geschlossenem Volkstum, eigener Sprache und einheitlicher Religion. Das polnische Volk aber hat sich während mehr als hundert Jahren der Besetzung und des Exils wunderbarerweise eine ungebrochene nationale Persönlichkeit erhalten.

Im ersten der beiden grossen Weltkriege haben die Mittelmächte, Deutschland und Österreich, aus politisch-strategischen Gründen, eine Wiederherstellung des polnischen Staates angestrebt; diese Aufgabe wurde dann von der siegreichen Entente verwirklicht.

Schematische und gleichzeitig unkonsequente Anwendung des Prinzips nationalstaatlicher Grenzziehung in den Friedensverträgen von 1918, anstelle voller Berücksichtigung der historischen Ansprüche Polens, musste an der Westgrenze des neugeborenen Staates bei äusserst komplizierten ethnischen Voraussetzungen unausweichlich zum Ursprung schwerer Verwicklungen werden.

Die siegreiche Koalition entriss ein polnisches, ziemlich willkürlich zusammengesetztes Territorium den bisherigen Besatzungsmächten Deutschland, Österreich, Ungarn und Russland; sie teilte der polnischen Nation zwischen den Jahren 1918 und 1923 ein Staatsgebiet zu, verlieh ihr staatliche Souveränität und entzog sich dann selbst der Verantwortung, die sie dadurch übernahm und deren erstes Gebot gelaundet hätte: Gebt dem neuentstandenen Polen tragbare aussenpolitische, strategische und wirtschaftliche Voraussetzungen! Aus den so deutlichen Lehren der Geschichte, aus den ökonomischen Erfahrungen zog man keine Konsequenzen. Berechtigten Wünschen Polens in Bezug auf den Grenzverlauf trug man wenig Rechnung. Überall an der Peripherie des neuen Staatsgebietes schuf man durch widerspruchsvolle Entscheide Situationen, die auf die Dauer schwer haltbar waren, vor allem den strategischen Bedingungen wurde keine Rechnung getragen; überlegte, abgewogene Lösungen blieben aus. Voraussetzungen wurden zugelassen, die das Entstehen entspannter Beziehungen zum deutschen Nachbarreich im vorhinein unmöglich

machten; dasselbe gilt in Bezug auf Sowjetrussland, ja sogar für die Grenzen mit der aus den Trümmern der einzigen grossen europäischen Föderation, der österreichisch-ungarischen Monarchie, in widerspruchsvoller Weise herausgeschnittenen Tschechoslowakei.

Was die Regelung seiner Westgrenzen anbetrifft, so hatte Polen zum mindesten klare Forderungen gestellt. Es hatte einen beträchtlichen Teil Oberschlesiens, die Masuren und einen gesicherten breiten Zugang zur Ostsee verlangt. Dies wurde nicht berücksichtigt, und schon schritt man zu gefährlichen Kompromisslösungen.

Die deutsch-polnische Spannung setzte unmittelbar nach den Friedensschlüssen ein. Sie wurde bedrohlich mit Ausbruch des Handelskrieges zwischen den beiden Mächten im Jahre 1925, in dessen Verlauf Polen schwere wirtschaftliche Einbusse erlitt. Politisch-strategisch hat dann im selben Jahre Stresemanns Entspannungsaktion gegenüber Frankreich, haben die Verträge von Locarno vom 16. Oktober 1925 unzweideutig die deutschen Revisionsansprüche gegenüber seinem östlichen Nachbarstaat verstärkt und auch bereits deutlich gemacht. Die Demilitarisierung des Rheinlandes, ihre Garantie durch England, Frankreich und Italien, sodann die damals unterzeichneten Nichtangriffs- und Beistandsverpflichtungen zwischen den genannten Staaten waren für Polen bedrohlich, sie schwächten schon sieben Jahre nach dem alliierten Sieg die Bedeutung des französisch-polnischen Bündnisses ab.*

Stresemanns Absichten waren bekannt. Er hat sich schon 1925 sehr deutlich geäussert: in einem Brief an den einstigen deutschen Kronprinzen erklärte er die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs und des Korridors sowie die Veränderung der ober-schlesischen Grenze als ein Hauptziel seiner Politik.

Strategisch war die Situation Polens gegenüber Deutschland von Anfang an schwach, in der Folge sollte sie aussichtslos werden. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um zu erkennen, wie sehr alle geographischen Gegebenheiten das Reich zu einer Umfassungsstrategie gegen Grosspolen einluden.

Allerdings, was einsetzbare Streitkräfte anbetrifft, war das Reich bis zu den dreissiger Jahren den Polen weit unterlegen.

*Vgl.S. 14 f.

Dieser Umstand hat ein starkes Argument für diejenigen polnischen Kreise gebildet, die sich mit dem Gedanken eines Präventivkrieges trugen. Mit Recht konnten die polnischen Aufmarschpläne zwischen 1923 und 1931 die militärische Schwäche des westlichen Nachbarn in Rechnung stellen. Deutschland hätte innerhalb jenes gleichen Zeitraumes sich bloss auf hinhaltenden Widerstand beschränken können. Der deutsche Generalstab nahm während der zwanziger Jahre im vorhinein eine Preisgabe Schlesiens für den Kriegsfall in Aussicht.

Es ist bemerkenswert, dass während des ersten Jahrzehnts der staatlichen Existenz Polens in Warschau der Wille zu einer versöhnlichen Politik gegenüber dem Reich schliesslich doch immer überwogen hat. Der für diese Haltung sachlich bestimmende Faktor war Russland.

Deutschland und Russland wurden, in völliger Verkennung ihrer potentiellen Macht, nach 1918 als die beiden Ausgestossenen der Völkergemeinschaft behandelt. Russland hatte alle seine Kriege in der zweiten Hälfte des neunzehnten und nun den grossen Krieg im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts verloren. Mit Hilfe des deutschen Grossen Generalstabs hatte es sich den Führern einer extremistischen Minorität, den Vertretern einer Ideologie deutschen Ursprungs in die Arme geworfen, Revolutionären, deren Grundsätze, diktatorisch erzwungen, gleichzeitig zu innerer Konzentration und Härte, nach aussen aber zu ungeheurer Werbekraft, und, im Unterschied zum Faschismus, zur Durchdringung und Schwächung aller virtuellen Gegner führte. Eine ähnliche Wirkung, wie von der bolschewistischen Form des Sozialismus, ist innerhalb überblickbarer Geschichtsepochen einzig vom Islam ausgegangen. Eine zu höchster Kraftkonzentration führende absolutistische Methode hat das russische Volk aber nicht widerstandslos ertragen. Die erste europäische Nation, welche die Gefahr des marxistisch unterbauten Imperialismus einer Grossmacht für die übrige Welt in ihrer ganzen Tragweite deutlich erkannte, war zweifellos Polen. Der zwischen April und Oktober 1920 geführte polnisch-russische Krieg hatte mit grossen polnischen Erfolgen begonnen; am 7. Mai nahmen die Polen Kiew, dann jedoch gelang ein russischer Gegenstoss, der bis vor Warschau führte. In Warschau trat die Wendung ein, die man das «Wunder an der Weich-

sel» genannt hat. Unter Führung Jozef Pilsudskis*, dem unter anderem der französische General Weygand** beratend zur Seite stand, wurden die Russen zu einem fluchtartigen Rückzug gezwungen, aber die Ausnützung des Sieges unterblieb. Pilsudski hatte irrtümlicherweise mit einer mitreissenden Wirkung des ukrainischen Patriotismus gerechnet. Kiew ging bald wieder an Russland verloren, trotz des Slogans: «ohne Kiew kein Lemberg». Dem Sieg folgte sehr rasch der für Polen wenig vorteilhafte Friedensschluss von Riga.

Bei diesem Anlass wurde die polnische Ostgrenze festgelegt; sie ging nur wenig über die von den Alliierten vorgeschlagene, für Polen unannehmbare Curzon-Linie hinaus, dem Status von 1792 entsprach sie nicht. Die Ausnützung des polnischen Sieges, der eine entscheidende Stärkung der inneren russischen Widerstandskräfte und damit eine dem Westen angleichbare russische Entwicklung erlaubt hätte, wurde vom Westen nicht wahrgenommen. Man glaubte, ein Sieg der Linksextremisten werde Russland national auf lange Sicht hinaus schwächen; die innere russische Opposition wurde infolgedessen preisgegeben, ihre militärischen Führer wurden verraten, und mit äussersten Mitteln einer Gewaltherrschaft, unter Ausrottung ganzer Bevölkerungsteile, setzte sich im unermesslichen Gebiet der Sowjetunion dasjenige wirkungsmächtige System durch, welches Russland damals vor einer Aufteilung und kolonialisatorischen Ausbeutung durch die Mächte bewahrt hat, um sodann das einstige Zarenreich innerhalb eines kurzen Vierteljahrhunderts zur beherrschenden Weltmacht werden zu lassen.

Eine deutsch-russische Zusammenarbeit, Zusammenarbeit der beiden nach dem Ersten Weltkrieg als nicht vollberechtigt behandelten grossen Staaten, wurde am 16. April 1922 in Rapallo eingeleitet. Der vier Jahre später, am 24. April, zwischen den Sowjets und dem Reich abgeschlossene Vertrag von Berlin, war weitgehend gegen Polen gerichtet. Zwischen den Zeilen seines Textes war bereits das Verhalten zu erkennen, das Russland dann 1939 in den ersten zwei Wochen des Krieges in die Praxis umwandelte. Die späteren Abmachungen haben

* Józef Pilsudski (1867-1935), Nov. 1918 Staatspräsident bis Dez. 1922. Als Oberbefehlshaber der Armee Sieger gegen die Rote Armee im Aug. 1920 («Wunder an der Weichsel»). Nach Putsch 1926 wird er Kriegsmin. und Min.-Präs. mit autoritärem Charakter.

** Maxime Weygand (geb. 1867), Generalstabschef des Marschalls Foch im Ersten Weltkrieg. 1931-1935 Generalinspektor und Vizepräs. des franz. Kriegsrates. 19. 5. 1940 Oberbefehlshaber der franz. Armee.

nur einen Tatbestand verstärkt, der schon seit dreizehn Jahren vorhanden war. Mit Abschluss jenes Vertrags von 1926 hat die intensive militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Berlin begonnen, welche von den Westmächten, obwohl sie ihren Generalstäben bekannt war, unterschätzt wurde. Die russische Armee übernahm damals die kriegswissenschaftlichen und technischen Erfahrungen der preussisch-deutschen Armee; deutsche Militärstationen, Lager, in denen die Reichswehr die im Versailler Vertrag verbotenen Waffen erprobte und einübte, wurden auf russischem Gebiet zur Verfügung gestellt. Bei Ischewsk, am Flusse Kama, östlich von Kasan, befand sich das grosse deutsche Panzerübungsfeld. Die polnische Regierung war über jede Einzelheit des deutsch-russischen Zusammenwirkens unterrichtet, in Warschau kannte man die häufigen Kontakte der Deutschen mit der russischen Generalität, «Kama» war das polnische Kennwort für diese deutsch-russischen Vorgänge auf militärischem Gebiet. Polen, wie der Ausgang bewiesen hat, stand bis zum Jahre 1939 beständig der tödlichen Gefahr des Zweifrontenkrieges gegenüber. Verschlechterten sich aber die deutsch-russischen Beziehungen, was manche als Ausweg erhofften, so musste Polen zum Kriegsschauplatz werden. Das aussenpolitische Verhalten aller polnischen Regierungen innerhalb der zwanzig ersten Lebensjahre des wiederhergestellten Staates war durch diese Lage bedingt. Aus ihrem Vorhandensein erklärt sich manche jener Stellungnahmen der Warschauer Regierungen, zu denen der Westen sich verständnislos oder auch tadelnd verhielt.

Das scheinbare aussenpolitische Schwanken, die «Unzuverlässigkeit», die der polnischen Politik zum Vorwurf gemacht wurde, erscheint in einem ganz anderen Licht, wenn man sich bemüht, die realen Voraussetzungen zu erkennen, unter welche dieses Land gestellt war. Vor allem in Frankreich hat man sich über Pilsudskis «Veleitäten» ereifert, weil man seine Einstellung zu den mächtigen Nachbarn im Westen oder Osten seines Landes nicht verstand. Das Verhältnis des Marschalls zu Deutschland erklärt sich zum kleinsten Teil aus persönlichen Voraussetzungen, obschon, trotz der Behandlung, die er in der Magdeburger Festung während des Ersten Weltkrieges erlitten hatte, ein gewisses Gefühl der alten Waffenbrüderschaft vorhanden gewesen sein mag. Er besass eine hohe Schätzung für die rein militärischen Qualitäten der deutschen Armee des Ersten Weltkrieges. Er

hat, auch dem Präzisionsinstrument Hans von Seeckts*, der Reichswehr, Anerkennung gezollt. Gänzlich ist dieses Gefühl bei Pilsudski wohl nie abgestorben, auch nicht nach Locarno, als die deutsche Heeresleitung ihre noch relativen Machtmittel an der polnischen Westgrenze konzentrierte und als die vom Versailler Vertrag untersagten Formationen «Grenzschutz» ausgebaut wurden, diese getarnten Divisionen, welche die Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs damals so viel beschäftigten. Aber der Hauptgrund, der Pilsudski, wie seine Nachfolger, daran verhindert hat, so lange es noch Zeit war, dem Reich gegenüber eine auf Biegen und Brechen angelegte Politik zu verfolgen, lag in der Tatsache, dass Polen seit dem ersten Tag seines Wiederbestehens sich in einer Zange befand, deren Kiefer nur gleichzeitig in Bewegung geraten konnten. Pilsudski hat sich nie der Illusion hingegeben, die doch selbst von Staatsmännern der wehrlosen baltischen Staaten geteilt wurde und die sich im Slogan ausdrückte: «Russland wird es nie zugeben, dass Deutschland uns anrührt, und umgekehrt werden wir in Deutschland immer einen Verbündeten gegen Russland haben.» Festzuhalten ist jedoch, dass der Marschall im östlichen Nachbarn die Hauptgefahr für sein Vaterland sah. Er betrachtete die Sowjets als den Steinernen Gast, dem man nicht die Hand geben könne, ohne in seinem niemals zu lösenden Griff zu erstarren. Seine Einstellung zu Russland war eine instinktive, sie beruhte auf uralter geschichtlicher und persönlicher Erfahrung. Für Pilsudski war Russland die Hauptgefahr.

Pilsudskis grosser Föderativplan, der die Völker des einstigen Polens umfassen sollte, hatte das Ziel, Russland staatspolitisch aufzulockern. Aber die Stellung, welche die Westmächte nach dem Abschluss des polnisch-russischen Friedensvertrags von Riga schufen, waren für Warschau so ungünstig, dass von der die Tradition Österreichs übernehmenden und dadurch europäischen Konzeption Pilsudskis nur noch Trümmer übrig blieben. Bei der Gestaltung der polnisch-russischen Beziehungen haben die Mächte keine positive Einwirkung zugunsten Polens versucht. Polen wurde in einer bilateralen Lage gegenüber Russland belassen. Trotz aller Rückschläge jedoch hat Pilsudski, so lange er lebte, am Föderativgedanken festge-

* Hans von Seeckt (1866-1936), Generaloberst, 1920-1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr.

halten; dieser gehörte zu seinen einzigen wirkungsfähigen Kampfmitteln gegen die Sowjetunion. Hin und wieder flammte in dem alten Kämpfer die Abneigung gegen Russland auch ganz akut wieder auf, aber er liess sich nie hinreissen. Am nächsten rückte die Kriegsgefahr zwischen den beiden Staaten im Jahre 1927, als Trotzki versuchte, Stalins Macht zu brechen. Die polnische Regierung kämpfte damals gegen ukrainisch-ruthenische Minoritäten, deren Polenhass für eine kommunistische Propaganda günstige Vorbedingungen schuf. Es war in jenem selben Jahre, dass die britische Regierung ihre Beziehung zu Sowjetrußland abbrach, und im selben Jahre 1927, im Sommer, wurde der russische Botschafter in Warschau, Wojkow, von einem Weissgardisten erschossen. In Russland erhob man laute Klage über ein englisch-französisch-polnisches Komplott. Aber jedesmal, wenn man Pilsudski zu einem Kreuzzug ermuntern wollte, pflegte er zu sagen: «Ich bin der Sieger, warum soll ich meine Siege aufs Spiel setzen?» Für Kreuzzüge war er nicht zu haben, er stand in der vordersten Linie.

Russland brauchte damals Ruhe, der erste Fünfjahrplan lief eben an. Den im Westen in ihrer Wirkung meist überschätzten Machtkämpfen innerhalb der kommunistischen Partei mass Pilsudski kein allzugrosses Gewicht bei, immerhin, sie mochten vorübergehend Stalin eine gewisse aussenpolitische Mässigung ratsam erscheinen lassen, im Übrigen aber lagen die Hauptprobleme des Riesenreiches damals schon in Asien. Polnischrussische Beziehungen waren für Moskau etwas Nebensächliches. Aber Proportionsgefühl in der Beurteilung aussenpolitischer Zusammenhänge hat wohl in keiner Geschichtsperiode den westeuropäischen Mächten so sehr gemangelt wie in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. 1925 herrschte, ausstrahlend von Genf, die Euphorie der Briand-Stresemannschen Versöhnungsära. Innerhalb ihrer für das Ende der zwanziger Jahre so bezeichnenden Stimmung wurde 1928 jener «Kriegsächtungspakt», der Kelloggspakt, unterschrieben, auf dessen möglichst rasche Ratifizierung Litwinow* mit allen Mitteln hindrängte. Schon am 9. Februar 1929 wurde sodann von den Regierungen Polens, Rumäniens und der

* Maksim Litwinow (1876-1951). Nach der Revolution vertrat er 1917-1919 Sowjetrußland in London. 1930-1939 war er Volkskommissar des Äusseren. Ohne Rückhalt in der Partei zu haben, stärkte er durch erfolgreiche Politik mit den Westmächten und im Völkerbund die Geltung der UdSSR.

Baltenstaaten das sogenannte «Litwinow-Protokoll» unterzeichnet, welches den Krieg als Lösung internationaler Streitfälle einfach abschaffte.

Bismarck hat einmal erklärt, ein wiedererstandenes Polen werde ein französisches Militärlager an der Weichsel sein. Polen hat in der Tat seit der Zeit der Valois immer wieder zum französischen Allianzsystem gehört. 1921, als Pilsudski Staatschef war, hat er mit Frankreich einen gegenseitigen Beistandspakt für den Fall nicht provozierter Angriffe abgeschlossen. Zum Abkommen gehörte ein Geheimvertrag, der sich auf militärische Fragen bezog; der Text dieses Vertrages scheint nie veröffentlicht worden zu sein. Schon 1925 aber, nicht ohne Einfluss der Locarno-Verträge, war die durch den vieldeutigen Begriff «provozierter» Angriff relativierte Fassung dieses Paktes dann endgültig abgeschwächt worden, indem der Garantievertrag zwischen Frankreich und Polen, der am 16. Oktober 1925 unterzeichnet wurde, mit Klarheit nur den Fall eines *deutsch-polnischen* Konfliktes einschloss, wobei allerdings der Vertrag von 1921 seine Gültigkeit behielt. Für den Fall eines Krieges mit Deutschland wurde die Beistandspflicht mit dem Artikel 16 der Völkerbunds Satzung* verknüpft. Die Verpflichtung zu augenblicklichem Handeln wurde hierdurch für Frankreich aufgehoben. Die Feststellung, wer fortan als Angreiferstaat zu gelten habe, wurde von nun an dem Ermessen des Völkerbundsrates anheimgegeben. Solche Feststellungen zu beeinflussen, ward jetzt zu einer Hauptaufgabe der Diplomatie. Früh schon zeigten sich in der öffentlichen Meinung Polens Symptome des Zweifels gegenüber dem französischen Bündnis. Im Konfliktfalle gewann Frankreich von nun an Zeit. Jeder verständige Pole aber wusste, dass für Deutschland der seit 1918 geschaffene Zustand revisionistische Tendenzen bewirkte. Man klagte über geringe Wirtschaftshilfe von Seiten Frankreichs und über Militärlieferung von veraltetem Material, und immer wieder: die Grenzregelung mit Deutschland stand in enger

* *Völkerbundspakt vom 21.6.1919. Artikel 16:*

«Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne Weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des Vertragsbrüchigen Staates zu untersagen und alle finanziellen, Handels- und persönlichen Verbindungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jedes anderen Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden.

Es ist Sache des Rats, ein Gutachten darüber abzugeben, ob Satzungsbruch vorliegt...»

Verbindung mit der Tatsache der Rheinlandsbesetzung. Sprach ein deutscher Minister von Grenzen, so klagten die Polen über die vorzeitige Räumung, die Deutschland eine solch drohende Sprache erst erlaubt habe. Frankreich wurde für vieles verantwortlich gemacht, und doch war Frankreich Polens einziger Verbündeter von Gewicht. Man hatte diesen Verbündeten nötig, aber viele begannen, an seiner Entschlusskraft zu zweifeln.

Innerhalb des für Polen so unheilvollen Kräftespiels zwischen Deutschland und der Sowjetunion fiel Litauen eine Rolle zu. Auch mit diesem Staatswesen wäre eine föderalistische Lösung das gegebene gewesen, aber durch die nationalistischen Zwangsvorstellungen der Epoche versteifte sich die Lage. Im Oktober 1920 hatte Pilsudski die ethnisch-kulturell überwiegend polnische Gegend der Grossstadt Wilna, wo sich polnische, litauische, weissrussische, ruthenische und jüdische Bevölkerungselemente durchdrangen, militärisch besetzen lassen. Mittellitauen wurde im März des Jahres 1922 dem polnischen Staat eingegliedert, die Botschafterkonferenz anerkannte diesen Tatbestand, die litauische Regierung aber beschlagnahmte innerhalb ihres Hoheitsgebietes den polnischen Grundbesitz, sie brach alle Beziehungen zu Polen ab, ein unüberbrückbarer Graben trennte fortan die beiden Gebiete, die doch während mehr als fünf Jahrhunderten gemeinsam Geschichte erlebt hatten.

Um das polnische Vorgehen zu verstehen, muss man daran erinnern, dass, während Polen 1920 einen Krieg mit Russland auf Tod und Leben führte, Litauen am 12.7.1920 mit dem Sowjetstaat in Moskau einen Friedensvertrag abschloss, dessen Artikel 2 eine gemeinsame Grenze zwischen Russland und Litauen voraussah, wodurch die Annexion von Territorien, die man zweifellos als integrierenden Bestandteil Polens ansehen musste, vorausgesetzt wurde. Als dann aber Russland mit Polen am 13. März 1921 den Friedensvertrag von Riga abschloss, wurde die vorhergehende, soeben erwähnte territoriale Begünstigung Litauens *expressis verbis* aufgehoben, was die Russen jedoch nicht daran verhindert hat, in den darauffolgenden Jahren Erklärungen abzugeben, die ihre den Litauern gemachten Konzessionen wieder anerkannten. Mit Absicht wurden Widersprüche geschaffen, um die Lage möglichst zu verwirren.

Von nun an herrschte an der polnisch-litauischen Grenze Kriegszustand ohne Waffenhandlungen. Litauen schloss am 28. September

1926 mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt ab, den Anspruch auf Wilna gab es aus den eben erwähnten Gründen nicht auf. Im selben Jahre, in welchem Pilsudski in Polen die Macht ergriff, wurde nach einem Militärputsch auch Litauen autoritär. Der polnisch-litauische Konflikt trug 1927 zu der akuten Kriegsgefahr zwischen Polen und Russland bei. Damals hat der Völkerbund, hat Briand, eingegriffen. Pilsudski und Voldemaras* trafen sich, sprachen sich aus, und Voldemaras erklärte in der Ratssitzung vom 10. Dezember 1927, dass er keinen Krieg mit Polen wünsche. Etwas später schaltete sich Stresemann als Vermittler ein. Aber die polnisch-litauischen Verhandlungen vom 30. März bis 2. April 1928 in Königsberg führten zu keinem Ergebnis, bis 1938 blieben die Beziehungen zwischen den beiden Staaten feindlich. Noch in diesem Jahre, in dem Jozef Beck** durch ultimatives Vorgehen ein Einlenken Litauens und die Wiederaufnahme normalisierter diplomatischer Beziehungen erzwungen hat, wurde der sowjetisch-litauische Nichtangriffspakt verlängert.

Die polnisch-lettische Grenze ist niemals völkerrechtlich fixiert worden. Streitpunkte bildeten das katholische Lettgallen und die Festung Dünaburg. Aber dort wirkte, stärker als solche Differenzen, und dies gilt auch für Finnland und Estland, gemeinsame Angst vor den Russen.

Eine ziemlich allgemeine Abneigung bestand in Polen gegen die Tschechen und ihre panslawistische Ostpolitik. Historisch war man den Ungarn verbunden, und den ungarischen Revisionsansprüchen gegenüber der Tschechoslowakei galten manche polnischen Sympathien. Die Hinneigung der Tschechen zu Russland war den Polen unheimlich. Pilsudski hatte einst die Aufteilung Österreich-Ungarns in Nationalstaaten abgelehnt, wegwerfend hat er oft von der Balkanisierung Mitteleuropas gesprochen. Den «Saisonstaat», wie er zu sagen pflegte, Masaryks und Beneschs hielt er für lebensunfähig. In der oberungarischen Frage, der Frage der Slowakei und der Karpaten-Ukraine standen die polnischen Sympathien völlig auf ungarischer Seite. 1918/19 hatte Prag diese Gebiete als Verbindung zu der damals vorhandenen ukrainischen Volksrepublik und dem befreundeten Ru-

* Augustinas Voldemaras (geb. 1883), 1. Ministerpräsident Litauens und Aussenminister, 1918 bis 1922, ebenso 1926-1929.

** Józef Beck (1894-1944), seit 1930 im poln. Aussenministerium, Nov. 1932-Sept. 1939 Aussenminister.

mänien beansprucht. Die tschechische Regierung hatte während des russisch-polnischen Krieges 1920 im Besitze dieses Korridors ungarische Waffenhilfe an Polen verhindert. Die ungarisch-tschechischen und die polnischukrainischen Fragen waren verflochten. Das ist einer der Gründe dafür, dass Polen gegenüber der kleinen Entente zurückhaltend blieb. Schon die anti-ungarischen Tendenzen dieses von Prag und indirekt von Paris aus geleiteten Allianzsystems genügen, um die polnische Haltung zu erklären. Im Falle eines polnischen Krieges mit Deutschland hielt Pilsudski die Tschechoslowakei ihrer zu einem Viertel deutschen Bevölkerung wegen für einen wirkungslosen Kampfgenossen. Man hoffte immerzu in Warschau, eine gemeinsame ungarisch-polnische Grenze auf dem Karpatenkamm zu erreichen. Einen Damm wollte man zwischen Tschechen und Ukrainern errichten. Mit Rumänien unterhielt man viel bessere Beziehungen; deshalb erachteten die Polen es als wichtig, dass sich der ungarische Revisionsismus vor allem nicht gegen Rumänien richte. Sodann hat die Prager Regierung zweifellos die ukrainische Bewegung in Ostgalizien begünstigt. Frankreich hat in der Zwischenkriegszeit nichts unterlassen, um Warschau und Prag zu versöhnen; diese Bemühungen blieben erfolglos.

Was das Verhältnis zu Rumänien anbetrifft, so lagen die Voraussetzungen ähnlich wie innerhalb der polnischen Beziehungen zu den baltischen Staaten: Russland war der gemeinsame Feind. Pilsudski hatte schon im Jahre 1920 auf die Schwäche Rumäniens hingewiesen, als es diesem nicht gelang, die russische Kavallerieoffensive gegen Lemberg und Lublin durch einen Flankenstoss aufzuhalten. Nach seinem rumänischen Besuch im Jahre 1928 urteilte er über die Widerstandskraft dieses Balkanstaates negativ. Da es aber um die gemeinsame Abwehr gegen Russland ging, blieb es immer ein Ziel der polnischen Aussenpolitik, die ungarisch-rumänischen Beziehungen zu entgiften.

Im Verlauf seiner Gleichgewichtspolitik hat Jozef Beck für kurze Zeit gewähnt, es sei ihm und seinem Botschafter Lipski* gelungen, einen Ausgleich mit dem Deutschen Reich zu schaffen. Seine Politik ging auf Pilsudski zurück. Auch ein nur scheinbarer deutsch-polnischer Ausgleich bedeutete vorerst eine Schwächung für die französi-

* Józef Lipski (1894-1958), 1933-1939 poln. Botschafter in Berlin.

schen Positionen in Ost-Europa; das Mittel jedoch, um diese Position rasch wieder herzustellen, schaffte Hitler selbst, als er die deutsche Rapallo-Politik aufgab. Nur Pilsudski hätte die Kraft und das Prestige besessen, um innerpolitisch gewisse Grenzberichtigungen durchzusetzen, um das neu entstandene Verhältnis zum Reich zu befestigen.

Seit dem 6. Februar 1934 war Jean-Louis Barthou* französischer Aussenminister. Er war ein scharfer Gegner jeder Abrüstung, und er suchte Anschluss an Russland. In dem Masse, in dem die Spannung zwischen Berlin und Moskau sich verstärkte, hoffte er, mit seinem russischen Kollegen Litwinow das französisch-russische Verhältnis enger zu gestalten. Es war am 23. April 1934, dass er versuchte, Pilsudskis Zustimmung zum Eintritt der UdSSR in den Völkerbund zu gewinnen. Zu dem französisch-polnischen Vertrag sollte nun ein französisch-russischer hinzukommen. Pilsudski aber lehnte in unzweideutiger Weise ab; der aggressive Ton, den die nationalsozialistische Regierung gegen Moskau anschlug, verminderte die Wichtigkeit der polnischen Stellungnahme. Russland schien bereit zu sein, Frankreichs Vertragsplänen Gehör zu schenken, auch wenn dieses in Genf allein sich für die Aufnahme des Sowjetstaates in den Völkerbund einsetzte, ohne die polnische Zustimmung erreicht zu haben. Anfang Mai verhandelten Barthou und Litwinow in Genf, wo der letztere nach einer im Zusammenhang mit der Frage der russischen Völkerbundmitgliedschaft erfolglosen Sondierung der Reichsregierung gegen die Berliner Machthaber verstimmt und deshalb in Bezug auf Barthous Pläne gut disponiert eintraf. Dies sollte ihm später im eigenen Land zum Verhängnis werden, denn Stalin nahm andere Lösungen in Aussicht.

Gelegenheit, das aus der Nachkriegszeit stammende, durch Rapallo befestigte deutsch-russische Einvernehmen nun endgültig zu stören, war für Barthou eindeutig vorhanden; der deutsche Expansionsdrang, nach Barthous Ansicht, sollte im Osten durch ein ganzes System von osteuropäischen Unterstützungsverträgen abgeriegelt werden. Barthou und Litwinow entwarfen damals den Grundriss zu einem «Ostpakt».

* Jean-Louis Barthou (1862-1934) war während 40 Jahren wiederholt Minister, 1913 als Nachfolger Briands Ministerpräsident. 1922-1926 Präsident der Reparationskommission, 1934 Aussenminister.

Russland sollte zur Völkerbundsmacht werden, ausserdem aber sollte es einem regionalen Pakt angehören, als dessen Mitglieder Polen, Deutschland, Frankreich, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten in Aussicht genommen wurden. Das ganze System hatte sich innerhalb der Polarität zwischen den beiden Grossmächten Frankreich und Russland auszuwirken. Frankreich hätte dabei den *status quo* in Mitteleuropa garantiert, und Russland wäre dem Rheinpakt von Locarno als fünfte Garantiemacht beigetreten. Es handelte sich um die Sicherung der besonders im Hinblick auf Österreich und die Tschechoslowakei bestehenden Grenzen. Die Leitgedanken von Locarno aber sollten auch auf den Osten übertragen werden; man hat 1934 von einem «Ostlocarno» gesprochen.

Polen, das einige Jahre später die mechanische Wirkung der englischen Garantie gesucht und gefunden hat, fürchtete im Jahre 1934 die Selbstwirksamkeit der vorgesehenen Abmachungen, die Möglichkeit, ganz automatisch in fremde Händel hineingezogen zu werden. Immer wieder herrschte in Warschau die berechtigte Angst, den sowjetischen Armeen zum Durchmarschgebiet dienen zu müssen; darüber hinaus rechnete man mit der Möglichkeit, über Nacht zum Kriegsschauplatz zu werden, falls Russland beispielsweise zur Ausführung der Bestimmungen des Paktes in der Tschechoslowakei eingreifen musste.

Pilsudski war ein Gegner von Russlands Eintritt in den Völkerbund, und was den geplanten Pakt anbetraf, wie hätte der Marschall einem System beitreten können, zu dessen Teilnehmern auch Litauen und die Tschechoslowakei gehörten, zwei Staaten, an die er territoriale Ansprüche zu stellen hatte, wobei er im Falle Litauens das Pfand bereits in der Hand hatte, im Falle der Tschechoslowakei jedoch sehr weit davon entfernt war, den nie vergessenen Anspruch auf die Provinz Teschen befriedigen zu können? Wie hätte er die bestehende Grenze dieser Länder garantieren können? Im Übrigen, sein rumänischer Verbündeter war an diesem geplanten Ostpakt überhaupt nicht beteiligt.

Die Argumente Polens gegen den Abschluss des projektierten regionalen Allianzsystems waren prinzipiell dieselben wie diejenigen, die der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Wilhelm von Bülow*, dem Botschafter André François-Poncet entgegenhielt und

* Bernhard Wilhelm von Bülow (1885-1936), Diplomat.

die dieser in seinem Buch über seine Berliner Botschaftertätigkeit² in loyaler Weise wiedergibt. In Berlin wie in Warschau sagte man, regionale Pakte, wie die von Barthou und Litwinow geplanten, erregten unvermeidlich Misstrauen, die in den Pakt verstrickten Länder befänden sich in der Lage, durch indirekte Rückwirkung irgendeines sie gar nicht betreffenden Ereignisses zum Handeln und Eingreifen gezwungen zu werden. Es wurde mit Recht betont, die Definition des Angreifers erlaube die willkürlichsten Auslegungen, der Angriff sei meistens das Ergebnis von Provokation, die als Ursache der Sanktion unterliegen sollte, ihr aber durch die üblichen formalistischen Auslegungen entginge. Regionale Pakte, das war Bülow's Ansicht, und Berlin teilte diese Ansicht, sollten nur unter Nachbarn abgeschlossen werden. Was sucht Frankreich, so wurde gefragt, in Weltgegenden, die nicht zu seinem Einflussgebiet gehören, usw.?

Das in jener Zeit nicht ausgesprochene, aber völlig dominierende deutsche Argument gegen den Barthou-Plan war jedoch bei Hitler ausschliesslich der Wille zur Ausdehnung seiner Machtsphäre nach Osten, der er durch keine Abmachungen irgendwelcher Art Hindernisse in den Weg stellen wollte. Weizsäcker*, der einer der besten Kenner der in lauter taktischen Schachzügen sich auflösenden, gänzlich negativ verlaufenden Genfer Abrüstungskonferenzen war, sagte mir gelegentlich, man habe in Berlin den ablehnenden polnischen Standpunkt in der Ostpaktfrage schon genau gekannt, als Litwinow auf seiner Rückreise von Genf anfangs Juni Neurath** in Bezug auf das Paktprojekt konsultierte und eine deutliche Abfuhr erlitt.

Das Jahr 1934 ist bis zum Rand erfüllt mit unheilvollen, weithinwirkenden Ereignissen. Barthou begab sich am 9. Juli nach London. Bei den Engländern traf er auf ernste Bedenken: handelte es sich nicht wiederum um einen Vorgang, den Deutschland als Einkreisung betrachten konnte? Sir John Simon*** hat in jenem Zeitpunkt einzig versprochen, bei den Regierungen von Rom, Berlin und Warschau im

* Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951), seit 1920 im diplomat. Dienst. 1938-1943 Staatssekretär im Auswärt. Amt. 1943-1945 Botschafter beim Vatikan.

** Konstantin Freiherr von Neurath (1873-1956), 1932-1938 deutscher Aussenminister, später Reichsprotector von Böhmen-Mähren.

*** John Simon, Viscount (1873-1954), seit 1906 liberaler Abgeordneter, 1931-1935 brit. Aussenminister, 1935-1937 Innenminister, 1937-1940 Schatzkanzler.

befürwortenden Sinne zu wirken, aber die englische Regierung band sich durch keinerlei Verpflichtungen, die über Locarno hinausgingen, und die Schritte, die dann der englische Botschafter in Berlin und Warschau unternahm, blieben erfolglos; das Einverständnis zwischen der Wilhelmstrasse und dem Palais Brühl wurde jetzt offen zugegeben. Beck hielt die deutsche Aufrüstung für unvermeidlich, glaubte sogar, England habe in dieser Beziehung im Zusammenhang mit dem Schritt seines Botschafters ermunternde Konzessionen gemacht, und gerade dies bestärkte ihn in seiner Tendenz, sich gegenüber den französischen Plänen nicht von der Berliner Linie zu trennen. Die offizielle deutsche Ablehnung einer Teilnahme am Ostpakt erfolgte am 10. September, die Begründung der Ablehnung lag in dem Hinweis Neuraths auf die Tatsache, dass immer noch die deutsche Gleichberechtigung verweigert werde. Beck war schon am 3. August von diesem Vorgang unterrichtet worden. Er war entschlossen, dem Vorgehen zu folgen, in Genf manövrierte er zwar, zu Barthou sagte er am 7. September, dass er den Pakt für sinnlos halte, und trotzdem schloss er eine Teilnahme Polens nicht gänzlich aus, machte aber lauter Klauseln und Reserven und verlangte Berücksichtigung des deutsch-polnischen Abkommens und Ausschaltung Litauens aus dem geplanten Zusammenhang. Russlands Eintritt in den Völkerbund, über den er in jenen frühen Septembertagen mit Litwinow direkt verhandelte, stellte er sich jetzt auch nicht eindeutig entgegen, aber er benützte die Lage, um Bedingungen zu machen; u.a. verlangte er, dass alle bilateralen Abkommen zwischen Polen und der Sowjet-Union unverletzlich seien und in Kraft bleiben sollten. Sodann entzog er sich in überraschender Weise den geltenden Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten, er glaubte dadurch, die Möglichkeit eines russischen Eingreifens auf Grund dieser Abmachungen aufzuhalten, einseitig kündigte er in der Genfer Vollversammlung die Schutz Verträge vom 28. Juni 1919. Alles in allem hat Beck in Genf weder Barthou noch Litwinow gegenüber eine ausdrückliche Absage formuliert, aber er hat den eventuellen Beitritt Polens zum Ostpakt im vorhinein mit einer derartigen Hypothek an Vorbehalten belastet, dass sein Verhalten einer Absage gleichkam. Barthous Plan konnte Ende September infolge des deutsch-polnischen Widerstandes als gescheitert betrachtet werden. Nicht uninteressant ist es festzustellen, dass inmitten dieser Entwick-

lung Hitler, aus taktischen Gründen, sich in Bezug auf eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund nicht durchaus ablehnend zeigte. Wäre diese deutsche Rückkehr gleichzeitig mit dem Eintritt Russlands erfolgt, so hätte die Genfer Institution an Spannungsmöglichkeiten, aber auch an Bedeutung zugenommen.

Am 9. Oktober 1934 starb Barthou in Marseille unter den Kugeln der kroatischen Königsmörder; wer ihre Auftraggeber waren, blieb unaufgeklärt. Mit dem Tode dieses französischen Staatsmannes haben die Ostpaktpläne und die Friedensmöglichkeiten, die sie für manchen Zeitgenossen zu enthalten schienen, ihren vorläufigen Abschluss gefunden.

Seit dem Röhm-Putsch, der im selben Jahre stattgefunden hatte, war die nationalsozialistische Regierung gewissermassen entlarvt und in ihrer unbegrenzt kriminellen Potentialität erkannt worden. Die letzte Bindung an einen überlieferten Rechtsstaat war mit dem Tode Hindenburgs, der im gleichen Jahr, am 2. August, zu Neudeck in Westpreussen erfolgte, abgerissen. Der Tod des alten Marschalls gab Hitler den Weg zur Beseitigung des deutschen Rechtsstaates frei.

Die aussenpolitische Lage Polens war so gefahrvoll, auf die Bundesgenossen Frankreich und Rumänien war so wenig Verlass, dass Polen jährlich über ein Drittel seiner Staatseinnahmen der Rüstung zuwenden musste; diese Summen scheinen weitgehend in einer allzu zahlreichen militärischen Bürokratie versickert zu sein. Pilsudski hat sich bis zu seinem Tode bestrebt, Zeit zu gewinnen und innerhalb der gewonnenen Zeit Polen stark zu machen, wobei er die Gefahr eines neuen Weltkrieges immer in seine Berechnungen einbezogen hat; aber Pilsudski ist 1935 schon gestorben.

I

Streiflichter zum Danziger Problem¹

Im europäischen Osten, am Rande des deutschen Reichsgebietes, lebten vor 1914 die verschiedensten Überreste von Volksstämmen, die nach und nach unter die Herrschaft der russischen Zaren gefallen waren. 1918 wurden diese Stämme in kleinen und kleinsten Staaten zusammengefasst, aber trotz dieser dem Wilsonschen Nationalitätenprinzip entsprechenden Massnahmen, wurden Polen noch sehr belastende Minoritäten zugewiesen und überdies wurden dem wiedererstandenen Staat nicht die Grenzen zugeteilt, die ihm nach Macht und Ausdehnung zwischen Russland und Deutschland eine auf sich beruhende selbstsichere Existenz garantiert hätten. Auf die Fehler, die in diesem Zusammenhang begangen wurden, hat Lloyd George hingewiesen. Es gelang nicht einmal, Polen in eindeutiger Weise ein Hafengebiet zuzusprechen.

Bei den Friedensverhandlungen schlug die «Cambon-Kommission» die bedingungslose Abtretung Danzigs durch das Reich an Polen vor, aber Lloyd George erklärte, es handle sich um rein deutsches Gebiet. Der Begriff «rein deutsches» Gebiet wurde von den Polen mit ethnischen und mit überzeugend wirkenden historischen Argumenten bestritten. Die deutsche Delegation in Versailles dagegen erklärte, die Lösung Danzigs aus dem Reichsverband stehe in schroffstem Gegensatz zu den Prinzipien Präsident Wilsons. Der Versuch, Danzigs Verkehrswesen und die Vertretung seiner Interessen nach aussen den Polen zu überlassen, müsse zu einer dauernden Kriegsgefahr im Osten führen. Die deutsche Regierung sehe sich gezwungen, die geplante nationale Vergewaltigung Danzigs abzulehnen und sie müsse die klare Forderung stellen, Danzig und seine Umgebung beim Deutschen Reich zu belassen.

Vor dieses Problem gestellt, schritt man zu einer Kompromisslösung: man erfand die Freie Stadt Danzig, die nicht frei, sondern in jeder Beziehung bedingt, wohl eines der kompliziertesten Gebilde darstellte, das jemals dem theoretischen Denken improvisierender Völkerrechtler entsprungen ist. Ein Miniaturstaat wurde ins Leben gerufen, der, ohne wirkliche Unabhängigkeit, nur über sehr bedingte

Souveränitätsrechte verfügte; ein wesentlicher Teil dieser Rechte wurde an Polen abgetreten, und in das tatsächlich als Ursprung ständiger Konflikte wie geschaffene Danziger Statut wurde nun auch noch als Garant der Völkerbund eingeschaltet mit im Konfliktfalle nicht durchzusetzenden Rechten. Weder die Freie Stadt, noch die Republik Polen, noch der Völkerbund besaßen klar definierte Befugnisse.

Eine eindeutige, selbst eine harte Lösung der polnischen Hafenfrage hätte niemals die Gefahren enthalten, die seit dem Beginn des Entstehens der Freien Stadt Danzig für die polnische Republik und den Frieden im Osten mit sich brachte.

Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreussens durch den Korridor und bei der Schaffung der «freien» und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äusserten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel Sembat, «dass Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage»².

Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien Stadt sollte der letzte polnische Aussenminister, Jozef Beck, schreiben³:

«Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als dass es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.»

Derselbe Beck hat geschrieben⁴:

«Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat seinerzeit die Aufgabe erhalten, die Aktion der polnischen und der Danziger Regierung zu kontrollieren, dabei hat er nicht einmal den geringsten Einfluss auf die Danziger Polizei besessen.»

Es fehlte in der Tat jede Angabe, was geschehen müsse, wenn einer der beiden Staaten (Polen und Danzig) den Schiedsspruch des Hohen Kommissars nicht anerkennen sollte. Selbst in der Frage der

Landesverteidigung Danzigs war der Hohe Kommissar fast machtlos. Wohl hatte der Völkerbund die militärische Verteidigung der Freien Stadt an Polen übertragen, und der Hohe Kommissar konnte theoretisch bewaffnete Intervention Polens verlangen, aber ohne einen besonderen Beschluss des Völkerbundsrates war dies wiederum nicht möglich⁵.

Mit Recht hat der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, in seinen Memoiren aufgezeichnet, dass das deutsche Volk sich mit der Rückkehr des Elsass an Frankreich abgefunden habe, dass es ihm aber unmöglich gewesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das «Diktat» umso bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe⁶.

Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, dass es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96% Deutschen und nur 4% Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13.1.1935, Anwendung finden sollte, – vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat denn auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet.

Als während des polnisch-russischen Krieges, im Sommer 1920, französische Schiffe für die polnische Armee bestimmtes Material im Hafen von Danzig löschen wollten, traten die Danziger Dockarbeiter in Streik. Englische Truppen mussten damals die Löschung durchführen. Vier Jahre genügte, um die Polen zu überzeugen, dass sie sich auf den Danziger Hafen nicht verlassen könnten. Als später Polen auf dem Gebiet der Freien Stadt für seine Marine ein Munitionsdepot anlegen wollte, erklärte der damalige Senatspräsident Sahn* vor dem Völkerbundsrat im März 1924:

«Damals wurde Polen der Platz im Danziger Hafen zugesprochen, weil Polen erklärte, dass Danzig der einzige Hafen für Polen sei. Nunmehr hat Polen in Gdingen einen eigenen Hafen hergestellt, der zur Lagerung von Munition ausreichenden Platz gewährt.»⁷

* Heinrich Sahn (1877-1939), 1912 Bürgermeister von Bochum, 1919 Oberbürgermeister von Danzig, 1920-1929 Senatspräsident der Freien Stadt Danzig, 1931-1935 Oberbürgermeister von Berlin, 1936-1939 Gesandter in Oslo.

Aus dieser Äusserung geht hervor, dass die mit Energie betriebene Errichtung eines grossen Import- und Exporthafens in dem erwähnten Fischerdorf schon eingesetzt hatte. Vor allem französisches Kapital machte damals die Ausführung dieses Unternehmens möglich. Schon neun Jahre nach Beginn der Hafenbauten lag die Warenumsatzsziffer von Gdynia höher als diejenige des Danziger Hafens, und nachdem Danzig aus Gründen der Abwehr gegen die angebliche Zunahme des polnischen Einflusses auf seinem Gebiet sich so lange abwehrend verhalten hatte, begann es jetzt gegen die Verlagerung des polnischen Handels nach Gdynia zu protestieren. Polen aber erklärte, dass es beide Häfen benötige. Der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Graf Gravina*, dem die Prüfung dieser Frage zufiel, erklärte im Oktober 1931, dass Polen jederzeit das Recht besitze, an der Ostseeküste neue Häfen zu schaffen. Der Völkerbundsrat hat diesen Entscheid in seiner Sitzung vom 10. Mai 1932 bestätigt. Somit: die Freie Stadt war geschaffen worden, weil Polen einen Hafen benötigte, dieser Hafen war nun in Gdynia vorhanden. Nachdem diese Tatsache eingetreten war, soll Gravina gelegentlich seiner Ansicht Ausdruck gegeben haben, dass der Zeitpunkt zu einer Revision des gefährlichen Danziger Statuts gekommen sei. Dies äusserte er, als in Deutschland Brüning Reichskanzler war. Hätte man damals die Weisheit besessen, so wurde von Danziger Seite später geäussert, auf diesem einen Punkt

* Graf Manfredo Gravina, von 1929 bis 1932 Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig, hat im November 1931 folgenden Kompromissvorschlag zur Lösung der Danziger- und der Korridor-Frage gemacht (Mitteilung der Gräfin N. Gravina):

1. Die derzeitigen Grenzen der Freien Stadt sollten nach Westen bis zur deutschen Grenze erweitert werden, so dass die beiden Bahnlinien, die Deutschland mit Ostpreussen verbinden, durch Danziger Territorium führen würden.
2. Das in dieser Weise erweiterte Territorium der Freien Stadt sollte einen wirklich freien Staat bilden, der unter dem Schutze des Völkerbundes stehen würde und dessen Neutralität durch den Völkerbund garantiert wäre. Der Völkerbund wäre in Danzig durch einen mit den nötigen Vollmachten ausgestatteten Hohen Kommissar vertreten.
3. Die Freie Stadt sollte die Kontrolle über ihre auswärtigen Beziehungen, ihre Zölle und ihre Bahn selbst ausüben.
4. Der Teil des Territoriums, der im Norden der «Pomorze» oder des «Korridors» liegt, d.h. die Stadt Gdynia und das umliegende Gebiet, das zu 100% polnisch besiedelt ist, sollte polnisch bleiben.
5. Polen sollte unter der Garantie des Völkerbundes über den freien Zugang zum Danziger Hafen verfügen. Die Verbindungslinien zwischen Deutschland und Ostpreussen würden über das Territorium des freien und neutralisierten Staates führen, dasselbe wäre der Fall für die Verbindungslinien zwischen Polen und Gdynia. Infolge der Erweiterung des derzeitigen Territoriums der Freien Stadt und der dadurch bewirkten beträchtlichen Zunahme des polnischen Bevölkerungsteils, der zu der schwachen Minorität, die zur Zeit das Territorium der Freien Stadt bewohnt, hinzukäme, würde das derzeitige Überwiegen der deutschen Majorität ausgeglichen.

den deutschen Wünschen entgegenzukommen und hätte man Brüning diesen Erfolg verschafft, so hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Gravinass Anregung zur Revision des gefährlichen Danziger Statuts erfolgte zwei Jahre bevor der deutsche Nationalsozialismus mit seinen rücksichtslosen aussenpolitischen Methoden einsetzte und alle tatsächlich und vor allem scheinbar vorhandenen Vorwände zur Erreichung nunmehr unbegrenzter Ziele in Anwendung brachte.

Bis 1933 sollte unter wechselnden Aspekten der Wirtschaftskampf zwischen Polen und Danzig nicht aufhören, immer wieder hatte der Völkerbundsrat sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, wobei er im Ganzen die Tendenz verfolgte, innerhalb des Konfliktes den schwächeren Partner, nämlich die Freie Stadt zu unterstützen.

Es ist im Jahre 1931, zur Zeit von Gravinass Amtsführung und im Zusammenhang mit seinen Anschauungen, dass der Danziger Senat das Abkommen mit Polen, demzufolge der Danziger Hafen ein polnischer «port d'attache» war, aufkündigte. Für polnische Flotteneinheiten sollten von nun an genau dieselben Bedingungen gelten wie für die Schiffe anderer Kriegsmarinen. Alle Verhandlungen über ein Abkommen schlugen fehl, unleidliche Zwischenfälle wie diejenigen des Sommers 1932 ereigneten sich: damals sollten drei englische Destroyers Danzig besuchen. Ein polnischer Zerstörer erhielt Befehl, den Schiffen das Ehrengelitt in der Danziger Bucht zu geben. Der polnische Kommandant wurde angewiesen, den Danziger Hafen anzulaufen, vor der durch eine kleine polnische Garnison geschützten Westerplatte vor Anker zu gehen und, was damals schon unabsehbare Folgen hätte haben können: falls eine Beleidigung durch den Senat erfolgen sollte, auf das nächstliegende offizielle Gebäude der Freien Stadt das Feuer zu eröffnen. Die Gefahr ging vorüber, es kam zu keiner Gewaltanwendung. Die Weltpresse aber bauschte das Ereignis auf und vermehrte dadurch die Spannung. In direktem Zusammenhang mit diesem Vorfall trat der polnische Aussenminister Zaleski zurück, und der Marschall Pilsudski besetzte den Ministerposten mit seinem Gefolgsmann aus der Zeit der Unabhängigkeitskämpfe, dem Obersten Jozef Beck. Auch geringe, ja geringste Schwierigkeiten, die sich auf Danziger Gebiet ergaben, nahmen stets unverhältnismässig weittra-

gende Folgen an. Meist handelte es sich um Quisquilien, etwa um die Gestaltung der Danziger Briefkästen, mit der sich der Völkerbundsrat beschäftigen musste, oder die polnischen Mannschaftsbestände auf der Westerplatte gaben Anlass zu internationalen Beratungen in Genf. Gemäss einer Vereinbarung zwischen Polen und Danzig vom 22. Juni 1921 durfte das polnische Kontingent 2 Offiziere, 20 Unteroffiziere und 66 Mann nicht überschreiten. Diese Bestimmung wurde von einer Ratssitzung des Völkerbundes vom 9. Dezember 1925 sanktioniert. Verstärkungen bedurften der Genehmigung des Völkerbundskommissars. Beständige Reibereien ergab das Problem der Hafenspolizei: 1925 hatten Polen und Danzig ein Abkommen geschlossen, welches die Errichtung einer «gemischten», halb aus Polen und halb aus Danzigern zusammengesetzten Polizei vorsah. Rechtlich blieb dieses Abkommen bis 1927 in Kraft, *de facto* bis 1933. Im Jahre 1933 aber zog der Senat die Danziger Staatsangehörigen aus der gemischten Formation zurück und übertrug die Hafenaufsicht einseitig der Danziger Polizei. Sofort entstanden Gerüchte über einen geplanten Handstreich auf die Westerplatte. Die Polen schritten zur Verstärkung ihrer Wachmannschaft. Der polnische diplomatische Vertreter Papée* setzte am Vormittag des 6. März 1933 den Hohen Kommissar, dessen Amt damals der Völkerbundsbeamte, Helmer Rosting**, ein Däne, versah, vor ein *fait accompli*. Rosting erklärte, dass eine solche Verstärkung nur mit seiner Zustimmung erfolgen dürfe. Der Senat protestierte. In seiner Sitzung vom 14. März 1933 entschied der Völkerbundsrat, dass die Wachmannschaft auf Normalstärke reduziert werden müsse. Polen fügte sich.. Dadurch war eine polnische Massnahme, die darauf hingeeilt hatte, vor gewaltsamen Lösungen des Danziger Problems zu warnen, desavouiert. Rosting hatte korrekt innerhalb der ihn bindenden Vorschriften gehandelt, er musste auf die geltenden Bestimmungen hinweisen, aber dem Völkerbundsrat wäre es freigestanden, im Sinne des polnischen Vorgehens zu entscheiden.

Nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland lebte der Völkerbundsvertreter in der Freien Stadt wie ein Staatsgefangener, dem man

* Kasimierz Papée (geb. 1889), 15.2.1932 bis Mitte 1936 Generalkommissar in Danzig als Nachfolger Strasburgers.

** Helmer Rosting (1893-1945), Okt. 1932-Okt. 1933 stellv. Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig.

nur noch einige äusserliche Privilegien zuerkennt. Jeder seiner Schritte wurde kontrolliert, jedes seiner Worte abgehört, nach Berlin weitergeleitet, irrtümlich zitiert und meist, um irgendwelche Ziele zu erreichen, erfunden. Der vorletzte Hohe Kommissar, der Ire Sean Lester*, besass den grossen Vorzug, weder Deutsch noch Polnisch zu sprechen. Misstrauen und Bespitzelung steigerten sich jeweils bis zum Grotesken, vor allem bei Gelegenheit der in jeder Einzelheit protokollarisch geregelten Besuche von Flotteneinheiten. In der Regel waren sämtliche Beteiligte in Fragen des Saluts, des Vortritts und der Platzierung schon im Voraus beleidigt.

Als beispielsweise im August 1935 der deutsche Kreuzer «Admiral Scheer» im Danziger Hafen einfuhr, lud Sean Lester zu dem im Protokoll vorgesehenen Empfang den Gauleiter Forster ein. Forster beantwortete die Einladung nicht. Wie es von jeher üblich war, waren auch Vertreter des Danziger Parlaments gebeten worden. Von denjenigen, die den Oppositionsparteien angehörten, wagten nur zwei anzunehmen. Aber die Anwesenheit dieser zwei genügte, um den Senatspräsidenten und die Senatoren zu veranlassen, die Salons von Mrs. Lester in brüsker Weise, gleich nach Eintreffen, wieder zu verlassen und zu erklären, der Hohe Kommissar habe durch die Einladung der Vertreter der Opposition Deutschland und seinen Führer Adolf Hitler vor den Kopf gestossen. Forster griff in der Folge den Vertreter des Völkerbundes massiv in seiner Presse an.

Noch ungemütlicher verlief ein Jahr später der Besuch des deutschen Kreuzers «Leipzig», am 25. Juni 1936. Auch jetzt wieder, immer dem vorgeschriebenen Protokoll entsprechend, versandte der Hohe Kommissar seine Einladungen. Wenige Minuten aber, bevor die zahlreichen Gäste erwartet wurden, sagte Senatspräsident Greiser für die deutschen Offiziere und sämtliche Danziger Offiziellen telefonisch ab, mit der Begründung, der Führer und oberste Befehlshaber der Wehrmacht habe den Offizieren das Erscheinen beim Völkerbundsvertreter verboten. Diesmal gingen die Angriffe der Forster-Presse noch weiter; unter anderem erklärte der Gauleiter, Lester sei indirekt für den Tod von drei SA-Männern verantwortlich, da er durch «sein Verhalten die Opposition zur Gewaltanwendung anrei-

* Sean Lester (1888-1959), Okt. 1933-Febr. 1937 Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig.

ze»⁸. Der Zwischenfall wurde auf die Genfer Tagesordnung vom 4. Juli gesetzt. Greiser wurde vor den Völkerbundsrat zitiert. Er überschüttete Sean Lester mit den heftigsten Vorwürfen und verlangte dessen Abberufung, oder noch besser, die endgültige Aufhebung der Völkerbundsvertretung in der Freien Stadt. Seine Rede beendete der Senatspräsident mit «Heil Hitler». Da man auf der Pressetribüne laut lachte, drehte er sich um und streckte den Journalisten die Zunge heraus. In seiner Antwortrede meinte Lester, dass der Rat sich nun vielleicht eine Idee machen könne, was der Hohe Kommissar in Danzig alles auszustehen habe.

Im Verlauf dieser Sitzung wurde ein «Dreierkomitee» eingesetzt, das sich fortan mit den Danziger Angelegenheiten zu befassen hatte, um dem Völkerbundsrat die beständigen Auseinandersetzungen mit der von Berlin aus regierten Freien Stadt abzunehmen. Dieses Komitee bestand aus den Aussenministern Englands, Frankreichs und Portugals, später trat an Portugals Stelle Schweden. Eine Resolution wurde gefasst, Polen als Vertreter der aussenpolitischen Angelegenheiten der Freien Stadt zu beauftragen, den Zwischenfall, der sich beim Besuch der «Leipzig» ereignet hatte, mit dem Deutschen Reich beizulegen. Beck liess die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne dem Völkerbund Vorwürfe über seine frühere Danziger Politik zu machen. Auch erklärte er – und diese Erklärung beleuchtete die wirkliche Situation –, Polen denke nicht daran, seine Sicherheit zur Rechtfertigung des Hohen Kommissars und seiner Einmischungen in innerpolitische Danziger Fragen zu riskieren, es werde aber dem Prestige des Völkerbundes zuliebe den Auftrag übernehmen. Beck war sich mit Recht klar darüber, dass diese Intervention leicht zum Aufwerfen der grundsätzlichen Frage des Danziger Statuts hätte führen können. Die Lage war paradox, die Rollen von Völkerbund und Polen erschienen vertauscht, nicht der Völkerbund verteidigte die polnischen Interessen in Danzig, sondern Polen wahrte dem Völkerbund das Gesicht, und zwar dank seiner damals guten Beziehungen zu der nationalsozialistischen Regierung. Polen benötigte ja immer noch den Anschein einer gewissen Völkerbundsautorität in Danzig; denn trotz der damaligen Entspannung zwischen Berlin und Warschau hätte es schwergehalten, nach Ausscheiden der Genfer Institution, die polnischen Rechte durch bilaterale Verträge mit dem Reich sicherzustellen.

Es erscheint nachträglich noch beinahe schmähdlich, Derartiges aufzeichnen zu müssen und sich daran zu erinnern, dass die höchste internationale Institution der damaligen Zeit und die Kabinette der Grossmächte, Presse und Meinung jener unheilvollen dreissiger Jahre, sich mit solchen Erbärmlichkeiten befassten, in Jahren, in denen die ganze Zukunft der europäischen Völker auf dem Spiele stand. In Momenten geschichtlicher Entscheidungen ist die Kanzleiperspektive die gefährlichste. Nun handelte es sich allerdings bei all dem um «Symptome», und auch die allerkleinsten bestätigten die einfache Einsicht, dass totalitäre Systeme keine Opposition dulden können und dass man sie nur mit Erfolg bekämpft, wenn man den inneren Widerstand mit möglichst unsichtbaren Mitteln stärkt und nicht dadurch, dass man rein formale, wirkungslose Proteste erhebt.

Nach der Gründung der Freien Stadt hatte es drei Jahre gedauert, bis ihre Verfassung die Genehmigung des Völkerbundsrates und seines Vertreters erhielt. Mehrmals waren die Verfassungsentwürfe durch die internationale Institution in Genf abgeändert worden. Am 11. Mai 1922 hatte schliesslich der Hohe Kommissar, Sir Richard Haking*, den 117 Artikeln einer der Weimarer Vorlage angepassten Konstitution sein «placet» erteilt. Artikel 103 des Vertrages von Versailles setzte fest, dass die Verfassung unter Garantie des Völkerbundes stehe.

Das Parteiwesen in der Freien Stadt entsprach demjenigen des Weimarer Staates. Das katholische Zentrum war ausschlaggebend, mit dieser Fraktion mussten Rechts- und Linksregierungen rechnen. Das erste Auftreten des Nationalsozialismus in Danzig ist erst nach 1930 als Folge der Weltwirtschaftskrise feststellbar. Aber schon die Wahlen von 1930 brachten die Nazis als zweitstärkste Partei in den Volkstag. Diese ersten totalitären Parlamentarier in Danzig sagten Zusammenarbeit mit der Regierung zu, weigerten sich aber vorerst, in der Regierung Ziehm** Senatorenposten anzunehmen. Sie verlangten schon bald Neuwahlen, und der Senat widersetzte sich diesem Ansinnen. Fortan handelte es sich für die stramme Gruppe darum, den Burgfrieden zu brechen und Schwierigkeiten zu machen.

Die Lage der nationalsozialistischen Partei in Deutschland war im Jahre 1932 höchst prekär. Im Verlauf eines Gesprächs, das Hitler da-

1 Sir Richard Haking, 1921-1923 Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig.

2 * Dr. iur. Ernst Ziehm, 1931-1933 Senatspräsident der Freien Stadt.

mals mit zwei leitenden Danziger Nationalsozialisten führte, stellte er die Frage, ob zwischen Danzig und dem Deutschen Reich ein Auslieferungsvertrag bestehe. Es wurde ihm geantwortet, gegen Auslieferungsforderungen könne die Freie Stadt keine Garantien bieten. Deutlich ist, dass Hitler zu dieser Zeit mit einem Verbot seiner Partei innerhalb des deutschen Reichsgebietes rechnete und an eine Verletzung der Parteileitung in das Gebiet der Freien Stadt dachte. Bei jenem Gespräch* riet er, im Gegensatz zu der von seinen Anhängern in Danzig begonnenen Obstruktionspolitik, zu vorsichtigem Handeln und geschickter Anpassung. Er sprach sich *gegen* Neuwahlen aus.

Seine Haltung jedoch änderte sich vollkommen, nachdem er am 30. Januar 1933 mit der Regierungsbildung beauftragt und hiemit zur Macht gelangt war. Sein Ton wurde mit einem Schlage anders. Er liess dieselben Danziger Parteiführer, Rauschning und Forster, die er zur Vorsicht ermahnt hatte, kommen und herrschte sie an, die Partei in der Freien Stadt habe mit der Partei im Deutschen Reich nicht Schritt gehalten! Jetzt plötzlich verlangte er Neuwahlen. Programmatish erklärte er: «Vorerst gilt es festen Fuss zu fassen, alles andere ergibt sich *mit der nötigen Rücksichtslosigkeit* dann von selbst.»⁹ Er erklärte, es gebe nur ein Ziel, und dieses Ziel heisse Gleichschaltung. Sofort müsse die Macht durch Besetzung der Senatsstellen gesichert werden, die nächsten Etappen seien: Durchführung einer aktiven Regierungspolitik und Auflösung des Parlaments.

Wieder leistete der Senatspräsident, Dr. Ziehm, dem Andrängen der Partei Widerstand; drei Gründe gab es für sein Verhalten: die schwierige aussenpolitische Lage Danzigs, die herrschende Spannung mit Polen und die mangelnde aussenpolitische Erfahrung der Nationalsozialisten.

Schon 1932 hatte der Führer der SA zum Kampf für die Befreiung Danzigs aufgerufen. Am 5. März 1933 sprach Goebbels von den «brennenden Grenzen im Osten».

Neuwahlen hatten in der Freien Stadt eine nationalsozialistische Mehrheit zu bringen, und diese Mehrheit hatte die Gleichschaltung durchzuführen; Gleichschaltung aber hiess: Verschwinden der demokratischen Danziger Konstitution.

* Mit Rauschning und Forster.

1933 erinnerte der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, Papée, den Senat an die Interpretation, die dreizehn Jahre früher der Berichterstatter des Völkerbunds für Danziger Fragen, der Japaner Viscount Ishii, gegeben hatte, als er feststellte, dass jede Veränderung der Danziger Verfassung der Zustimmung des Völkerbundes bedürfe. Aber Senatspräsident Ziehm war vor allem deutsch gesinnt, er wollte von keiner internationalen oder gar polnischen Unterstützung wissen. Er antwortete: die Interpretation des Rapporteurs aus dem Jahre 1920 sei dem Senat ebensogut bekannt wie der polnischen Regierung, immer wieder habe Danzig sich der Argumente jenes Gutachtens bedienen müssen, um seine Rechte gegen Polen zu verteidigen. Er zählte bei dieser Gelegenheit die letzten «unfreundschaftlichen» Eingriffe Polens auf und unterstrich, dass die polnische Haltung immer feindlicher werde.

Inzwischen drängte die nationalsozialistische Partei entsprechend der neuen Berliner Instruktion auf Parlamentsauflösung und Neuwahlen. Am 22. Mai 1933 machte Helmer Rosting den Senat auf einen Umstand aufmerksam, der bis dahin als Selbstverständlichkeit gegolten hatte. Er erinnerte daran, dass die Wahlen in voller Freiheit durchgeführt werden müssten. Senatspräsident Ziehm gab beruhigende Auskünfte. Aber was hiess dies: Wahlen in voller Freiheit? Hatte nicht die Danziger nationalsozialistische Parteileitung am 20. April in der Geburtstagsgratulation, die sie an Hitler richtete, diesen, «den Führer aller Deutschen» genannt?

Schon damals tauchte in der Presse die Nachricht auf, die Danziger Polizei sei totalitär beeinflusst.

An der Spitze der nationalsozialistischen Wahlliste stand der Name Dr. Hermann Rauschnings. Rauschning ist ursprünglich Vertreter aus dem Kreise jener Rechtspolitiker gewesen, die kurze Zeit wähten, der Nationalsozialismus werde eine grosse konservative Revolution einleiten, ein preussischer Konservatismus mit seiner strengen ethischen Forderung werde auferstehen, Preussentum und Sozialismus, straffer Beamtenstaat und straff erzogene Staatsdiener würden sich aus dem Zerfall, den sie in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts erlitten hatten, neu gestählt erheben.

Als einer der ersten sollte er den tiefgehenden Irrtum einsehen. In der Folge schrieb er ein bedeutendes Buch über das Zusammenwirken frevelhafter Überheblichkeit und schwindelhafter sozialer Demago-

gie, das Buch trägt den Titel: «Die Revolution des Nihilismus»¹⁰. Seine kurze politische Laufbahn in Danzig sollte tragisch enden. Kein Zweifel: Rauschning hat durch seine publizistische Tätigkeit und als politischer Redner die Autorität des Völkerbundes in Danzig zerstört, und er ist vorerst die starke Persönlichkeit, die dem Nationalsozialismus in der Freien Stadt zum Siege verhalf. Dennoch kann man seiner Wirksamkeit nur mit Hochachtung gedenken. Rauschning war Ostdeutscher, er stammte aus Thorn. Dort war er in der deutschen Minderheitenbewegung tätig gewesen. Sein Patriotismus besass die kämpferische Spannung, die für Grenzbewohner charakteristisch ist. Nachdem er seinen Irrtum eingesehen hatte, ist er als ein Mann von Überzeugung vor keinen Konsequenzen zurückgeschreckt. Er besass Mut und ausgesprochen staatsmännische Züge. Bei seiner Übersiedlung nach Danzig genoss er einen grossen Ruf als Experte in Landwirtschaftsfragen, er wurde zum Präsidenten des Landbundes gewählt.

Neben Rauschning trat in der Partei ein junger Günstling Hitlers in Erscheinung, Albert Forster, der aus Fürth stammte, ein treuer Diener seines Herrn, der, wenn sein Führer ihn auf den Mond geschickt hätte, losmarschiert wäre. Der dritte war Arthur Greiser, Sohn eines aus Posen vertriebenen Schullehrers, der als blutjunger Mann tapfer in der Staffel Richthofen gekämpft hatte.

Zwei Wochen vor der Volkstagswahl empfing Helmer Rosting den Gauleiter Forster sowie Rauschning, den Vizegauleiter. Beide gaben ihm die Versicherung, dass im Falle eines nationalsozialistischen Wahlsiegs die Danziger Verfassung nicht würde angetastet werden. Rauschning hat damals die Versicherung *bona fide* abgegeben.

Nun setzte die übliche Propagandaoffensive der Nazis ein. In Danzig traten Goebbels und Kerrl* als Redner auf. Die vorwiegende Stimmung der Bevölkerung war und blieb deutsch, und die Deutschenationalen, denen der Nationalsozialismus den Rang ablief, verstärkten noch diese Tendenz, die selbst bei den Danziger Sozialdemokraten vorhanden war. Ausgesprochen deutsch, vom Wunsch zur schliesslichen Rückkehr ins Reich erfüllt, war der Senat.

In Deutschland hatte Hitler bei den Reichstagswahlen nur 43,9%

* Hans Kerrl (1887-1941), Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, seit 1935 erfolglos bemüht, sich im Kirchenkampf einerseits gegen die Bekenntniskirche und andererseits den kirchenfeindlichen Radikalismus der Gruppe um Himmler-Bormann durchzusetzen.

aller Stimmen erreicht. In Danzig gewann die Partei die Mehrheit mit 50,03% Stimmen. Wenn man dieses Ergebnis zur Kenntnis nimmt, darf man nicht vergessen, dass damals auf 450'000 Einwohner der Freien Stadt 40'726 Arbeitslose kamen und dass diese sich durch ein ebenso trügerisches wie verführerisches braunes Arbeitsbeschaffungsprogramm locken liessen. Krankhafte Empfindlichkeit gegenüber Polen tat ein Übriges. Vor allem darf die Anziehung nicht unterschätzt werden, welche die allgemeine nationalsozialistische Soziologie und die braune Wirtschaftstheorie im Beginn auf die Bauern ausübte, die Partei schien sich im Unterschied zum Marxismus auf das Bauerntum stützen zu wollen. Festzuhalten ist, dass der Danziger Wahlerfolg der Partei vor allem auf den Stimmen der protestantischen Landbevölkerung beruhte, unterlegen blieb die Partei innerhalb der Stadt Danzig überall dort, wo die katholische Bevölkerung die Mehrheit besass.

Rauschning hielt sich an die Anweisungen zur Vorsicht, die Hitler noch vor der Machtergreifung erteilt hatte; sie entsprachen seiner Überzeugung. Auf die nach der Machtergreifung erfolgten Instruktionen ging er nicht ein. In der Presse¹¹ gab er eine Erklärung ab, versprach nationale Front, wirtschaftlichen Wiederaufbau, versöhnliche Regierungspolitik und Nichteinführung der Arierparagraphen in der Freien Stadt. Rauschning war nun Senatspräsident, aber Forster war Gauleiter, und diese Amtsverteilung liess Rauschnings Einfluss von Anfang an mehr als problematisch erscheinen; denn die durch das Statut der Freien Stadt von jeher sehr bedingte Macht lag nun nicht mehr in der Hand des legitimen Präsidenten der Danziger Regierung, sondern illegitimerweise beim Chef der Partei, welcher selbst deutscher Staatsbürger war und als Beamter direkt dem deutschen Staatsoberhaupt unterstand. Von allem Anfang an stellte Forster radikale Massnahmen in Aussicht, und er erklärte sofort unzweideutig, dass er sich für die Rückkehr Danzigs ins Reich voll und ganz einsetzen werde. Im Jahre 1933 wurde in Danzig viel von der Möglichkeit eines französisch-polnischen Präventivkrieges gegen das Hitlersche Regime gesprochen. Rauschning aber, im Gegensatz zu seiner Umgebung, glaubte an eine schliessliche Entspannung zwischen Berlin und Warschau, ja er hielt sie damals nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig und erwartete von ihr eine günstige Auswirkung auf die Freie Stadt.

Von 1922 bis 1933 waren 106 Streitfälle zwischen Polen und Danzig vom Völkerbundsrat behandelt worden. Rauschnig begann nun direkte Gespräche mit der polnischen Regierung; er fuhr nach Warschau, dort erklärte er, die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt werde eine Politik des Friedens und der Vertragstreue machen. Die Früchte dieser konzilianten Haltung liessen nicht auf sich warten. Ein Abkommen, das dem Danziger Hafen den ihm zukommenden Handelsverkehr garantierte, wurde am 8. August 1933 unterzeichnet, ein anderes, vom 18. September 1933, erteilte der polnischen Minderheit in Danzig Rechte, die weit über das hinausgingen, was der Versailler Vertrag gewährt hatte. Wenige Tage nach diesem Vertragsabschluss machte der polnische Ministerpräsident in der Freien Stadt Gegenbesuch, und sämtliche Streitfragen verschwanden von der Tagesordnung des Völkerbundsrates. Wer unkritisch die Rede anhörte, die Rauschnig wenige Tage vor dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund auf der Genfer Ratstagung hielt, konnte die Gefährlichkeit des Problems der Freien Stadt für den Frieden als eine abgetane Sache betrachten. Damals meinten viele, Rauschnig könne nicht anders, als im Namen Hitlers zu sprechen. Während des Jahres 1933 war dies auch insofern richtig, als der deutsche Reichskanzler östliche Rückendeckung für seine dem Westen gegenüber herausfordernde Politik brauchte.

In Danzig aber war Rauschnig bereits völlig isoliert. Von einer Versöhnung mit Polen wollten die Extremisten nichts hören, «Heim ins Reich» blieb ihre Parole. Was die nichtnationalsozialistischen, bürgerlichen Parteien in der Freien Stadt anbetraf, so fürchteten vor allem die Deutschnationalen, Danzig werde Hitlers Entspannungspolitik mit Polen geopfert werden. Schon Anfang September beauftragte Hitler den Danziger Senatspräsidenten, ihm ein Zusammentreffen und eine Aussprache mit dem Marschall Pilsudski zu ermöglichen. Dem Marschall gegenüber war er zu weitgehenden Konzessionen bereit, nicht nur aus augenblicklicher Taktik; Pilsudski übte auf ihn eine merkwürdige Faszination aus. Solche gefühlsbetonte Beziehungen zu Personen waren bei Hitler häufig, sie konnten aber von einem Moment zum andern erlöschen oder sich in ihr Gegenteil verkehren. Damals war die deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar 1934 die Folge der Politik des Entgegenkommens. Der «Führer» besass keinerlei

Kenntnisse von seinem östlichen Nachbarland, im intimen Kreis liess er sich von Forster informieren, Forster aber «wäre am liebsten schon nach dem ersten Parteitag 1933 gegen Polen in einen frisch fröhlichen Krieg gezogen»¹².

Für einen Forster waren Rauschnings Gedankengänge unfasslich.

In Rauschning steckte viel volksdeutsche Vorstellung, vermischt mit den erwähnten Elementen altpreussischer Tradition, zu dieser Tradition gehörte auch die Sympathie für Russland. Die Sowjets hatten Danzig in seinen Differenzen mit Polen oft unterstützt. Dass dies aus Gründen erfolgt war, die mit den Danziger Interessen in keinem Zusammenhang standen, wollte Rauschning nicht ohne Weiteres wahrhaben. Gleich nach seinem Amtsantritt hatte er zum russischen Botschafter in Warschau Kontakt gesucht und auch gefunden, und es waren nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem Fragen der allgemeinen Politik, die sie gemeinsam erörterten. Sicher hat der Botschafter mit grossem Interesse zugehört, als Rauschning ihm von Danzig «als dem westlichsten der baltischen Staaten» sprach*. Hitlers heftige Abkehr jedoch von der Rapallo-Politik drängte dann die Sowjet-Union in eine Haltung, die von derjenigen, die Rauschning erhofft hatte, vorerst sehr verschieden war.

Als Rauschning das Amt des Senatspräsidenten übernahm, liess er sich von der Partei die Zusicherung geben, dass man die Verfassung respektieren werde. Dieses Versprechen wurde gebrochen, sofort wurde die Auflösung der sozialdemokratischen Partei vorbereitet, und bereits erfolgten Verhaftungen katholischer Geistlicher und jüdischer Redakteure. Spontane Ausschreitungen gegen die polnische Minorität lähmten die Politik des Senatspräsidenten, er war von Gegnern und Verrätern umstellt. Bald schon wurde ihm vorgeworfen, er bilde persönlich das Haupthindernis für die Gleichschaltung der Freien Stadt. Man beschwerte sich über ihn bei Hitler und bei Hess und erklärte, er sei der Partei völlig entfremdet, die Danziger Bevölkerung habe ihm jede Sympathie, alles Vertrauen endgültig entzogen. Noch unternahm Hess den Versuch zu einem Ausgleich. Hitler dagegen vernahm die Danziger Senatoren einzeln über ihren Präsidenten.

* Rauschning stand im Begriff, einen Vertrag über den Bau russischer Schiffe auf der Danziger Werft abzuschliessen. Aus allgemeinen politischen Gründen kam dieser Vertrag nicht zur Ausführung.

Es wurde ausgesagt, Rauschning arbeite nicht auf einen taktischen, sondern auf einen dauernden Ausgleich mit Polen hin; gerade dies aber wurde als untragbar bezeichnet, denn Aussenpolitik hatte gegenüber dem Nachbarstaat scheinhaft und taktisch zu bleiben. Rauschning wurde nach Berlin befohlen, Hitler machte ihm eine seiner bekannten Szenen, begann zu schreien: einzig die Partei sei Richter und Mass, Rauschning erlaube sich, für seine Person Blankovollmachten zu verlangen.

Richtig, voraussehend und korrekt war Rauschnings Wirtschaftspolitik, aber auch diese wurde von Anfang an sabotiert. Auch die Wirtschaft sollte dem System der Scheinlösungen verfallen.

Am 19. November 1934 schrieb Rauschning einen Brief an die nationalsozialistische Volkstagsfraktion, dieser Brief schildert die damalige Wirtschaftslage:

«Die Kernfrage der Danziger Wirtschaft ist die Deckung der auswärtigen Zahlungsbilanz. Von der Lösung dieser Frage hängt der Bestand der Danziger Währung ab; gelingt es nicht, die Danziger Devisenabkommen zu ändern, so muss der Fehlbetrag in der auswärtigen Zahlungsbilanz der Deckung der Danziger Währung entnommen werden, was in kurzer Zeit einen Staatsbankrott zur Folge haben würde. Sich auf die Hilfe des Deutschen Reiches zu verlassen, ist unverantwortlich, da das Unvermögen des Reiches, die zu einer ausreichenden Hilfe notwendigen Devisen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, anhalten kann. Hilfe kann nur aus Danzigs eigener Kraft kommen. Entscheidend ist die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Sterling-Block ... Wenn weiterhin eine Politik des Abwartens und der Hoffnung auf baldige Besserung der deutschen Lage betrieben wird, so werden die Kräfte, die jetzt noch eine Hilfe ermöglichen, bald völlig aufgebraucht sein. Die von der Partei geplanten Arbeitsbeschaffungsvorhaben werden zu einer vermehrten Schwächung der Danziger Währung führen; denn entweder wird in kurzer Zeit die Arbeitslosigkeit stark anschwellen oder die Währungsdeckung sehr schnell erschöpft sein. Durch die wirtschaftliche Lage wird die Innenpolitik klar bestimmt, die erforderlichen unpopulären Massnahmen müssen jedoch von den anderen Parteien mitverantwortet werden. Daher ist es unerlässlich, wenigstens einen Burgfrieden mit den nichtmarxistischen Parteien herbeizuführen. Doch verlangt die Gauleitung rücksichtsloseste Einsetzung aller staatlichen Machtmittel zur Unterdrückung der Restparteien. Abgesehen davon, dass ... in Danzig der gewünschte Erfolg sich nicht durch Un-

terdrückung, sondern nur durch Überzeugung erreichen lässt, würde ein kurzer parteipolitischer Kampf die Möglichkeit zur gesetzgeberischen Durchführung der Massnahmen schwinden lassen. Danzig muss versuchen, im Ausland Anleihen aufzunehmen. Wenn jedoch in der Freien Stadt Massnahmen zur Unterdrückung der Opposition, der katholischen Geistlichkeit und der jüdischen Bevölkerung ergriffen werden, so werden nicht nur solche Anleihen unmöglich sein, sondern Danzig wird unter den vollen Druck aussenpolitischen und wirtschaftlichen Boykotts kommen . . . Aussenpolitische Faktoren müssen erhalten werden, die bei erneuten Konflikten zu Gunsten Danzigs wirken.»¹³

Schon seiner Regierungserklärung hatte Rauschning einen Passus über gute Beziehungen zu Sowjetrussland, das der Freien Stadt wiederholt Hilfe geleistet habe, beigefügt, aber dieser Passus wurde von der Gauleitung gestrichen. Rauschning betonte immer wieder, England könne am Schicksal Danzigs nur dann interessiert werden, wenn in der Freien Stadt wirklich verfassungsmässige Zustände herrschten, die vom Völkerbund garantierte Verfassung sei zur Zeit überhaupt die einzige Garantie Danzigs.

Die Forstersche Gruppe redete, auf Grund missverständener, aus Italien bezogener Vorstellungen, viel von einer ständischen Gliederung der Danziger Wirtschaft. Rauschning wusste, dass dies die Unterwerfung der Wirtschaft unter die Partei bedeuten würde, er widersetzte sich: solche Experimente in einer Hafenstadt mit internationalem Handel würden nur Gdynia zugute kommen. Überraschenderweise erklärte auch Hitler, dass er den «Unsinn» des ständischen Aufbaus nie dulden werde. Damit war die Sache erledigt. Aber Forsters demagogisches Arbeitsbeschaffungsprogramm übte immer noch seine Wirkung aus: Theaterbau, Strassenbau wurden unternommen, ohne dass Rauschning es verhindern konnte. Die Goldreserven der Danziger Staatsbank mussten angegriffen werden. Rauschning forderte Devisen von der Reichsbank, aber es wurde geantwortet, die geforderte Summe könnte die deutsche Aufrüstung in Gefahr bringen. Die feste Haltung des Senatspräsidenten in der Währungsfrage hat vor allem andern zu seinem Sturz geführt.

Kaum war der Posten des Senatspräsidenten durch Rauschnings Nachfolger, Arthur Greiser, besetzt worden, schmolzen die Danziger Goldreserven zusammen; im August 1933 betragen sie noch 35 Mil-

tionen Gulden, zwei Jahre später 13,5 Millionen. Eine Danziger Stadtbank war gegründet worden, welche die finanziellen Manipulationen der Partei zu unterstützen hatte.

Die Opposition warnte vor der Inflation. Ihre Warnung bezeichnete der Senat als Diffamierung. Aber schon im April 1935 begann die Bevölkerung ihre Ersparnisse von den Banken abzuziehen, und am 2. Mai 1935 wertete der Senat durch ein Dekret den Gulden um 42,37% ab. Hatte der polnische Zloty vor der Abwertung den Kurs von 58 Guldenpfennigen, so besass er jetzt den Wert eines Guldens. Danzig war auf den Import aus Polen angewiesen, polnische Importware erfuhr nun eine Preissteigerung von 70%.

Es wurde ein Danziger Finanzrat geschaffen, man stellte die öffentlichen Arbeiten ein, jede Erhöhung von Löhnen oder Gehältern wurde untersagt. Bis zum Dezember 1935 fielen die Depositen auf den Danziger Sparkassen um 30%. Scharfe Regierungseingriffe verhinderten jede Form von Devisenhandel. Dies führte zu heftigen Reaktionen Polens, das mit Zollmassnahmen antwortete und Danzig aus dem Zollgebiet auszuschliessen drohte. Der Senat antwortete mit der Öffnung der Zollgrenzen nach Ostpreussen. Von den 2'000 in Danzig zum Arbeitsdienst einberufenen Männern blieben nur 500 in Danzig zurück, die übrigen wurden ins Reich abgeschoben. Die Pensionäre im Gebiet der Freien Stadt wurden aufgefordert, ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen. Bei der Bevölkerung stieg das Ansehen der Opposition.

Am 29. August 1935 erliess der Senat eine Verordnung über die Veränderung des § 2 des Danziger Strafgesetzbuches. In der ursprünglichen Fassung lautete die Bestimmung: «Eine Handlung kann nur dann bestraft werden, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.»

Die neue Fassung lautete: «Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient. Findet auf die Tat kein bestimmtes Strafgesetz unmittelbar Anwendung, so wird die Tat nach dem Gesetz bestraft, dessen Gedanke auf sie am besten zutrifft.»

Am 4. September 1935 protestierten die Danziger Oppositionsparteien in einer Eingabe an den Völkerbundsrat gegen die Neufassung,

deren Ungeist das Ende jeder Rechtsordnung bedeute. Der Völkerbundsrat unterbreitete am 23. September das Problem dem Internationalen Gerichtshof im Haag. Dieser verurteilte den Begriff «gesundes Volksempfinden», weil er keine Objektivität gewährleiste. Aber selbst im Haag schien keine Einstimmigkeit zu herrschen. Jedoch der Paragraph wurde für verfassungswidrig erklärt.

Durch diesen Entscheid ermutigt, forderte nun die Danziger Opposition die Annullierung der Volkstagswahlen. In einer Beschwerdeschrift verlangten die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und die Zentrumspartei, die Kommunisten und freien Frontkämpfer vom Danziger Obergericht ihrerseits die Festsetzung von Neuwahlen. Am 14. November 1935 verkündigte das Obergericht sein Urteil. Es lautete: die Wahl sei ausser in einzelnen kleineren Wahlbezirken gültig. Die 70 Seiten lange Begründung des Urteils ist aufschlussreich, sie enthält scharfe Kritik an gewissen nationalsozialistischen Methoden, aber im Ganzen überwiegt doch die Tendenz der Richter, es mit den neuen Machthabern nicht zu verderben. Zum erstenmal seit der Schaffung des nicht lebensfähigen Staatsgebildes schien die Bevölkerung nun dem internationalen Statut der Freien Stadt einen Wert zuzumessen, jetzt währte sie, die ganze Welt habe sich verbunden, um die Danziger Verfassung zu garantieren. Die Opposition verteidigte sich durch beständige Anrufung des Völkerbundes.

Nach der Guldenabwertung hatte die antinationalsozialistische Tendenz in Danzig stark zugenommen. Die Gegner des Regimes benützten diese Stimmung zur Gründung einer «Union nationaler Beamter», der Senat wurde beschuldigt, die Bank von Danzig in den Bankrott geführt zu haben. Selbst Sturz der Regierung durch Gewaltanwendung wurde erwogen. Doch schon nach der ersten Tagung dieser Union wurden ihre Führer von der Gestapo verhaftet, und die Vereinigung wurde aufgelöst. Am 7. Dezember 1935 ist dann die Nachfolgerin des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, der schon 1933 gleichgeschaltet worden war, der «Allgemeine Arbeiterverband» von der Polizei aufgelöst worden. Die Zeitungen der Opposition wurden mehrmals für kürzere und längere Zeit verboten. Das Einwirken des Hohen Kommissars auf den Senat erzielte keinerlei Ergebnisse. Die Wünsche, Empfehlungen und Forderungen des Völkerbundes fanden keine Beachtung.

Aber die Danziger Opposition kämpfte weiter. Am 27. Dezember 1935 reisten auf eigene Verantwortung zwei Danziger* nach London, um dort für eine aktive Politik zugunsten der unterdrückten Danziger Parteien zu wirken. Sie hatten Unterredungen mit namhaften Journalisten und mit Vertretern der englischen «League of Nations Union», die dafür sorgten, dass die Klagen der Danziger in 300 Zeitungen veröffentlicht wurden. Der Nachfolger von Sir John Simon, Anthony Eden**, konnte die Herren aus der Freien Stadt, wie erklärt wurde, aus formalen Gründen nicht empfangen, sie sprachen somit mit dem Sachbearbeiter für Völkerbundsfragen im Foreign Office, Ralph C. Skrine Stevenson***, und forderten Folgendes:

1. Abhaltung von Neuwahlen unter Überwachung eines internationalen Komitees zur Sicherung von freien Wahlen. Diese Wahlen sollten durch englische und französische Truppen geschützt werden****.
2. Ausstattung des Hohen Kommissars des Völkerbundes mit grösseren Machtvollkommenheiten.
3. Ausweisung von Gauleiter Forster als eines unerwünschten ausländischen Agitators.

England hatte am 18. Juni 1935 mit dem Dritten Reich sein Flottenabkommen geschlossen. Durch einen Einsatz für die demokratischen, antinationalsozialistischen Kräfte des peripheren Miniaturstaates wollte man auch in London die leidlich erscheinenden Beziehungen zu Deutschland nicht aufs Spiel setzen. In Warschau wirkte diese selbe Tendenz noch viel stärker. Die polnische diplomatische Vertretung in Danzig verhielt sich völlig passiv. Im Warschauer Aussenministerium konnte man damals sogar die Ansicht hören, die nationalsozialistische Herrschaft werde sich im Gebiet der Freien Stadt für Polen vorteilhaft auswirken.

Bei der Tagung des Völkerbundsrats vom 22. bis zum 24. Januar 1936 nahmen die Danziger Fragen einen Raum ein, der nur berechtigt gewesen wäre, wenn ein einheitlicher Wille bestanden hätte, am Bei-

* Ernst Künstler und Leo Leonhard alias Lazarus.

** Anthony Eden (geb. 1897), seit 1923 konservat. Abgeordneter. 1935 – Febr. 1938 brit. Aussenmin. Mai 1940 im Kabinett Churchill Kriegsmin., Dez. 1940 Aussenmin., 1945 mit Churchill zurückgetreten. Okt. 1951 abermals Aussenmin. Nach Churchills Rücktritt 6.4.1955 Premiermin. bis Jan. 1957.

*** Ralph C. Skrine Stevenson (geb. 1895), von 1919 bis 1955 im diplomatischen Dienst.

**** Die Danziger Sozialdemokraten und die Zentrumspartei teilten diese Ansicht nicht, da ihrer Meinung nach die Anwesenheit von fremden Truppen die Wahlen ungünstig beeinflusst hätte.

spiel dieses kleinen Staates eine prinzipielle Haltung durchzusetzen. Dieser 'Wille war nicht vorhanden. Der Rapporteur des Völkerbundes, Anthony Eden, erteilte zwar dem Senat eine Rüge, aber diese Behörde und ihr Präsident waren an die leise Sprache des Westens nicht gewohnt. Eden sagte, dass der Senat der Freien Stadt «keinen guten Willen zur Lösung der Streitfrage» gezeigt habe, worauf Greiser gleich darauf hinwies, dass der Senat sich dem Spruch des Internationalen Gerichtshofs im Haag in der Frage des Strafgesetzbuches unterwerfen werde. Die Vertretungen einiger Staaten, Frankreichs, Portugals, Australiens und der Türkei forderten scharfe Massnahmen, aber Polen, die Sowjetunion, Spanien und Dänemark verlangten äusserste Zurückhaltung. Das Gesuch der Danziger Oppositionsparteien, ihr Verlangen nach einer Ungültigkeitserklärung der Volkstagswahlen, wurden vom Rat vertagt, und diese Vertagung erfolgte auf eine polnische Intervention hin.

Der polnische Aussenminister Jozef Beck zeigte sich kritisch gegenüber der so einwandfreien Amtsführung Lesters. Greiser stand mit Berlin in telephonischer Verbindung. In Berlin holte er sich seine Instruktionen, und diese, gemäss den Schlangenbewegungen der Hitlerischen Aussenpolitik, lauteten nun dahin, Danziger Neuwahlen müssten vorerst um jeden Preis vermieden werden, jeder Kompromiss sei anzunehmen, natürlich nur «bis auf Weiteres»: man näherte sich dem Polen Pilsudskis, um das Vorgehen gegen Österreich und die Tschechoslowakei vorzubereiten. Der von Eden vorgelegte Bericht enthielt einen Absatz über die polnischen Rechte in Danzig und über die Volkstagswahlen vom 7. April 1935. Wegen dieser beiden Abschnitte hat Greiser den Rapport damals abgelehnt. Jozef Beck betätigte sich als Makler, er führte gleichzeitig Besprechungen mit Eden und Greiser. Er versprach, sich für Streichung des die Danziger Wahlen betreffenden Abschnittes einzusetzen, wenn Greiser der Formulierung der polnischen Rechte in Danzig zustimme. Dazu war Greiser sofort bereit, da es ihn nichts kostete. Nun redigierte Eden mit Greiser und Beck gemeinsam eine Neufassung, welche beinah einem Verzicht auf die Garantie der Danziger Verfassung gleichkam.

Die nationalsozialistische Parteipresse jubelte denn auch über diesen Sieg. Ungestört konnte die Gleichschaltung weitergehen. Als Lester im Januar 1936 auf seinen Posten zurückkehrte, empfahl er den

Oppositionsparteien, ihre antipolnische Haltung aufzugeben, ja sich im Gegenteil an Polen anzulehnen. Lester setzte sein Bestreben nach einer korrekten Zusammenarbeit mit dem Senate fort. Er rechnete mit der Eifersucht und Gegnerschaft zwischen Greiser und Forster, Greiser hielt er für gemässigter, für überlegter als den Gauleiter. Die Angriffe auf Lester aber gingen weiter.

Auch Zwischenfälle mehrten sich. Das beständige Auftreten von hohen Parteifunktionären aus dem Reich in Danzig spannte die Atmosphäre bis zum Brechen. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Opposition. Eine Versammlung der Deutschnationalen Partei wurde von SA-Männern überfallen, es gab 50 Verletzte, ein SA-Mann erlitt einen Herzschlag, dem er erlag. Der Parteiarzt, der diese Todesursache feststellte, verlor seine Stellung, wurde aus der NSDAP ausgeschlossen und musste emigrieren. Bei der Beerdigung jenes SA-Mannes kam es zu wilden Schiessereien. Mehrere führende Sozialdemokraten wurden verhaftet, die Einsprache Lesters blieb völlig unbeachtet.

Merkwürdig erscheint es, dass der Völkerbundsrat dringend die Errichtung eines Pressegerichtshofes in Danzig verlangte, einer Institution zur Verteidigung der Pressefreiheit. Damit verlieh er dem Senat ein Machtmittel. Als Richter wurden lauter sichere Nationalsozialisten ernannt, und das Weitere liegt auf der Hand. Die Angriffe gegen Lester im «Danziger Vorposten» erreichten schon diesen masslosen Ton, an den man sich in den nächsten Jahren allgemein gewöhnen musste, einen Ton, der sogar die Entrüstung überschrie. Der Zwischenfall anlässlich des deutschen Schiffsbesuches* untergrub Lesters Stellung vollends. Als von englischer Seite Polen gebeten wurde, etwas zur Unterstützung des Hohen Kommissars zu unternehmen, lehnte die Warschauer Regierung zuerst ab, mit der Begründung, der Völkerbund habe Polen in Danzig sechzehn Jahre lang Hindernisse in den Weg gelegt. Erst auf den ausdrücklichen Wunsch des Völkerbundsrates hin erklärte sie sich bereit, mit der deutschen Regierung einen Notenwechsel über die Angelegenheit des Kreuzers «Leipzig» zu führen.

* Vgl. S. 29.

II

Allgemeine Bemerkungen zur nationalsozialistischen Bewegung

Der im Beginn der dreissiger Jahre dieses Jahrhunderts in Deutschland auf scheinbar legalem Wege, durch Ungültigkeitserklärung der kommunistischen Stimmen, durchgeführte Staatsstreich der nationalsozialistischen Partei, ist ein Ergebnis des Mehrheitsprinzips, das mit dem Ende des 18. Jahrhunderts anstelle aller anderen Autoritäten getreten ist. Bereitschaft für das unselige Ereignis der «Machtergreifung» schuf die unbewusste Angst der stark in kleinbürgerlichen Vorstellungen befangenen Schichten des deutschen Volks vor der Konsequenz aller neuen Revolutionen, die sich im Osten unseres Kontinents verwirklicht hatte. Diese Angst wurde von Hitler erkannt und wie alle vorhandenen Gefühlsinhalte ausgenützt.

Was der deutsche Faschismus anstrebte, war revolutionäre Gewalt Herrschaft. Methode und Taktik der Massenbehandlung waren Ursache und Bedingung seiner Erfolge, eine Bedingung, der seine eigene Handlungsfreiheit bald unterlag. Es ist ein Hauptkennzeichen unseres Zeitalters, dass auf allen Gebieten die Methoden stärker sind als die Menschen, die sie anwenden. Im Nationalsozialismus war von Anfang bis zu Ende die jeder wirksamen Lenkung entbehrende Mechanik der Revolution für alles Geschehen entscheidend. Ziele und Doktrin der Partei blieben widersprüchlich und verschwommen, gleich blieb sich nur die seelenlose Dynamik, ihre Wirkung war totalitär, auch für diejenigen, die wähten, sich ihrer zu bedienen. Extrem nationalistisch, blieben die Nationalsozialisten stets aggressiv gegenüber jeder Form europäischer Überlieferung oder kosmopolitischen Ausgleichs. Sie bekämpften das Christentum, die Kirchen, die alten Oberschichten, die Monarchie, entscheidende Teile ihres negativen Programms hatten sie mit den Jacobinern gemeinsam. Wie die Jacobiner sprachen sie von Gleichheit und schufen neue, rein machtmässig begründete Hierarchien. Wie bei diesen machte das Gleichmachungsbestreben aber auf halbem Wege Halt, die kommunistische Konsequenz des Egalitarismus bekämpfte Hitler, wie es Robespierre getan hatte, auch er verlieh dem Mittelstand die Macht, die Menge wurde weitgehend mit Brot und Spielen abgefunden, aber der allgemein so-

zialistischen Tendenz des Zeitalters gehorchend, versuchte der Nationalsozialismus, darin anders als seine Vorfahren von 1789, auch das Proletariat in ein materiell begünstigtes Kleinbürgertum umzuwandeln. Der Hauptunterschied zwischen Jacobinern und Nationalsozialisten liegt darin, dass die einen Franzosen und die andern Deutsche sind und dass infolgedessen die jacobinische Bewegung Menschheitsbeglückung anzustreben glaubte, während der deutsche Faschismus alles Nichtdeutsche nach Massgabe einer romantisch-biologischen Mode abwertete und zu beherrschen oder zu vernichten strebte. Ausnahmen wurden nur für angeblich germanische Stämme theoretisch zugebilligt. Zwischen der cartesianischen Revolution und Hitlers Wirken lag eine popularisierte Romantik mit ihren Lockungen.

In diesem Regime, wie dies für alle im Lauf des zwanzigsten Jahrhunderts zur Macht gelangten Revolutionen der Fall ist, wurden sehr rasch die letzten Bestände geistlich-sittlichen Masses beseitigt. Das jeweilige Programm der Bewegung bestand aus lauter widersprüchlich durcheinanderfließenden, momentan propagandistisch verwertbaren Stimmungsformeln, die auf die Masse möglichst fanatisierend einzuwirken hatten. Alles Menschliche, alles Organische fiel der Selbstwirksamkeit der Organisation zum Opfer.

Das deutsche Volk, das im ersten grossen Krieg des Jahrhunderts gegen eine Welt gekämpft und sich zu Tode gesiegt hatte, befand sich während Jahren zwischen tiefer Erschöpfung und mächtigem Lebenswillen in einem fieberhaften Zustand. Die Ursachen der Niederlage wurden nicht sachlich durchdacht, sondern sofort durch die Legende des Verrats beiseite geschoben; Misstrauen aller gegen alle herrschte; aus Elend und Währungszusammenbruch aber versuchte ein äusserst vitaler Genesungswille hinauszuführen; dieser Wille wurde immer wieder überflutet durch Verzweiflung bis zur Selbstaufgabe und wilde Vergeltungsträume, bald riss man sich zu puritanischer Strenge zusammen, bald ergab man sich wegwerfend dem Zynismus. Allerorts wirkte der Drang nach Überkompensation, entstanden aus bitterem Groll wegen erduldeter Verleumdung und auferlegter Kriegsschuld. Die territorialen Wunden, die die Friedensverträge geschlagen hatten, heilten nicht, stets aufs Neue wurden sie aufgerissen. Anlage zu emphatischem und unklarem Transzendieren schuf Bereitschaft zu schwarmgeistigen Abenteuern, wie sie die Nation schon hin und wie-

der erlebt hatte. Durch die Niederlage war historisch Gewordenes, das zu seiner Umwandlung Jahrhunderte braucht, in kurzen Augenblicken gebrochen, aber nicht erstickt worden; überall widerstrebte Einstiges den von den Siegern aufgedrängten schematischen Idealen demokratischer Neuordnung. Dort aber, wo Neues vom deutschen Volk wirklich gewünscht wurde, sollte in radikaler Form das «völlig Andere» als komplette Absage an alles Vergangene in Erscheinung treten; zurückgegriffen wurde nur auf angebliche Werte einer missverstandenen Urgeschichte.

Unter dem ungeheuren Druck der innerdeutschen Atmosphäre hatte Brüning, der am 26. März 1930 das Kanzleramt übernahm, äusserst massvoll und in keiner Weise mitreissend versucht, wie seine Vorgänger die im Jahre 1918 preisgegebene Staatsautorität mit seinen leisen Mitteln weiterhin zu verstärken, wobei er jeden staatlichen Übergriff in die private Sphäre ablehnte. In seiner Aussenpolitik war er viel zurückhaltender als Stresemann. Es hätte im Interesse der Siegermächte gelegen, ihm greifbare Satisfaktionen zu gewähren. Seine aussenpolitische Erfolglosigkeit hat seinen Sturz herbeigeführt. Aber auch innerpolitisch wirkten starke Vorurteile konfessioneller Art gegen ihn. Man warf ihm einen zögernden Kurs und eine unentschlossene Wirtschaftspolitik vor. Gerade die äusserste Korrektheit seiner Methoden verstimmte die Ungeduldigen gegen den einstigen Sekretär der christlichen Gewerkschaft.

Papen brachte nur eine flüchtige Episode, seine Restaurationspolitik war unter den herrschenden Umständen unzeitgemäss. Die Vorstellung von einem Bündnis alter konservativer Kreise mit der Revolution der Desperados mitten in der Weltwirtschaftskrise war oberflächlich und leichtsinnig, sie hat aber im Beginn viele Konservative dazu geführt, sich aus Missverständnis mit den Kräften, die ihnen in allem und jedem entgegengesetzt waren, einzulassen, ungefähr nach dem Rezept des alten ostpreussischen Grundbesitzers von Oldenburg-Januschau, welcher erklärte: man werde später mit den sympathischen jungen Leuten schon fertig werden. Aus der nationalsozialistischen Macht wurde sofort nackte Gewalt. Wirkliche Macht aber kann nur auf geistig-sittlichen Grundlagen beruhen. Diese Grundlagen fehlten. Die Maschine der Parteiorganisation wirkte automatisch, ihren Betriebsstoff lieferten blinde Leidenschaften. Die führenden Individuen, denen durch die Revolution die Gewalt zugefallen war, schienen ih-

rem psychologischen Typus nach vorausbestimmt zu sein, das ihnen Verliehene zu missbrauchen.

In der westlichen Welt gehörte der Vorgang des politischen Geschehens immer noch einem viel subtileren Rhythmus als in Mitteleuropa und im Osten. Und trotzdem, auch diese westliche Welt drohte mehr und mehr einer Mechanisierung zu unterliegen. Für sie lag die Gefahr in der Technokratie und sodann im Hypertrophwerden der Prozedur, in einer eminent advokatorischen Tendenz, in einer ständigen Inflation völkerrechtlicher Rechtsnormen, aus deren virtuos und volksfern gehandhabten Deutungen durch Kommissionen und Subkommissionen blasse Ergebnisse destilliert wurden, die man, in schwachen papierenen Resolutionen zusammengefasst, unproduktiv in ungeheuerlich anwachsenden Aktenbeständen niederlegte. Es entwickelte sich mehr und mehr eine für die Ungeduld der nach Veränderung strebenden unzufriedenen Völker unverständliche Geheimsprache des internationalen Verkehrs, ein mit juristischer Terminologie übersättigter Kanzlei jargon, der dann in Parlamenten von Ministerbänken aus, vor allem aber im Völkerbund mit äusserst allgemein gehaltenen Deklarationen alternierte. Hinter all dem verbargen sich die immer wirksamen Egoisten aller menschlichen Gruppen, aber selbst die Ziele dieser Egoisten gingen in Prozeduren und Deklamationen verloren. An den eigentlichen Aufgaben hat man in den zwanziger und frühen dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts vorbeigewirkt; diese Aufgaben hätten bestanden im freimütigen Bekennen begangener Irrtümer, im Willen, wirkliche und nicht fiktive Probleme anzugehen, sie nach Massgabe ihrer Wichtigkeit zu ordnen und sie womöglich rechtzeitig zu lösen, anstatt den Ausweg aus dem Labyrinth rechtlich verklausulierter halber Massnahmen schliesslich durch den Sprung in die Katastrophe zu suchen und zu finden.

Das Statut der Freien Stadt Danzig gehört als Schulbeispiel in diese Welt abstrakter Konstruktionen. Dass die Danziger Bevölkerung, welcher die Auslösung des Wilsonschen Versprechens, die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes im Unterschied zum Saarland das freie Plebiszit vorenthalten wurde, sich schliesslich vom Nationalsozialismus trotz tapfer widerstrebender Parteigruppen und einzelner Männer gewinnen liess, ist nicht erstaunlich, umsomehr als das neue System in der Freien Stadt vorerst durch eine geistig überlegene Persönlichkeit, Hermann Rauschning, eingeführt wurde.

III

Meine Ernennung auf den Danziger Posten

Am 20. Oktober 1936 hatte der Gauleiter in Danzig, Albert Forster, in einer Versammlung der nationalsozialistischen Ortsgruppe «Danziger Innenstadt» erklärt: «Das Eine kann ich heute sagen, dass der Völkerbund hier in Danzig untergehen wird. Er muss untergehen. Was sitzt überhaupt im Völkerbund? Ein anständiger Staat gehört nicht zu ihm . . . Der Völkerbund hat hier in Danzig nichts mehr zu sagen. Der muss mit seiner Wurzel verschwinden, und er wird vollständig verschwinden.» Was Forster hiemit aussprach, war die natürliche Folge einer lokalen Entwicklung, die, wie erwähnt, Hermann Rauschnig eingeleitet hatte und für die er die Verantwortung trägt, auch wenn er später mit grösster Entschiedenheit und Entschlusskraft zur Opposition überging, sobald er die wahre Natur der von Adolf Hitler geleiteten Bewegung erkannt hatte.

Sean Lester hatte sein Amt schon im Oktober 1936 niedergelegt. Bis zu der Neuwahl seines Nachfolgers, die am 17. Februar 1937 erfolgen sollte, führte er noch die Amtsgeschäfte.

In der Ratssitzung vom 26.-27. Januar 1937 legte die polnische Regierung ein Aide-mémoire vor, worin dem Hohen Kommissar empfohlen wurde, sich nicht mehr in *innere* Danziger Angelegenheiten einzumischen. Es heisst in dem Bericht unter anderem:

«Der Hohe Kommissar wird nicht verfehlen, sich an die Feststellungen des Rapports der polnischen Regierung vom 26. Januar zu halten.»

In der Zusammenfassung dieses Berichtes wird am Schluss erklärt, «unter den Informationen, auf welchen der Hohe Kommissar seine Tätigkeit aufbaut, müssen diejenigen, die er vom Senat erhält, an erster Stelle stehen»¹.

Hiemit war die Stellung des letzten Völkerbundvertreters zu der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt festgelegt.

In Warschau hatte schon seit längerer Zeit eine bestimmte Gruppe darauf hingearbeitet, einen Polen zum Vertreter des Völkerbundes in der Freien Stadt ernennen zu lassen. Diese Tendenz hatte auch in Genf

Parteiläufer gefunden. Mochten die Polen einen der ihren hinschicken, der die ganzen Konsequenzen selbst zu tragen hatte, so sagte man. Man spottete, Polen finde ja zur Zeit offene Türen in Berlin, und es sollte nun die Früchte seiner Annäherung an das Dritte Reich nur selbst ernten. Die polnische *Regierung* jedoch war solchen Tendenzen abgeneigt. Der Aussenminister Beck protestierte scharf gegen die Absicht, seinem Lande die ganze Verantwortung aufzubürden, und schliesslich kam man dahin überein, dass die Warschauer Regierung einen nicht-polnischen Nachfolger Lesters Vorschlägen solle.²

Jedermann hatte, wie es innerhalb solcher Vorgänge die Regel ist, Hintergedanken. Wen konnte man in diesem Zeitpunkt mit dem abgebrauchten, jeder wahren Autorität verlustig gegangenen Amt betrauen, und wie schien es überhaupt möglich, Hitler, der die Freie Stadt durch seinen Gauleiter regierte, in jenem Zeitpunkt noch einen Vertreter des Völkerbundes überhaupt annehmbar zu machen? Diese Schwierigkeit schien in der Tat unüberwindlich zu sein.

Nicht nur von deutscher, auch von polnischer Seite war gegenüber Lesters korrekter Amtsführung Kritik geäussert worden, man warf ihm vor, er sei doktrinär, wirkungslos und ohne jeden persönlichen Kontakt. Man suchte zu seiner Nachfolge jemanden, der Deutschland kannte und zu Polen wenigstens einige persönliche Beziehungen besass. Namen verschiedener Persönlichkeiten wurden genannt, der Vorzug wurde schliesslich denjenigen gegeben, die einem neutralen Staate angehörten, und unter diesen Kandidaten wurde auch ich zu meiner Überraschung erwähnt. Ich mass vorerst der Sache keine Wichtigkeit bei und betrachtete sie als eine der häufigen Auswirkungen der Kulissengespräche im Palais Wilson. Aber was vorerst nur Gerücht war, nahm bald festere Formen an, und es waren vor allem Mitglieder der französischen Delegation, die mit mir in Kontakt traten und die Sache zur Sprache brachten. Ich galt in Genf damals als ein Kenner Mitteleuropas, diese Kennerschaft war eine relative, gemessen an den Vorstellungen gewisser westlicher Beurteiler mochte sie aber in bescheidenem Masse vorhanden gewesen sein.

Was meine damaligen Beziehungen zu Deutschland und zum Dritten Reich anbetrifft, so kann ich Folgendes feststellen:

Bis zu meinem vierzigsten Altersjahr habe ich mit Ausnahme einiger Studienaufenthalte in Paris ausschliesslich innerhalb des deutschen Sprachbereichs gelebt. Ich verbrachte meine Kindheit und meine Schuljahre in der deutschen Schweiz, studierte in Basel, Zürich, München und Göttingen, war Professor an der Universität Zürich. Als Basler war ich innerhalb der geistigen Überlieferung des deutschen Sprachraums aufgewachsen, durch meine schriftstellerische Tätigkeit endlich stand ich mit gebildeten Kreisen Deutschlands im Austausch. Die Jahre meiner der Universitätskarriere vorangehenden diplomatischen Tätigkeit hatten mich nach Wien geführt.

1933 wurde ich Mitglied des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Im selben Jahre schickte die im Januar zur Macht gekommene nationalsozialistische Regierung ihre erste und letzte Delegation auf die Völkerbundstagung. Die Delegation wurde vom Reichsausserminister Freiherrn von Neurath geführt; in seiner Begleitung befand sich unter anderm der Propagandaminister Dr. Goebbels. Aus Gründen, die auf der Hand liegen, wurde die Delegation mit grosser Kälte empfangen.

Einige Zeit vor Sessionsbeginn hatte der deutsche Gesandte bei der Eidgenossenschaft, Freiherr Ernst von Weizsäcker, mich aufgesucht. Im Verlauf unseres Gespräches sagte er: «Die deutsche Delegation erscheint in Genf im Zustande der Abwehr und der Gereiztheit, der Ton, den sie anschlagen wird, ist nicht geeignet, entspannend zu wirken; erfolgt nun die geringste Geste der Ablehnung, der Diskriminierung, so werden die Konsequenzen sehr heftig sein, die Delegation wird die Tagung verlassen, um nicht wiederzukehren, die Türen werden zugeschlagen und in der Folge tritt Deutschland aus dem Völkerbund aus. Geschieht aber dies, so stehen sich zwei feindliche Blocks gegenüber, und wir treiben einem neuen bewaffneten Konflikt entgegen.» Es sollte nichts unversucht gelassen werden, um der Delegation den Kontakt mit dem für die meisten ihrer Angehörigen so völlig fremden Genfer Milieu zu erleichtern. Die Schweiz sollte eine Geste machen. Ist dies der öffentlichen Meinung wegen für die Regierung schwierig, so sollte eine private Lösung gefunden werden, und er fuhr fort: «Ich stelle die Frage an Sie, ob Sie die Delegation nicht zu einem Empfang mit der Genfer Regierung und einigen Vertretern der Universität, einigen Schriftstellern und Journalisten einladen könnten?

Ich habe diese Anregung auch Bundesrat Motta gegenüber gemacht, er wird Sie daraufhin ansprechen.»

Motta hat dann in der Tat, wie vier Jahre später, als es sich für mich um die Annahme des Danziger Postens handelte, beinahe mit denselben Argumenten mich ersucht, auf Weizsäckers Anregung einzugehen. Er war mit Recht der Ansicht, der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund müsse die radikalen, die abenteuerlichen Tendenzen der deutschen Aussenpolitik aufs Äusserste verstärken und einen Konflikt, von dem Europa sich nicht mehr werde erholen können, fast unvermeidlich machen. Ein offizieller Empfang der deutschen Delegation durch schweizerische Behörden aber könne als Huldigung vor dem Nationalsozialismus im In- und Ausland ausgelegt werden. Die private Lösung der Aufgabe sei die einzige, auch komme nur ein Haus in Betracht, in welchem die deutsche Sprache beherrscht werde. Vieles hänge davon ab, dass die Delegation nicht mit heftigen Ressentiments beladen nach Berlin zurückkehre.

Der Empfang fand statt und wurde sofort unter Hinweis auf bestimmte «Sympathien» und bestimmte politische Tendenzen des Gastgebers vielfach in Gesprächen und in der Presse kommentiert.

Entspannend hat jene Episode sicher nicht gewirkt; wie sollte sie, – dass sie von verantwortlichen Diplomaten und einem Staatsmann den wirksamen Inponderabilien zugerechnet wurde, muss erstaunen.

Wenn ich an jenen unerfreulichen Abend zurückdenke, erinnere mich im Einzelnen nur an zwei Antworten von Goebbels.

William Rappard* sagte ihm in seiner direkten Art: «Was reden Sie von Volks willen, Sie heben ja diesen Begriff durch das jedem demokratischen System entgegenwirkende Führerprinzip auf?» Goebbels antwortete: «Professor Rappard, wenn ich Sie so betrachte, muss ich annehmen, dass Sie Milizoffizier sind?» Der schon etwas schwer gewordene Rappard antwortete: «Ja, Kavallerieoberleutnant», und Goebbels: «Nun, sehen Sie, wenn Sie sich im Manöver befinden und die Gefechtslage ändert sich plötzlich, so können Sie über die zu ergreifenden Massregeln Ihre Dragoner abstimmen lassen; stehen Sie

* Prof. William Rappard (1883-1958), Prof. für Nationalökonomie in Genf.

aber im Trommelfeuer, dann, Herr Rappard, sind Sie gezwungen, selbst zu entscheiden, dann gilt nur noch das Führerprinzip. Wir Deutsche liegen im Trommelfeuer.»

Den Grafen Guy de Pourtalès, der damals für eine Pariser Zeitung schrieb, apostrophierte Goebbels folgendermassen:

Goebbels: «Was werfen Sie uns vor, Herr Graf?» Pourtalès: «Den Mangel an Psychologie.» Goebbels (Schüler Gundolfs): «Für Psychologie interessiert man sich in Frankreich seit den Chronisten, den Legisten, den Kasuisten, den Moralisten, den Epikern des letzten Jahrhunderts, das ist ihre Sache, nein, wir Deutsche, Herr Graf, (fast drohend) interessieren uns nur für das Schicksal!»

Portalès hat den Kriegsausgang nicht erlebt, er hätte sagen können: «Il ne croyait pas si bien dire.»

Eine Wirkung hatte jener Empfang: sie betraf mich selbst, sie schuf Missverständnisse, vor allem in Deutschland, und sie erklärt zum Teil die gewisse Toleranz, mit welcher nationalsozialistische Kreise im Beginn meine Wahl auf den Danziger Posten betrachteten.

Tieferen Einblick in die deutsche Revolution der dreissiger Jahre vermittelte mir folgende Episode:

Am 16. August 1934 war eine Sitzung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz unter dem Präsidium Max Hubers einberufen worden. Der österreichische Bundeskanzler und Aussenminister Engelbert Dollfuss war in Wien am 25. Juli 1934 ermordet worden. Mussolini hatte scharf, sogar durch eine militärische Demonstration auf dem Brenner reagiert, in Österreich hatten politische Verhaftungen stattgefunden. Oberst Draudt* hatte seinen Besuch beim Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Professor Max Huber, angesagt, ihn in grosser Eile durchgeführt und das Ansuchen des deutschen Reichskanzlers überbracht, das Komitee möchte möglichst umgehend eine Delegation nach Österreich entsenden, um die in den österreichischen Lagern festgehaltenen deutschen und österreichischen Nationalsozialisten zu besuchen und Feststellungen über ihre Lage und ihr Befinden zu machen.

Da die Leitung des Internationalen Komitees seit Jahren die Möglichkeit einer zweiten kriegserischen Katastrophe innerhalb der ersten

* Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes.

Hälfte des Jahrhunderts voraussah, musste ihr Hauptstreben dahin gehen, die korrekten Beziehungen zu den totalitären Staaten aufrecht zu erhalten. Dass der deutsche Reichskanzler sich an die Genfer Institution wandte, war ein bedeutungsvoller Akt; eine Ablehnung seiner Bitte hätte die Zukunft belastet, und die ganze mächtige Leistung, die das Komitee im Zweiten Weltkrieg innerhalb der Territorien, die von den Achsenmächten besetzt waren, zu vollbringen hatte, wäre undurchführbar geworden. In der erwähnten Sitzung stellte ich den Antrag, in positivem Sinne zu antworten, an die Annahme jedoch die Bedingung zu knüpfen, dass ein Besuch einer Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz auch in den deutschen Konzentrationslagern stattfinden könne. Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, er wurde dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes übermittelt. Die Verhandlungen zogen sich jedoch lange hinaus. Schliesslich konnte ich im Oktober 1935 die Aufgabe durchführen; das Komitee hatte nicht lockergelassen, viele wirkende Gegenkräfte waren zu überwinden gewesen.

Als ich in Berlin eintraf, wurde mir vom Deutschen Roten Kreuz ein Programm für den Besuch bestimmter Lager vorgelegt. Es war vorgesehen, dass ich mich im Verlauf meiner Besuche mit den Häftlingen in Gegenwart des Lagerkommandanten und seiner Untergebenen unterhalten könne. Auch der mich begleitende SS-Offizier sollte dabei sein. Ich erklärte eine unter solchen Umständen stattfindende Inspektion von vornherein für sinnlos und verlangte, im letzten Augenblick den Namen eines Lagers zu nennen, um mich unverweilt dorthin zu verfügen und mit den Häftlingen zeugenlos zu sprechen. Diese Mitteilung löste beim Stab des Herzogs von Coburg und bei ihm selbst grosse Bedenken, ja ausgesprochen Bestürzung aus. Sofort wurde eingewendet: «Auf diese Weise verliert das Internationale Komitee jede Aktionsmöglichkeit für den Ernstfall.» Ich beharrte auf meinem Standpunkt und erklärte, da das Komitee keinerlei Publizität zulasse, würde ich im Falle einer Ablehnung meines Vorschlags einfach wieder nach Genf zurückfahren. Damals war der Leiter der Konzentrationslager der noch junge Obergruppenführer Heydrich, der sich während der Röhme-Affäre hervorgetan hatte.

Nach langem Hin und Her wurde beschlossen, Heydrich mit mir zu einem Diner einzuladen, wo ich dann Gelegenheit haben würde,

seine unvermeidliche Ablehnung und deren Begründung zu erfahren.

Das Abendessen fand statt, Heydrich hatte angenommen, vor seinem Erscheinen war jedermann erwartungsvoll gespannt, gedrückt, nur gedämpft wurde gesprochen.

Dann sprang die Flügeltüre auf, Heydrich erschien in der ersten schwarzen Uniform, die ich aus der Nähe zu sehen bekam, schlank, blond, mit zwei vollkommen verschieden gearteten Hälften des scharfen, blassen, asymmetrischen Gesichtes, aus welchem Mongolenaugen hervorblickten. Zackig und wiederum weich und morbid betrat dieser berühmte Henker den Salon des Herzogs.

Bei Tisch hatte ich Heydrich zu meiner Linken. Seine Hände fielen mir auf, prärafaelitische Lilienhände, zum hinauszüglernden Würgen geschaffen. Der Polizeigewaltige begann sein Gespräch mit einer Äusserung über Heinrich von Kleist, aber sowohl Michael Kohlhaas als den Prinzen von Homburg fand er bedenklich. Dann wechselte er das Thema und griff frontal an: «In Ihrem kleinen Land, da sind die Freimaurer Meister, das muss anders werden, sonst sind auch Sie verloren.» «Was für Wirkungen schreiben Sie dieser Gesellschaft zu?» fragte ich ihn.

«Die Freimaurer», erwiderte er, «sind das Instrument der jüdischen Rache, zuhinterst in ihren Tempeln steht ein Galgen vor einem schwarzen Vorhang, der das Allerheiligste verhüllt, nur den höchsten Eingeweihten ist es zugänglich, hinter dem Vorhang steht nur noch das eine Wort ‚Jahve‘, der eine Name, das sagt genug.» Und dann sich ereifernd: «Falls das millenare Werk des Führers misslingen sollte, falls wir zu Grunde gehen, dann wird alles sich enthüllen, dann werden die Triumphe, Orgien der Grausamkeit gefeiert werden, neben denen die Strenge Adolf Hitlers sehr massvoll erscheinen wird.»

Ich hatte das Gefühl, einen Abstürzenden zu sehen, der nach dem überhängenden nassen Fels greift.

Nachdem die Tafel aufgehoben war, sagte mir der Obergruppenführer kalt: «Wir haben nicht vom Gegenstand Ihres Besuches gesprochen, gehen wir hinüber!»

Wieder die ängstliche Verwandlung aller andern zu Nebenfiguren, Schweigen, beflissenes Lächeln, Zur-Seite-treten. Dann waren wir in des Herzogs Arbeitszimmer allein. Ein blitzschneller Blick Heydrichs

nach rechts und links, auf die Vorhänge – Gewohnheit –, dann schaute er mich zum ersten Mal eine Sekunde lang an. Es schauen mich zwei Personen gleichzeitig an, sagte ich mir, und diese Feststellung war von einem abwehrenden Gefühl begleitet; nur das eine Mal hat Heydrich mir in das Gesicht geschaut, im Bruchteil einer Sekunde.

«Sie wollen», begann er, «Konzentrationslager besuchen! Wir können alles zeigen, es geht aber nicht an, dass Sie unvorbereitet, ohne Führung und Erklärung, die Häftlinge sprechen. Unter diesen Leuten sind gefährliche Verbrecher, Agenten, Propagandisten. Sie werden Ihnen die Ohren vollschwätzen und nachher werden sie sich gross tun mit angeblichen Aussprüchen von Ihnen.» (Wie oft sollte ich dies später erleben, aber nicht in Konzentrationslagern!) «Was hat man davon», so fuhr er fort, «wenn keinerlei Kontrolle, keine Zeugen vorhanden sind, zeugenlose Gespräche sind immer gefährlich, heute besonders. Sie müssen nicht vergessen, wir kämpfen, der Führer kämpft gegen den Weltfeind. Es geht darum, nicht nur Deutschland wieder gesund zu kriegen, wir müssen die Welt vor ihrem geistigen und moralischen Untergang retten, das hat man bei Ihnen noch nicht verstanden. Also, es geht nicht, die Antwort des Herrn Reichsführers ist negativ. Besuchen Sie *die* Lager, die wir Ihnen vorschlagen.»

Ich antwortete: «Der Herr Reichsführer Himmler ist nicht in Berlin, Sie treffen ihn aber, wie ich höre, morgen. Wollen Sie ihm von mir Folgendes sagen: Wenn dasjenige wahr ist, was gerüchtweise über die Behandlung politischer Häftlinge in Deutschland verlautet, dann muss ein Besuch der Lager in der Weise erfolgen, wie es mir vorgeschlagen wird. Wenn die Gerüchte dagegen unbegründet sind, dann in der Art, um welche ich nachgesucht habe. Der Bericht über die Feststellungen, die zu machen ich in der Lage sein werde, wird nur an die Regierung des Landes gerichtet, dessen Staatsangehörige interniert sind. Das genügt; ich warte in Berlin solange, bis Sie mir die Antwort zugestellt haben, fällt sie wiederum negativ aus, fahre ich zurück; im Falle, dass Ihr Standpunkt sich ändern sollte, besuche ich in der erwähnten Weise das Lager, das *ich* bezeichnen werde und ausserdem sodann die mir von Ihnen vorgeschlagenen Lager.»

Wir erhoben uns gleichzeitig. Heydrich stellte sich vor mich hin, und, indem er über meine linke Schulter schaute, sagte er gepresst:

«Man hält uns für Bluthunde im Ausland, ist es nicht so?» Und dann: «Es ist fast zu hart für den Einzelnen, aber hart wie Granit müssen wir sein, sonst geht das Werk unseres Führers zu Grunde, viel später wird man uns danken für das, was wir auf uns genommen haben.»

Gleich darauf verliess Heydrich die Herrengesellschaft, ein junger böser Todesgott. Noch vor Heydrichs gewaltsamem Tod in Prag sollte mir einer seiner Mitarbeiter erzählen, Heydrich habe sich dem Trunk ergeben, er habe den Alkohol schlecht vertragen und habe Anfälle von zerstörerischer kalter Wut gehabt. Einmal sei er spät in der Nacht in seine Berliner Wohnung zurückgekommen, in sein taghell erleuchtetes Badezimmer, er habe sich plötzlich in dem die ganze Rückwand des Raumes füllenden Spiegel seinem Ebenbild gegenüber gesehen, er habe die Pistole aus der Halfter gerissen und habe zwei Schüsse auf diesen Doppelgänger abgegeben mit dem Ruf: «Hab ich dich endlich, Canaille!» Er hatte auf den andern geschossen, er, der Gespaltene, den Mann seiner andern Gesichtshälfte hat er getroffen, aber nur in dem splitternden Spiegelglas, er wurde ihn dadurch nicht los und sollte bis zum Schluss mit ihm zusammengehen.

Am übernächsten Tag nach der Begegnung beim Herzog von Coburg schickte mir Heydrich nachmittags um 3 Uhr einen Mann ins Hotel, der mich in das berühmte Prinz-Albrecht-Palais, den Sitz der Gestapo, abholte. Unbewegliche schwarze Wachen standen auf den Treppenstufen, sie schienen keiner Mutter Söhne mehr zu sein, aus der Saat von Ares' Zähnen mussten sie hervorgegangen sein.

Amtsräume der nationalsozialistischen Grössen waren alle gleich. Rechts stand der gewaltige Schreibtisch wie im Palazzo Venezia, links an der Wand ein runder Tisch mit Deckchen, um den Tisch zwei Fauteuils und das Kanapee an der Wand, Überreste «der guten Stube».

Heydrich teilte mir mit, dass der Reichsführer SS meinem Verlangen Folge gegeben habe und dass meine Reise in der von mir vorgeschlagenen Weise stattfinden könne. Dann forderte er mich als Gastgeber auf, «sein Museum zu besuchen». Ich glaubte, es handle sich um ein Kriminalmuseum.

Wir betraten einen Saal, in welchem lauter gläserne Schaukästen standen wie für die mineralogische Sammlung eines Provinzmuseums. Die Schaukästen enthielten handschriftlich geführte Listen, Na-

menslisten, über jedem Kasten war eine nationale Fahne angebracht. «Das sind die Listen der Logenbrüder aller Länder», erläuterte Heydrich, «vielleicht interessiert Sie die Schweiz.» Da ich erklärte, kein Interesse zu haben, öffnete er die Tür zu einem zweiten schwarz drapierten Raum, in welchem vorerst völlige Dunkelheit herrschte, er war fensterlos. Heydrich schaltete ein violettes Licht ein, langsam traten allerlei Kultgegenstände der Maurer aus dem Schatten hervor. Leichenblass in dem fahlen Schein, durchschritt Heydrich den Raum, redend über die Weltverschwörung, die Grade der Einweihung und die natürlich an der Spitze der Hierarchie okkult das Ganze zur Zerstörung allen Lebens leitenden Juden. Es folgten niedrige enge Räume, immer düsterer, die man nur gebückt durchschritt, mit Totengerippen, die, automatisch bewegt, einen mit ihren Knochenhänden an den Schultern fassten.

Bevor wir die aus allen Freimaurerlogen Deutschlands zusammengeplünderte Dekoration verliessen, öffnete der Obergruppenführer noch einen schmalen Raum, der hell erleuchtet war, und von der Wand strömte mir aus drei gerahmten Manuskripten, wie Trost, Goethes vertraute Handschrift entgegen. «Goethe als Lügner» stand über den gerahmten Manuskripten, und ich las zuerst zwei kurze Briefe; im ersten teilte Goethe seine Zugehörigkeit zu einer Rosenkreuzergesellschaft mit, im zweiten, bei Anlass seines Aufnahmegesuches in eine Loge, versicherte er eidesstattlich, nie einer Geheimgesellschaft angehört zu haben. Dann waren drei weitere Briefe vorhanden. Im ersten versprach Goethe Frau von Stein, sie am späten Nachmittag aufzusuchen, im zweiten teilte er einem vorübergehend in Weimar weilenden Reisenden mit, dass er ihn um jene selbe Zeit nicht empfangen könne, da er sich zu einer Persönlichkeit, deren Name mir entfallen ist, verfügen müsse, und diesem Betreffenden schreibt er in einem dritten Billett, er sei durch das Kommen des Reisenden daran verhindert, seiner Einladung zu folgen.

Am nächsten Morgen wurde ich von einem Beamten namens Tamaschke, der den humoristischen Titel «Sturmbannführer» führte, in früher Stunde aufs Tempelhofer Feld abgeholt. Eine Polizeimaschine stand auf dem Flugplatz bereit, und ich erklärte, mich nach Esterwegen begeben zu wollen. Der Sturmbannführer telefonierte mit verschiedenen Stellen, aber in so kurzer Zeit war in Esterwegen nichts eingreifend zu ändern.

Wir landeten bei Wilhelmshaven, dort erwartete uns ein Wagen, der uns hinaus ins Moor führte. Aus dem Bodennebel, als wir uns unserem Ziel auf einem Dammweg näherten, tauchten die Umrisse eines römischen Castrums auf, Wassergräben um ein gewaltiges Rechteck, vier Türme, mit Maschinengewehren in den Schiessscharten bestückt, Starkstrom-geladene Stacheldrahtumzäunung, das Rechteck abgeteilt, nach dem Eingang eine Art Villenviertel für die Wachmannschaften; ein Weiher, ein kleiner, von den Häftlingen angelegter Berg oder besser Hügel mit Bergform, mit Blumen und Sträuchern bepflanzt, im zweiten, grösseren Teil des Rechteckes die Baracken der Häftlinge, Küche, Lazarett, Latrinen und die Verhörräume. Das Übliche, man hat es inzwischen hundertfältig gesehen und erlitten.

Der Lagerkommandant namens Loritz, Unteroffizier im Ersten Weltkrieg, war von Beruf ein Schlächter aus Bayern. Brueghel. Höflichkeitszeremonien ohne Ende, zuerst kasernenhofartig, dann unterwürfig. Die andern sind mir entfallen, ich sehe sie nicht mehr vor mir, ausser einen jungen Mann von fataler Eleganz, den Lagerarzt. Die Herren wollten mir früh am Morgen ein Glas deutschen Sekt anbieten; nachdem ich abgelehnt hatte, betraten wir als finstere, gereizte Gruppe das eigentliche Konzentrationslager.

Zuerst hörte man nur das Gebrüll der Meldungen. Ich unterschied unter den Häftlingen drei Sorten, die einen, denen die Buchstaben BV (Berufsverbrecher) aufgenäht waren, die andern, deren schlotternde Sträflingsjoppen den Buchstaben P, das ist politische Verbrecher, trugen, und endlich diejenigen, die durch eine gelbe, runde Scheibe gekennzeichnet waren.

Ich sprach mit einer ganzen Anzahl von Häftlingen zeugenlos. Die Lagergewaltigen, wenn ich sie aufforderte, zurückzutreten, gehorchten verlegen, fast knirschend, um den angsterfüllt auf sie einredenden Tamaschke geschart. Einer der ersten Sträflinge, die ich ansprach, ein hochgewachsener, furchtloser Mann, lehnte seinen Besen an die Wand und stellte sich vor: «Heilmann, preussischer Staatsminister, Sozialdemokrat und Jude.» Was er verlangte, war das Unmögliche, die Normen des Rechtsstaates, ein Verhör, einen Verteidiger, ein Urteil. Seit 1½ Jahren war er hier, keine Anklage wurde gegen ihn erhoben, kein Verhör fand statt, Gelegenheit zur Verteidigung wurde ihm nicht gegeben. Er klagte nicht, er verlangte scharf, eindringlich, dass

ihm zu seinem Recht verhelfen werde. Auf meine Frage, wie die Behandlung sei, ging er kaum ein und sagte nur wegwerfend: «hunds-föttisch». Er wollte keine sentimental Töne hören. «Ich verlange mein Recht», sagte er, «es ist Ihre Pflicht, sobald Sie draussen sind, sich dafür einzusetzen.»

Ich besitze Aufzeichnungen über das Gespräch mit einem Sterbenden im Lazarett. Ich unterhielt mich mit einem blutjungen Katholiken, der an Krücken ging wegen eines Oberschenkelbruchs. «Miss-handlung?» «Nein, Krach!» «Mit wem?» «Mit dem Bettnachbarn.» «Was ist das für einer?» «Ein BV, zwei Morde.» Bettnachbar eines noch nicht Zwanzigjährigen, der verhaftet wurde, weil er zur Kirche ging.

Mit 24 Häftlingen habe ich an dem Vormittag ohne Zeugen gesprochen. Ich wollte Zeit gewinnen, möglichst viele Eindrücke sammeln, die Arbeitsgruppen sehen, die aus dem Moor zurückkehrten. Der Lagerkommandant sagte: «Der Führer will keine Arbeitskraft ungenützt lassen, in allen Gefängnissen der Systemzeit verschimmelten alte Verbrecher, lebenslängliche, die mussten herangeholt, einsatzbereit gemacht werden.»

Der kritische Augenblick meines Besuches trat um 3 Uhr nachmittags ein. Wir hatten auf mein Begehren in der Kantine der Sträflinge etwas zu uns genommen, dann haben wir weiter besichtigt. Um 3 Uhr nachmittags, mitten auf dem grossen Freiplatz zwischen den Baracken, sagte ich zu dem Kommandanten, Standartenführer Loritz: «Jetzt wünsche ich Herrn von Ossietzky zu sehen und zeugenlos mit ihm zu sprechen, den Hamburger Pazifisten und Schriftsteller Ossietzky, den Nobelpreisträger.»

Die Umstehenden nahmen eine fast drohende Haltung an, Loritz hochrot im Gesicht, presste hervor: «Wen wollen Sie sehen? Wer ist das?»

«Sie wissen.es genau!»

«Kein Häftling dieses Namens ist hier.»

«Doch er ist hier, falls er noch lebt. Wir wollen keine Zeit verlieren», dann lauter, «falls er nicht mehr lebt, mache ich Sie persönlich verantwortlich.» Jetzt schrie Loritz: «Unmöglich, ausgeschlossen, ich weigere mich.»

Tamaschke, der Verzweiflung nahe, versuchte, auf mich einzureden. Nun ein einziges Mal, entschloss ich mich auch zu dem Kaser-nenhofton:

«Was ist das für eine verdammte Schweinerei, dass hier Befehle nicht durchgehen. Sie kennen Ihren Befehl, ich sehe die Häftlinge, die ich zu sehen wünsche und spreche mit ihnen, Sie wissen, um was es geht.»

Mehr brauchte der Unteroffizier nicht. Schon lief einer aus dem Gefolge in die hinterste Baracke. Dann standen wir schweigend, wieder schaute ich auf die Armbanduhr, drei Minuten, fünf, zehn.

Nach zehn Minuten kamen zwei SS-Leute, die einen kleinen Mann mehr schleppten und trugen als heranzführten.

Ein zitterndes, totenblaues Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge geschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen, er schleppte ein gebrochenes, schlecht ausgeheiltes Bein.

Ich ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand, die er nicht ergriff.

«Melden!» schrie Loritz.

Ein unartikulierter, leiser Laut kam aus der Kehle des Gemarterten.

Ich zu Loritz: «Zurück! «

«Herr von Ossietzky», sprach ich ihn an, «ich bringe Ihnen die Grüße Ihrer Freunde, ich bin der Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ich bin hier, um Ihnen, soweit uns dies möglich ist, zu helfen.»

Nichts. Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äussersten Grenze des Tragbaren angelangt war.

Kein Wort der Erwiderung.

Ich trat näher. Jetzt füllte sich das noch sehende Auge mit Tränen, lispelnd unter Schluchzen sagte er:

«Danke, sagen Sie den Freunden, ich sei am Ende, es ist bald vorbei, bald aus, das ist gut.» Und dann noch ganz leise: «Danke, ich habe einmal Nachrichten erhalten, meine Frau war einmal hier; ich wollte den Frieden.» Dann kam wieder das Zittern. Ossietzky verneigte sich leicht in der Mitte des weiten, leeren Lagerplatzes und machte eine Bewegung, als wolle er militärische Stellung annehmen, um sich abzumelden. Dann ging er, das eine Bein nachschleppend, mühsam Schritt vor Schritt zu seiner Baracke zurück.

Diesem Vorgang folgte der Besuch des Arrestraumes. Darüber versuchte ich in Berlin durch einen Mittelsmann der englischen Bot-

schaft Meldung zu machen; ein einziger Häftling wurde mir gezeigt in einem Käfig, wie mir gesagt wurde, ein englischer Spion.

Es war inzwischen 5½ Uhr geworden, ich musste Zeit gewinnen, um die Moorarbeiter bei ihrer Rückkehr zu sehen. So sprach ich wieder viele Häftlinge an. Die meisten hatten Angst, sie meldeten sich und antworteten dann kurz und ausweichend, Essen gut, Behandlung nicht zu klagen.

Loritz und der Arzt versuchten zum Aufbruch zu mahnen. Und nun kamen endlich diejenigen, die ich erwartet hatte: dreissig Mann etwa, wie eine Gruppe von lauter Ossietzkys, Krüppel aus dem Dunkel auftauchend im Licht der Bogenlampen, ein fast unglaublicher Regiefehler. Ich nehme an, es handelte sich um Kommunisten.

Später, nachdem unser Bericht an die Reichsregierung, ein zweiter Bericht an eine in diesem Zusammenhang besonders wichtige Mittlerpersönlichkeit abgegangen war, erfuhr ich, Loritz sei selbst als Häftling in ein Konzentrationslager eingeliefert worden. Mir wurde gesagt: «Auf Grund Ihres Rapports!» Das wird wohl stimmen, aber jedenfalls deswegen, weil aus meinem Bericht hervorging, dass Loritz einen Regiefehler begangen hatte. Es wurden von mir zwei Berichte geschrieben, ein knapper offizieller, der durch das Deutsche Rote Kreuz an den Reichsführer Himmler und ein anderer, der durch die Vermittlung eines grossen Arztes an Adolf Hitler ging, von dem damals noch viele Gegner des Regimes sagten: «Er weiss nichts von diesen grauenhaften Vorgängen.»

Vier Jahre später erzählte mir Hans Heinrich Lammers, der Chef der Reichskanzlei, Hitler habe ihn einmal mitten in der Nacht gerufen und habe ihn gefragt: «Haben wir in der Reichskanzlei eine Ausgabe der gesammelten Werke Friedrich Schillers?» Lammers habe dies nicht gewusst. «Schauen Sie nach», habe der Führer ihm gesagt, «und falls die Bücher vorhanden sind, suchen Sie mir den Aufsatz über den – Verbrecher aus verlorener Ehre –, diesen Aufsatz hatte ich in meinem Spezialbericht erwähnt. Hitler habe dann den Text des grossen, freien und reinen Geistes aufmerksam gelesen, habe sich aber nicht geäussert.

Ossietzky wurde bald nach meiner Reise entlassen. Er starb Anfang Mai 1938. Die Berufsverbrecher wurden für kurze Zeit von den sogenannten politischen Verbrechern getrennt.

Mir schien damals, was in Deutschland geschehe, sei unser aller

Sache, und auch ich neigte noch dazu anzunehmen – nicht mehr lange –, es geschähen Dinge, von denen die oberste Führung nichts wisse*.

Die Lager Oranienburg und Dachau, die auf meinen Besuch vorbereitet waren und deren Besichtigung mir bei meinem Eintreffen in Berlin vorgeschlagen worden war, habe ich damals rasch in Augenschein genommen, ohne den sinnlosen Versuch zu unternehmen, hinter die Fassade zu dringen. Was ich in Esterwegen gesehen hatte, genügte mir.

Dass ich diesen Vorgang ausführlich und in einer Form darstelle, auf die ich im weiteren Verlauf nicht mehr zurückgreifen werde, hat seinen Grund darin, dass es mir wichtig ist, deutlich zu machen, dass ich, als ich veranlasst wurde, die Danziger Mission anzutreten, die dunkelsten Auswirkungen des Regimes, mit welchem ich dort im Wesentlichen zu tun haben würde, kannte, und dass es mir in der Folge schwer angekommen ist, um des Einsatzes willen, um den es damals ging, Methoden gebrauchen zu müssen, die von denjenigen verschieden waren, die ich als Vertreter der Rot-Kreuz-Institution anwenden konnte.

* Hierzu ein Brief des Verlegers Henry Goverts an den Verfasser vom 30.1.1947:

« Es drängt mich.. Ihnen einmal mitzuteilen, welche besondere Rolle Ihr Name in den Gesprächen einer Gruppe mir eng befreundeter deutscher Sozialisten während der letzten Jahre spielte.

Die Jugendbewegung und das soziale Erlebnis während des Ersten Weltkrieges führten mich in die Opposition zu der bürgerlichen Tradition meines Elternhauses. Als ich dann nach Beendigung des Krieges in Heidelberg studierte, befreundete ich mich mit jungen Sozialisten, zu denen Dr. Carl Mierendorff, Dr. Theodor Haubach und Wilhelm Leuschner, der spätere hessische Innenminister und Gewerkschaftsführer, gehörten. Alle drei Freunde, die heute tot sind, verbrachten längere Zeit in deutschen Konzentrationslagern, Mierendorff sogar fünf Jahre.

Mit diesen Dreien hatte ich vor dem Zweiten Weltkrieg verschiedene Gespräche über die Besuche von Ausländern, vor allem auch Quäkern, in den deutschen Konzentrationslagern, und über die Methoden, mit denen die SS immer wieder verstand, die ausländischen Besucher über den wahren Charakter der Konzentrationslager zu täuschen. *Ihnen* aber, so erzählte uns Dr. Haubach, gelang es im Konzentrationslager Esterwegen durch zielbewusste Energie und geschickte Verlängerung Ihrer Besuchszeit, die für Sie inszenierten Täuschungen zu durchschauen. Ihr Auftreten hat bei den Internierten einen tiefen Eindruck hinterlassen: Sie verlangten, bestimmte Baracken zu sehen, Sie verlangten, Carl von Ossietzky zu sprechen und setzten das auch durch. Die Art wie Sie den vollkommen zusammengebrochenen und verschüchterten Carl von Ossietzky dann begrüßten und zum Ausdruck brachten, dass Sie sich freuten, ihn, den Sie sehr schätzten, kennenzulernen und dass Sie zugleich die Ehre hätten, ihm die Grüße Ihrer Landsleute zu überbringen, war eine einzigartige Begebenheit und hat zu einer noch wochenlang nachwirkenden Mässigung im Verhalten der Wachmannschaft geführt. Dr. Haubach berichtete auch, dass Sie durch die erreichte Verlängerung Ihres Besuches die Krüppel und Geschlagenen gesehen hätten, die man aus dem Lager fortgeschafft hatte, aber mit Dunkelwerden nicht länger im Moor hatte bewachen können.

Wir besprachen, Ihnen dies einmal zu erzählen und Ihnen von dem besonderen Ansehen zu berichten, das Sie fortab in Esterwegen genossen.

Da ich der einzige Überlebende aus diesem Freundeskreis bin, habe ich mir erlaubt, Ihnen zu schreiben, obgleich ich persönlich nicht in Esterwegen war.»

Hier hatte ich einen Blick in den Abgrund getan. Unmittelbar nach dieser Mission wurde mir ein anderer Aspekt der Wirksamkeit des Nationalsozialismus in Deutschland geboten. Ich erhielt die Gelegenheit, in Begleitung des Ingenieurs Fritz Todt, Generalinspektors für das deutsche Strassenwesen, den gross angelegten Bau der deutschen Reichsautobahnen und die Massenbeschäftigung deutscher Arbeitsloser kennenzulernen. Im Verlaufe jener Fahrt sprach mir Todt auch sehr offen über die Schattenseiten des Regimes, er sah sie damals für vorübergehend an, und er glaubte noch, dass sie Adolf Hitler, von welchem er, einem Ausländer gegenüber, mit Respekt sprach, unbekannt seien.

Andere Kontakte habe ich mit dem nationalsozialistischen Deutschland vor Antritt meiner Danziger Mission nicht gehabt.

Was ich als Voraussetzung für die Ausübung der damals schon halbsbrecherischen Aufgabe mitbrachte, ist hiemit angedeutet, aber die Sondierungen, die man seit der Herbstsession des Jahres 1936 bei mir unternahm, wurden deutlicher, dringender. Ich mass ihnen keine grosse Wichtigkeit bei, weil ich völlig überzeugt war, dass das Hitlersche Regime keinen weiteren Völkerbundsvertreter in der Freien Stadt dulden würde. Auch erschien es mehr als unwahrscheinlich, dass die polnische Regierung es mitten im Vorgang ihrer Annäherung an Deutschland wegen der Rechte der Genfer Institution in Danzig zu einem Konflikt kommenlassen würde.

Nun geschah/aber etwas Unerwartetes: Ende Oktober suchte mich Weizsäcker wiederum in Genf auf. Ich stand seit Jahren in Kontakt mit ihm. Von 1921 bis 1924 war er Generalkonsul in Basel gewesen. Ich hatte ihn dort gleich nach meiner Rückkehr aus Wien kennengelernt; aus der Begegnung waren sehr freundschaftliche Beziehungen entstanden.

Bei seinem Besuch in Genf war sein Anliegen Folgendes: er sagte mir: Ein formaljuristisches Funktionieren der Völkerbundsvertretung in Danzig sei äusserst gefährlich und entspreche keiner realen Gegebenheit mehr. In Danzig habe, zuerst unter Rauschnings Führung, die nationalsozialistische Partei bis auf Weiteres die Macht ergriffen und die Freie Stadt werde ausschliesslich von Berlin aus, durch einen Gauleiter, regiert. Sean Lesters Stellung sei unhaltbar geworden, er

wende sich mit allen seinen Protesten vollkommen wirkungslos an Behörden, die nichts mehr zu entscheiden hätten. Die indirekte Kritik aber nationalsozialistischer Methoden unter dem Danziger Vorwand irritiere in zur Zeit entscheidenden deutschen Regierungskreisen im höchsten Grade. Gefährliche Zwischenfälle mit dem Völkerbund, ja, weittragende Akte der Ungeduld könnten jederzeit erfolgen und aus geringfügigen Anlässen in ganz unverhältnismässiger Weise die internationale Situation belasten.

Weizsäcker äusserte sich damals, wie auch späterhin, mir gegenüber mit grösster Offenheit. Er meinte, eine Abenteuerpolitik des «Führers» in Bezug auf Österreich und die Tschechoslowakei scheine ihm unvermeidlich in der Linie der Entwicklung zu liegen. So lange es sich um diese beiden Ziele handle, werde ein leidliches Verhältnis zu Polen bestehen, seien aber erst gewisse Pläne durchgeführt, so sei zu befürchten, dass das Verhältnis zu Warschau sich ebenfalls rasch verschlechtern werde. Im Übrigen seien dies nur Vermutungen, bei Adolf Hitler handle es sich immer neben ganz bestimmten Absichten, ja eigentlich fixen Ideen, von denen manche in dem Buch «Mein Kampf» sehr offen zu Tage träten, um völlig subjektive Reaktionen eines Beleidigten, der sich für berechtigt halte oder gezwungen fühle, zur Vergeltung zu schreiten; er handle immer von Gelegenheit zu Gelegenheit.

Gerade unter diesen Voraussetzungen sei das Problem Danzig so besonders heikel. Der jetzige Vertreter des Völkerbundes spreche nicht Deutsch und kein Wort Polnisch. Seine Beziehungen zu den Danziger Kreisen hätten deshalb einen schematischen Charakter ohne psychologische Einsichts- und Einwirkungsmöglichkeiten. Nach einer jetzt unvermeidlich gewordenen «Lesterkrise» sei es aber höchst bedenklich, das Danziger Statut auf internationaler Basis schlechthin aufzuheben. Innenpolitisch sei zur Zeit in der Freien Stadt nichts mehr zu retten, aber zur Vermeidung allzu direkter Konfliktmöglichkeiten zwischen dem Reich und Polen und zur Aufrechterhaltung des völkerrechtlichen Statuts der Freien Stadt bis zu einer legalen und friedlichen Lösung scheine ihm die Gegenwart des Völkerbundes auf diesem exponierten Posten weiterhin notwendig. Eine faktische Einwirkung könne nur ausüben, wer den realen Verhältnissen Rechnung trage und mit den zur Zeit an der Macht befindlichen Personen in

Danzig wie in Berlin in einen *de-facto*-Kontakt gelange, der wirkliche Orientierung und auch eine gewisse psychologische Beeinflussung ausschlaggebender Persönlichkeiten ermögliche. Und nun rückte er mit seiner eigentlichen Absicht heraus. Er sagte mir, durch mein Vertrautsein mit deutschem Wesen und durch persönliche Beziehungen, durch meine Kenntnisse der deutschen Geschichte und durch die Kontakte, die ich mit Berlin in Vertretung der Interessen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz gehabt habe, schiene ich ihm die Eigenschaften zu vereinigen, die es eventuell erlauben könnten, die leidenschaftliche Ablehnung des Völkerbundes durch den Nationalsozialismus an diesem einen Punkte, wenigstens bis zur endgültigen Regelung des Danziger Problems, zu beschwichtigen. Kein internationaler Beamter werde es leicht haben in der Freien Stadt. Hitler die Tolerierung eines weiteren Völkerbundsvertreters in einem Gebiet, das er als rein deutsch betrachte, überhaupt annehmbar zu machen, werde die Aufgabe interner Argumentation, vor allem einer auf den «Führer» hin berechneten Berichterstattung sein.

Diese Wendung durch Weizsäckers Dazwischentreten erfolgte für mich vollkommen überraschend. Ich hatte über das Danziger Problem durch Helmer Rosting, der von 1932 bis 1933, nach dem Tode Gravinus und vor der Wahl Lesters, das Amt des Hohen Kommissars interimistisch versehen hatte, manches gehört. Ich wusste, dass bei dem Entwicklungsgrad, der innerhalb der Freien Stadt nunmehr erreicht war, eine Vermittlerrolle zwischen den Parteien aussichtslos erschien und dass jede Persönlichkeit, die sich in diesem Sektor als Mittelsmann zur Verfügung stellen würde, unvermeidlich innerhalb unabsehbarer Missverständnisse und Intrigen und zwischen den beiden sich immer schärfer abzeichnenden gegnerischen Mächtigengruppierungen müsste zerrieben werden. Ich sagte Weizsäcker, die Voraussetzungen für eine solche Mission fehlten mir, ich befände mich innerhalb einer anregenden und zusagenden Tätigkeit, die ich nicht abzurechnen wüsste, und ich hätte verschiedene wissenschaftliche Arbeiten begonnen und möchte sie ausführen.

Anfang Dezember bat mich der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, Giuseppe Motta, ihn in Bern aufzusuchen. Er teilte mir mit, dass der deutsche Gesandte ihn über den bei mir unternommenen Schritt unterrichtet habe, und er betonte, dass die schwei-

zerische Regierung die Übernahme eines solchen Postens durch einen schweizerischen Staatsbürger als eine rein private Angelegenheit des Betreffenden betrachten müsse, dass sie ihn in der Durchführung einer der schwierigsten Missionen, die innerhalb der momentanen Lage denkbar sei, weder jemals werde unterstützen, noch auch nur offiziös beraten könne. Und nun, erklärte er, nachdem diese Tatsache festgestellt sei, bitte er mich persönlich, falls der Völkerbund in diesem Zusammenhang an mich herantreten sollte, das Angebot ernsthaft in Betracht zu ziehen. Europa und die Welt seien von einem neuen, totalen Krieg bedroht, neben welchem der Erste Weltkrieg als eine beinahe gesittete Episode erscheinen werde. Innerhalb einer neuen Konflagration stehe die Existenz unseres eigenen Landes auf dem Spiel und die europäischen Staaten würden sich von der Katastrophe, falls sie eintreten sollte, auf unabsehbare Zeit nicht mehr erholen. Falls man somit die Kandidatur eines Schweizers aufstellen sollte, so betrachte er, Motta, es als meine Pflicht, mich einem solchen Auftrag nicht zu entziehen, sondern ihn anzunehmen und die schwere Aufgabe nach bestem Können und Vermögen zu erledigen.

«Jedermann hatte, wie es innerhalb solcher Vorgänge die Regel ist, Hintergedanken.» Auch Ernst von Weizsäcker hatte sie. Schon am 15. Oktober 1936 verfasste er eine die Danziger Lage betreffende Aufzeichnung. Das Schriftstück sollte als Grundlage für eine Besprechung dienen, die über das Danziger Problem zwischen Hitler, Neurath und Forster stattfinden sollte. Diese Aufzeichnung lautet:

1. Danzig belastet die deutsch-polnischen Beziehungen, deshalb muss der Senat der Freien Stadt in allen politischen Fragen eng mit dem Auswärtigen Amt Zusammenarbeiten.
2. Das Ziel der Danziger Politik muss die friedliche Eingliederung des Freistaates in das Reich sein; dazu ist die Zeit noch nicht reif, es sei denn, man gebraucht Gewalt.
3. Die völkerrechtliche Abhängigkeit Danzigs vom Völkerbund ist eine bedauerliche Tatsache; ein Wechsel in der Person des Hohen Kommissars bedeutet keine Heilung.
4. Die Übertragung der Rechte des Völkerbundes und seines Kommissars auf Polen bedeutet nur so lange eine Erleichterung, als die deutsch-polnischen Beziehungen gut sind; eine solche Änderung des Status kann aber sehr grosse Schwierigkeiten mit sich bringen,

es sei nur auf das Recht des Hohen Kommissars hingewiesen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, in Danzig polnische Truppen herbeizurufen.

5. Die Einmischung des Hohen Kommissars in die inneren Angelegenheiten der Freien Stadt ist eine üble Beeinträchtigung, aber nach der Rechtslage zulässig; eine Verfassungsänderung braucht eine Zweidrittelmehrheit und die Zustimmung des Völkerbundsrates. Daher ist im Augenblick keine rechtliche, sondern nur eine de-facto-Erleichterung zu erreichen.
6. Es empfiehlt sich daher für Danzig:
 - a) mit Polen zusammen einen neutralen Nachfolger für den Hohen Kommissar Seán Lester zu suchen, der jede überflüssige Aktivität unterlässt, aber Danzig vor Polen schützt;
 - b) die innerpolitischen Massnahmen zum Abschluss zu bringen, damit Polen auf der nächsten Ratstagung des Völkerbundes über die innerpolitische Situation der Freien Stadt einen beruhigenden Bericht vorlegen kann;
 - c) keine Zugeständnisse an Polen zu machen, die die Rückgliederung der Freien Stadt erschweren könnten;
 - d) mit Polen nur in engster Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt zu verhandeln.»³

Dieses Dokument wird einzig unter dem Gesichtspunkt verständlich, dass es dazu bestimmt war, Hitler vorgelegt zu werden. Hält man sich nur oberflächlich an den Wortlaut und unterlässt man es, zwischen den Zeilen zu lesen, so verfälscht man die eigentliche Absicht des späteren Staatssekretärs, dem es vor allem darum ging, vorerst jedes weitere Vorpellen Forsters zu verhindern und ihn unter die Kontrolle der noch von Neurath geleiteten Wilhelmstrasse zu stellen.

In einem Gespräch, das ich im Dezember mit Weizsäcker führte, sagte er mir: «Die Männer guten Willens müssen alles tun, um diesen drohenden Zweiten Weltkrieg zu verhindern.» Ich antwortete ihm damals: «Alle aktiven Elemente in beiden Lagern der Welt arbeiten auf den Krieg hin, der im Übrigen in Spanien schon begonnen hat und nicht wieder zum Erlöschen kommen wird.» Weizsäcker antwortete: «Er muss gelöscht werden; kommt der allgemeine Krieg, so werden so furchtbare Verbrechen entfesselt, dass kein Sieg jemals wieder gutmachen kann, was dann geschehen wird; wir müssen Zeit gewinnen, dem muss man alles andere unterordnen; es nützt nichts zu protestieren, dadurch bezieht man endgültig Posten in einem der beiden Lager, man ändert nichts zum Guten, man verschärft nur, nein, hem-

men, abbremsen, verhindern, aufhalten, immer wieder auf halten, damit die unheilvolle jetzige Konstellation vorübergehen mag.»⁴

Was schliesslich bei meiner Wahl auf den Danziger Posten ausschlaggebend war und was meine Annahme dieser Wahl mitbestimmte, war die Auffassung französischer Freunde aus dem Quai d'Orsay, vor allem René Massigli* positive Zusprache, der Gedankenaustausch zwischen dem Quai und dem Foreign Office und ferner die Zustimmung Polens. Zustande gekommen aber wäre die Verlängerung des Völkerbundsmandates in Danzig nicht, wenn Ernst von Weizsäcker auf seine Intervention und auf die zähe vorsichtige psychologische Vorbereitung Hitlers und seines Kreises verzichtet hätte.

Am Tage meiner Annahme der Berufung verbrachte ich den Mittag in einem Züricher Restaurant mit Heinrich Wölfflin**. Ich hatte für etwaige Anrufe die Nummer jener Gaststätte hinterlassen. Bei Tisch erzählte ich dem grossen Gelehrten von der Entscheidung, vor welche ich gestellt war. Wölfflin sagte mir: «Sie müssen annehmen, auch wenn die Sache aussichtslos erscheint. Wenn Sie nein sagen, werden Sie es sich immer zum Vorwurf machen.» Er war selbst durchaus ein abwägender Mensch. Diesen Ausspruch aber tat er mit grosser Autorität. Als mir gemeldet wurde, Bundesrat Motta verlange mich am Apparat, wusste ich, worum es ging, und am Ende des Gesprächs hatte ich meine positive Zusage gegeben.

Meine Wahl auf den Danziger Posten wurde mir durch ein Schreiben des damaligen Generalsekretärs des Völkerbundes, Joseph Avenol***, vom 17. Februar 1937 mitgeteilt.⁵ Meine Annahme trägt das Datum des 18. Februar.⁶

Im Bericht über die Lage in Danzig, welcher im Namen des Dreierkomitees von dessen Präsident dem Rat des Völkerbundes unterbreitet und von letzterem am 27. Januar 1937 angenommen worden war, sagte der Berichterstatter unter anderem:⁷

«Gemäss der jetzt üblichen Prozedur war es bisher Sache des Hohen Kommissars, nötigenfalls den Rat zu veranlassen, Danziger Verfas-

* René Massigli (geb. 1888), franz. Botschafter, seit 1928 Leiter der Völkerbundsabt. im Ministerium des Äusseren.

** Heinrich Wölfflin (1864-1945), Kunsthistoriker, Professor in Basel, Berlin, München und Zürich.

*** Joseph Avenol (1879-1952), seit 1923 stellvertretender Generalsekretär am Völkerbund, seit Juli 1933 Generalsekretär des Völkerbundes.

sungsfragen auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Verantwortung hat die Aufgabe des Hohen Kommissars erschwert, und Mr. Lester hat vorgeschlagen (das Komitee befürwortet die Annahme dieses Vorschlags), dass in Zukunft, diese Verantwortung *von dem Dreierkomitee* und *nicht* von dem Hohen Kommissar selbst soll getragen werden.»

Immer wieder muss darauf hingewiesen werden, dass, als im Januar 1937 beschlossen wurde, den Posten des Hohen Kommissars aufrechtzuerhalten, dies hauptsächlich unter Berücksichtigung des Standpunktes der polnischen Regierung geschah. Nach polnischer Ansicht war die Vertretung des Völkerbundes in Danzig ein integrierender Bestandteil des Statuts, dessen Verschwinden die ganze komplizierte völkerrechtliche Konstruktion gefährdet hätte.

Nach meiner Wahl bestand meine erste amtliche Unternehmung in der Kontaktnahme mit dem Präsidenten des Dreierkomitees*, Mr. Anthony Eden; auf dem Hinweg nach London konferierte ich in Paris mit dem französischen Aussenminister, Y von Delbos**.

Delbos sagte mir: «Der Versuch Ihres Vorgängers, die liberale Konstitution der Freien Stadt gegen nationalsozialistische Übergriffe zu verteidigen, ist leider gescheitert. Von jetzt an kann es sich bei Ihrer Tätigkeit kaum mehr um Einwirkung auf innenpolitische Vorgänge handeln, dafür ist die Lage zu weit fortgeschritten. Die Aufgabe des Vertreters des Völkerbundes in der Freien Stadt wird von heute an vor allem wieder darin bestehen müssen, möglichst auf den Ausgleich zwischen den Interessen Danzigs und Polens einzuwirken. Es dürfte jetzt nicht mehr aus Anlass der inneren Danziger Verhältnisse zu internationalen Konflikten kommen, die unabsehbare Folgen haben müssten. Eine spätere Regelung des Problems zwischen Warschau und Berlin scheint nicht ausgeschlossen zu sein. Ihnen selbst sollte eine gewisse Möglichkeit inoffizieller Kontaktnahme mit Berlin offenstehen.» Schon vor meinem Besuch bei Delbos hatte ich am 23. Februar eine Besprechung mit dem Vertreter Sndlers***, dem schwedischen Gesandten in Bern, Herrn Westman, gehabt, der sich

* Vgl. S. 30.

** Y von Delbos (1885-1956), seit 1924 franz. Abgeordneter. 1936-1938 Aussenminister.

*** Richard Sandler (geb. 1884), 1932-1939 schwed. Aussenminister und Völkerbundsdelegierter.

im Namen seines Chefs, des schwedischen Aussenministers, mit mir besprochen hatte. In London aber sagte mir Mr. Anthony Eden, in Danzig handle es sich darum, Zeit zu gewinnen. Auch er betrachtete die innenpolitische Lage der Freien Stadt als zugunsten des Nationalsozialismus entschieden. Er hielt sich auf derselben Linie wie Delbos und gab mir die Instruktion, keine formalen Proteste zu erheben. Ich habe später bedauert, nicht um eine schriftliche Fixierung dieser Anweisung gebeten zu haben. Am 26. Februar 1937 schrieb ich an den Mann, der während der ganzen Dauer meiner Mission mein bester Berater gewesen ist und der mir mit grösstem Verständnis immer Rückhalt bot, den politischen Direktor des Völkerbundssekretariats, Frank Walters*: «Die Instruktionen, die ich von Mr. Eden wie von M. Delbos erhalten habe, stimmten aufs Genaueste überein mit denjenigen, die Sie mir selbst und die der Herr Generalsekretär mir erteilt hatte.»⁸

Während meines Aufenthalts in London war ich, bei Lady Montagu, der Tischnachbar von Winston Churchill. Er sagte mir, Deutschland werde wieder zu stark, den Deutschen imponiere nur die Kraft; wenn es zu einer Auseinandersetzung komme, würden die masslosen Übergriffe des Nationalsozialismus England zu einem starken Alliansystem verhelfen. In fortgeschrittener Stunde aber erklärte er, falls ich in Danzig Schwierigkeiten haben sollte, möchte ich ihm nur berichten, er würde sich die Sache dort gelegentlich selbst anschauen und zum Rechten sehen.

Am nächsten Tag flog ich nach Paris zurück und nahm den Abendzug über Köln, um gemeinsam mit meiner Frau am 1. März in Danzig einzutreffen.

Am Bahnhof der Freien Stadt erwarteten uns der Senatspräsident, Arthur Greiser, sowie der diplomatische Vertreter der Republik Polen, Marjan Chodacki. Ich begrüßte den Senatspräsidenten auf Deutsch. Als ich mich an Chodacki richtete, sagte er mir mit einer gewissen Schärfe: «Ich werde mit Ihnen nie in einer andern Sprache reden als auf Französisch.» Vom Bahnhof begaben wir uns in das frühere Generalkommando, wo Generalfeldmarschall von Mackensen residiert hatte, in ein grosses russgeschwärztes Backsteingebäude, das an den Gleisanlagen des Danziger Bahnhofes lag und mit vielen Wil-

* Frank Walters (geb. 1888), seit 1.5.1919 im Sekretariat des Völkerbundes. 1. 3.1933 Direktor der polit. Sektion und Untergeneralsekretär des Völkerbundssekretariats.

helminischen Adlern geschmückt war. Dieses Haus hatte meinen sämtlichen Vorgängern als Residenz gedient.

Schon am 4. März begab ich mich nach Warschau, um dort meinen offiziellen Besuch abzustatten. Der Präsident der Republik, Ignacy Moscicki*, empfing mich aufs Liebenswertigste. Er war von Beruf Chemiker und hatte lang in der Schweiz gelebt. In seinem Amtsraum stand ein von ihm selbst konstruierter Apparat, mittels dessen er «ozonreiche Bergluft» herstellen konnte. In zuvorkommender Weise setzte er diese Maschine in Funktion, und er forderte mich auf, tief einzuatmen. Nach der konventionellen Begrüssung sagte er mir: «Unsere Beziehungen zum Deutschen Reich sind zur Zeit zufriedenstellend, es herrscht ein gewisses Gleichgewicht. Die deutsche Ideologie setzt sich der russischen entgegen. Deutschland wird uns gegenüber keine russischen, Russland keine deutschen Übergriffe gestatten. Für Polen bietet das heutige deutsche Regierungssystem Vorzüge, im Augenblick erwarte ich keine Schwierigkeiten in Danzig. Am Statut, für welches der Völkerbund verantwortlich ist, muss man festhalten. Herrn Beck wurde in Genf gesagt, man habe daran gedacht, den Posten des Hohen Kommissars aufzuheben, dabei haben wir doch jetzt die Situation weitgehend erleichtert, indem wir uns mit Berlin direkt verständigten.»⁹

Der Aussenminister, Oberst Jozef Beck, befand sich während meines Warschauer Besuches zur Erholung an der französischen Riviera. Ich suchte seinen Vertreter, Graf Szembek**, auf. Dieser gewesene österreichische Diplomat besass scharfe Beobachtungsgabe und sichere Technik. Sein Tun war vor allem beherrscht von der Furcht vor Russland, auf dem Wege der Annäherung an Berlin hatte er selbst starke Initiative gezeigt. Bei jenem ersten Gespräch sagte er mir Folgendes: «Das jetzige Regierungssystem in Deutschland hat für uns Vorzüge gegenüber den Tendenzen der alten preussischen Konservativen und des Zentrums, die uns immer mit Ansprüchen und Reklamationen bedachten.» Im Weiteren äusserte er dieselben Gedanken

* Ignacy Moscicki (1867-1946), seit 1913 Professor in Lemberg, seit 1921 Leiter der Stickstoffwerke in Chorzwów. Nach dem Staatsstreich 1926 Staatspräsident. 1939 in Rumänien interniert, legte sein Amt zugunsten von Raczkiewicz in Paris nieder.

** Jan, Graf Szembek (1881-1945), aus dem diplomatischen Dienst der k. u. k. Monarchie hervorgegangen, befand sich im polnischen Aussendienst auf Posten in Budapest, Brüssel und Bukarest. Vom 2.11.1932 bis 30.9.1939 war er Staatssekretär im Aussenministerium Beck. Er war Beck's diplomatischer Fachmann.

wie Präsident Moscicki und betonte, ein kommunistisches Deutschland, mit Russland gemeinsame Sache machend, würde eine tödliche Gefahr für Polen, aber auch für den europäischen Westen darstellen. Er fuhr fort: «Übertreiben Sie bitte nicht die Wichtigkeit der Minoritätsparteien in Danzig. Diese hätten besser sich selbst verteidigen sollen, andere politische Minoritäten in der Welt können ihre Klagen auch nicht vor den Völkerbund bringen. Vor diesem Forum nimmt immer alles ganz übertriebene Proportionen an. Was Danzig anbetrifft, so ist die Freie Stadt für uns allerdings von vitaler Bedeutung, deshalb ist und bleibt, was der Völkerbund dort verteidigen muss, ein für allemal das internationale Statut. Deutschland gehört dem Völkerbund nicht mehr an, völkerrechtlich hat es in Danzig rein nichts mehr zu suchen.» Dann setzte er, mit prüfendem Blick mich musternd, hinzu: «Meinen Sie trotzdem, dass es nützlich sein könnte, wenn Sie bei Gelegenheit mit einflussreichen Berliner Stellen Kontakt nehmen würden, um es zu versuchen, auf die Gauleitung mässigend einzuwirken?» Diese Frage beantwortete er nicht, sondern abschliessend teilte er mir mit, Minister Beck wünsche, mich möglichst bald in Cannes zu sehen, bei diesem Anlass werde er mir seine Auffassung mitteilen. Nach der Audienz bei Szembek traf ich noch den klugen Spezialisten für Danziger Fragen im Auswärtigen Amt, Gwiazdowski*, der sich vorsichtig und abwartend verhielt. Kurz unterhielt ich mich mit seinem Kollegen, Lalicki**, der seinerzeit die Zuspitzung der Lage in Danzig miterlebt hatte, als mein Vorgänger, der Italiener Graf Gravina, gemeinsam mit dem Senatspräsidenten Ziehm, die Abberufung des polnischen Vertreters in der Freien Stadt, Strasburger, verlangt hatte. Zu jener Zeit hielt Lalicki die später oft zitierte Rede, in welcher er von der Rückkehr Danzigs ins «polnische Vaterland» gesprochen hatte.

Abends fand ein Diner bei Szembek ohne politische Gespräche statt. Am nächsten Tag, an einem Mittagessen beim Handels- und Industrieminister, Antoni Roman, erhielt ich Orientierungen über polnische Wirtschaftsinteressen in der Freien Stadt und unter anderm über eine laufende Polemik, in deren Zusammenhang das nationalso-

* Thadeusz Gwiazdowski (geb. 1889), Leiter der Völkerbundsabteilung im polnischen Aussenministerium.

** Stefan Lalicki (geb. 1889), Ministerialrat von 1936 bis Kriegsausbruch. 1. Vertr. des Abteilungschefs der Abt. «internationale Organisationen».

zialistische Danziger Presseorgan die Behauptung aufgestellt hatte, Polen habe über die Westerplatte* Munition an die spanischen Republikaner geliefert; der Handelsminister erklärte bei diesem Anlass, Polen besitze ein unbegrenztes Recht, sich für seinen Export der Westerplatte zu bedienen, und über die Anwendung dieses Rechtes habe man niemandem Rechenschaft abzulegen. Es wurde auch eine Unterredung erwähnt, die zwischen Greiser und Szembek stattgefunden hatte, der «Vorposten», das Organ der Danziger Nationalsozialisten, hatte berichtet, Szembek habe damals erklärt, dass Danzig mit vollem Recht sein demokratisches in ein autoritäres Regime umgewandelt habe. Das deutsche Nachrichtenbüro hatte augenblicklich dieses Zitat verbreitet, die offiziellen Stellen Warschaus aber hatten dementiert. Soeben war in Warschau sodann die Nachricht eingetroffen, drei der Opposition angehörige Abgeordnete des Danziger Volkstages würden in den nächsten Tagen der nationalsozialistischen Partei beitreten. Damals besass der Nationalsozialismus schon 45 von 72 Parlamentssitzen. Mit diesem Übertritt aber und dem mit Sicherheit zu erwartenden weiteren Zuzug von mindestens zwei von drei deutschnationalen Abgeordneten würde den Anhängern Hitlers nur noch wenig zu jener Zweidrittelmehrheit fehlen, welche legal eine Verfassungsänderung vornehmen könne. Die Richtigkeit dieser Information sollte sich in der Folge bestätigen, ihre Erwähnung und die lebhafteste Diskussion, die sie auslöste, zeigte die gespannte Aufmerksamkeit, mit welcher man in Warschau bis in alle Einzelheiten die Vorgänge in der Freien Stadt verfolgte.

Auch der Ministerpräsident Slawoj-Skladkowski erteilte mir Audienz. Er äusserte sich kritisch über die Aktion des polnischen Parlaments. «Das Parlament lähmt unsere Aktion», sagte er, «in diesem Teil Europas lebt man unter einem atmosphärischen Druck, von dem man sich in den westlichen Ländern keinen Begriff macht. Schwer lösbar ist auch bei uns die Judenfrage, 60% unserer Juden sind Kommunisten und 90% aller Kommunisten sind Juden. Wir sind ein junges Land, ein Land der Zukunft, unsere Aktion muss kraftvoll sein, wir müssen alle unsere Positionen halten, Danzig ist eine solche Position, wir verteidigen sie gemeinsam mit dem Völkerbund, aber man

* Westerplatte: Landzunge an der westlichen Mündung der Toten Weichsel in die Ostsee gegenüber Danzig-Neufahrwasser.

darf die innenpolitischen Belange der Freien Stadt nicht übertreiben. Sie müssen mit den realen Kräften rechnen, die dort im Spiel sind, das Risiko ist ungeheuer, also bitte machen Sie keinen Formalismus!» *Sapienti sat!*

Von Warschau verfügte ich mich nach Cannes, um mich dem am Cap d'Antibes weilenden polnischen Aussenminister vorzustellen.

Józef Beck empfing mich mit einem Gemisch von Grossartigkeit, Misstrauen und Geheimnistuerei. Er sagte mir geradeheraus, dass er vom Völkerbund wenig halte, dass Polen zwar die Beibehaltung eines Vertreters dieser Institution in Danzig zur Zeit noch wünsche, dass ich aber bei etwa eintretenden Schwierigkeiten mit Senat und Partei auf keine Unterstützung durch die polnische Regierung werde rechnen können. Er erklärte, dass er sich jede Freiheit in Bezug auf Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich vorbehalte, Danzig sei für ihn ein wichtiges Pfand, und zur Zeit denke er nicht daran, auf dem Wege bilateraler Regelung dieses Pfand preiszugeben. Im Übrigen seien die Beziehungen zu Berlin im Augenblick sehr zufriedenstellend; es liege ihm also besonders daran, dass ich nicht in die bisherigen Fehler der Einmischung in innere Danziger Angelegenheiten ver falle. Ich selbst kam kaum zum Wort. Beck sprach fast ununterbrochen in einem eigentümlich überlegenen Ton. Wenn ich von diesem Ton absah und zusammenfasste, so konnte ich an Walters schreiben, Beck habe mir nichts gesagt, was nicht schon in den Instruktionen Delbos' und Edens vorhanden gewesen sei¹⁰.

Szembek hatte gemeint: «Um nicht gleich bei Beginn Ihrer Mission durch Berlin zu kommen, was Anlass zu Kommentaren geben könnte, rate ich Ihnen, dass Sie mit dem Wagen reisen und über Dresden fahren.» Als ich im Cap d'Antibes hierauf anspielte, lachte Beck: «Das sind lächerliche Subtilitäten, ich bin Soldat, wählen Sie den direktesten Weg, fahren Sie durch die Hauptstadt, machen Sie Höflichkeitsbesuche dort, wo Sie es für gut halten, es ist dies von allem Anfang an für alles Weitere besser. Vermeiden Sie soviel als möglich die Publizität, reisen Sie rasch. Bei Gelegenheit, oder wenn es sich machen liesse, selbst den Kanzler zu sehen, könnte nur von Vorteil sein.»

Da Freiherr von Neurath, der Reichsaussenminister, sich nicht in Berlin befand, was ich auf der Durchreise von Weizsäcker in Bern er-

fuhr, verschob ich die Aufnahme der Kontakte in der Reichshauptstadt und reiste direkt nach Danzig.

Damals hat Weizsäcker mich über die Massnahmen verständigt, die er getroffen hatte, um meine Gegenwart in der Freien Stadt für Hitler annehmbar zu machen. Die Weizsäcker sehr ergebenen Inhaber der Generalkonsulate in Danzig und Genf waren beauftragt, in ihren Berichten meine Person und meine Tätigkeit ständig in dem Sinne zu erwähnen, der dem Kanzler in jeder Weise zusagen konnte.

An meinem Posten angelangt, nahm ich sofort den Kontakt mit dem Senat auf. Die Aufnahme durch diese Behörde war infolge der von Weizsäcker geleisteten Vorarbeit durchaus korrekt, ja entgegkommend. Informationen, um welche ich bat, wurden mir zur Verfügung gestellt. Was sodann meine Beziehungen zum polnischen diplomatischen Vertreter anbetrifft, so trugen sie schon bald einen störungslos korrekten Charakter, der mit der Zeit ausgesprochen freundschaftlich wurde. Aus diesen Umständen, vor allem aber durch die nicht hoch genug einzuschätzende Orientierung durch meinen Kabinettschef, Marchese Enrico Giustiniani, der seit Gravinass Zeiten in derselben Funktion vorbildliche Arbeit geleistet hatte, besass ich bald eine deutliche Einsicht in die Lage.

Bevor ich auf diese eingehe, möchte ich kurz versuchen, ein Bild der Hauptfiguren zu entwerfen, die zwischen 1937 und 1939 auf der kleinen Danziger Bühne ihre Rolle spielten, aber schon wird mir deutlich, wie wenig Bestimmtes ich über jeden Einzelnen aussagen kann.

Vor meinem Gedächtnis erscheinen der Gauleiter Albert Forster und der Senatspräsident Arthur Greiser, zwei Konkurrenten und Gegner, die sich während meines Aufenthaltes in der Freien Stadt einen unaufhörlichen Machtkampf geliefert haben, wobei beide mit allen Mitteln das Ziel anstrebten, sich in der Gunst des Diktators zu befestigen. Beide sind nach Abschluss des Zweiten Weltkrieges zum Tode verurteilt worden. Arthur Greiser wurde in seiner Geburtsstadt Posen unter angeblich grauenhaften Umständen durch den Strang hingerichtet, über Forsters Ergehen hörte ich nur Gerüchte, er soll noch am Leben sein. Ich habe über die Wirksamkeit dieser beiden Männer nach Kriegsausbruch keine Erkundigungen eingezo-

gen. Greiser und Forster waren Nationalsozialisten, und alles, was sie im Leben erreichten, verdanken sie diesem Umstand.

Im Übrigen waren sie Menschen wie andere auch; ihre Taten begingen sie in Funktion eines Systems; beide waren voneinander äusserst verschieden, aber beide gaben sich bedingungslos der «Bewegung» hin, ihrem «Führer» gehorchten sie blind; bisweilen widerstrebten sie innerlich wohl dem Kurs, daraus aber zogen sie keine Konsequenzen. Jede individuelle Abweichung von oft schwer verständlichen, oft widerspruchsvollen Instruktionen konnte sie nur bis an den Rand jener Gefahrenzone führen, wo es augenblicklich um ihre ganze Existenz ging, die sie ein für allemal der herrschenden Zwangsorganisation verschrieben hatten. Stärkere Schwankungen ihres Verhaltens waren nur innerhalb des Eifers festzustellen, mit dem sie jeweils Befehle ausführten, wobei dieser Eifer unter der Einwirkung ihres eigenen Urteils, ihres Zweifels, vielleicht ihrer Gewissensregungen, sich bisweilen abschwächte, während er unter andern Einwirkungen zum Über-eifer werden konnte. Widerstand in jeder Form gegen einen Befehl oder auch nur einen Wink musste unweigerlich zum Bruch der Laufbahn, zu Freiheitsverlust, zum Tod oder zu Fluchtversuch führen. Widerstand war nur um den höchsten Preis, den der Mensch zu zahlen vermag, möglich. An prinzipiellen Widerstand dachten diese beiden Männer sicher nie.

Der Gauleiter Albert Forster war 1902 in Fürth geboren, er war Bankbeamter, als er 1930 durch Hitler zum Gauleiter von Danzig ernannt wurde. In der Folge sollte er sich am 23. August 1939 zum Staatsoberhaupt der Freien Stadt erklären, um dann am 1. September 1939 das Gesetz über die Wiedervereinigung der Freien Stadt mit Deutschland als Krönung seines Werkes zu erlassen. Im Kriege war er Reichs Statthalter von Danzig-Westpreussen, im Jahre 1946 wurde er an die Polen ausgeliefert. Julius Streicher hatte in Fürth auf seine Jugend bestimmend eingewirkt.

Arthur Greiser stand bei unserer ersten Begegnung im vierzigsten Lebensjahr. Er war in Posen als Sohn eines Mittelschullehrers geboren, den man 1918 aus Stellung und Heimat vertrieben hatte. Greisers Brüder waren im Weltkrieg gefallen, er selbst hatte sich 17jährig zur Front gemeldet und hatte sich als Flieger im Verband der Staffel Richthofen bewährt. Nach Kriegsschluss besass er keine berufliche Ausbildung; wie unzählige andere, die als Soldaten ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, trieb er ohne wirtschaftliche Zukunft in den trü-

ben Zeiten der Inflation dahin. In Danzig erzählte man, er habe sich im Ostseebad Zoppot als Boots Vermieter sein Leben verdient, seine Klienten seien damals begüterte Sommergäste aus dem Berliner Westen gewesen.

Dann kam Hitler, der Trommler, alles wurde für Männer von Greisers Art mit einem Schläge anders: unabsehbare Möglichkeiten taten sich auf, blinder Gehorsam, Treue, forsches Vorgehen und die Bereitschaft, einem wechselnden Credo zu folgen, wurden die Vorbedingungen für unbegrenzte Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb einer Gemeinschaft, welche den Schauer begeisterter männerbündischer Hingabe und die Euphorie bedenkenloser Gefolgschaft bot.

Wenn ich die beiden Männer vergleiche, – so war Forster der stärkere. Er war primitiver als sein Konkurrent, aber seine Natur war fester und wohl auch entwicklungsfähiger. Greiser hatte unter dem ersten nationalsozialistischen Senatspräsidenten, Rauschning, eine gewisse politische Schulung durchgemacht, er war beweglich, er besass wirtschaftliche Kenntnisse, von Natur war er weich, mit gütigen Zügen, aber wenn ihn die Umstände zur Härte zwangen, und das taten sie beständig, übertrieb er diese Härte. In geordneten Verhältnissen eines Rechtsstaates, unter geltenden Regeln einer Berufsmoral hätte Greiser sich bewährt. Er besass leichte Auffassungsgabe, ihm fehlte nicht die Fähigkeit, sachliche Zusammenhänge zu erfassen und zu formulieren. Wenn er sich mit Ausländern unterhielt, konnte er kluge Kritik äussern. Dies hat immer wieder Anlass gegeben, Greiser, im Unterschied zum Gauleiter, für einen umgänglichen und verständigen Mann zu halten. Mit ihm zu diskutieren war leicht, mit Forster dagegen gab es keine Diskussion. Forster hatte sich als Argumente von seinem obersten Gebieter das Schreien und Toben angewöhnt. Innerhalb aller totalitären Herrschaft wird das Individuum unausweichlich durch Teilnahme an kollektiven Taten kompromittiert. Diese Taten binden es auf Gedeih und Verderb an die Partei, der Mensch wird zum Spiessgesellen und Helfershelfer.

Bei Greiser wurde die freie Betätigung des Urteils augenblicklich gelähmt, sobald Hitlers Gunst in Frage stand. Für diese Gunst war kein Preis zu hoch, von Hitler ausgehend galt ein Wunsch noch mehr als ein Befehl. Spürte man, dass eine seiner Weisungen eine Einschränkung seiner eigentlichen Wünsche bedeute, eine durch augen-

blickliche Verhältnisse auferlegte Zurückhaltung, so suchte man über die Grenze des Geheisses hinaus den verborgenen, eigentlichen Wunsch zu erfüllen. Dies galt für den Gauleiter ebensowohl wie für den Senatspräsidenten, nur dass der letztere seine Handlungsweise jeweils zu erklären und zu verteidigen suchte, wobei er im Gespräch mit Aussenstehenden bisweilen auch zu Unwahrheiten Zuflucht nahm. Greiser hasste seinen Rivalen Forster, der ungeteilt dem gewählten Führer die Treue hielt. Wenn der Gauleiter, wie ich es wiederholt beobachten konnte, durch neue Eindrücke und andere Menschen als die gewohnten beeinflusst wurde, schüttelte er diese Beeinflussung augenblicklich wieder ab, sie erlosch in ihm und verschwand, sobald er sich wieder im Umkreis seines Idols befand. Geschah es aber bisweilen, dass er auf Grund eigener, allmählich gewonnener Erfahrungen einen eigenen Standpunkt erwarb, wie dies in Bezug auf die polnische Minorität der Fall sein sollte, so konnte er im Unterschied zu Greiser festbleiben, eine Anlage, die sich, wie mir berichtet wurde, im Laufe des Krieges bei ihm verstärkt haben soll.

Im Zeitraum, in welchem ich Greiser allwöchentlich und bisweilen täglich sah, fühlte er sich bei seinem Führer in Ungnade. Er suchte Anschluss an Göring und verschiedene andere Reichsminister, immer auch wieder ans Auswärtige Amt. Wenn er auf Zweifel an der Richtigkeit des gesteuerten Kurses stiess, polemisierte er gerne gegen die Masslosigkeit Forsters, gegen falsche Informationen, die angeblich durch diesen zum Diktator gelangten, gegen seine Herausforderungen und Indiskretionen. Greiser war 1930 selbst stellvertretender Gauleiter in Danzig geworden, unter Rauschning dann Vizepräsident und nach dessen Abgang Präsident des Senats. In dieser Eigenschaft hat er zweifellos manche Vorteile begriffen, die sich aus einer Stärkung der Freien Stadt und aus einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit hätten ergeben können. Bisweilen ging er so weit, aus wirtschaftlichen Gründen Einwände gegen die antisemitische Hetze der Gauleitung zu machen. Sobald aber ein Wink von höchster Stelle kam, duckte er sich. Als Hitler ihn bei Kriegsausbruch zum Reichs Statthalter im Wartheland ernannte, ihn in die Funktion eines mit Vollmachten ausgestatteten Herrschers in den Gebieten von Hohensalza, Lodz und Posen einsetzte, kannte seine Dankbarkeit keine Grenzen.

In dieser hohen Funktion wurde er in schwerste Verantwortungen verwickelt, er war ein zum Leiden fähiger Mensch und hat sich wohl vor dem bitteren Ende gewandelt, wobei eine in ihm immer schon vorhandene Fähigkeit zur Reue in seinen letzten einsamen Stunden die Oberhand mag gewonnen haben.

Noch ein Wort über Marjan Chodacki, die dritte Figur auf der engen Bühne der Freien Stadt. Chodacki, der Vertreter Polens, war Soldat, ein kühner, bisweilen waghalsiger Gorale*, er verwaltete in Ausführung der Instruktionen des Obersten Beck sein schwieriges Amt mit strengem Pflichtbewusstsein, als scharfer Beobachter zum raschen Handeln fähig. Kurz vor Einbruch der Katastrophe liess er sich wohl allzusehr von der diplomatischen Routine leiten, er verstrickte sich in den gefährlichen Notenkrieg über sekundäre Vorgänge, anstatt den direkten Weg, der von den Danziger Parteigrößen nach Berlin führte, zu benützen, um von seinem Posten aus auf die allgemeine Politik einzuwirken. Ein solches Verhalten hätte gewisse Erfolge bringen können, man war damals in den hohen Parteikreisen allen anders lautenden Aussagen entgegen noch sehr beeinflussbar.

Chodacki versprach sich für sein Land vom Krieg nichts als Unheil; in all seinen Voraussagen hat er recht behalten. Aber er hielt sich, vor allem in der allerletzten Phase seiner Tätigkeit, diszipliniert an die engen Möglichkeiten der diplomatischen Usancen, die in grossen entscheidenden Augenblicken, in welchen elementare Kräfte wirken, sich doch immer als nichtig erweisen. Bis zu einem Zwischenfall des Jahres 1939 stand Chodacki ein Mann von besonderer Qualität zur Seite, Perkowski**, ein glühender Patriot, der in der sachlichen Kenntnis der rechtlichen, lokalpolitischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen seiner Mission einen wissenschaftlichen Grad von Beherrschung des Stoffes erreicht hatte. Er wurde im Kriegsbeginn ermordet. Sein Andenken halte ich in hohen Ehren.

Was mir in der Folge und während der ganzen Dauer eines unter schwersten Bedingungen gestellten Vermittlungsversuches die lehrreichsten Einblicke in die Wirklichkeit der osteuropäischen und speziell der Danziger Probleme verschaffte, waren die Beziehungen, die ich zu ostpreussischen Persönlichkeiten anknüpfen konnte,

* Bergbewohner aus der Gegend von Zakopane.

** Vgl. S. 261.

Beziehungen, die sich in einigen Fällen in vertrauensvolle Freundschaft umgewandelt haben.

Das Gebiet Ostpreussens war in wahrhaft leichtsinniger Weise vom Reichsgebiet abgetrennt worden, man hatte durch diese Abtrennung einen unhaltbaren Zustand geschaffen. Trotz dieses Umstandes ist in dieser deutschen Provinz kein überreizter Nationalismus ausgebrochen. Der nationalsozialistischen Revolution gegenüber verhielt man sich in weiten Kreisen kritisch. In Ostpreussen habe ich den deutschen «Widerstand» kennengelernt, vertreten durch ernste Menschen ungebrochen vaterländischer Gesinnung, ihr Verhalten blieb untadelhaft bis zu den letzten Konsequenzen, die sie mit dem grössten Mut auf sich nahmen. Vielfach handelte es sich um Personen, die vom Staate nicht abhängig waren, die im Gegenteil ihre Formung durch eine lange Gewöhnung an wirtschaftliche Unabhängigkeit erhalten hatten. Ich war häufig Gast in einem Haus, in welchem noch in den späten dreissiger Jahren verfolgte Juden Aufnahme gefunden haben. Selbstverständlich handelte es sich bei den erwähnten frei und selbständig Urteilenden um eine quer durch alle Stände gehende Elite. Es gab auch Nationalsozialisten ohne Zweifel, vielleicht waren sie die Mehrheit, unter diesen aber, wenn sie nicht landfremd aus dem Reich zugezogen waren, herrschte in Bezug auf Hitler und seine Scharen das konservativ-patriotische Missverständnis und eine gewisse provinzielle Verwechslung zwischen erlittenem Unrecht, berechtigten Ansprüchen und, auf der andern Seite, den Vorwänden, den propagandistischen Mitteln und den masslosen Vergeltungsforderungen des «Führers». In Ost- wie in Westpreussen, in Pommerellen oder, wie die Deutschen und der Westen sagten, im polnischen Korridor, habe ich Deutsche gekannt, die bei ungebrochenem nationalem Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland doch mit allen Mitteln darnach strebten, zu Polen ein gerechtes und freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen.

In Ostpreussen wie in Pommerellen und, soweit die damals jeden meiner Schritte kontrollierende Weltöffentlichkeit dies zuliess, in Polen, habe ich viel grosszügige Gastfreundschaft erfahren, viele Hilfe und Aufklärung erhalten. Es ist mir nie möglich gewesen, an die von den Folgen ungeheuerlicher politischer Fehler am schwersten betroffenen Bewohner jener Gegenden anders als mit tiefem Anteil zu denken. Es handelte sich um Männer und Frauen, die bei tapferstem

Widerstand wirkungslos geblieben sind innerhalb der übermächtigen Begebenheiten, an denen sie zugrunde gehen mussten. Die meisten von ihnen haben das, was bevorstand, zu ihrer doppelten Qual vorausgewusst.*

* Hier möchte ich nur den Grafen Heinrich Keyserlingk in Neustadt erwähnen, der sich bis zu schwerer persönlicher Gefahr für einen Ausgleich mit Polen einsetzte und bei Kriegsende einen harten und ungerechten Tod erleiden musste.

IV

Gleichschaltung

Die Lage, die ich 1937 bei meinem Eintreffen in der Freien Stadt vorfand, war die folgende: die kommunistische und die sozialdemokratische Partei waren in den Jahren 1934 und 1936 aufgelöst worden. Die deutschnationale Fraktion hat in der ersten Hälfte des Jahres 1937 jede Opposition aufgegeben. Am 21. Oktober sollte ich von der Leitung des Zentrums sodann Mitteilung erhalten, dass auch diese Partei aufgelöst worden sei, sie habe nicht die Absicht, sich an den Völkerbund zu wenden*.

Am 1. November 1937 teilte F. Walters mir mit, die auf die Auflösung der Zentrumspartei bezüglichen 1½ Seiten meines Berichtes vom 22. Oktober seien an das französische und schwedische Mitglied des Dreierkomitees weitergeleitet worden, der Präsident, Mr. Anthony Eden, sei im Besitz der Kopie des ganzen Briefes.

Im Augenblick von Lesters Demission war der Vorgang der Gleichschaltung tatsächlich schon abgeschlossen; was sich im Jahre 1937 noch abspielte, waren nur unvermeidbare letzte Folgen. Sicher hätte man auch jetzt durch Protest im westlichen Europa und in Amerika einen propagandistischen Erfolg erzielen können. Der Protest hätte durch meine augenblickliche Demission sofort nach Amtsantritt unterstrichen werden müssen. Warschau hätte dann aber mit Recht erklärt, der Völkerbund erschwere und gefährde die äusserst komplizierte polnische Aufgabe, und die Rückwirkung auf Berlin kann man sich leicht vorstellen. Aber vor allem auch auf die zur Mässigung neigenden deutschen Kreise und gar auf diejenigen, die den eigentlichen Widerstand vertraten, hätte eine solche sensationelle und allzu bequeme Haltung, hätte das Verlassen des kaum angetretenen Postens eine enttäuschende Wirkung ausgeübt.

Im Danziger Parlament wirkte sich das Verschwinden der Parteien nicht unmittelbar aus, die Mandate aller Abgeordneten blieben gültig.

* «Der Herr Polizei-Präsident hat die Zentrumspartei der Freien Stadt Danzig mit dem heutigen Tage aufgelöst.

Angesichts der gegebenen Lage haben wir auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichtet.

Wir bitten Ew. Exzellenz, hiervon Kenntnis zu nehmen.»

Der schon erwähnte Übertritt einer Anzahl von Parlamentariern zum Nationalsozialismus und mehrere Fälle von Emigration entschieden endgültig zu Hitlers Gunsten.

Im Laufe des Jahres 1937 trat der Volkstag zweimal zusammen, am 5. Mai und am 8. November. Die Regierung war fest entschlossen, die Verfassung, wie Greiser es dem Grafen Szembek mitgeteilt hatte, im totalitären Sinn zu ändern, das gesetzgeberische Werk aber dem Volkstag zu überlassen und den Schein der Legalität zu wahren. Während der Mai-Session des Parlaments wurde vom Senat eine Motion eingereicht, die den Zweck hatte, das Vollmachtengesetz für eine Periode von vier Jahren zu verlängern; diese Motion wurde mit 47 gegen 20 Stimmen angenommen. Bei Anlass der zweiten Tagung des Parlamentes, am 8. November, wurde in Anwendung des Rezeptes der «leichten Hand», des «Vor- und Nachgebens» ein Amnestiegesetz zugunsten der politischen Häftlinge erlassen; im Verlauf derselben Sitzung billigte das Parlament zwei Senatsdekrete, von denen das eine die Gründung neuer Parteien verbot, das andere die Jugendorganisation im nationalsozialistischen Sinne festlegte.

In der Freien Stadt gab es im Jahre 1933 40'000 Arbeitslose, im Jahre 1937 waren es nur noch 2'636. Diese Entwicklung, die mit der Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage und unter anderm mit dem Abzug vieler Arbeitskräfte ins Deutsche Reich zusammenhing, wurde als hervorragender Erfolg der nationalsozialistischen Verwaltung gepriesen. Die öffentliche Ordnung wurde im Jahre 1937 nur einmal gestört, bei Gelegenheit einer antisemitischen Demonstration, die am 23. Oktober stattfand. Die Urheber dieser Ausschreitung, bei der es zu Zerstörung von Sachwerten kam, wurden verurteilt, und die politische Amnestie wirkte sich nicht zu ihren Gunsten aus. Der Senat bestrebte sich während des ganzen Jahres, Rücksichten auf Polen und auch auf die Weltmeinung zu nehmen und beruhigend einzuwirken, während die Gauleitung ihre scharf antreibende Tendenz beibehielt.

Wenn ich diese kurz in ihren Hauptlinien zusammengefassten Vorgänge in der Weise betrachte, wie sie sich damals von Tag zu Tag in meiner Gegenwart abspielten, so ergibt sich folgendes Bild. Die entscheidende, handelnde Figur blieb der Gauleiter Forster. Als am 8. November der Volkstag ohne Abstimmung eine Gesetzesverordnung

zur Kenntnis nahm, die den Schlusspunkt unter die seit Jahren angestrebte Gleichschaltung setzte, war Albert Forster der Mann, welcher Dank und Anerkennung Hitlers erntete.

Die Präambel dieses auf dem Verordnungsweg erlassenen Gesetzes und sein erster Paragraph lauten:

«In Erfüllung der wichtigsten Staatspflicht, im Staatsgebiet für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, hat die Freie Stadt Danzig die politischen Parteien, die sie als Unruheherd erkannt hat, aufgelöst; es wird weiter ihre Pflicht sein, die politischen Parteien als Trägerinnen der Unruhegefahr und Erreger strafbarer Handlungen nicht mehr zur Entstehung kommen zu lassen.

§ 1. Die Bildung neuer politischer Parteien im Gebiet der Freien Stadt Danzig ist verboten.»¹

Durch dieses Dekret war die Danziger Verfassung faktisch ausser Kraft gesetzt, die Opposition ausgeschaltet. Und damit war nun auch die Einführung der Ariergesetzgebung, die Forster immer wieder in seinen Volksreden in Aussicht stellte, nur * noch eine Frage der Zeit. Die Verfassungsänderung durch die immer noch schwer erreichbare Zweidrittelmehrheit war umgangen worden, aber die neuen, auf dem Weg der Vollmachten eingeführten Gesetze mussten noch eine endgültige Sanktion durch das Parlament erfahren. Nun war der entscheidende Punkt: die Partei konnte im Jahre 1937 kontrollierte Wahlen in der Freien Stadt nicht riskieren. Alle ausländischen Beobachter und Kenner der Lage waren der Ansicht, eine Neuwahl des Parlamentes würde eine Abnahme der nationalsozialistischen Mandate mit sich bringen. Dies aber und einzig dies ist der Grund, weshalb fortan das Dreierkomitee darnach strebte, jede gesetzgeberische Neuerung innerhalb der Freien Stadt von der Sanktionierung durch die Mehrheit eines neugewählten Volkstages abhängig zu machen. Dieses Bestreben ist oft durch oberflächliche Beurteiler missdeutet worden, es hatte aber eine auf solider Beobachtung ruhende Begründung: ein Wahlmisserfolg der nationalsozialistischen Partei in der Freien Stadt hätte weit über das kleine Danziger Territorium hinausgewirkt, hätte viel stärker gewirkt als alle Proteste der Welt. Hitler fürchtete diesen Wahlausgang, er hat dies oft zum Ausdruck gebracht, und die Danziger Gauleitung wollte ihrerseits kein Risiko übernehmen. Es war infolgedessen die einzig mögliche Politik, auf Abhaltung von Neuwahlen zu beharren und darauf zu bestehen, dass die Erlasse des Senats ihre Gültigkeit einzig durch parlamentari-

schen Mehrheitsbeschluss erhalten könnten. Wenn man dem Senat immer wieder sagte: Wählt ein neues Parlament, wenn ihr die Zweidrittelmehrheit erreicht habt, so ist eure Gesetzgebung juristisch nicht mehr anfechtbar, wenn man jede Gelegenheit benützte, um auf diese Neuwahlen zu drängen, so geschah dies, weil man glaubte, über den wahrscheinlichen Wahlausgang überzeugende Prognosen zu besitzen.

In einem ausführlichen Schreiben, welches der Generalsekretär des Völkerbundes, Joseph Avenol, am 25. Mai 1937 erhielt, schrieb ich unter anderm: «Meine Begegnungen mit dem Senatspräsidenten haben ein Ergebnis gezeitigt.» Dieses Ergebnis war die Aufhebung des Verbotes, das die Danziger Regierung Vertretern der Oppositionsparteien gegenüber erlassen hatte und das ihnen jeglichen Kontakt mit dem Vertreter des Völkerbundes und seinen Mitarbeitern in der Freien Stadt untersagte.

Im Beginn meiner Amtszeit bestand für mich von nun an in der Tat scheinbar die Möglichkeit, mich mit Sozialdemokraten, Vertretern der Zentrumsparterie und Deutschnationalen, aber auch mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in meinem Hause frei zu besprechen.

Die politischen Parteien, die seit der Schaffung der «Freien Stadt» in Erscheinung getreten waren und die im parlamentarischen Leben des kleinen Staates eine Rolle gespielt hatten, waren im Wesentlichen, mit Ausnahme der «polnischen Partei», dieselben, die bis zu Hitlers Machtergreifung in Deutschland bestanden.

Die Nationalsozialisten waren im Volkstag des Jahres 1927 unter 120 Abgeordneten zum erstenmal in Gestalt eines einzigen Vertreters aufgetaucht. Schon 1930 aber kamen im Parlament der Freien Stadt 12 nationalsozialistische Sitze auf 72, man hatte die Gesamtzahl der Abgeordneten um 48 reduziert. Bei den Wahlen des Jahres 1933 erreichte Hitlers Partei allerdings noch nicht die zur Abänderung der Verfassung nötige Zweidrittelmehrheit, sie besass von 72 Mandaten 38, und 1935 kamen 4 weitere Sitze hinzu.

Von dem Augenblick an, in welchem die Partei die Majorität hatte, hätte sie die Regierung übernehmen können. Es war Rauschnings Einfluss zu verdanken, dass vorerst der Versuch einer Koalitionsregierung gemacht wurde, der «nationale Block» setzte sich, nachdem

die Verhandlungen mit den Deutschnationalen gescheitert waren, aus Nationalsozialisten und Angehörigen der Zentrumsparlei zusammen. Schon nach wenig Monaten aber begab sich auch das «Zentrum» in Opposition. Jetzt regierten die Nationalsozialisten allein, und ihre erste einschneidende Massnahme war die Vorlage des «Ermächtigungsgesetzes» (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat)², das am 24. Juni 1933 in Wirkung trat, Wirkung, die am 30. Juni 1937 erlöschen sollte und dann in der Mai-Session des Volkstages 1937 um vier Jahre verlängert wurde. Auf Grund dieses vom Parlament sanktionierten Ausnahmegesetzes hat der Senat von 1933 an geschaltet und gewaltet. Bei den meisten Auseinandersetzungen zwischen Senat und Parteien hat es sich jeweils um Massnahmen gehandelt, welche die Regierung auf dem Gebiet der Presse und der Versammlungsfreiheit getroffen hatte. Es ist zweifellos die Ermutigung durch das Ergebnis des saarländischen Plebiszits*, was den Senat im Jahre 1935 veranlasst hatte, Neuwahlen auszuschreiben; die Partei hoffte dadurch, die für jede legale Verfassungsänderung nötige Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Diese Hoffnung aber wurde dann durch die Wahlen vom 7. April 1935 enttäuscht; man gewann damals unter starkem Wahldruck nur 4 neue Mandate, und die Zahl von 48 «Braunen» im Parlament wurde nicht erreicht.

Man entschloss sich infolgedessen, zu der im Reich bewährten Methode der sogenannten «progressiven Synchronisation» des Parlaments zu greifen, d.h. mit individuellen Konversionen oder mit Demissionen zu arbeiten. Die herrschende Partei, welche die Wirtschaftskrise und 1935 die Guldenabwertung durchzustehen hatte, vermied von jetzt an das Mittel der Neuwahlen und sie wusste warum**.

Wenn nun im Parlament die Lage der politischen Fraktionen sich nicht wesentlich veränderte, so hatte sich dagegen der Zustand im Innern der Parteien völlig gewandelt. Die Anziehung des aufgerüsteten, durch Hitlers Taten wieder bündnisfähigen Deutschen Reichs in seiner Scheinblüte, Wellen hypnotisch wirkender patriotischer Schauer zerstörten den inneren Zusammenhalt der politischen Gruppen, die beständige Bearbeitung der «nationalen Parteien» durch Goebbels' Propaganda trug ihre Früchte, immer wieder wirkte die Vorstellung

* 13.1.1935.

** Vgl. S. 85 und 99.

des «einen, unzerstörbaren nationalen Blocks», Versprechungen und Drohungen wechselten, und schliesslich erfolgte, immer auf dem Weg über die Vollmachten, die Auflösung der sozialdemokratischen Partei am 14. Oktober 1936, nachdem unter lebhafter Zustimmung des Parlamentes, beispielhaft für die Wirkung der Präzedenzfälle, die kommunistische Partei im Mai 1934 für illegal war erklärt worden.

Zur Zeit meiner Ankunft in Danzig verhandelte die Regierung mit den Deutschnationalen, zwei von drei Deputierten stellten sich, was in Warschau so grosses Aufsehen erregt hatte*, Hitlers Anhängern zur Verfügung. Der Senat verlieh seiner Aussöhnung mit dem in Danzig sehr angesehenen einstigen Senatspräsidenten deutsch-nationaler Observanz, Dr. Ziehm, grosse Publizität.

Das Zentrum war seines Führers auf andere Weise beraubt worden. Dr. Stachnick, der Parteipräsident, verbüsste eine Haft, die wegen eines «Pressedeliktes» über ihn verhängt worden war. Auch der Redakteur des Presseorgans der Partei, Formell, musste für seine mutige und konsequente Haltung büssen.

Die Arbeiter liessen sich durch materielle Versprechungen und Leistungen der regierenden Partei gewinnen, ihre Syndikate waren aufgelöst worden, ihre Partei, die sozialdemokratische, existierte nur noch in letzten Überresten im Volkstag. Die nationalsozialistische «Arbeitsfront» fasste in ihren Reihen fast alle Angestellten und Arbeiter zusammen. Zwei sozialistische Abgeordnete waren «übergetreten», der Parteisekretär Brill hatte auf sein Mandat verzichtet. Einigen führenden Vertretern der Sozialdemokratie, wie dem hochbegabten Journalisten Brost, der nach Polen emigrieren sollte, und seinem Genossen Krupke war auf Grund des Dekretes vom 4. Februar 1937 der Sitz im Parlament entzogen worden. Sobald es mir gelungen war, vom Senat die Aufhebung des untragbaren Polizeiverbotes zu erreichen, das zu Sean Lesters Amtszeit die Oppositions Vertreter an jeglichem Kontakt mit dem Hohen Kommissar verhindert hatte, ermutigte ich die Angehörigen der Minoritätsfraktionen, den Kontakt mit mir aufzunehmen. Es erschienen denn auch in meinem Amtsgebäude die Sozialisten Wiechmann und Töpfer sowie die Führer der Zentrumspartei Posack und Formell am 30. April. Töpfer erklärte³:

*Vgl. S. 74.

«Wir wären früher gekommen, wenn die Dekrete uns nicht daran gehindert hätten. Morgen, am 1. Mai, wird die Stadt beflaggt sein, dies ist in keiner Weise für die Gefühle der Bevölkerung bezeichnend. Trotzdem macht sich die Opposition keinerlei Illusionen über die Schwäche ihrer Lage und ihren verschwindenden Einfluss auf innen- und aussenpolitische Vorgänge. Der über verschiedene Volkstagsabgeordnete verhängte Mandatsentzug ist reine Willkür. Der Fall des Abgeordneten Brost ist durch die frei erfundene Behauptung erledigt worden, Brost halte Waffen versteckt. Die Übertritte zur nationalsozialistischen Partei sind unter scharfem Druck erfolgt, sogar auf die Frauen der Abtrünnigen wird er ausgeübt. Die Braut eines gesinnungstreuen Abgeordneten wurde mit Verhaftung bedroht, unseren Parteikandidaten Bla vier, Tomath, Adomat und Weber wurden Deportation und Konzentrationslager in Aussicht gestellt.»

Bei Erwähnung des Namens Weber ergriff Wiechmann das Wort:

«Weber, gewesener Redakteur der sozialdemokratischen ‚Danziger Volksstimme‘ erhielt als Preis für seine politische Konversion das Angebot von 50'000 Gulden. Von einem indiskreten Beamten erfuhr ich, dass der Versuch der Verfassungsänderung nahe bevorstehe. Ich bitte darum, im Falle von Wahlen alles vorzukehren, was möglich ist, um das illegale Ausüben eines Wahlerrors durch die Polizei zu verhindern.»

Posack protestierte gegen Präventiv- und Schutzhaft. Ursprünglich sei man für 14 Tage festgenommen worden, jetzt aber, erklärte er, bereits für drei Monate, d.h. die Haftfortdauer werde von nun an unbegrenzt sein. Er erhob sich mit Leidenschaft gegen die Abschaffung der Pressefreiheit, gegen die Lügenpropaganda, die Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei die Ermordung von SS-Männern vorwerfe, wobei die Mörder einzig jene Schwarzen seien.

In der Tat war mit der Verordnung vom 4. Februar die Zusammensetzung des Danziger Parlamentes vollkommen gefälscht worden.

Der § 5, Absatz 2, des Volkstagswahlgesetzes vom 6. September 1922 hatte folgenden Zusatz erhalten:

«Als Verzicht gilt es, wenn sich ein Abgeordneter ausserstande setzt, die Pflichten, die ihm sein Amt auferlegt, zu erfüllen.»

Im selben Bericht, der diese Aussagen wiedergibt, ist zu lesen:

«In Danzig zirkuliert viel Geld, das aus Deutschland stammt, beträchtliche Summen werden an die Danziger Sozialisten gewandt . . .»

«Ein Vertreter der Zentrumspartei, mit dem ich mich unterhalten konnte, zeigte einen gewissen Optimismus, er meinte, die Zeit arbeite für die Opposition, den Beweis dafür sah er in der Hast der nationalsozialistischen Partei, an Schlüsselpositionen Vertrauensmänner zu setzen, ja den Senatspräsidenten Greiser, den Polizeipräsidenten Froboess ersetzen zu wollen. Anstelle des letzteren soll der Reichsführer Himmler beabsichtigen, einen seiner Berliner Agenten einzusetzen, eine Massnahme im Rahmen der stummen Eroberung der Freien Stadt. Festzustellen ist, dass innerhalb der Penetrationspolitik, die von den verschiedenen regierenden Gruppen in Danzig gemacht wird, diejenige der Gestapo ausgesprochen antipolnisch ist.»

« . . . Der Senat und sein Präsident befinden sich in einer schwierigen Lage angesichts des Programmes, welches der Gauleiter durchführen möchte . . . Der Senatspräsident sagte mir im Vertrauen, seine persönliche Stellung sei sehr schwierig, er müsse mit dem Einfluss einer Persönlichkeit rechnen, der, sobald es sich um Aussenpolitik handle, jedes Mass und jede Voraussicht fehle.»

Forster pflegte zu erklären, vor dem nächsten Zusammentreffen des Völkerbundes müsse die «neue Danziger Verfassung unter Dach» sein. Dann wieder beteuerte er, für den Augenblick gebe er seine unmittelbaren Absichten in diesem Zusammenhang auf. Seine gleichzeitigen öffentlichen Reden aber klangen anders; hier mag diejenige wiedergegeben werden, die ein Vertreter der politischen Opposition stenographisch aufgenommen hatte:

«Volksgenossen! Über alle Fragen habe ich mit dem Führer gesprochen. Wollt ihr seine Ansicht kennen? Ich fragte, ob er nicht den Befehl gebe, das ‚Danziger Statut‘ zu ändern – so nennt man das Ding. – Der Führer hat mir geantwortet: ‚Alles oder nichts, lassen wir dort eine offene Wunde, das gibt uns eines Tages den Grund zur Intervention‘».

«Natürlich bezieht sich dies nicht auf die Opposition, sie muss zerschmettert werden. Und dafür, Kampfgenossen, brauchen wir euch: in ein paar Monaten werdet ihr wirklich nützlich sein. Es ist nicht einfach. Aber ich bin sicher, dass sich irgendein Gesetzesparagrah findet, durch den das nationalsozialistische Vorgehen sich begründen lässt. Da sehe ich vor mir den Polizeipräsidenten sitzen. Immer wieder ist er bei mir erschienen und hat gefragt: ‚Was soll ich da für eine Erklärung abgeben?‘ Wir haben sie immer gefunden. Glück muss

man haben. Wir Nationalsozialisten haben immer Glück!» (Höchste Stimmstärke.)

«Ja, Parteigenossen, auch ihr sollt Erklärungen finden. Da seht, man behauptet, ein Richter sei frei und er habe nur seinem Gewissen zu gehorchen!»

«Der Prozess, der dazu dienen sollte, die letzten Wahlen ungültig zu erklären, hat mir viel Kopfzerbrechen bereitet. Vor der entscheidenden Versammlung liess ich den Mann zu mir kommen, der das letzte Wort zu sprechen hatte, den Richter. Er kam ins Zimmer, und bevor ich den Mund aufgemacht hatte, sagte er: ‚Bitte, ich bin Richter und integer!‘ Kampfgenossen, auf einen solchen Ausspruch kann ich nur antworten: ‚Ich finde das lächerlich!‘» (Höchste Lautstärke.)

«Die Schiedsgerichte, die sich um Arbeitskonflikte kümmern sollen, haben mir auch viel Ärger bereitet. Ihre Entscheide stinken nach Theorie! Sie sind idiotisch genug, um politische Gründe für die Entlassungen anzugeben. Es ist unerträglich, dass, wenn wir jemand vor die Türe schmeissen, einen Hundsfott, einen Volks Verräter, sich noch Gerichte finden, die ihn dort wieder einsetzen, wo wir ihn hinausgefeuert haben.»

«Bilden sie sich ein, dass die Zeitungen der Opposition weiter erscheinen werden? (überlaut) ein für alle Mal sind sie verboten und bald wird ihre letzte Stunde schlagen, wie für die Kerle, die hinter diesen Zeitungen stehn. Wie wir das machen werden, weiss ich noch nicht, aber eins ist sicher, wir werden es machen! Und auch das, weil wir immer Glück gehabt haben!»

«Es war nötig, den Lester hinauszüden! Wir wollten das schon lange. Nur die Gelegenheit fehlte. Sie erschien mit dem Eintreffen der Offiziere der ‚Leipzig‘. Während ich mit dem deutschen Generalkonsul sprach, fiel mir ein, wie ich den Kampf führen werde. Da habe ich jenen bewussten Artikel geschrieben, bevor er erschien, wurde er an höchster Stelle (Hitler) korrigiert, und wie ihr euch vorstellen könnt, gebilligt. . .»

Diese Auszüge mögen genügen, um einen Begriff von dem Ton zu geben, der auf die damaligen Zuhörer wirkte, diesem ochlokratischen Ton, den man vor allem anwandte, wenn es sich darum handelte, wie es im Parteijargon hiess, «Fraktur zu reden».

Meine freien Aussprachemöglichkeiten mit Männern, die ihrer politischen Gesinnung treu geblieben waren, sollten durch ein in seinen Hintergründen lange nicht aufgeklärtes Verbrechen enden. Nach dem Gespräch mit den Herren Wiechmann, Posack, Formell und Töpfer besuchte Wiechmann mich noch zweimal persönlich. Beim zweiten

Besuch beschwerte er sich darüber, dass seine Kinder in der Schule von ihren Mitschülern misshandelt würden. Auf meine Frage, warum er sie nicht die polnische Schule besuchen lasse, antwortete er, das sei ihm unmöglich, weil er Deutscher sei. Ich setzte mich umgehend mit dem Senatspräsidenten in Verbindung, und Greiser versprach Abhilfe. Am nächsten Tag nach diesem zweiten Besuch des Abgeordneten, dem Tag meiner Abreise nach Genf, erschien Frau Wiechmann bei mir in grosser Besorgnis. Sie fragte mich, ob ihr Mann mir irgendetwas über seine Pläne mitgeteilt habe, sie wisse, dass er mit der Absicht, mich aufzusuchen, von zu Hause weggegangen sei und seit-her sei er nicht zurückgekehrt.

In Genf erreichte mich das Gerücht, Dienstag, den 25. Mai, gegen 11 Uhr abends, sei in der Nähe des Bahnhofs von Oliva bei Danzig der sozialdemokratische Abgeordnete, Hans Wiechmann, verhaftet worden. Sofort nach meiner Rückkehr in die Freie Stadt setzte ich mich in Verbindung mit dem Polizeipräsidenten Froboess, und bis auf Weiteres blieb ich mit ihm des Vorfalles wegen in täglichem Kontakt. Selbstverständlich stellte ich sofort eine entsprechende Anfrage an den Senat. Der Polizeipräsident erklärte mir, Wiechmann sei in der Tat während einer Stunde verhört worden, und zwar in Zusammenhang mit dem Brief eines französischen Syndikates, in welchem von einer für die Danziger sozialdemokratische Partei bestimmten Geldsumme die Rede war. Dieser Brief wurde in der Tagespresse veröffentlicht*, er war aber nicht an Wiechmann adressiert, sondern an seinen Parteigenossen und persönlichen Freund Töpfer. Nach Informationen aus sozialdemokratischer Quelle erfuhr ich, Wiechmann sei nach dem Verhör, der Immunität wegen, die er als Abgeordneter genoss, sofort wieder entlassen worden. Beim Nachhausegehen aber auf der nächtlichen Strasse habe man ihn überwältigt und in ein Automo-

*

«Paris, den 5. Dezember 1936

Lieber Genosse Töpfer!

Bezugnehmend auf unsere frühere Korrespondenz betreffend den Zuschuss von 15'000 Ffr. vom Internationalen Solidaritäts-Fonds (SAI-IGB) und auf Grund von Beschwerden, die an uns gerichtet wurden, wobei sich herausstellt, dass die zwei Teile unserer Gesamtbewegung über die Verwendung des Betrages nicht einig sind, möchte ich ausdrücklich betonen, dass dieser Zuschuss für die Gesamtbewegung bestimmt ist und gemeinsam über seine Verwendung beschlossen werden muss.

Ich nehme an, dass es immer noch möglich ist, sich unter Euch zu verständigen, ohne dass die beiden Internationalen als Schiedsrichter auftreten müssen.

Mit besten Grüssen

(gez.) Meverna (Punleserlich)»

bil mit deutscher Nummer gezerrt. Die Angaben über diesen Zwischenfall waren widersprechend, und niemand hatte die Polizeinummer des Wagens festgestellt. Polizeipräsident Froboess, ein klarsehender, verschlossener Beamter der besten alten Schule, der früh schon mit Deutlichkeit die Entwicklung voraussah und mit mir wiederholt sehr offen sprach, liess damals ein Wort fallen, das mich sofort beunruhigte. Er erklärte nämlich, es könnte sich vielleicht ausserhalb von jeder Verantwortlichkeit legaler Behörden um den Streich «unverantwortlicher Extremisten» handeln. Auf diese Bemerkung hin setzte ich mich augenblicklich mit dem Gauleiter selbst in Verbindung*, den ich kurz vorher kennengelernt hatte.

Forster spielte den völlig Unwissenden: «Kein Mensch kann dumm genug sein», sagte er mir, «um sich mit einer so unwichtigen Person wie Wiechmann überhaupt zu beschäftigen. Im Übrigen war ich selbst von Danzig abwesend, und ich weiss rein nichts von dieser Räubergeschichte.»

(Als ich in meinem Bericht an Avenol dieses Gespräch wiedergab, wies ich auf gewisse Symptome von Verlegenheit hin, die ich hinter Forsters brutalen Worten glaubte erkannt zu haben.)⁴

Wenige Tage nach dem Gespräch mit Forster erfuhr ich, dass der Chef der SS des Deutschen Reichs, der Reichsführer Himmler, in eigener Person in Danzig erschienen war, und es stand für mich ausser Zweifel, dass sein Erscheinen mit dem Zwischenfall Wiechmann zusammenhing.

Ich liess mich sofort mit ihm in Verbindung setzen. Himmler leugnete mit Nachdruck alle Gerüchte, die über Wiechmann in Umlauf waren und auch, mit Heftigkeit kommentiert, von der Weltpresse wiedergegeben wurden. Er sagte mir, er habe die Untersuchung selbst in die Hand genommen und er glaube, bald in der Lage zu sein, mich über Wiechmanns Verbleib durch den Danziger Senat in beruhigender Weise informieren zu können.

Am 15. Juni wurde an der Grenze der Freien Stadt (auch dies meldete ich sofort an Avenol) eine in einen Sack eingenähte und mit Steinen beschwerte männliche Leiche gefunden. Polnische Stellen und Refugianten aus der Freien Stadt sahen augenblicklich einen Zusam-

* Über die Umstände, unter denen ich mit Forster in Kontakt kam, s. S. 97 ff.

menhang zwischen Wiechmanns Verschwinden und dem makabren Fund. Die Leiche befand sich auf deutschem Territorium. Der Polizeipräsident teilte mir mit, die Identifikation habe stattgefunden, doch bestehe kein Zusammenhang mit dem Verschwinden Wiechmanns.

Nun enthält mein erwähnter Bericht an Avenol folgenden Passus:

«Erst einen Monat nach dem Verschwinden nahm die Angelegenheit eine unerwartete Wendung. Der Polizeipräsident teilte mir mit, dass eine polnische Staatsbürgerin deutschen Ursprungs, Anna Lidtke, Bewohnerin von Kleinkatz, hart an der Danziger Grenze, die in Zoppot im Hausdienst tätig war, sich zur Zoppoter Polizei verfügt habe, um ihr zwei Dokumente zu übergeben, nämlich eine Identitätskarte und ein Bahnabonnement, die beide auf den Namen Wiechmann lauteten. Diese Dokumente waren am Tage zuvor in einem kleinen Wald an der Grenze auf polnischem Territorium durch Ottilie Lidtke, der Mutter Annas, gefunden worden.»

«Am Tag nach dieser Mitteilung des Polizeipräsidenten erhielt mein Mitarbeiter, Giustiniani, von der polnischen diplomatischen Vertretung dieselbe Information. In diesem Zusammenhang sagte mir dann Minister Chodacki, dass er sofort auf die erhaltenen Angaben hin den Danziger Behörden die polnische Polizei zur Verfügung gestellt habe. Der Senat habe hierauf um die Erlaubnis gebeten, zwei Polizeibeamte über die Grenze zu schicken und mit den Polen zusammenzuarbeiten. Die gemeinsamen Nachforschungen erfolgten am 18. und 19. Juni und hatten kein Ergebnis . . .»

«Da sofort ein Zusammenhang zwischen dem Verschwinden Wiechmanns und seinen Besuchen auf dem Hohen Kommissariat konstruiert wurde, stellten die Vertreter der Opposition unter dem Einfluss der Angst ihr Erscheinen in meinen Amtsräumen ein.»

Am Ende dieses Berichtes bat ich den Generalsekretär, meine Mitteilungen an das Dreierkomitee weiterzuleiten.

Selbstverständlich hatte ich schon während meines Genfer Aufenthaltes und auf Grund der mir damals zugestellten Nachrichten die Sachlage sofort mit Walters besprochen. Es ist klar, dass der Vertreter des Völkerbundes in Danzig keinerlei Mittel in der Hand hatte, um eine polizeiliche Untersuchung durchzuführen, er musste sich an die Mitteilungen aus offiziellen Quellen halten.

Erst im September wurde mir von der Danziger Regierung eine sachliche Mitteilung gemacht. Sie lautete: «Wiechmann befindet sich in Spanien, wir werden in kürzester Zeit in der Lage sein, hierfür den Beweis zu erbringen.» Wenige Tage nachher wurde ich offiziell vom Senat eingeladen. Im Vorzimmer sass Frau Wiechmann. Ich wurde sofort in das grosse Sitzungszimmer geführt, wo der gesamte Senat versammelt war. Greiser eröffnete mir mit strahlender Miene, er sei glücklich, mir mitteilen zu können, dass Wiechmann am Leben sei. Damit reichte er mir einen handschriftlichen Brief Wiechmanns aus Abaran in Spanien vom 20. August 1937, der an Wiechmanns Parteigenossen, Arthur Brill*, gerichtet war:

«Abaran, den 20.8.1937

Arthur Brill
Danzig

Ich schreibe nur Dir, weil Du allein mein Leben vernichtet hast. Durch Deinen Verrat, den Du an Deinen ehemaligen Genossen verübt hast, sind viele Menschen ins Unglück gekommen, die das alles Dir zu verdanken haben. Du schuft hast sogar Schreiben von Schevenels** der Polizei ausgehändigt, die auch mein Schicksal geworden sind, und die mich gezwungen haben meine Familie zu verlassen. Ich verfluche Dich und Deine Hure, welche Dich auf diesen Weg gebracht hat.

Ich bleibe der Idee treu, und kämpfe für sie um zu leben oder zu sterben. Du wirst Deiner Strafe nicht entgehen.

Freiheit!
Hans Wiechmann»

Ich las den Brief, gab ihn dem Senatspräsidenten zurück und sagte ihm, dass ich Wiechmanns Handschrift nicht kenne und dass ich kein Urteil über die Authentizität des Dokumentes abzugeben vermöge. Nun erreichte die schauerliche Komödie ihren Höhepunkt, Frau Wiechmann wurde in den Saal gerufen. Ich will die nun folgende Szene nicht beschreiben: Frau Wiechmann erkannte die Handschrift ihres Mannes.

Was die durch diese Inszenierung des Senates angestrebte Beweisführung noch plausibler machte, ist der Umstand, dass Frau Brill den Brief der Danziger Polizei übergeben hatte; denn sie hatte ihn in völlig normaler Weise durch die Post erhalten. Bei der Übergabe erklärte sie, sie werde gegen Wiechmann wegen Beleidigung Strafantrag stel-

* 1. Vorsitzender der sozial-demokratischen Partei in Danzig bis zum März 1937.

** Führendes Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

len. Brill selbst gab an, dass der von Wiechmann erwähnte Brief Schevenels bei ihm während einer polizeilichen Haussuchung gefunden worden sei.⁵

Erst ganz kurz vor Kriegsausbruch, zu später Nachtstunde, in Greisers Jagdhaus auf Danziger Höhe, gestand mir der Senatspräsident, der damals glaubte, das endgültige Opfer Forsterscher Intrigen zu sein, Wiechmann sei seinerzeit an den Folgen der Folter durch die Gestapo gestorben; er nehme an, die im Kanal gefundene Leiche sei diejenige Wiechmanns gewesen, der Brief an Brill aber sei eine Fälschung gewesen, um Wiechmanns Tod zu vertuschen.

Solche Eröffnungen aber lagen noch in weiter Ferne; bevor sie erfolgten, sollten Ereignisse von weltgeschichtlichem Ausmass sich vollziehen und alles, was in Danzig geschah, hing einzig von diesen Ereignissen ab.

Losgelöst von der Gesamterscheinung des deutschen Antisemitismus und seiner furchtbaren Verwirklichungen kann dem Übergreifen dieser Bewegung auf das enge Gebiet der Freien Stadt Danzig kein gesonderter Charakter zuerkannt werden. In Deutschland wurden der Arierparagraph am 4. April 1933, die sogenannten «Nürnberger Gesetze» am 15. September 1935 eingeführt. Beide Gesetze wurden in der Freien Stadt erst am 21. November 1938 erlassen, sie traten am Tag des Erscheinens in Kraft, abgesehen von § 13*. Dieses Ereignis drohte seit dem ersten Tag meiner Anwesenheit, es war eines meiner Hauptziele, es immer und mit allen Mitteln hinauszuschieben, die Danziger Judenschaft wusste dies und war mir behilflich.

Da Forster Ende April 1937 in einer öffentlichen Rede seine mir von Greiser mitgeteilten Absichten selbst verkündete, konnte ich nun Schritte unternehmen, wobei ich mir völlig bewusst war, dass dies im Widerspruch zu sämtlichen Ratschlägen und Wünschen stand, die mir, vor allem in Warschau, erteilt worden waren.

Rein formal musste ich für Forster nicht vorhanden sein, da er die Berechtigung der Ingerenz des Völkerbundes in die Danziger Angelegenheiten leugnete. Juristisch gesehen durfte für mich dieser allmächtige Vertreter Hitlers, dieser in Danzig regierende preussische Staatsrat Forster nicht existieren. Nun war er aber in Wirklichkeit,

* Vgl. S. 193.

und nur um diese konnte es sich handeln, voll und ganz vorhanden, und alles bestimmte er. Die Polen standen mit ihm in ständigem Kontakt, und auch meine Vorgänger unterhielten mit ihm *de facto* Beziehungen.

Greiser hatte mich darauf aufmerksam gemacht, dass Forster schon in nächster Zeit mit der Einführung der Nürnberger Gesetze ernst machen werde.

Im Zusammenhang mit seiner unheilvollen Ankündigung hatte der Senatspräsident seine eigene Einflusslosigkeit erklärt. Für mich wurde es somit zur Notwendigkeit, mich mit dem tatsächlichen Machthaber in Verbindung zu setzen.

Ich schrieb an Forster einen Brief, um ihn zu einer Unterredung aufzufordern; diesen Brief beantwortete er nicht. Der Zeitpunkt der Verwirklichung der antisemitischen Massnahmen näherte sich.

Nach reiflicher Überlegung setzte ich mich Anfang Mai eines Nachmittags ans Steuer meines Privatwagens und fuhr unangemeldet zu Forster in sein Landhaus, das, nach Hitlers eigenen Plänen gebaut, dem jungen Gauleiter von seinem Führer geschenkt worden war.

SSRLeute lungerten, als ich eintraf, untätig herum, stellten mir keine Frage, weil ich wortlos und rasch mich ins Haus verfügte, und plötzlich stand ich vor dem Mann, der die Geschicke der Freien Stadt in der Hand hatte.

Er besass einen alpinen Typus, kräftige Locken über einer niedern, muskulösen Stirn, dunkle südliche Augen in einem trotzigem, nicht unsympathischen Knabengesicht.

Während eines Augenblicks, mitten in seinem wikingisch stilisierten Saal stehend, schaute er mich prüfend an, erstaunt, so als stehe er im Begriff, im nächsten Augenblick leise zu knurren, aber plötzlich lächelte er und dann äusserte er in stark bayerischer Mundart den Satz:

«So, Sie sind also der Vertreter von dieser jüdisch-freimaurerischen Schwatzbude in Genf! Ich erkenne Sie nach der Photographie, die in der Zeitung war.»

Ich antwortete ihm:

«Wie wäre es, wenn wir etwas zusammen trinken würden? Ich bin durstig von der Fahrt.»

Und damit war er gleich einverstanden; denn zum Glück war er nicht abstinent wie sein Meister. Er klatschte in die Hände, und sofort standen eine Rheinweinflasche und zwei grüne Kelchgläser vor uns auf dem Tisch. Ich sagte ihm, Danzig sei das Schaufenster des neuen

Deutschland und die Blicke der Welt seien auf Danzig gerichtet. Die Einführung der Nürnberger Gesetze in der Freien Stadt würde vor allem in Amerika eine gewaltige Reaktion bewirken, was sich unfehlbar wieder auf die Beziehungen zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten auswirken müsse.

Forster hörte angestrengt zu, dann machte er eine merkwürdige Bewegung, er zeigte nach oben gegen die Decke und gewissermassen durch die Decke und das Hausdach hindurch und sagte mit ernstem und respektvollem Gesichtsausdruck: «Das kann nur er entscheiden.» Er meinte aber den «Führer». Und dann wurde er plötzlich sehr lebhaft: «Sie müssen ihn kennen», rief er, «Sie werden über alles ganz neu, ganz anders denken, wenn Sie ihn sehen und hören.» Er geriet in Feuer, dann erzählte er mir, wie er in den Zeiten der schweren Kämpfe gegen Kommunisten und andere «Untermenschen» zu Hitler gestanden habe und wie ihm dieser seine Treue nun vergelte, ihm jederzeit Zutritt gewähre, wie er ihn fördere, berate und beschenke. Und dann reifte plötzlich ein Entschluss in ihm: «Sie müssen ihn besuchen», erklärte er, «ich werde alles vorbereiten, ich weiss, dass Sie nachher denken werden wie alle, die ihm begegnet sind.»

Seit dem Beginn meiner Mission war ich immer der Ansicht, dass ein Ignorieren der tatsächlichen Machtverhältnisse in der Freien Stadt in einer so späten, so verzweifelten Lage, wie der von mir vorgefundenen, sinnlos sei, dass, wenn man nicht schon Erledigtes nochmals wiederholen wolle, es nötig sei, die schmale Chance persönlicher Einwirkung auf die in dieser Weltgegend zur Zeit herrschenden Personen wahrzunehmen.

Die Audienz beim Reichskanzler fand erst am 20. September 1937 in der alten Reichskanzlei statt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Danzig die von Forster vorgesehenen antisemitischen Erlasse zurückgehalten worden. Während des Gesprächs mit Adolf Hitler war nur Otto Meissner, Chef der Präsidialkanzlei, anwesend. Bei Abschluss der Unterredung stellte ich dem deutschen Staatsoberhaupt meinen Kabinettschef vor.

Dem Präsidenten des Dreierkomitees, Mr. Eden, schrieb ich am selben Tag, Montag, den 20. September 1937 und teilte ihm alle diejenigen Äusserungen des Kanzlers mit, die sich auf die allgemeine Politik und vor allem auf das deutsch-englische Verhältnis in Hitlers

höchst subjektiver Perspektive bezogen.⁶ Der Eindruck ist unmittelbar wiedergegeben als in einem späteren Schreiben an Avenol.

Hier einige Auszüge:

«Hitler zeigt auf ein Kanapee und sagt mit leiser Stimme: ‚Bitte.‘ Hitler, der während der ganzen Besprechung es vermeidet, seinem Gesprächspartner in die Augen zu blicken, hebt leicht eine erstaunlich weibliche Hand und legt sie dann auf die Armlehne seines Sessels. Mürrisch und leise: ‚Und Danzig, weshalb reklamiert man in Genf?‘

B.: ‚Die Danzig-Frage wurde im Völkerbundsrat nicht behandelt, ich habe nur vor dem Dreierkomitee Bericht erstattet.‘

H. (nervös, schliesst die Faust und trommelt auf die Armlehne. Sein Gesicht, eben noch entspannt, verzerrt sich zu plötzlicher Härte): ‚Warum widersetzen sich die Engländer der (Danziger) Verfassungsänderung?‘

B.: ‚Die englische Regierung befasst sich nicht mit dem Danziger Problem, der Aussenminister, Mr. Eden, sagte wörtlich zu mir: Danzig interessiert England nicht unmittelbar. Zweifellos spielen Exzellenz* auf die Mitteilung an, die ich im Frühjahr dem Senatspräsidenten Greiser und dem Gauleiter Forster machte; sie bezog sich auf die Methoden, durch welche man im Volkstag die nationalsozialistische Mehrheit erreicht hatte und enthielt eine Kritik dieser gegen die Minoritätsparteien angewandten Methoden. Mr. Eden hatte (nicht als Aussenminister, aber als Präsident des Dreierkomitees) festgestellt, dass es ihm unmöglich sein würde, eine durch die derzeitige Volkstagsmajorität abgeänderte Konstitution anzuerkennen. Es ist sicher so, dass die erwähnten Methoden kritisierbar sind.‘

H. (unterbricht, aber ruhiger): ‚Was soll das heissen? Wie könnte eine Verfassungsänderung sich anders durchführen lassen? Sie muss stattfinden.‘

B.: ‚Aber nur durch das in der Verfassung vorgesehene Mittel, eine Neuwahl des Volkstages, die 1939 stattfinden könnte.‘

H. (nun heftig): ‚All diese Fragen werden immer durch das englische Parlament übertrieben. Alles, was innerhalb der deutschen Sphäre sich abspielt, (mit bitterer Verachtung) wird dort kritisiert. Aber man schliesst die Augen vor so viel anderm. Was kann an diesem Danziger Parlament die Engländer interessieren?‘

B.: ‚Es handelt sich hier *nur* um das Dreierkomitee.‘

H. (reckt sich empor, hebt die Fäuste, schüttelt sie auf Schulterhöhe, schreit beinah): ‚Nein, nein, es handelt sich um die berühmte

* Ich pflegte, da ich deutsch mit Hitler sprach, ihn mit der im Dritten Reich verbotenen Titulatur Exzellenz anzureden, dadurch markierte ich den Ausländer und Vertreter einer internationalen Institution.

öffentliche Meinung Englands, um das englische Parlament, was kann ihnen der Danziger Volkstag bedeuten?'

B. (nach einer Stille, während welcher Hitler seine Arme sinken lässt und sich mit Mühe beruhigt): ‚Ein gewisses Interesse der englischen Öffentlichkeit an den parlamentarischen Vorgängen des Kontinents ist begreiflich, denn England hat der Welt das parlamentarische System verliehen.‘

H. (ruhig): ‚Richtig, aber vergessen Sie nicht, dass im Lauf der englischen Geschichte jedesmal, wenn Gefahr drohte, dieses Parlament die gesamte Macht an Einzelne oder an eine kleine Gruppe von Einzelnen übertragen hat. Nehmen Sie Cromwell. Wenn man den notwendigen Ablauf der Ereignisse, der sich in Danzig vollziehen muss, kritisiert (wieder heftiger), so bin *ich* derjenige, den man kritisiert, den Weg kritisiert, auf dem meine Bewegung zur Macht gelangte, nämlich den parlamentarischen, einen absolut legalen Weg.‘

B.: ‚Ja, aber diese Machtergreifung ist augenblicklich durch eine Volksabstimmung und eine grosse Majorität ratifiziert worden.‘

H. (freundlicher, wirft einen misstrauisch prüfenden Blick auf B., dann lächelnd, fast etwas gequält): ‚Darin haben Sie recht (er überlegt dann), aber es ist doch absurd, (mit einer Stimme, die wieder bis zum Geschrei anschwillt) absurd, dass durch ein Verbot der legislativen Funktion des Parlaments man diese unglückselige Danziger Bevölkerung zu einem Abstimmungsakt zwingen will, welcher allen dunkeln Elementen der Welt Gelegenheit geben wird, im Trüben zu fischen; dies ausgerechnet in Bezug auf diese bedauernswerten Danziger, denen man so grausam das einzige natürliche Recht, das Selbstbestimmungsrecht, vorenthalten hat.‘*

B.: ‚Ich glaube nicht, dass irgendjemand an eine solche Beeinflussung denkt. Man muss die Angelegenheit auf die einfache Tatsache zurückführen, von der wir eben sprachen, die Tatsache nämlich, dass die Mittel, durch welche die nationalsozialistische Partei ihre Zweidrittelmehrheit im jetzigen Parlament erreichte, nicht einwandfrei sind.‘

H. (erbittert, als hielte er eine Volksrede, ins Leere starrend): ‚Nicht einwandfrei ! Kritisieren wir beständig die andern? Haben die andern die geringste Ahnung von der Not, der Gefahr, in denen wir lebten, immer noch leben? All diese Gerechten kümmern sich um den Splitter im Auge des Nachbarn. Mein Leben lang habe ich England und die Engländer geliebt. Ich habe nie aufgehört, ihnen die Freundschaft Deutschlands anzubieten, die Freundschaft eines grossen Volkes, die Freundschaft eines ehrlichen, arbeitsamen Volkes von 70

* Vgl. S. 25.

Millionen, das morgen aus mehr als 80 Millionen bestehen wird, und ich werde nichts unternehmen, um sein Anwachsen zu verhindern. (Dann ausser sich, überlaut.) Sie haben mich zurückgestossen, immer haben sie mich zurückgestossen, das ist wahr. Hören Sie mich, purer Wahnsinn, Wahnsinn, aus dem die grössten Katastrophen entstehen können, aber, ich muss es leider hinnehmen. Heute kann ich den Zorn meines beleidigten Volkes nicht mehr eindämmen. Ja, Deutschland war krank, heute ist Deutschland gesund. Und ich bin es, das kann ich sagen, der Deutschland gesund gemacht hat. Deutschland war schwach, heute hat es seine ganze Kraft wiedergefunden. Deutschland steht nicht mehr allein in der Welt (fast drohend), ich habe einen mächtigen Alliierten im Fernen Osten, der mit mir die Pest des Bolschewismus bekämpft. Die Freundschaft einer Nation im Süden Europas ist mir sicher, man sollte diese Nation nicht unterschätzen. Ich habe auch Freunde im Herzen des Kontinents. Wohin wird all das führen? Welch ein Irrsinn! Wir brauchen den Raum, aber ich bin mir der Verantwortung bewusst, die jede europäische Veränderung mit sich bringt. Unser Wunsch, Kolonien zu erhalten, wurde abgewiesen. Gut! Ich kann das verstehen, es ist menschlich, dasjenige behalten zu wollen, was man hat. Aber weshalb diese Kommentare? Diese verletzenden Bemerkungen: wir seien keine Kolonisatoren? Diese Theorien: die Deutschen würden keinen Profit davon haben? Immer dieser selbe Geist, der mich enttäuscht hat! All das ist verdammt traurig! Denn wir sind ein friedliebendes Volk, das unter einem friedlichen Regime lebt. Von Kindheit an braucht der Deutsche eine militärische Ordnung, nicht nur wegen der bedrohlichen Lage, in der er sich befindet, sondern auch als Erziehungsmittel. Aber man kann die Deutschen zum Äussersten treiben.'

«Niemals ist ein Volk nach solchen Anstrengungen im Kampf gegen 25 Nationen in dieser Weise erdrückt, beleidigt und erniedrigt worden. Welche Folter, um wieder zu Ihrem Gegenstand zu kommen, wurde den Deutschen in Danzig zuteil! Welch ein künstliches Gebilde diese Freie Stadt: nichts als Konflikte können sich daraus ergeben. Das ist Lloyd Georges Werk.'

B.: «Ohne diese Massnahme wäre Danzig polnisch.'

H.: «Alles ist mit böser Absicht ausgeheckt worden, um zu verhindern, dass wir mit den Polen in gutem Einvernehmen leben. Die Deutschnationalen sind darauf hineingefallen und haben die Polen schlecht behandelt. Ich werde den preussischen Konservativen nicht in ihrer stumpfsinnigen Politik nachfolgen. Der grosse Marschall Pilsudski und ich, wir sind über diese teuflischen Konfliktgründe, diesen Riss des Korridors hinweggegangen. Ich habe versöhnliche Politik, Po-

litik des Zusammenhaltens gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Bolschewismus, den ich verabscheue (sic!), gemacht; solange ich da bin, wird man mit diesen Leuten nicht verhandeln, obwohl viele, die an derartige Finten gewohnt sind, es wünschen.* Den Russen werde ich nie nachlaufen, Englands Freundschaft habe ich gesucht, man hat mich zurückgestossen, das ist unerhört. Als hundert deutsche Matrosen (Zwischenfall der «Deutschland»), brave Matrosen in Erfüllung ihrer Pflicht getötet wurden, hat man sich darüber lustig gemacht. Wird ein englisches Schiff angegriffen, dann ist es ganz etwas anderes, was halten Sie davon?

B. «Exzellenz werden verstehen, dass ich nicht berechtigt bin, über allgemeine Politik zu reden. Ich darf mich nur zu meinem beschränkten Gegenstand äussern. Als Angehöriger eines neutralen Kleinstaates, aus einem ganz andern Gesichtswinkel, scheint es mir nicht, dass dies die englischen Tendenzen seien. Man muss sich an gewisse historische und psychologische Gegebenheiten halten, diese müssen mit der gleichen Aufmerksamkeit beurteilt werden, welche die Deutschen voraussetzen möchten, wenn ein Engländer über die ihm stets sehr fremden innern Voraussetzungen im Reich urteilt.»

H. (unterbricht): «Gut, aber haben die Engländer, die in Danzig gewirkt haben, versucht, das, was sie die deutsche Psychologie nennen, zu verstehen? (Mit Irritation fortfahrend, ohne sich unterbrechen zu lassen:) Haben sie nicht immer als gescheite Advokaten die so häufigen Konfliktgründe in der unglücklichen Stadt ausgenützt?»

B.: «Ich bin überzeugt, dass England wünscht, dass Deutschland und Polen sich eines Tags über das Danziger Problem verständigen. Diesbezüglich besitze ich genaue Informationen.»

H.: «Das ist neu, aber dann muss man uns handeln lassen, wie wir es für richtig halten, wir wissen, was wir zu tun haben. Wenn Danzig nicht ein bolschewistisches Zentrum geworden ist, so ist es uns zu verdanken. Der Bolschewismus ist die Weltgefahr, die Pest. Heute wäre der deutsche Volkskörper gesund genug, um dieser Krankheit, wenn sie in dieser kleinen Stadt lokalisiert ist, zu widerstehen, aber gestern war das nicht der Fall, und ich will die Danziger nicht im Stich lassen. Wird die Danziger Frage gestellt, wird auch alles in Frage gestellt: die Korridorfrage, die tschechische Frage, die österreichische Frage ebenfalls. Glauben Sie nur, es braucht ein richtiges internationales Verantwortungsgefühl, um einem derartigen Druck nicht nachzugeben. Aber man soll uns nicht zum Äussersten treiben. In Genf, unter dem Einfluss der Bolschewiken, tut man alles, um

* Geäussert weniger als zwei Jahre vor dem deutsch-russischen Pakt.

Deutschland zu beleidigen. Ja, wir haben Härte anwenden müssen, aber was ist das im Vergleich mit anderen Ländern, von denen niemand spricht? Diese Ungerechtigkeit wird bezahlt werden, denn wir sind nicht mehr schwach wie gestern. Man will uns alles wegnehmen, aber das hat seine Grenze. War Cromwell nicht hart? Er hat Englands Grösse geschaffen, er war ein Übergang. Auch ich bin nicht ewig. Ich bin im Übrigen kein Diktator, ich bin der unbekannte Soldat, der aus dem Krieg zurückkehrte und nicht ein blosses Symbol, das man unter einem Triumphbogen begräbt, nein, lebendig und bereit zu kämpfen, noch bevor der Tag zu Ende ist. Es gibt einen einzigen Feind jeder Zivilisation, den Bolschewismus. Wer sich mit ihm einlässt, (schreiend) begeht ein Verbrechen, ein furchtbares Verbrechen! Ohne Ordnung gibt es keine Gerechtigkeit, aber die internationale jüdische Finanz lebt von der Unordnung. Auf dem Weg, den ich eingeschlagen habe, hoffte ich, mit den grossen Nationen Europas zusammen arbeiten zu können. Ich sehe, dass man davon nichts wissen will. Man stösst meine ausgestreckte Hand zurück. Aber es gibt andere, sehr lebendige Völker, denen die Satten, die Befriedigten ihre Rechte bestreiten. Und das auch ist ein Verbrechen und ein Wahnsinn. Der Völkerbund, anstatt das Übel zu bekämpfen, dient nur zweideutigen Interessen. Dadurch hat er jeden Einfluss verloren. Wenn man etwas Gutes schaffen will, muss man sich an die harte Wirklichkeit halten und sich nicht um die nebelhaften Gedanken kümmern, die die Schädel leichtgläubiger und kindischer Geistlicher erfüllen.»

Hier geht der Monolog zur Charakterisierung einzelner Persönlichkeiten über. Hitler schliesst dann mit folgender Bemerkung ab:

«Von niemand kann man verlangen, dass er alles schlucken soll, dass immer *er* allein die Versöhnungshand ausstrecken soll. Ich weiss, wenn man sich nicht entschliesst, dasjenige gelten zu lassen, was einem anders gearteten Geist entspringt, und auch fremde Rechte anzuerkennen, dann bereitet man eine Katastrophe vor, die für die europäischen Völker endgültig sein wird. Und gerade diesen Wahnsinn sollte man vermeiden!»

Diesem Bericht ist eine Nachschrift vom selben Tag beigegeben: Gespräch mit einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes (es handelt sich um Freiherrn von Weizsäcker):

X.: «Nun, wie lief die Sache?»

B.: «Eher beunruhigend.»

X.: «Ausbrüche gegen England?»

B.: «Mir scheint so, aus unglücklicher Liebe.»

X.: «Im Auswärtigen Amt arbeiten wir wie Ameisen an der Herstellung unserer Ameisenhaufen. Dann kommt jemand und schlägt alles durch einen Fusstritt zusammen. Was bleibt uns übrig? Wir fangen wieder vorne an. Was England anbetrifft, so war Hitlers Kehrtwendung sehr plötzlich, es ist zur Zeit unmöglich, mit ihm über das Thema zu reden.»

B.: «Wegen der «Deutschland» und «Leipzig»-Zwischenfälle? Oder wegen der Kolonien?»

X.: «Nein, ich sehe nur eine Erklärung. Ein ihm überbrachtes ‚Wort‘, das ihn verletzt hat. Solche Dinge vergisst er nicht. Auf jeden Fall ist es kein Deutscher, der ihm das eingeblasen hat, es stammt von einem dritten Staat, der dabei seinen Profit findet.»

Es gibt noch eine Aufzeichnung über einen bestimmten Punkt, der am 20. September 1937 in der Reichskanzlei zur Sprache kam. Diese Notiz habe ich damals weder an den Präsidenten des Dreierkomitees, noch an den Generalsekretär des Völkerbundes geschickt, sondern habe über ihren Inhalt nur mündlich Frank Walters berichtet. Ich wollte keine falschen Hoffnungen erwecken, sondern abwarten, ob Hitlers Zusicherung eine greifbare Wirkung ausüben werde. Die Notiz lautet:

«Hitler stellte mir nach einer Äusserung über naive Geistliche noch die Frage:

«Was führt Sie sonst noch zu mir?»

Ich antwortete: «Die Danziger Judenfrage.»

Er reagierte augenblicklich und erging sich in kurzen, heftigen Ausfällen gegen die Israeliten. Das Übliche, aber man konnte erkennen, dass hier wohl individuell der zentrale Komplex berührt war. Er erhob, als rezitierte er aufs Heftigste, seine Anklagen und schloss dann mit der Frage:

«Und was sagen Sie jetzt?»

Ich antwortete: «Sie sind ein Realpolitiker, die Einführung der Nürnberger Gesetze in Danzig, die der Gauleiter an kündigte, würde wegen des Weltinteresses, das auf die Freie Stadt konzentriert ist, unverhältnismässige aussenpolitische Folgen haben.»

Hitler überlegte, dann erklärte er: «Ja, ich bin ein Realpolitiker, gut, ich werde Befehle geben.»

Damit war der angedrohte Erlass der Rassengesetze, wie sich zeigen sollte, hinausgeschoben. Ich hatte es nicht wirklich zu hoffen gewagt. Ein Jahr war für die Danziger Judenschaft gewonnen, wenig-

stens die Auswanderungsmöglichkeit und die, allerdings augenblicklich durch Schikanen eingeschränkte, Möglichkeit der Transferierung von Vermögenswerten war bis auf Weiteres gesichert.

An Avenol, der sich beklagte, keinen Bericht über die Unterredung mit dem Kanzler erhalten zu haben, schrieb ich erst im Oktober. Ich kannte nur zu gut die Indiskretionsgefahr, die im Sekretariat des Völkerbundes ständig vorhanden war. Bei gewissen Mitteilungen, sobald es sich um offizielle Berichte handelte, vermied ich das schriftliche Verfahren. Der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Goldmann, sollte mir einmal sagen: «Ihre Beschwichtigungsmanöver in Danzig sind schädlich. Der öffentliche Protest gegen die Danziger Zustände ist notwendig, um des Ganzen willen, wegen der allgemeinen Lage des jüdischen Volkes.» Für mich aber, innerhalb meines Aufgabenkreises, ging es um die *Danziger* Juden, und ich wusste, dass jede polemische Erwähnung in der internationalen Öffentlichkeit ihren augenblicklichen Untergang zur Folge haben musste.

Forster musste sich tatsächlich in die Verschiebung des Erlasses des von ihm so laut angekündigten Arierparagraphen fügen, aber er setzte trotzdem, schon um Greiser zu treffen, seine Propaganda fort. Greisers Stellungnahme in der ganzen Angelegenheit war hauptsächlich durch seine Rivalität zu Forster bestimmt. Die Gelegenheit, sich seinem mächtigen Konkurrenten entgegenzustellen, schien ihm günstig, immer wieder hatte er betont, das Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze werde für die Freie Stadt den Verlust tragender Wirtschaftskräfte zur Folge haben und dadurch die Polonisierung fördern; da die Danziger ökonomisch nicht stark genug seien, um die jüdischen Geschäfte zu übernehmen, müsse Polen es sich angelegen sein lassen, das entstehende Vakuum durch seine eigenen Staatsangehörigen aufzufüllen. Forster seinerseits nahm diesen lokalen Widerstand zum Anlass, um die «wahre Volks Stimmung» zu demonstrieren und mit allen Mitteln gegen Greiser zu hetzen. So kam es schon am 23. Oktober 1937 zu gewissen judenfeindlichen Ausschreitungen. Ich protestierte damals mit Schärfe; Chodacki unternahm gleichzeitig einen energischen Schritt auf Weisung Gwiazdowskis, welcher eine Schädigung des polnischen Handels befürchtete.⁷

Sofort benutzte der Senat wiederum diese Proteste, um in Berlin über das Forstersche Regime zu klagen, auf seine Einsichts- und Rücksichtslosigkeit gegenüber ganz speziellen Danziger Voraussetzungen aufmerksam zu machen, sein persönliches Regiment anzugreifen, das sogar allgemeine Weisungen von höchster Stelle nicht respektiere. Aber die «Weisung» von «höchster Stelle» war auch in diesem Fall, wie stets, doppelspurig, sie lautete: «warten und weitermachen!» Diesmal war Göring höchst ungehalten, und sogar der politischen Polizei passte der Vorfall nicht ins augenblickliche Programm. Forster distanzierte sich denn auch von der Aktion und erklärte, es habe sich nur um das Überborden begreiflicher Leidenschaften bei einigen jungen Hitzköpfen gehandelt.

Noch vor meinem Gespräch mit Hitler war der erste Schritt, den ich in diesem ganzen Zusammenhang schon im Juni 1937 unternommen hatte, mein durch Weizsäcker angeratener und dann vermittelter Besuch bei Göring gewesen.

Göring war damals Generaloberst und bewohnte noch sein altes und, wie er mir sagte, bescheidenes Palais. Aber auch dort waren die Dimensionen der Räume bemerkenswert. Durch hohe Fenster sah ich im Garten einen Wachsoldaten seine vorgeschriebenen Schritte tun, während gleichzeitig ein ausgewachsener Löwe anscheinend recht missmutig zwischen englischem Rasen und Blumenbeeten herumzog.

Göring selbst lag in einem weiten Saal in weisser Uniform auf einer Ottomane, er war schon damals sehr beleibt, sein linkes Bein, dessen Beinkleid bis über das Knie hinaufgekrempelt war, lag gestützt und erhöht auf einem Kissen, er trug wie ein Kardinal rotseidene Strümpfe. Vom Profil gesehen glich er einem Heldentenor in einer Wagner-Oper, und doch etwas Kraftvolles lag in der selbstsicher brutalen Struktur des Unterkiefers, in dem hellen Auge, das zum zornigen Aufflammen bereit, immer wieder hastig den Eindruck abzulesen versuchte, den der Besucher von der körperlichen Erscheinung des Gewaltigen empfand. Görings Mund war eingesunken, altweiberhaft und gekniffen.

«Entschuldigen Sie», sagte der Generaloberst, «dass ich nicht aufstehen kann, ich wurde von meinem Pferd geschlagen.»

Ein «Sklave» huschte im selben Augenblick hinaus und erneuerte auf dem purpurrot leuchtenden Schienbein einen mit Eis gefüllten Sack. Ich schaute mich um, an der Wand hingen grosse, seltene Jagdtrophäen.

Im Unterschied zu Hitler besprach Göring die Angelegenheit, die mich zu ihm geführt hatte, sehr sachlich mit mir. Er erklärte, dass er die Ausdehnung der in Deutschland durchgeführten Massnahmen auf das kleine Territorium der Freien Stadt für einen Unsinn halte. Er sprach von Gauleiter Forster als von einem Heisssporn, der mit Übereifer auszuführen trachte, was er für die verborgenen Absichten Adolf Hitlers halte. Er versprach mir, mich in meinen Bemühungen zu unterstützen und erklärte u.a.: «Wenn Sie mit Forster irgendwelche Schwierigkeiten haben sollten, so wenden Sie sich bitte an mich, ich werde eingreifen.» Dies Versprechen hat er bei einer späteren Gelegenheit gehalten.

Während unseres Gesprächs hatte der auf dem Tisch neben dem Generaloberst stehende Telephonapparat geläutet. Göring nahm den Hörer ab und liess eine Zeitlang schweigend den anderen reden, dann schwoll seine Zornader an, und plötzlich schrie er in den Apparat: «Ein Wort mehr und Sie kriegen einen Schrotschuss in die Schnauze», und hängte ein. Dieser burschikose Zornausbruch bezog sich, wie er mir mitteilte; auf den Vorschlag eines hohen Forstbeamten, wegen des Überhandnehmens der Wildschweinplage in irgendeinem landwirtschaftlichen Gebiet, den Bauern zu erlauben, zur Selbsthilfe zu schreiten. «Mit solchen Unternehmungen», sagte mir Göring, «beginnen alle Revolutionen», hierauf folgte ein gewaltiges Gelächter, und er rief triumphierend aus: «Der ruft nicht wieder an!» Merkwürdig ist, dass die Äusserung des Zornes, die bei Hitler zu furchtbaren Ausbrüchen führen konnte, überhaupt den Stil der ganzen nationalsozialistischen Bewegung charakterisiert. Dieser Umstand hat weitgehend zum plötzlichen Erlassen harter und folgenschwerer Massnahmen beigetragen. Der im Zorn gefasste Entschluss, der im Zorn erteilte Befehl bewirkten beständig und auf allen Gebieten, von der grossen Politik über die Strategie bis zur ständigen Gewaltanwendung in unzähligen Einzelfällen, die schwersten Folgen. Der Begriff der Selbstkontrolle war mit dem Verschwinden des alten Regimes völlig verloren gegangen, das «Wüten» galt für männlich.

Das Gespräch mit Göring wird hier nur nebenbei erwähnt, denn Göring konnte nichts entscheiden. Jeder wirkliche Entscheid lag ausschliesslich bei Hitler. Was Weizsäcker gehofft hatte, als er mir den Besuch beim General-

obersten anriet und auch in die Wege leitete, war, dass Göring dazu helfen würde, Forster als den eigentlichen Scharfmacher aus Danzig zu entfernen und ihm einen anderen Wirkungskreis anzuweisen. Diesem Ziel sollten wir vorübergehend sehr nahekommen.

Weizsäcker hatte, wie erwähnt, das Bild von dem Ameisenhaufen gebraucht, der vom Auswärtigen Amt aufgerichtet, immer wieder durch Fusstritte zerstört werde. Die Fusstritte in die Ameisenhaufen des Auswärtigen Amtes viersetzte die Partei. Es ist Tatsache, dass noch im Jahre 1937 Ribbentrop wiederholt aus London nach Berlin berichtete, die Danziger Extravaganzen erschwerten ihm seine politische Arbeit in England. Am 13. April 1937 schon hatte ich diese letzten Tatsachen an Joseph Avenol mitgeteilt, ich sagte ihm damals, wenn man die persönlichen Dispositionen des deutschen Kanzlers im Zusammenhang mit den antisemitischen Massnahmen in Betracht ziehe, so sei eine sehr vorsichtige diplomatische Aktion notwendig. Ohne Zweifel bestehe in Berlin vom Auswärtigen Amt bis zu Göring eine ausgesprochene Tendenz, die von Forster angekündigte Regelung des Judenproblems zu verhindern, und ich fügte hinzu: «Leider wird jede diskrete Arbeit unmöglich, wenn private Organisationen durch vorzeitige Appelle eine kombinierte Aktion (zwischen Dreierkomitee und den erwähnten Berliner Stellen) präjudizieren. Der propagandistische Charakter solcher Appelle schafft augenblicklich eine gespannte Lage», und ich setzte hinzu: «Die heute an der Macht befindlichen Personen in Deutschland werden auf gar keinen Fall auch nur den Anschein hinnehmen, als ob sie auf einen äusseren Druck hin nachgegeben hätten.» Vom damaligen Standpunkt der jüdischen Weltorganisation aus war es allerdings unmöglich, die Danziger Vorgänge von dem Unheil zu trennen, das damals das ganze jüdische Volk bedrohte. Auf Danzig waren die Augen der Welt gerichtet, Danzig war gewissermassen der Fixationspunkt der politischen Sensationen; wurde nun in Danzig der antisemitische Terror zurückgebunden, so konnte in Bezug auf das gesamte Problem eine für das misshandelte Volk durchaus nicht wünschbare allgemeine Beruhigung der immer wieder trägen Weltmeinung eintreten.

Im Danziger «Vorposten» vom 9. 4. 1937 stand unter der Schlagzeile «Weltaktion des Judentums gegen Danzig», «aus der Luft gegriffene Behauptungen werden von Danziger Seite zurückgewiesen»:

«Seitens der jüdischen Weltorganisation ist in Genf die Behauptung verbreitet worden, dass in Danzig die Einführung der deutschen Rassengesetzgebung unmittelbar bevorstehe. Die jüdische Weltorganisation soll entsprechende Petitionen an die Aussenminister Englands, Frankreichs, Schwedens und Polens, an den Generalsekretär des Völkerbundes und den Völkerbundskommissar in Danzig gerichtet haben.»

«Von amtlicher Seite wird festgestellt, dass diese Behauptungen absolut unwahr und als ein erneuter Versuch zu betrachten sind, die glücklich erreichte Klärung der Danziger Angelegenheiten, die gerade in diesen Tagen vom britischen Aussenminister Eden mit Befriedigung bestätigt worden ist, systematisch zu stören.»

«Allerdings dürfte auch in der breiteren Weltöffentlichkeit derartige Brunnenvergiftung von jüdischer Seite kaum mehr als überraschend betrachtet und entsprechend gewertet werden.»

Es schien so gut wie unmöglich, das Rassenproblem innerhalb des Gebietes der Freien Stadt vom radikalen Charakter zu befreien, den es im Reich angenommen hatte. Für Hitler, der, allmächtig an der Spitze einer damaligen Grossmacht stehend, unablässig abgrundtiefe Minderwertigkeitsgefühle ausglich, war alles immer eine Prestigefrage, und zwar eine persönliche Prestigefrage. An und für sich war er bereit, davon bin ich überzeugt, als «Realpolitiker», innerhalb des Danziger Gebietes, gewisse Ausnahmen von der Wirkung nationalsozialistischer Automatismen zuzulassen, es genügte aber, dass aus dem Ausland ein wie immer gearteter Druck im Sinne der Mässigung ausgeübt wurde, um ihn zu veranlassen, jede Mässigung augenblicklich aufzugeben. Im Verlauf der von mir, den Genfer Instanzen und dem Präsidenten des Dreierkomitees mit ständiger Anspannung unternommenen Versuche, die Danziger Judenschaft zu retten, musste, das war vollkommen klar, eines vermieden werden: der Protest. Jeder Protest hatte augenblicklich zur Folge, dass Hitler in der brutalsten Weise durchgriff. War eine Protestaktion von Seiten des Völkerbundsvertreters nicht vermeidbar, so musste sie bei den Danziger Autoritäten, wie in Berlin, psychologisch vorbereitet und erklärt werden. Die Beurteilung und das Abwägen gewisser Imponderabilien erfolgte in Genf begreiflicherweise in einer Art, die von der meinen verschieden war, ich befand mich mitten im Vorgang, sah die Dinge nicht von aussen. Hiefür mag Folgendes als Beispiel dienen:

Hitler liess mich zum «Tag der Deutschen Kunst» auf Freitag, den 16.

Juli 1937 nach München einladen. Ich lehnte ab¹, obwohl mir gesagt worden war, es würde sich dort diskrete Gelegenheit zu einer Aussprache über den Fall Forster ergeben. Hitler wünsche diese Aussprache. Ich wusste, dass meine an und für sich geringe Wirkungsmöglichkeit sich vollständig abnutzen müsste, wenn ich anfang, mich wie ein in Berlin akkreditierter Diplomat an alle Parteifeierlichkeiten im Reich zu begeben und dort, zwischen den Höflingen der Macht und den Vertretern der internationalen Presse aufzutreten. Ausserdem war ich in jenem Zeitpunkt schon skeptisch in Bezug auf eine Möglichkeit, mit dem Reichskanzler über den Gauleiter in vernünftiger Weise zu sprechen.

Aber Walters schrieb mir am 4. August 1937:

«Ich war zuerst ein wenig enttäuscht zu hören, dass Sie sich entschlossen haben, die Einladung nach München nicht anzunehmen. Nun aber, da ich Ihre Gründe verstehe, die Sie veranlasst haben, diese Linie einzuhalten, sehe ich ein, dass sie wohlbegründet sind und dass Ihr Entscheid sehr weise war.»

Es war im Übrigen leichter, die Veranstaltung in München zu vermeiden, als im Mai einer Feier an Ort und Stelle, in Danzig, fernzubleiben und, trotz Minister Chodackis Anwesenheit bei diesem Massenaufmarsch, die Rede Joseph Goebbels' nicht anzuhören, die Gelegenheit zum Wiedersehen mit dem Manne, der Lord Halifax* überraschender Weise einen so sympathischen Eindruck machen sollte⁸, *nicht* zu ergreifen. (In der Tat habe ich Joseph Goebbels nach dem Genfer Abend nie mehr getroffen.) Goebbels hat damals mein demonstratives Fernbleiben deutlich registriert, und er hat es in der Folge nicht vergessen.

Der polnische Aussenminister, Jozef Beck, stieg Ende Juni, Anfang Juli einige Tage bei Chodacki ab, er spottete über die Emsigkeit, den Arbeits-eifer der Herren auf der polnischen Vertretung in der Freien Stadt. «Wozu das alles?» meinte er. Mir sprach er nur von «ganz grossen Linien». Mit Befriedigung stellte er fest, dass er alle Minoritätenfragen in Oberschlesien mit dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath durch ein Gespräch von Mann zu Mann aufs Beste geregelt habe. Er schien über seine an Ort

* Edward Halifax, Earl of (1881-1959), 1910-1925 konservat. Abgeordneter, 1926-1931 Vizekönig von Indien, 1938-1940 brit. Aussenminister.

und Stelle in Danzig gewonnenen Eindrücke und Erhebungen sehr befriedigt zu sein und äusserte sich optimistisch.

Böttcher*, Greisers Graue Eminenz, hatte sich zu einer Rotkreuztagung nach Paris begeben, er kam nachdenklicher zurück, als er gegangen war; vieles, was in der Freien Stadt nicht an seine Ohren drang, hatte er dort zu hören bekommen, aber solche Auslandseindrücke pflegten sich rasch zu verflüchtigen, kaum war man wieder ins System eingespannt.

Zur selben Zeit, in der Böttcher in Paris war, machte der Senatspräsident Greiser seinen Militärdienst in Deutschland. Kurz nach seiner Rückkehr führte die beständig zwischen ihm und dem Gauleiter vorhandene Abneigung zu einem Zwischenfall.⁹

Ein Flugzeuggeschwader der deutschen SA hatte in Danzig Besuch gemacht, Piloten und Bordpersonal wurden von Forster empfangen und durch eine massive Rede begrüsst. Während er noch sprach, erschien der eben nach Hause zurückgekehrte Greiser und zwar in *Zivil*. Kaum hatte die Rede unter donnernden Heilrufen geendet, als Forster auf den Senatspräsidenten zutrat und ihn anschrie: «Was suchen Sie hier?», worauf er ihn vor allen Anwesenden wegen seiner «schlappen Haltung» beschimpfte.

Greiser liess mich sofort bitten, ihn abends in seinem Jagdhaus zu treffen. Da ich nicht frei war, suchte ich ihn am nächsten Tag in seinem Amt auf. Er erzählte mir in grosser Erregung den ganzen Vorfall und klagte dann, alles verschwöre sich gegen ihn, er sei vom Führer zur «Bayreuther Woche» eingeladen worden, nun treffe dieser Anlass unglücklicherweise mit einem deutschen Flottenbesuch in Danzig zusammen, er habe all seinen Mut zusammengefasst, habe persönlich den Führer angerufen, jetzt aber sei er gänzlich beruhigt, denn alles habe er zur Sprache bringen können, und Adolf Hitler habe ihm aufrichtende Worte des Wohlwollens und des Vertrauens ausgesprochen, die ihn für viel ausgestandenes Ungemach entschädigt hätten.

Während der ersten Junihälfte besuchte mich Herr Thadeusz Gwiazdowski, der in Völkerbundskreisen wohlbekannte Spezialist für Danziger Angelegenheiten der politischen Abteilung des polnischen Aussenministeri-

* Viktor Böttcher, Leiter der aussenpolitischen Abteilung des Danziger Senats.

ums. Sofort kamen wir auf das Problem der Verfassungsänderung zu sprechen. Dieser kluge Beobachter war der Ansicht, dass die Gleichschaltung in der Freien Stadt unausweichlich sei und dass selbst indirekte Bemühungen, die darauf hinzielten, diese Entwicklung zu verlangsamen, nicht ungefährlich seien, dieser verlängerte Übergangszustand sei unerträglich, zur Zeit wisse man nicht, wo tatsächlich die staatliche Autorität sich befinde, der Senat könne sich immer wieder dadurch herausreden, dass er alle Verantwortung auf den Gauleiter ablade, und der Gauleiter wende das umgekehrte Verfahren an. Ich hätte offenbar die Tendenz, Greiser gegen Forster zu stützen, er sei durchaus nicht davon überzeugt, dass dies das Richtige sei, die Lage zwischen diesen beiden Persönlichkeiten sei höchst zweideutig; wenn sie länger andaure, so riskiere man, dass alle Abmachungen, die man mit Danzig getroffen habe, hinfällig würden, die Staatsgewalt müsse wieder eindeutig werden, man müsse wissen, mit wem man verhandle und abschliesse. Es sei Zeit, das Provisorium zu verlassen, der wirkliche Entscheid sei ja längst schon gefallen, ein künstlich verlängerter Schwebezustand bringe der jetzt in der Freien Stadt herrschenden Partei allzuviel taktische Vorteile.

Gwiazdowski stellte gewissermassen prinzipielle Fragen, ohne sie selbst im Sinne einer Aufforderung zu präzisieren. Es handelte sich um ein Gespräch und nicht um eine präzise Intervention.

Auch bei Chodacki stellte ich bisweilen Gedankengänge fest, die mir zwar logisch richtig, aber empirisch unrichtig erschienen. Er konnte sagen: «Hitler wünscht, gute Beziehungen zu unserm Lande zu unterhalten, wenn somit in Danzig ein Mann am Ruder ist, der nicht zu seiner eigentlichen, engsten Umgebung gehört, so bleibt er misstrauisch.»

In Berlin aber konnte man bisweilen hören, der aus Posen stammende Greiser sei polonophil.

Danzig war seit z\vei Jahren schon ausschliesslich von Berlin aus regiert, die Berliner Instruktionen aber an Gauleitung und Senat der Freien Stadt waren nicht eindeutig, sondern widersprechend. Sie durchkreuzten und hemmten sich, dies kam unter anderm im Duell Forster-Greiser zum Ausdruck. Solange der unentschiedene Zustand anhielt, konnten extreme Lösungen hintangehalten werden, Emigration unter annehmbaren Voraussetzungen blieb möglich, vor allem aber: wenn man die Gleichschaltung

beschleunigt durchführen liess, musste unvermeidlich die nächste Etappe eine Anschlusskrise sein.

In der ersten Julihälfte konnte ich an Walters schreiben¹⁰:

« . . . Herr Rauschning* hat mir vor einiger Zeit einen Brief geschrieben ... Er setzt mir seine unglückliche Lage auseinander und fordert mich auf, ihm entweder zu helfen oder die einzige ehrenhafte Haltung einzunehmen, nämlich Danzig unter Protest zu verlassen. Sein erwähnter Mitarbeiter aber, der weiterhin ein getarntes Leben in Danzig führt, sagte mir, in seiner Gruppe sei man erstaunt, sie alle seien erstaunt, wie sehr sich der Gleichschaltungsprozess verlangsamt habe.»

Für mich war diese Feststellung trostreich, aber sie war leider trügerisch. In jenem selben Zeitpunkt soll Hitler, wie mir damals berichtet wurde, zu den vereinigten Gauleitern gesagt haben, alles müsse der Aussenpolitik untergeordnet werden, auch habe er erklärt, wie wichtig es sei, die eigentlich dynamischen Kräfte im Innern des Landes zu konzentrieren, in den peripheren Gebieten aber die Fiebertemperatur abzuschwächen und sogar vorübergehend gewisse Kompromisse zu schliessen. So war es, man schloss noch «gewisse Kompromisse», ohne eigentlich die Form zu wahren, sie wirklich glaubhaft zu machen, liederlich, nur für unscharfe Beobachter berechnet; da diese aber jederzeit in der Mehrheit sich befinden, genügend, um in Ruhe, unter Einkalkulierung eines den Wünschen Hitlers entsprechenden polnischen Verhaltens, die österreichischen und tschechischen Abenteuer vorzubereiten.

Sicher wurde aus aussenpolitischen Gründen manches zurückgebunden, aber der Zustand, der mir erlaubte, frei mit den politischen Dissidenten zu verhandeln, war seit der Affäre Wiechmann vorüber. Der sozialdemokratische Abgeordnete Töpfer lebte nun in Gdynia. Wie ich an Walters schrieb, konnte ich nur durch Vermittlung der ausländischen Generalkonsule mit ihm verkehren. Die sozialdemokratischen Abgeordneten baten mich gewissermassen, ihren freien Abzug zu verhandeln, nämlich ihre Ausreise und Auswanderung unter Mitnahme ihres Besitzes. Dafür habe ich mich nach bestem Können eingesetzt.

Die Minister Sandler und Delbos hatten mich aufgefordert, ihnen noch vor der Herbsttagung des Völkerbundsrates über die Danziger Situation zu

* Der damals in Polen Asyl genoss.

referieren. Ich bat Walters, mich sofort zur mündlichen Berichterstattung nach Genf kommen zu lassen. Falls aber gewünscht werde, dass ich schriftlich einen offiziellen Text übermittle, möge er mir dies in diskreter Form mitteilen. Solche offiziellen Berichte an das Dreierkomitee mussten, so war es bestimmt worden, auch dem Danziger Senat im Wortlaut übergeben werden. Alle meine Vorgänger hatten sich an diese Bestimmung gehalten, auch als die Berichte noch an das Plenum des Völkerbundsrates gingen. Eine unmittelbare mündliche Informierung hätte Vorteile gehabt.

Am 19. August 1937 erhielt ich vom Sekretariat des Völkerbundes ein Telegramm des Inhalts:

«Personnel, Juliette fiancée Adrien lettre suit.»

Um künftigen jungen Historikern mühevoll Nachforschungen nach Juliette und Adrien zu ersparen, möchte ich hier mitteilen, dass der zitierte Text hiess: «Kommen Sie nicht zur mündlichen Berichterstattung nach Genf, sondern schicken Sie schriftlichen Rapport.»

Wir verfügten über keinen «Code» und über keinen Kurier, man musste die Methoden zweifelhafter Geheimagenten anwenden, um gewisse Mitteilungen durchzugeben. Der Völkerbund war unter der Wilsonschen Utopie der jedermann zugänglichen, völlig offenen Diplomatie entstanden, und dies hat sich insofern bewährt, als eigentliche Krisen des Misstrauens gegenüber seinen Agenten in den verschiedenen Gegenden der Welt nicht eingetreten sind. In meiner Lage aber waren die technischen Schwierigkeiten der Übermittlung gross, beständig musste ich den ausser bei Engländern und Franzosen ziemlich unregelmässigen Kurierdienst der Konsulate in Anspruch nehmen.

Am 2. September 1937 sandte ich dem Generalsekretär zu Händen des Dreierkomitees eine Zusammenfassung meiner bisherigen Beobachtungen, die ich zugleich dem Senatspräsidenten übergab.

Am Schluss der Zusammenfassung ist wohl zum ersten Mal seit Bestehen der Völkerbunds Vertretung in Danzig zu lesen:

«Die Beziehungen zwischen der Freien Stadt und der Republik Polen haben keine Intervention des Hohen Kommissars veranlasst, alle Fragen wurden direkt gelöst.» Und:

«Die praktischen Voraussetzungen, unter welchen der Hohe Kommissar

seine Mission durchführen kann, hängen aufs Engste von den Bedingungen der allgemeinen Politik ab.»

Auch während der Septembersession des Völkerbundsrates, als ich, vor meiner Audienz beim Reichskanzler, dem von Mr. Anthony Eden präsidierten Dreierkomitee, den drei Aussenministern und ihren Mitarbeitern auf die mir gestellten Fragen Antwort zu erteilen hatte, konnte ich im Wesentlichen auf meine sehr ausführliche Berichterstattung an den Generalsekretär Avenol und an den politischen Direktor des Völkerbundssekretariats Frank Walters hinweisen.

Kaum war ich aus Genf und Berlin zurückgekehrt, empfing man mich mit der Nachricht, die Auseinandersetzung zwischen Greiser und Forster sei zugunsten des Senatspräsidenten entschieden. Göring habe eingegriffen, Forster werde nunmehr dem Stab des Landwirtschaftsministers Darré zugeteilt¹¹, seine Herrschaft als Gauleiter sei beendet.

Jedermann wiederholte diese Neuigkeit, auch die ausländischen Vertreter in der Freien Stadt deuteten sie vielfach im Sinn eines Siegs der gemässigten Richtung. Forster war die angekündigte Einführung der «Nürnberger Gesetze» nicht gelungen, jetzt musste er die Konsequenzen tragen. Dieser Nachricht konnte ich keinen Glauben schenken, sondern ich begann anzunehmen, derjenige, dem am Schaukelverhältnis zwischen zwei um seine Gunst ringenden Männern in Danzig zur Gewinnung von Alibis und zur Verhüllung seiner Absichten am meisten liege, sei Adolf Hitler selbst. Auch seine scheinbar mässigen Einwirkungen auf die antisemitischen Massnahmen in der Freien Stadt blieben höchst problematisch, trotz der Zusicherungen, die ich von Göring und dann vom Reichskanzler selbst erhalten hatte. Immerhin, eine gewisse Hoffnung liessen sie zu. Sie lauteten damals: vorerst nur auf legalem Wege gegen die Juden vorzugehen, Rücksicht auf internationale Reaktionen zu nehmen, im Übrigen aber propagandistisch vorwärtszutreiben, so hatte er seinen Günstling instruiert. Also Forster hielt weiterhin propagandistische Reden antisemitischen Inhalts, vor allem um von der zunehmenden Teuerung und der Verweigerung von Teuerungszulagen abzulenken. Es folgte eine «halbspontane» Reaktion; gewollt war sie, weil der Gauleiter, indem er ihre Spontaneität unterstrich, auf den «Volkswillen» hinweisen konnte,

nicht erwünscht war sie, weil er fürchtete, seine Instruktionen überschritten zu haben, und argwöhnte, Greiser würde Gewinn daraus ziehn.

In der Tat, am 23. Oktober ereigneten sich in Danzig antisemitische Ausschreitungen. Die Schaufenster jüdischer Geschäfte wurden eingeschlagen, in einigen Fällen wurde geplündert. Die Polizei verhielt sich vorerst passiv. Erst einige Stunden später wurden 70 Verhaftungen vorgenommen.*

Ich schrieb im vorhin erwähnten Bericht vom 12.11.1937 an Avenol:

«Sobald ich Nachricht von den Ausschreitungen erhalten hatte, das heisst noch am selben Tag, verlangte ich Aufklärung durch den Senat, und ich brachte in meinem persönlichen Namen durch Vermittlung Herrn Böttchers meine lebhafteste Missbilligung von Vorgängen zum Ausdruck, die einer immer auf ihre Stärke pochenden Regierung unwürdig seien. Die Krawalle hatten sich am Sonnabend ereignet. Montag suchte der Senatspräsident mich auf, um mir die gewünschte Auskunft zu erteilen.»

«Seinerseits hatte Minister Chodacki, der diplomatische Vertreter der Republik Polen, am 23. protestiert, indem er sich auf den Text des § 7 des Warschauer Protokolls** vom 18. Oktober 1933 stützte. Ausser der erwähnten polizeilichen Aktion und der Vergütung der Schäden durch den Senat (wie Dr. Böttcher versicherte), hatten diese beiden Proteste zur Folge, dass die nationalsozialistische Partei 24 Stunden nach dem Ereignis jede Verantwortung für die Vorgänge ablehnte.» . . .

«Auf allen Litfass-Säulen wurde ein Aufruf des Kreisleiters angeschlagen, der folgende Erklärung erhielt:

„Kreisleiter Kämpfe hat an die Bevölkerung der Innenstadt folgenden Aufruf erlassen:

An die Bevölkerung in Danzig Innenstadt!

Dass wir Nationalsozialisten Judengegner sind, ist allgemein bekannt. Dass wir dabei niemals zu Mitteln greifen werden, die uns schaden können, wird jeder wissen, der uns Nationalsozialisten als erfolgreiche Politiker kennengelernt hat.

Niemals werden wir die Urheber von Dummenjungenstreichen sein. Deshalb ist es selbstverständlich, dass *kein* Nationalsozialist

*mit dem Einwerfen von Fensterscheiben jüdischer Geschäfte
unserer Sache dient.*

* Vgl. S. 105.

** § 7 des Warschauer Protokolls: «Der Senat der Freien Stadt Danzig erklärt, dass die Kaufleute israelitischen Ursprungs auf dem Danziger Gebiet ihr Gewerbe frei ausüben können. Der Senat der Freien Stadt wird darüber wachen, dass diese Freiheit nicht angetastet oder verletzt werde.»

Wir haben mit den Zwischenfällen am Sonnabend *nichts* zu tun und werden dafür sorgen, dass die Täter, die in keinem der festgestellten Fälle zu uns gehörten, bestraft werden. Ich fordere die Einwohner der Danziger Innenstadt zu der allen Nationalsozialisten selbstverständlichen Disziplin auf, um den Kampf gegen den schädlichen Einfluss der Juden in Danzig in der alten erfolgreichen Form auf weltanschaulicher Grundlage fortzusetzen.

Danzig, den 25. Oktober 1937

- Kampe, Kreisleiter'»

«Die Presse versucht es, die Vorgänge zu minimisieren, indem sie nachweist, dass in andern Ländern Ärgeres geschieht.» ...

«Am Abend des 23. Oktober, nach meiner Intervention, setzte sich der Senat in telephonische Verbindung mit Berlin. Die Ereignisse wurden, wie zu erwarten, von der Wilhelmstrasse verurteilt, aber auch die politische Polizei äusserte sich tadelnd, und Göring wütete.»

«Der Senatspräsident sagte mir im Verlauf seines Besuches: ‚Was mich deutlich vom Gauleiter trennt, ist die Judenfrage. Ich werde nicht nachgeben.‘ Bis jetzt *hat* er nicht nachgegeben, denn das heute, am 8. November vom Volkstag erlassene politische Amnestiegesetz, wurde nicht auf die Delinquenten vom 23. Oktober ausgedehnt.»

Von jüdischer Seite erhielt ich eine Aufzeichnung, die ich ebenfalls umgehend an das Völkerbundssekretariat übermittelte; hier der Wortlaut:

«Am 27. Oktober wurden zwei Vertreter der jüdischen Gemeinde in Danzig, die Herren Berent und Rosenbaum, durch den Senatspräsidenten empfangen, der ihren Bericht über die Ausschreitungen und allgemeiner über die Lage, in der sich zur Zeit die Danziger Judengemeinde befindet, entgegennahm. Die Herren baten den Senatspräsidenten um Zusicherung, dass die Existenz der Israeliten weder durch die Verwaltung, noch durch die nationalsozialistische Partei bedroht werde; sie sprachen den Wunsch aus, dass im Falle, wo Mitglieder der jüdischen Gemeinde den Entschluss fassen sollten, das Gebiet der Freien Stadt zu verlassen, ihnen Erleichterungen zur Durchführung dieser Absicht eingeräumt würden, unter anderm die Möglichkeit zu angemessener und gerechter Veräusserung ihres lokalen Besitzes. Berent und Rosenbaum erhoben sich aufs Deutlichste gegen gewisse Ten-, denzen, denen zufolge in Bezug auf ihre zukünftige Behandlung ein Unterschied zwischen neu eingewanderten und alt eingesessenen Juden gemacht werden sollte*.»

* Dieses für die «alteingesessenen Danziger Juden» sehr unvorteilhafte Verlangen, ist als ein seltener Akt der Solidarität hoher Anerkennung wert.

„In seiner Antwort soll der Senatspräsident erklärt haben“:

- «1. Dass die kürzlich erfolgten Ausschreitungen weder von der Regierung noch von den Nationalsozialisten gebilligt würden.»
- «2. Weder die Partei noch der Staat wünschen, dass die Existenz der seit Langem in Danzig ansässigen Juden zerstört werde.»
- «3. Der Senatspräsident hält zwischen Regierung und jüdischer Gemeinde die Herstellung für günstige Auswanderungsbedingungen für durchführbar.»
- «4. Er erklärt, dass das vom Staat wie von der Partei verfolgte Ziel in der Gleichschaltung des völkischen Lebens zwischen dem Deutschen Reich und der Freien Stadt Danzig besteht und zwar auch in Fällen, wo das Ergebnis die durch die Verfassung gezogenen Grenzen überschreiten sollten. Niemand wird in diesem Zusammenhang die Entschlossenheit der Regierung beeinflussen können.»

Am 18. Oktober 1937 hatte mir Walters mit Recht geschrieben:

«... Man hat tatsächlich den Eindruck, dass das Bewusstsein seiner wachsenden Stärke Deutschland immer gleichgültiger gegen die Meinung des Auslands macht, und dass die Rücksicht auf Englands Haltung, die bis vor Kurzem einen Bestandteil der deutschen Politik bildete, ebenfalls im Schwinden begriffen ist und durch Gleichgültigkeit, ja Verachtung, ersetzt wird.» . . .

Am 1. Dezember 1937 versuchte ich meinerseits, in einem Schreiben an den politischen Direktor des Völkerbundssekretariates die letzten lokalen Ereignisse in einen grösseren Zusammenhang zu stellen. Ich schrieb:

«Zwischen dem 1. Oktober und dem Novemberbeginn haben wir hier stürmische Tage gehabt. Bei allen extremen Massnahmen konnte ich schliesslich immer die Hand des obersten Führers (Hitlers) erkennen. Dabei hat dieser in Bezug auf Danzig in meiner Gegenwart nur Worte der Vorsicht und der Zurückhaltung geäussert, und seither sprach er im selben Sinn auch zu polnischen Persönlichkeiten.»

«Die Widersprüche innerhalb der politischen Aktion des Kanzlers erklären sich, meiner Ansicht nach, dadurch, dass er gleichzeitig zwei verschiedene Ziele verfolgt: das eine gehört der Aussenpolitik an, es entwickelt und verändert sich von Monat zu Monat, das andere hat parteipolitischen Charakter, es ist der Aussenpolitik oft abträglich, es hat einzig das immer neue Entfachen der Begeisterung und die Stärkung blinden Vertrauens zum Inhalt. Solcherart entsteht stets aufs Neue die Macht, die dieser Mann nötig hat, um seine allgemeinen aussenpolitischen Absichten durch-

zuführen, Absichten, die sehr oft seinen entschiedensten Anhängern unbegreiflich sind. Der Kanzler muss der «öffentlichen Meinung» innerhalb der Partei Konzessionen machen.» . . .

«Wenn die deutsch-polnische Politik in Deutschland unpopulär ist, so ist sie es noch viel mehr in Polen. In einem wie im andern Lande aber sind die leitenden Persönlichkeiten der Ansicht, dass eine internationale Lage eintreten könnte, bei welcher man auf einander angewiesen wäre. In des Kanzlers Aussenpolitik ist Polen ein Faktor zweiten Ranges, mit dem er besonders in Bezug auf vielleicht sehr nah bevorstehende Ereignisse rechnet. Im ersten Rang steht, wie man es in Deutschland gerne nennt: die japanische Allianz. Das ist mir bei allen Gesprächen der letzten Zeit mit Hitler selbst, wie mit Eingeweihten deutlich aufgefallen. Zweimal sagte mir Forster, wie grosse Sorgen sein Führer sich wegen der militärischen Abnützung Japans im chinesischen Krieg mache, zweimal habe er die schweren Offiziersverluste betont.»*

«... Für den Kanzler ist dato der Vertrag mit Japan von antikommunistischer Mystik umgeben, vor allem sieht er in ihm ein Machtmittel, das ihm erlaubt, von gleich zu gleich mit den Westmächten zu verhandeln. Merkwürdig festzustellen, dass man die Beziehungen zu Japan höher wertet als diejenigen, die es erlaubten, die Achse zu schmieden. Ich war bei Hitler wenige Tage vor Mussolinis Eintreffen in Berlin, damals sprach er mir von seinem Alliierten im Fernen Osten, und er setzte hinzu: ‚Im Süden Europas habe ich einen Freund, den man nicht unterschätzen soll.‘ Er weiss, dass das Bündnis mit Italien ebenso unpopulär ist wie seine angebliche Polenpolitik. Die geringe Einschätzung der italienischen Allianz in der Armee und in den konservativen Kreisen der Wilhelmstrasse ist bekannt. Was weniger bekannt ist, das ist der Skeptizismus der meisten Parteigrössen. Was aber das Empfinden der breiten Schichten angeht, so wird es immer von der Erinnerung an das, was ‚der italienische Verrat‘ genannt wird, beschattet sein, Erinnerung an Italiens Verhalten im Ersten Weltkrieg, unerschütterlich im deutschen Gedächtnis verankert.»

«Wenn dem so ist, so besteht doch kein Zweifel, dass Mussolini durch persönliche Kontakte auf gewisse Personen von Hitlers Umgebung starken Einfluss gewonnen hat . . . Diese Leute kehren aus Rom mit glücklich geprägten Formulierungen zurück, die bei ihnen nicht so leicht anzutreffen sind. Merkwürdig, eine Menge der mit dem braunen Hemd Bekleideten, studieren jetzt die Schriften Machiavellis . . .»

* Hiezu ist wichtig festzuhalten, dass die Politik des Auswärtigen Amtes, solange Freiherr von Neurath Ausssenminister war, sich der japanischen Expansionspolitik gegenüber sehr zurückhaltend zeigte. Das Amt wurde durch den im Büro Ribbentrop verhandelten und abgeschlossenen Antikominternpakt vollkommen überrumpelt.

«Aber trotz allem Gerede von politischer Notwendigkeit, die natürliche Neigung der Deutschen gehört England, und für keine Ungerechtigkeit sind sie so empfindlich wie für eine vermeintlich von England kommende. Diese Feststellung lässt sich auf verschiedene Weise illustrieren. Meine Gewährsleute sagen mir: ‚Man möchte erreichen, dass die ‚public opinion‘ des englischen Volkes zugäbe, dass es im 20. Jahrhundert für jedes Volk eine seiner speziellen Natur entsprechende Lösung des sozialen Problems gebe. Hitler hat die deutsche Lösung gefunden, die, um ihre friedliche Verwirklichung zu finden, nur etwas Anerkennung und grosse materielle Zugaben wie Kolonien und andere schwer abgrenzbare Gewinne nötig hätte!‘»

«Hitlers Instinkt lässt ihn annehmen, dass zur Zeit seine allerkostbarsten Verbündeten die Komintern seien, die durch den Schreck, den sie einflössen, überall zu seinen Gunsten wirken. Wie ein französischer Freund mir sagte: ‚Herr Hitler betet für ihre Erhaltung, wie wir für die Erhaltung des deutschen Botschafters (Ribbentrop) auf seinem Londoner Posten beten.‘»

«Wenn momentan von Rom aus gesehen die Achse nötig erscheint, so scheint ihr Bestehen in Berlin folgende Überlegungen auszulösen: (ich zitiere).»

«Der tatsächliche Wert dieser politischen Verbindung ist nicht gross, aber wenn wir sie aufgeben und uns der andern Mächtegruppe nähern, wird Italien geschwächt, die Folge wäre eine innere Umwandlung des Landes (ein Regimewechsel) und was dann auch immer unsere Beziehungen zu den Westmächten wären: wenn wir nicht mehr auf Rom zählen können, sind wir allein. Zwei Aspekte: derjenige des staatlichen Interesses und auf der andern Seite der ideologische, der sich nun nicht mehr von der Nation trennen lässt.»

«Im Übrigen, Sie wissen es so gut wie ich: die Beziehungen erfahren zwischen Rom und Berlin beständige Veränderungen, und es gibt auch Zusammenstösse, welche die Wilhelmstrasse nicht zu mildern sucht. Die Reisen Ribbentrops nach Rom, die seltsame Rolle, die ihm bei den Verhandlungen über die für Italien so nötige Anleihe zufiel, die in Italien streng beurteilte, frivole Art, in der er gleich nach Mussolinis Berliner Besuch das Misslingen der Operation verkündete, all dies hatte Unbehagen zur Folge.»

«Der Eindruck, welchen der Duce aus Deutschland mitbrachte, war nicht überwiegend positiv. Stark war die Wirkung, welche die Armee auf ihn ausübte, obwohl die Offiziere ihm offen zugaben, dass die Wirtschaftslage Deutschlands einen Zweifrontenkrieg nicht erlauben würde. Mussolini hatte übrigens den grossen militärischen Eindruck im Voraus erwartet. Was aber

die sonstigen Beobachtungen anbetrifft, die er machen konnte, so sind sie sehr gemischt. Die Wirtschaftslage erschreckte ihn, und der Zusammenhalt der Partei erschien ihm viel geringer, als er angenommen hatte; was ihn besonders interessierte, das war der so scharfe Gegensatz zwischen gemässigten und extremistischen Nationalsozialisten. Diese Zweiteilung, aus welcher der ‚Staat im Staate, die SS‘ entsteht, schafft mehr und mehr einen Gegensatz zu den ‚alten Kämpfern‘. Diese Situation liess den Präsidenten des Danziger Volkstages*, einen typischen Extremisten sagen: ‚Ach, Forster gehört schon zum alten Eisen, er ist einfach ein Gefolgsmann von Hitler!‘ Für einen Kenner der Massenreaktionen wie Mussolini kann derartiges nicht verborgen bleiben. Was auch frappiert, ist die Besorgnis, die sich der grossen Industrie bemächtigt, die einst mithalf, die Partei zur Macht zu bringen und die nun beginnt, die Sozialisierung zu fürchten . . .»

«Zu all dem kommt der Preis, den Italien täglich für sein Verhältnis zum Reich bezahlen muss: was man auch dagegen einwende, was auch die deutschen Offiziellen versichern mögen: die österreichische Frage steht wieder an erster Stelle. Der Gauleiter, der in des Führers Umgebung so vieles hört, sagte mir: ‚Für den Augenblick sehn wir noch nicht, wie wir in dieser Richtung vorwärts marschieren können‘, und indem er die Worte seines Führers wiederholte: ‚95% der Österreicher wollen zu uns. ‚Auch sagte mir Forster: ‚Wie schade, dass man nicht mich nach Wien schickt, ich würde nur zwei Monate verlangen, um dort das Ziel zu erreichen! ‚Hier nochmals die doppelte Natur der Politik Hitlers, von der ich im Beginn dieses Briefes sprach. Forsters Begeisterung setzt einen grossen Appetit voraus, es braucht immer neue Köder, um ihn anzuregen. Um zu wissen, wo die Demarkationslinie liegt, zwischen den Versprechungen, die man den *Intimen* macht und den Versicherungen, die man fürs Ausland abgibt, müsste man sich frei bewegen und mehr sehn und hören, als dies hier unter dem Auge von zwei Geheimpolizeiorganisationen und einer Armee von Generalkonsulen möglich ist, Generalkonsulen, die alle Botschafter in partibus sind.»

Schon in einem Brief an den Generalsekretär vom 8. Juli hatte ich ein sehr instruktives Gespräch erwähnt, das ich mit einem jüdischen Intellektuellen, einem Danziger, geführt hatte. Dieser Mann unterhielt ständige Beziehungen zum sowjetrussischen Generalkonsul in der Freien Stadt. Er berichtete mir, dass er mit dem Vertreter Moskaus darin einig sei, dass es keinen Sinn habe, beständig gegen die nationalsozialistischen Methoden anzukämpfen, es handle sich um etwas anderes: die wirkenden Kräfte, die dauernd das ganze

* Präsident Beyl.

Gewebe von Ehrgeiz, von dunklen Fanatismen, von unklaren Hoffnungen veränderten, müssten eines Tages eine bestimmte Richtung annehmen; alles in allem vollziehe sich auch hier ein Prozess der Verstaatlichung wie überall, in Deutschland nehme dieser Vorgang einen besonderen Charakter an, auf die sozialistische Entwicklung müsse man sein Hauptaugenmerk richten, alles andere sei nebensächlich.

Im selben Bericht steht:

«Die Polen möchten immer, dass die Danziger Führer die gegenseitige Abhängigkeit der polnischen und der Danziger Wirtschaft einsehen sollten. Sie vergessen völlig, dass die nun an der Macht befindlichen Männer oder diejenigen, die im Begriff stehn, Positionen zu erobern, oder die ungeduldig darauf warten, den Fuss in den Steigbügel zu setzen, dieser Danziger Wirtschaft ganz fremd gegenüberstehn. Eigentlich machen sie eine anonyme, pseudomilitärische Karriere durch: sie können jederzeit nach überallhin versetzt werden. Nehmen wir Greiser, er hofft, falls er seinem Widersacher (Forster) erliegen sollte, im allerbesten Fall auf den Posten eines Polizeipräsidenten in der Stadt Hamburg, in Augenblicken aber der Depression, die diesem einst so kampfstüchtigen Mann nicht fremd sind, hofft er auf einen Konsularposten in Skandinavien. Alle leben nur im Hinblick auf Posten und Laufbahn, ihren Militärdienst machen sie in Deutschland, das ist eine Rückversicherung, sie hoffen auf Ämter in Sachsen, in Bayern etc., sie kommen, sie gehn, schon ihre Kinder wachsen innerhalb der Parteihierarchie auf, die militärischen Charakter und auch Eigenschaften der alten preussischen Verwaltung mit ihren staatssozialistischen Zügen hat. Auch in dieser Weise ist Danzig administrativ ein Bestandteil des Reichs. Die Partei in Danzig lebt vom Reich, und wenn es sich bewahrheiten sollte, dass die Goldreserve der Bank von Danzig nach Deutschland geschmuggelt wurde*, um der Aufrüstung zu dienen, so wäre der Gegenwert im Lauf der letzten Jahre schon vielfältig auf dem umgekehrten Wege im Freistaatgebiet eingeflossen. Das erklärt, dass die an der Macht befindlichen Personen nicht direkt an den Danziger Wirtschaftsfragen interessiert sind. Gefahr sehen diese Leute nur in den Umständen, die ihren persönlichen Aufstieg und die günstigen Voraussetzungen für diesen in Frage stellen könnten. Meistens handelt es sich um Männer, die aus kleinen Verhältnissen hervorgegangen sind, sie überblicken jetzt unendlich viel grössere

* Diese Angelegenheit gehörte damals noch dem Bereich der Gerüchte an, sie sollte erst im darauffolgenden Jahre akut werden.

Wirkungsmöglichkeiten, als die frühere Verhältnisse ihnen jemals zu erhoffen gestattet hätten. Unter den Hindernissen, die ihnen heute noch entgegenstehen, gibt es die katholische Kirche und die protestantische Bekenntniskirche. Man läuft heute Sturm gegen diese beiden Mächte, von denen die erstere der durch die ‚Führeridee‘ geschaffenen rangmässigen Stufenfolge eine eigene Hierarchie entgegenstellt, während die protestantische Front die Vorstellung eines teutonisch irdischen Paradieses aufhebt.»

An dieses «irdische Paradies» glaubte damals der Reichsführer SS Heinrich Himmler. Ihn habe ich zweimal gesehen, das erste Mal im Zusammenhang mit der Affäre Wiechmann, das zweite Mal wegen der Einführung der Nürnberger Gesetze in der Freien Stadt.

Es ist immer wieder gesagt worden, er habe das Aussehen eines Volkschullehrers gehabt. Ich weiss nicht, ob man die Physiognomien der Volksschullehrer verallgemeinern kann, und mir scheint, man tut diesen für die heranwachsenden Generationen so wichtigen Männern keine Ehre an, wenn man sie mit dem Reichsführer SS vergleicht. Himmler war mittelgross, er hatte ein rundes, blasses, ausdrucksloses Gesicht, einen gepressten, schmalen Mund, und seine Augen erhielten durch den auf die Nase geklemmten, randlosen Zwicker etwas Karikaturales; wenn sie nach berühmten Beispielen einen starren, hypnotischen Blick anzunehmen versuchten oder bei Begrüssung und Abschied den Ausdruck felsenfester Treue mimten, war man versucht zu sagen: warum das alles? Himmler war klüger als sein Auftreten und seine Taten, und vielleicht infolgedessen war er so ausgesprochen untreu.

Merkwürdigerweise ging dennoch von diesem Menschen nach meinem Empfinden etwas unmittelbar viel Unheimlicheres aus als von «seinem» Führer, bei dem ich während der beiden sehr verschiedenen Zusammenkünfte, die ich mit ihm hatte, immer ein Element von Schwäche, einen Zug von Besessenheit spürte. Bei Himmler fiel dies letztere weg. Er war unheimlich durch den Grad von konzentrierter Subalternität, durch etwas engstirnig Gewissenhaftes, unmenschlich Methodisches mit einem Element von Automatismum.

Beim ersten Gespräch, als er mir die schon erwähnten irreführenden Auskünfte erteilt hatte, sprach er mir kurz von meinem Vaterland, von dessen Bevölkerung er sagte, sie sei auf dem flachen Lande noch völlig unversehrt

und echt, in den Städten aber bereits durch den Einfluss von Juden und Freimaurem zu einem bedenklichen, wie er sich ausdrückte, Asphaltintellektualismus verdorben. Das letztere sagte er drohend, als wenn es seine Aufgabe wäre, im Sinne eben jener Unverdorbenheit gegen diese bedenklichen Erscheinungen vorzugehen.

Das zweite Mal sah ich ihn in seinem hoch gelegenen, atelierartigen Amtsraum in Berlin. Der Raum hatte nur ein grosses Fenster, dessen Gesims ungefähr auf einem Meter siebenzig Höhe lag, so dass man im Zimmer sitzend nur den Himmel erblickte, und vor diesem Himmel stand nun der Reichsführer in seiner schwarzen Totenkopfuniform. Er zeigte hinter sich in die Wolken und sagte: «Von dort komme ich, ich bin eben aus dem Flugzeug gestiegen, ich habe unsere Konzentrationslager in Österreich besichtigt, sie enthalten Juden und Aristokraten, die einen sind zu hässlich und zu betriebsam, die andern zu schön und zu untüchtig.» Dann setzte er eine gewaltige Weltkugel durch Druck auf einen Knopf in rotierende, immer raschere Bewegung und sagte: «Betrachten Sie diesen roten Streifen, der sich um die ganze Erde zieht. Wissen Sie, was das ist? Das ist das englische Weltreich, und diese Leute wollen uns Imperialisten schelten.» Im Unterschied zu Hitler hatte Himmler eine ausgesprochene Neigung des Widerwillens und des Neides gegenüber einem England seiner privaten Vorstellung. Im Zusammenhang mit der Judenfrage, die mich zu ihm geführt hatte, erhielt ich von ihm auch nicht das leiseste Zeichen des Verständnisses, nein, er äusserte sich schneidend und aggressiv, indem er die gleichen abgedroschenen Argumente wie die Streichersche Propaganda anwandte.

V

Die Sudetenkrise

Österreich war als Kleinstaat aus dem Vertrag von St. Germain hervorgegangen und war von Anfang an mit der Hypothek des Verlangens nach «Anschluss» an das Reich auf der einen und Anschlussverzicht auf der anderen Seite belastet. Damit nicht genug, wurden Sudetendeutsche und Südtiroler aus diesem, ursprünglich nach dem Prinzip der Spracheinheit geschaffenen, Staat ausgeschlossen, was neue, besonders im Falle der Sudetendeutschen gravierende Konfliktmöglichkeiten schuf.

Die beginnende wirtschaftliche Erholung nach der Stabilisierung der Währung und der formellen Befreiung von Reparationsauflagen wurde durch die Weltwirtschaftskrise wieder zunichte gemacht; die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit trug dazu bei, dass der Nationalsozialismus auch in Österreich Fuss fasste. Schon die Ermordung Dollfuss' 1934, der sich mit allen Kräften gegen eine nationalsozialistische Unterwanderung gewehrt hatte, sollte nach dem Willen Hitlers die Gleichschaltung bringen, doch dieser Versuch scheiterte, vor allem weil Mussolini zu erkennen gab, er werde militärisch eingreifen, falls die österreichische Selbständigkeit angetastet würde. Durch Erklärungen Englands, Frankreichs und Italiens im Februar und September 1934 für die Erhaltung Österreichs schienen sich die Verhältnisse zu beruhigen, und am 21. Mai 1935 erklärte Hitler vor dem Reichstag seinen Verzicht auf jede Einmischung. Kurt von Schuschnigg, Dollfuss' Nachfolger, fühlte sich dadurch ermutigt, mit Hitler am 11.7.1936 einen Nichteinmischungspakt zu schliessen – um den Preis einer Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung und der Zusicherung völliger Freizügigkeit der nationalsozialistischen Propaganda. Inzwischen beseitigte das Versagen der Westmächte im Abessinienkrieg die Spannungen zwischen Mussolini und Hitler; England und Frankreich bereiteten sich unter der Hand darauf vor, Hitler weitgehende Zugeständnisse in Mitteleuropa zu machen.

So vorbereitet rollten die Ereignisse vom Februar und März 1938 ab: Hitler stellte neue Forderungen, Schuschnigg gab weitgehend nach und

machte Seyss-Inquart zum Innenminister. Schuschnigg entschloss sich, um einen drohenden Bürgerkrieg zu vermeiden, zu einer Volksabstimmung, gegen die Hitler in ultimativer Form protestierte. Nach erneut verschärften Forderungen wurde Seyss-Inquart an Stelle von Schuschnigg Bundeskanzler, und er richtete seinen «Hilferuf» an Hitler, der am 12. März zur Besetzung und zum Anschluss an das Reich führte.

In Danzig spürte man die verschiedenen Phasen des österreichischen Vorgangs wie an einem Seismographen. Alles, was mühsam aufgebaut worden war, all die kleinen Anzeichen der Mässigung, die man hatte feststellen können, verschwanden wieder. Nach der Rheinlandbesetzung war noch ein Rest von Rücksicht auf westliche Meinung bei der nationalsozialistischen Parteileitung vorhanden gewesen. Nach dem Gelingen des österreichischen Abenteuers aber, als die Passivität der Mächte klar in Erscheinung getreten war, verschwand dieser letzte Rest. Wie Goebbels es ausgesprochen hatte: in Europa lag die Macht im Kot, man brauchte sich nur zu bücken, um sie aufzuheben. Welch erstaunliche Mittel hatten sich als wirkungsvoll erwiesen, welche Figuren waren durch den Vollzug einer vollendeten Tatsache in den Vordergrund gerückt worden.

Am 27. April konnte ich über die jüngsten Ereignisse aus der Danziger Perspektive Folgendes berichten¹:

«Der Senatspräsident erlitt im Januar eine Art von nervösem Zusammenbruch, er war während acht Wochen abwesend – Februar, März –, die er in den österreichischen Alpen und in Italien verbrachte, dann wurde er nach Deutschland zurückgerufen, um in öffentlichen Versammlungen für das (österreichische) Plebiszit zu wirken. Er kehrte mit schweren Sorgen zurück. Er fühlte seine Stellung immer schwächer werden. Einerseits war es Forster, welcher ihn zwang, sich durch die in Deutschland durchgeführten Parteitätigkeiten zu kompromittieren, die mit den Funktionen eines Senatspräsidenten der Freien Stadt rechtlich nicht in Einklang zu bringen waren, andererseits stempelte ihn Hitler zu einer Art Übergangsfigur. Ich möchte nicht in seiner Haut stecken (in der meinen sehr oft auch nicht).»

«Am Tage seiner Rückkehr suchte Greiser mich auf, und er erzählte mir folgende überraschende Geschichte: Anfang Februar, nach dem vierten – kurz vor seiner Abreise in den Urlaub –, wurde er dringend nach Berlin beordert. Forster, der sich bereits dort befand, empfing ihn als erster und

teilte ihm die ungeheuerliche Tatsache mit, der Führer, mit den Leistungen Papens sehr unzufrieden, habe beschlossen, *ihn*, Forster in Person, als Botschafter des Reichs nach Wien zu schicken. Aus diesem Grunde desinteressiere er sich jetzt an Danzig, und Greiser werde fortan allein dort bleiben und zwar gleichzeitig als Führer der Partei und als Senatspräsident. Hierauf: kurze Audienz Greisers bei Hitler, wo er dieselbe Mitteilung erhielt, und diese Mitteilung wurde ihm noch am gleichen Tag durch Ribbentrop bestätigt. Greiser atmete auf, er machte Zukunftspläne und er beschloss:

A: die antisemitischen Massnahmen in Danzig abzustellen,

B: sich mit den Katholiken zu verständigen,

C: keinerlei Eingriffe in die Verfassung vor der Wiederwahl des Volkstages im Jahre 1939 zu gestatten.»

«All dies erschien äusserst weise. Was die katholische Frage anbetraf, so unternahm er damals sofort Schritte beim Vatikan, und während seines Aufenthaltes in Rom wurde er (während einer Stunde) von Msgr. Pacelli in Audienz empfangen, und unser ermüdeten nordischer Riese stand völlig unter dem Zauber des Staatssekretärs.»

«Aber all dies wurde durch die darauffolgenden Ereignisse zerschmettert. Auch Forster kehrte zurück, enttäuscht, verärgert und ‚quarrens quem devoret‘ kein Botschafterposten mehr in Wien! Das erste Opfer, das sich darbot, war: Greiser. Durcheinander, Aufregungen, Gerüchte, und der Gauleiter Ostpreussens, der berühmte Koch, konnte erklären: «Forster steht im Begriff, den Nationalsozialismus in Danzig zu ruinieren.»»

«Letzte Hoffnung: Verwendung Forsters als Botschafter an einem andern Posten. Aber wer konnte dies in Berlin anregen? Niemand wollte es, es war zu gefährlich. Da teilte man nun dem Vertreter des Völkerbunds in der Freien Stadt mit, wie leicht die ganze politische Atmosphäre in Danzig werden könnte, wenn Forster eliminiert wäre. Man bat ihn, in Berlin die Sache zur Sprache zu bringen, womöglich direkt beim Kanzler, der von der letzten Begegnung einen guten Eindruck behalten habe. Zwei Tage nach diesen erstaunlichen Eröffnungen – Gespräch mit Chodacki zum selben Gegenstand: Klagen über neue ‚brandstifterische‘ Absichten (intentions incendiaires) Forsters und Bitte, eine Démarche Lipskis an der Wilhelmstrasse zu unterstützen.»

«Neue Audienz bei Hitler ganz ausgeschlossen, schon der Gegenstand sei für ein Gespräch mit ihm viel zu bedenklich. Ich zog bei den immer sehr gut orientierten Nationalsozialisten in Ostpreussen Erkundigungen ein. Ich erfuhr, Forster sei enttäuscht und unzufrieden, und Hitler nehme

für ihn eine Entschädigung in Aussicht. Bürckel, der bekannte Organisator des Saar-Plebizits, sei als Hochkommissar des Reichs für Österreich in Aussicht genommen, während man an Forster als Gauleiter für Wien denke. Diese Verwendung aber stosse auf Widerstände. Einmal im Innern der Partei, wo Forster dem Neid der Genossen begegne, sodann – und das ist interessant – Widerstände von Seiten Ribbentrops, der ihn für allzu heftig für die italienische und tschechische Nachbarschaft halte.»

«Diese letztere Feststellung hat mich veranlasst, Sonntag Abend nach Berlin zu fahren. Ich sah Herrn von Ribbentrop am Montag Vormittag. Wir sprachen nur von allgemeinen Gegenständen, aber ich sagte ihm, Forster habe viele Anlagen, man vernachlässige ihre Ausbildung allzusehr, in Danzig trete er auf Platz, er werde heiss wie ein Motor im Leerlauf und das sei schade für ihn. Herrn von Weizsäcker, mit dem ich zu Abend ass, setzte ich die ganze Angelegenheit auseinander, ich bat ihn, mit seinem Chef, den er augenscheinlich zu behandeln weiss, darüber zu reden, ich habe hauptsächlich betont, es müsste endlich gegenüber Polen eine klare Linie eingehalten werden, Forster aber sei völlig inkonsequent, er wechse seinen Kurs beständig. Der Rest dieser Affäre gehört den guten und den schlechten Geistern an, denen, die das Spiel gewinnen werden, ich selbst bin mir in der Sache noch nicht völlig klar; Forsters Verschwinden liege, so sagte ich, zweifellos im Interesse Danzigs, im Interesse Europas aber sei seine Gegenwart in Wien höchst gefährlich, er würde sich dort allerdings die Flügel verbrennen.»

Nochmals war versucht worden, den Vertreter des schärfsten Kurses in der Freien Stadt, Forster, aus Danzig zu entfernen, ein letztes Mal, auch dies war nunmehr vorbei. Forster blieb, und sein Auftrag lautete von jetzt an uneingeschränkt: Gleichschaltung und Rückkehr ins Reich.

Aufschiebend, hemmend wirkte nur noch ein einziger Faktor: die Rücksicht auf Polen. Der Anschluss Österreichs war nur der erste Schritt innerhalb der grossen territorialen Veränderungen, die Hitler plante, für die Durchführung des zweiten Schrittes war die polnische Neutralität nötig, im besten Fall polnische Partnerschaft.

Das staatsrechtliche Prinzip der habsburgischen Monarchie seit 1848 und vor allem der österreichischen Reichshälfte seit 1867 war die Gleichberechtigung aller von ihr umfassten Völkerschaften. Dieses Prinzip bestand und wirkte stetig, wenn auch seine Durchführung 1914

noch nicht völlig abgeschlossen war.* Wesentlich war in dem dynastisch zusammengehaltenen Grossreich Österreich-Ungarn: die Länder und nicht der Staat erschienen als die elementare Einheit.

Was der Tschechoslowakei zum Schicksal werden sollte, ist, dass sie sich als zentralisierter Nationalstaat nach französischem Beispiel konstituierte. Das hängt damit zusammen, dass ihr Entstehen nicht aus politischen, sondern aus strategischen Notwendigkeiten erfolgte, unmittelbar aus der Kriegslage. Badoglio, der stellvertretende Generalstabschef Italiens, hatte nach Rückschlägen auf der italienischen Front die Unterwühlung der österreichischen Armee durch Nationalitätenpropaganda verlangt, und er drängte darauf, dass den slawischen und romanischen Völkern der Monarchie volle staatliche Unabhängigkeit in Aussicht gestellt werde. Damals hat Balfour, stark unter dem Einfluss Clemenceaus stehend, die letzten Bedenken gegen Northclifles österreichfeindliche Politik über Bord geworfen. Von nun an wurde die Stellung der «tschechoslowakischen Auslandsaktion» konsolidiert.

Der tschechische Nationalismus war alt. Schon der radikale Flügel der Hussiten hatte Böhmen vom Reich loslösen wollen, und das alte Verhältnis zum Deutschen Reich hatte sich erst nach der Niederlage der Aufständischen wiederhergestellt. Dem Königreich Böhmen gehörte das Erzschenkamt, eines der Kurfürstenämter.

Mähren besass ein vom Königreich Böhmen gesondertes Statut und hatte einen andern Volkscharakter entwickelt. 1182 waren Böhmen und Mähren durch Friedrich Barbarossa geteilt und Mähren zur unmittelbaren eigenen Markgrafschaft erhoben worden. Von Prag aus hatte man diesen Vorgang immer angefochten, die mährischen Stände haben ihn stets verteidigt. In seiner staatsrechtlichen Sonderstellung verblieb Mähren bis 1918. Dieses schöne, reiche Land hat den Geist glücklichen Ausgleichs besessen, die Deutschen Mährens waren keine Sudeten, die mährischen Tschechen waren keine Nationalisten.

Ausländische Propaganda, vor allem seit 1871, hat dafür gesorgt, dass alles Trennende, was hauptsächlich zwischen Deutschen und Tschechen wirkte, in jeder Weise gefördert, wach und wirksam gehalten und gesteigert

* Die Rechtsgrundlage der Gleichberechtigung der Volksstämme im Staat lag im § 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, der sich vom § 21 des Entwurfs der Grundrechte des österreichischen Volkes von 1848 herleitet.

gert wurde, ausgleichende Tendenzen wurden als Verrat an der Freiheit angeprangert. Der beliebte Slogan war: «Der habsburgische Völkerkerker.»

Die staatsrechtlichen Voraussetzungen der Slowakei waren ganz andere als diejenigen der böhmischen Länder. Schon um die Wende vom 10. zum 11. Jahrhundert waren die Slowaken, nach dem Untergang des grossmährischen Reiches, im ungarischen Staat aufgegangen. Unter madjarischer Herrschaft ist es ihnen möglich gewesen, sich als geschlossenes Volk durch die Jahrhunderte zu halten. Die deutsche Einwanderung in das slowakische Gebiet setzte nach den Mongolenstürmen um 1200 ein und war von starkem Einfluss auf Städtebildung und Bergbau. Bis zum 19. Jahrhundert und ausserhalb der um 1848 herum immer intensiver wirkenden romantischen Einflüsse hat es keine slowakische Nationalbewegung gegeben. Nach 1848 wurde das Streben nach regionaler Autonomie auch von Wien aus teilweise unterstützt, und es entstand eine slowakische Literatur. Die Slowakei besass innerhalb des ungarischen Staatsverbandes keine staatsrechtliche Sonderstellung wie Kroatien und Siebenbürgen, auch ging das Land nie nähere Bindungen zum Deutschen Reich ein. Im Unterschied zu den Tschechen stand das slowakische Volk völlig ausserhalb des römischen Reichs deutscher Nation, und es hat auch später nicht dem Deutschen Bund angehört. Seine Formung erfuhr es innerhalb der historischen Verbindung mit den Madjaren. Seine Forderung nach Unabhängigkeit, als in Europa der Aufspaltungsprozess alt erprobter Schicksalsgemeinschaften einsetzte, konnte es nur durch naturrechtliche Argumente stützen.

Masaryk hat ursprünglich den tschechischen Staat nicht aus dem Föderativverband der alten Donaumonarchie herauslösen wollen. Er wurde durch Benesch und seine Exil-Tschechen, vor allem durch die siegreichen Grossmächte gedrängt. Der Staat, der später von seinen Gegnern «der Benesch-Staat» genannt wurde, bildete eine hervorragende Wirtschaftseinheit, innerhalb welcher eine nach Grundsätzen der Vernunft handelnde Bevölkerung glückliche Lebensbedingungen gefunden hätte, aber solche vernunftbedingte Bevölkerungen gibt es nicht; die aus nationaler Ungleichheit und nationaler Leidenschaft entstandenen Spannungen waren innerhalb der Tschechoslowakei schon früh vorhanden und sie steigerten sich unablässig, das zentralistische Prinzip des Nationalstaates wurde nicht ertragen.

Schon 1919 hat Karl Renner* ein Memorandum an Clemenceau gerichtet:

«Die alliierten Mächte stehen im Begriff, indem sie das Frankreich im Jahre 1871 angetane Unrecht wieder gut machen wollen, ein doppeltes Elsass zu schaffen. Sie beschliessen, während sie im gleichen Atemzug das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkünden, das Todesurteil gegen eine Bevölkerung, die zahlreicher ist als diejenige Norwegens und Dänemarks. 3,5 Millionen Deutsche sollen der Souveränität von 6 Millionen Tschechen unterworfen werden. Nie wird die unterworfenen Nation diese Herrschaft dulden können. Nie wird die herrschende Nation ihrer Aufgabe gewachsen sein. Auf diese Weise wird im Herzen Europas ein Herd des Bürgerkrieges geschaffen, dessen Glut für die Welt und ihren sozialen Aufschwung noch gefährlicher werden kann, als es die beständige Gärung auf dem Balkan war.»

Das Urteil des bedeutenden sozialistischen Staatsmannes wurde in England früh schon geteilt. Man verhielt sich der Prager Politik gegenüber kritisch; schon lange bevor die Periode des «appeasement» einsetzte, sprach man von der Tschechoslowakei als von einem Polizeistaat, in welchem die Minoritäten mit Härte behandelt würden. Im Bericht des britischen Botschafters in Berlin steht sogar zu lesen, dass das durch die Gründung der Tschechoslowakei entstandene Problem auch durch eine zweite deutsche Niederlage in einem zweiten Weltkrieg nicht gelöst werden könne.**

In Deutschland betrachtete man die Tschechoslowakei einseitig als eine französische, durch strategische Überlegungen bedingte Schöpfung. Dieser Staat bildete für Stresemann genau so sehr wie für Hitler das Einfallstor Russlands nach Mitteleuropa und in die verwundbarste deutsche Flanke. Kein wacher politischer Beobachter der Zwischenkriegszeit war sich im Unklaren darüber, dass mit dem Wiedererstehen deutscher Macht der Konflikt zwischen Prag und Berlin unvermeidlich werden müsse.

* Karl Renner (1870-1950), November 1918 bis Juni 1920 Staatskanzler, 1919 führte er die Österreich. Abordnung in St. Germain. 1931-1933 Präs. des Nationalrates, 17.12.1945 bis zu seinem Tode Bundespräsident.

** Bericht Sir Neville Hendersons vom 1.4.1938. – Sir Neville Henderson (1882-1942), trat 1905 in den diplom. Dienst ein. 1937-1939 Botschafter in Berlin.

Polen, seit seinen grossen Zeiten unter den Jagellonen, stand Ungarn nahe.

Zwischen Tschechen und Slowaken wirkte viel Trennendes, vor allem auf religiösem Gebiet. Die Tschechen standen seit den Hussitenkriegen in einem schwierigen Verhältnis zur katholischen Kirche; daraus ergab sich ein zusätzliches Trennungsmoment auch gegenüber Polen. Fremd fühlten sich in dem kontrastreichen Staatsgebiet: Polen, Ruthenen alias Ukrainer.

Die historische Freundschaft Polens mit Ungarn, in welcher gemeinsame Vergangenheit so entscheidendes Gewicht besass, bestimmte von 1919 bis 1939 eine Tendenz der Warschauer Politik zugunsten der ungarischen Ansprüche auf die der Tschechoslowakei angegliederten einstigen oberungarischen Gebiete. Es war besonders die Karpaten-Ukraine, welche einen ständigen Gegensatz zwischen Polen und der Tschechoslowakei bewirkte. Auch hier hatte man einen «Korridor» geschaffen, dank welchem während des russisch-polnischen Krieges im Jahre 1920, als es in Polen auf Tod und Leben ging, die Tschechoslowakei Ungarn daran verhindern konnte, Polen bewaffnete Hilfe zu leisten. Auch das war unvergessen.

Die Interessen Polens und Ungarns blieben seit 1918 eng verflochten, und dies erklärt neben anderen Gründen auch die ablehnende Haltung Polens gegenüber der Kleinen Entente, deren eigentliches Herzstück die Tschechoslowakei war und deren Grundtendenz darin bestand, jede Revisionsmöglichkeit der Friedensverträge schon im Keime zu ersticken.

Für die grossen wirtschaftlichen Qualitäten des von Masaryk und Benesch geschaffenen Staatsgebildes hatte Pilsudski wenig Verständnis, machtpolitische, militärische, völkische Voraussetzungen waren ihm wichtiger. Polen strebte nach der Gewinnung einer polnisch-ungarischen Grenze auf den Höhenkämmen der Karpaten. Tschechen und Ukrainer sollten durch einen starken Wall getrennt werden, im Übrigen aber hatte man in Warschau Interesse daran, Rumänien zu schonen. Gerade aus diesem Grunde hielt sich die Tendenz, ungarische Gebietsansprüche an die Bukarester Regierung möglichst auf die Tschechoslowakei abzulenken.

Dass Polen seine Auferstehung den gleichen Umständen verdankte wie die Tschechoslowakei ihr Entstehen, dass es demselben Ausgang eines Weltkrieges, derselben Mächtekonstellation verpflichtet war, wurde wenig bedacht, und man vergass, dass man trotz aller Gegensätze

innerhalb einer Schicksalsgemeinschaft stand und dass jeder Beginn einer Neuordnung alles und somit den eigenen Bestand in Frage stellen konnte.

Die französische Regierung hat während 21 Jahren ständig viel Mühe darauf verwandt, zwischen Polen und der Tschechoslowakei versöhnend zu wirken. Dies erwies sich schon deshalb als vergeblich, weil Prag die ukrainische Agitation in Ostgalizien begünstigte und dadurch zu einer neuen Teilung Polens ihren einleitenden Beitrag lieferte. Dass beide Staaten, Polen und die Tschechoslowakei, von Deutschland bedroht waren, vermochte das polnische Misstrauen gegen die tschechisch-russischen Bindungen nicht aufzuwiegen, die beidseitigen Bündnisse mit Frankreich haben im polnischen Verhältnis zur Tschechoslowakei keine Rolle gespielt.

In Frankreich hegte man noch in den späten dreissiger Jahren die unrichtige Vorstellung, Hitler werde nicht einhalten, bis alle deutschsprachigen Bevölkerungsteile in Europa seinem Reiche einverleibt seien, es sei denn, dass ihm dazu der Weg verlegt werde. Den Westmächten bleibe keine andere Wahl, so wurde erklärt, als entweder den Dingen ihren Lauf zu lassen, darauf hoffend, dass Hitler einen Kampf mit Russland beginnen werde, oder aber eine Stellung zu beziehen, die für den Widerstand möglichst günstig sei.

An den deutschsprachigen, ausserhalb des Reichs liegenden Gebieten, lag aber tatsächlich Hitler sehr wenig. Sie hatten für ihn nur ein taktisches Interesse, auch die Sudetendeutschen interessierten ihn nicht. Was er brauchte, waren die Festungslinie und ein Ausfalltor nach der Ukraine hin. Sein Flauptziel hat sich nie geändert. Dass er dieses Ziel anstrebte, hat er getreu seiner monomanen Anlage, wie alles andere, lange im Voraus verkündet. Niemand hat die Pathologie seines Falles rechtzeitig studiert, und die Konsequenzen seiner Erklärungen hat man nicht bedacht. Man hielt alles für Rhetorik, während es doch den Nachdruck und die Methode des Wahnsinns besass. Schon in «Mein Kampf»² steht:

«Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den» ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schliessen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund

und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm Untertanen Randstaaten denken. Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Russland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volk jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte.»

Hitler waren die Sudeten ebenso gleichgültig wie die Südtiroler, die er dem italienischen Faschismus überliess, und auch am elsässischen Problem nahm er keinen Anteil. Er lobte gelegentlich die Weisheit Bismarcks, der einmal zu einem französischen Diplomaten gesagt hatte: «Es ist absurd, dass wir Ihnen das französische Metz weggenommen haben, ich wollte es nicht behalten . . . und von Elsass-Lothringen würde ich dasselbe behaupten, wir haben einen Fehler begangen, indem wir Ihnen diese Provinzen entrissen, besonders wenn der Friede andauern sollte; denn für uns sind sie eine blosser Verlegenheit.» – «Ja, ein anderes Polen mit Frankreich dahinter», sagte ihm damals sein Gesprächspartner, und Bismarck wiederholte: «Ja, ein Polen mit Frankreich dahinter.»

Da Hitler seinen Lebensraum im Osten suchte, war es für ihn eine Notwendigkeit, zwischen sich und den östlichen Gegner ein Gebiet zu legen, das er zuerst neutralisierte, in jeder Weise schwächte, entwaffnete und dann schliesslich kampflos besetzte. Nach der Vergewaltigung der Tschechoslowakei stellte sich für ihn folgerichtig die Frage, ob er vor dem ihm immer vorschwebenden Waffengang mit seinem grossen Östlichen Nachbarn die Existenz des polnischen Staates durch die seit 1918 so oft ins Auge gefasste, erneute Teilung wiederum auslösche. Der französische Botschafter in Moskau und dann in Berlin, Coulondre, meinte, der Fall der Tschechoslowakei biete den Westmächten die für den endlichen Widerstand gegen Hitlers Übergriffe günstigste Ausgangsstellung; denn ein Überfall auf dieses Land müsse die Teilnahme Russlands am Konflikt mit grösserer Sicherheit nach sich ziehen als ein Angriff auf Frankreich selbst, warte man jedoch, bis Polen drankomme, so sei das russische Verhalten mehr als unsicher.

Noch vor 1936 hätte die französische Armee zugunsten einer angegriffenen Tschechoslowakei intervenieren können. Seit Hitlers Rheinlandbesetzung aber war dies ein Wagnis auf Leben und Tod geworden. Die Sowjetunion, die wie Frankreich ein Beistandsabkommen mit der

Tschechoslowakei unterzeichnet hatte, konnte ihre Verpflichtung nur durch eine Invasion Polens oder durch ein Militärbündnis mit Polen erfüllen. Die polnische Regierung aber brannte darauf, die tschechische Krise zur Verbesserung seiner Grenzziehung zu benützen, auch glaubte sie zu wissen, dass Russland längst auf den Vorwand warte, in Polen einzumarschieren. Diese Annahme hat die polnische Haltung während der ganzen Periode entscheidend beeinflusst.

England war durch den Locarnovertrag verpflichtet, Frankreich gegen einen deutschen, Deutschland gegen einen französischen Angriff zu Hilfe zu kommen. Wenn dagegen Frankreich, um Polen oder der Tschechoslowakei beizustehen, Deutschland den Krieg erklärte, so bedeutete dies keinen «casus foederis». Dabei ist es sicher, dass, wenn Frankreich im Verlaufe eines durch die Ostgrenzen veranlassten Krieges in eine bedrängte Lage geraten wäre, England, das bis 1939 die Machtstellung Frankreichs auf dem europäischen Kontinent grundsätzlich benötigt hat, niemals Gewehr bei Fuss hätte stehenbleiben können, wenn ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausgebrochen wäre. Seit Hitlers Besetzung Österreichs war es nicht möglich, die Tschechoslowakei lokal zu verteidigen. Kein Befestigungssystem schützte die Grenze zwischen Österreich und den böhmischen Gebieten. Dass, um die Tschechoslowakei zu retten, kein geringerer Einsatz nötig war als ein allgemeiner Krieg, hat man in England immer gewusst. Aus diesem Grunde war 1938 Neville Chamberlains* Politik so glanzlos unpopulär und dabei so tapfer. Chamberlain wusste genau, dass man in Moskau nur darauf warte, dass Hitler mit den Westmächten in einen kriegerischen Konflikt gerate. Der Abschluss des russisch-deutschen Nichtangriffspaktes im August 1939 hat dem englischen Prime Minister recht gegeben. England war 1938 nicht gerüstet, Frankreich war innenpolitisch schon damals zerrissen. Chamberlains Tagebuchaufzeichnungen vom 20. März 1938 geben Auskunft über die innere Bedrängnis eines die Lage genau erfassenden und bis zum letzten gewissenhaften Menschen.

Dem französischen Ministerpräsidenten aber, Daladier**, war es be-

* Neville Chamberlain (1869-1940), 1918 konservat. Abgeordneter, 1937-Mai 1940 brit. Premierminister, unterzeichnete das Münchner Abkommen.

** Edouard Daladier (geb. 1884), 1933,1934 und März 1938-März 1940 Ministerpräsident, unterzeichnete das Münchner Abkommen.

wusst, dass er für die Tschechoslowakei allein würde kämpfen müssen, auf unmittelbare Hilfe konnte er nicht rechnen.

1918 waren die Sudetendeutschen zu schwach gewesen, um gegen ihre Einfügung in den neuen tschechoslowakischen Staat Widerstand zu leisten. Als Anfang April 1938 einer der sichersten und überlegensten Beobachter der französischen Diplomatie, der Botschafter in Polen, Noël*, zur Berichterstattung nach Prag entsandt wurde, betonte er das gewaltig gestiegene Selbstbewusstsein der Nationalitäten, das sich innerhalb von weniger als 20 Jahren herausgebildet hatte. Seit 1935 gab es die starke «sudetendeutsche Partei» unter Konrad Henlein. Auf ihr überraschend schnelles Anwachsen hatte die Wirtschaftskrise eingewirkt. Von 800*000 Arbeitslosen waren 500*000 Sudetendeutsche; die Beteiligung sudetendeutscher Parteien an der tschechoslowakischen Koalitionsregierung hatte geringen Erfolg gehabt, vor allem aber wirkte die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland auf die Minoritäten innerhalb des tschechischen Staates zündend. Ursprünglich war die Grundforderung der Partei Henleins die Rückkehr zum Nationalitätenstaat gewesen. Dieser Richtung gehörten die sogenannten Volksschutzgesetzentwürfe an, die dem tschechischen Parlament im April 1937 vorgelegt worden waren und die altösterreichische Grundsätze vertraten. Das Jahr 1938 jedoch brachte neue bestimmende Elemente. In seiner Reichstagsrede vom 20. Februar 1938 erwähnte Hitler 10 Millionen Deutsche, die in den zwei an Deutschland grenzenden Staaten lebten, in Österreich und in der Tschechoslowakei, und die bis 1866 verfassungsmässig mit dem deutschen Volk verbunden gewesen seien. Unmittelbar auf diese Erklärungen hin war die Annexion Österreichs erfolgt. Letzten Endes bestimmend war, dass England, in der Absicht, einen zweiten gewaltsamen Akt Hitlers zu verhindern, den Entschluss fasste, diejenigen Verhältnisse entscheidend zu verändern, die der Spannungsstärke nach zur zweiten Gebietsannexion, zur Zerstörung einer weiteren staatlichen Souveränität und schliesslich zu einem allgemeinen Krieg führen konnten. Das System der kollektiven Sicherheit durch den Völkerbund war seit dem Scheitern der Sanktionen gegen Italien unwirksam geworden. England musste wie in den Vorkriegszeiten als Grossmacht handeln, die Schwierigkeit lag dabei darin, dass Frankreich durch einen Bündnisver-

* Léon Noël (geb. 1880), 1955-1940 franz. Botschafter in Warschau.

trag mit der Tschechoslowakei verbunden war und als Gegner jeder Revision galt. Schon bei der Besetzung Österreichs hatten sich London und Paris verschieden verhalten. Während der eigentlichen Krisentage war Frankreich ohne Regierung gewesen. Paul-Boncour*, der Aussenminister in dem am 13. März gebildeten Kabinett Blum**, erklärte dem tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Frankreich würde: «effectivement, immédiatement et intégralement» seine Verpflichtungen erfüllen. Selbst die deutsche Botschaft berichtete damals, im Falle eines unprovokierten deutschen Angriffes auf die Tschechoslowakei werde sich Frankreich als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachten.

Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen, erhielt am 28. März 1938 von Hitler den Auftrag, Forderungen zu stellen, die von der tschechischen Regierung nicht angenommen werden könnten. Es gibt ein Dokument, welches Aufzeichnungen über die Beratungen Hitlers und Keitel's zur Studie eines Angriffes auf Böhmen enthält, die sogenannte «Studie Grün» vom 22. April 1938. Dort wird festgestellt, dass ein militärischer Überfall ohne jede Vorbereitung zu stark auf die «sogenannte Weltmeinung» wirken würde. Im Zusammenhang mit dieser Überlegung werden dann wahrhaft bemerkenswerte Einfälle aufgezeichnet. Beispielsweise: «Solche Massnahmen (ein strategischer Überfall) nur zur Beseitigung des letzten Gegners auf dem Festlande berechtigt.» Es wird somit vorgeschlagen, eventuell nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, deren zum Kriege führende Zuspitzung man abwarten müsse, zu handeln oder aber, einen Zwischenfall zu provozieren, z.B. die Ermordung des deutschen Gesandten in Prag im Anschluss an eine deutschfeindliche Demonstration: hierauf dann blitzartiges Handeln.

Entgegen solchen Überlegungen, in welchen Zynismus in wahrhaft expressionistischer Gestalt zum Ausdruck gelangte, versuchte der im Auswärtigen Amt gefangene Staatssekretär von Weizsäcker in seinen Memoranden eine Form zu finden, die für die Machthaber noch verständlich und für ihn selbst nicht selbstmörderisch wirkte. Er schrieb***:

* Joseph Paul-Boncour (geb. 1873), 1938 franz. Aussenminister.

** Léon Blum (1872-1950), war 1936/37, März 1938 und Dezember 1946 Ministerpräsident.

*** 20. Juni 1938: Memorandum des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Ernst von Weizsäcker, über die deutsche Politik gegenüber der Tschechoslowakei. AD AP, Bd. II, Nr. 259.

«Ein im Osten Deutschlands gelegenes Ziel ist politisch nur dann erreichbar, wenn die Entente dieses Vorgehen duldet. Griffe sie ein, so hätte unsere Politik versagt. Unsere defensive Abriegelung im Westen hätte ihren politischen Präventivzweck und vielleicht auch zum Teil ihren militärischen Sinn verfehlt. Nicht die Abriegelung des Westens und der Gebietsgewinn im Osten würde diesen grossen Krieg entscheiden. Die Entscheidung auch über die Ostziele wäre vielmehr im Westen noch einmal zu erkämpfen . . . Der Krieg würde mit unserer Erschöpfung und Niederlage enden. Der Verlierer wäre mit uns ganz Europa, den Gewinn hätten vor allem die nichteuropäischen Kontinente und die asozialen Mächte.»

Starke Worte, vorsichtige Worte. Aber Wezsäckers Lage wurde trotzdem immer labiler. Wollte er sich halten, und dies hielt er für seine Pflicht, so erforderte dies einen beständigen Equilibrismus und einen ausserhalb von Diktaturepochen unvorstellbaren Aufwand an scheinbarer Zustimmung, scheinbarem Nachgeben und geschickter Tarnung. In Wezsäckers Gesprächen mit den fremden Botschaftern kommt das am deutlichsten zum Ausdruck. Die Italiener kannten sein gefährliches Spiel und bewunderten es.

In jener Zeit schickte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mir häufig private Emissäre, die mir seine Wünsche übermittelten und Gedankengänge, wie die eben angeführten, die ich dann jeweils auch in den Danziger Parteikreisen in Umlauf setzen sollte. Eine der eindrucksvollsten Figuren, die mich im Auftrage des Staatssekretärs aufsuchten, war der Graf Ulrich Wilhelm Schwerin-Schwanefeld*, der Schwiegersohn des Danziger Senatspräsidenten Sahm, welcher im polnischen Korridor begütert war. Schwerin gehörte zu der Elite, die sich später in den Vorgängen des 20. Juli 1944 zusammenfand, und musste seine reine und hohe Gesinnung mit dem Leben bezahlen. Schwerin war es, welcher mich in einem besonders gespannten Augenblick im Namen seines Auftraggebers bat, diesem hin und wieder durch die Post übermittelte und somit «ad usum delphini» für die Polizei bestimmte Briefe zu schreiben**.

* 20.7.1944 in der Bendlerstrasse verhaftet und am 8. 9. 1944 in Plötzensee hingerichtet.

** Wezsäcker hat aus rein persönlichen Gründen diese deutlich parodistisch und scherzhaft verfassten Briefe aufbewahrt.

Diesen Briefen legten wir einen Code zugrunde. Geschrieben wurden sie von meiner Seite im Fall momentaner Beruhigung der Danziger Lage im Ton der Verlautbarungen Greisers, im Falle starker politischer Spannungen aber im Stil des Gauleiters Forster («Köpfe werden rollen, nieder mit den Marxisten» etc.), für den Fall einer

Seit dem 4. Februar war Joachim von Ribbentrop Aussenminister (Freiherrn von Neurath war es bestimmt, in Bälde einen lebensgefährlichen Gouverneurposten anzutreten). Einen Botschafter, der auf seinem Auslandsposten vollkommen versagt hatte, zum Leiter der Aussenpolitik zu machen, kann nur als ein Akt des Zorns gegen die Nation gedeutet werden, die einem vom «Führer» selbst erkorenen Vertreter den Erfolg vorenthalten hatte. Mochten sie sehn, was solches Verkennen für Ergebnisse bringen würde. Diese Ernennung war ein folgenschwerer Akt, ich war mir dessen von Anfang an bewusst. Dass Weizsäcker damals nicht seinen Abschied nahm, ist vor allem dem Einfluss des Generalobersten Ludwig Beck zuzuschreiben.*

Ich war seit Beginn des Jahres 1938 überzeugt, dass nur eine scheinbare Entspannung zwischen Polen und dem Reich und auch dass nur eine ganz vorübergehende Tendenz zu deutsch-polnischer Zusammenarbeit vorhanden war. Dabei wiesen alle Symptome darauf hin, dass das Deutsche Reich für die grossen aussenpolitischen Aktionen, die es vorhatte, sich die wohlwollende Neutralität Polens sichern wollte. Noch waren in offiziellen Danziger Kreisen, wie auch bei den Vertretern Polens in der Freien Stadt, alle Äusserungen über zukünftige Beziehungen zwischen Warschau und Berlin gewollt optimistisch. Zwischen dem Senat und den Polen einerseits, den Polen und dem Gauleiter andererseits, schien völliges Einvernehmen zu herrschen, der Senat zeigte sich mir gegenüber in jenem Zeitraum voller Zuversicht, und es ist in dieser Zeitspanne, in den ersten sechs Monaten des Jahres 1938, dass ich am eingehendsten informiert und bis-

gegen meine Person gerichteten Absicht der Machthaber sollte ich in die nationalsozialistische Beanstandung der Presse einstimmen.

Vergleiche hiezu einen Auszug aus einem Brief von Freifrau Marianne von Weizsäcker vom 25.9.1953 an den Verfasser:

«... Sie und mein Mann haben das Verhängnis ja damals schon kommen sehen und die gemeinsame Sorge, ebenso wie das gemeinsame heisse Bemühen, alles uns Menschen Mögliche zu versuchen, um dem Verderben zu steuern, hat Sie zu Bundesgenossen gemacht. Es ging ja nicht nur um Deutschland, sondern um Europa, ja, gewissermassen um die Menschheit. Dass in der Folge die Verhältnisse einmal so verrückt werden würden, dass Sie sich in der Berliner Zeit meines Mannes nur noch unter grössten Vorsichtsmassregeln würden sprechen und schreiben können und, dass Sie, um den um der Sache willen so nötigen Kontakt überhaupt halten zu können, sich von Zeit zu Zeit «zensurfähige» Briefe schreiben mussten, das hätte man damals in Bern noch nicht gedacht; wie man heute, wo Westeuropa sich *verhältnismässig* schnell wieder erholt hat, in Gedanken daran lächeln könnte, wenn es nicht mit so grausigen Erinnerungen verknüpft wäre und wenn es nicht noch heute von Unverständigen missdeutet oder auch missbraucht werden könnte, wie der Prozess gegen meinen Mann gezeigt hat. Churchill nannte ihn einen «deadly error». Aber das liegt nun lange zurück und auch ich lerne . es, was mein Mann von Anfang an konnte, ohne Bitterkeit daran zu denken ...»

* Vgl. S. 169.

weilen durch Danziger Offizielle wie durch Polen konsultiert wurde. Deutsche Erklärungen über bestes Einvernehmen wurden von Polen und Deutschen auch noch nach der Besetzung Österreichs abgegeben.

Im Augenblick des österreichischen Anschlusses hatte der polnische Aussenminister, Oberst Jozef Beck, sich in Italien befunden. Erst am Vormittag des 16. März war er in Warschau eingetroffen. Am Nachmittag desselben Tages fand unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Moscicki eine Ministerkonferenz statt, die sich mit Vorschlägen befasste, die 48 Stunden früher von der litauischen Regierung gemacht worden waren. Um 21 Uhr desselben Tages stellte die polnische Regierung in Kaunas ein seltsames Ultimatum, das darin bestand, augenblickliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verlangen. Litauen willfahrte. Infolge der polnischen Annexion des Wilnagebietes 1920-1922 hatten, wie schon vermerkt, diese Beziehungen zu bestehen aufgehört. Im Januar 1923 hatte Litauen durch Handstreich auch das frühere deutsche Memelgebiet an sich gerissen. Durch die Wilna- und die Memelfrage gleichzeitig belastet, war Litauen zu einem europäischen Krisenherd geworden. Und nun im Jahre 1938, nachdem eine neue litauische Verfassung ein autoritäres Regierungssystem sanktioniert hatte, wurde Litauen durch das polnische Ultimatum implicite gezwungen, die bestehende polnisch-litauische Grenze anzuerkennen. Hier in diesem Vorgang hat deutsch-polnische Zusammenarbeit das litauische Nachgeben veranlasst, ja selbst noch im März 1939 sollte die gegenseitige Rückendeckung der beiden Nachbarländer, Deutschland und Polen, nachwirken, und zwar in dem Augenblick, in welchem Litauen gezwungen wurde, Memel an Deutschland zurückzugeben. Das Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen gehörte zwar der Vergangenheit an, aber selbst sein Schatten erschreckte die kleinen Völker im östlichen Raum. Alles was in Litauen geschah, wurde in Danzig mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt. Dem Mann auf der Strasse erschien es im ersten halben Jahr 1938 immer noch als gewiss, dass Polen und das Reich gemeinsam auf Beute ausgezogen seien. Noch erinnerte sich jedermann an Hitlers Reichstagsrede vom 20. Februar, in der er von einer «immer freundschaftlicher werdenden Annäherung an Polen» sprach.

Er hatte ein Loblied auf Pilsudski gesungen, der «kein westlicher Parlamentarier, sondern ein polnischer Marschall» gewesen sei. Er hatte unterstrichen, dass dieses deutsch-polnische Zusammengehen den Völkerbund daran verhindert habe, weiterhin, wie es seine Gewohnheit gewesen sei, die Zustände in dem kriegsgefährlichen Sektor Danzig willentlich zu vergiften.

Und tatsächlich, in den ersten Zeiten, die auf den österreichischen Anschluss folgten, konnte man im Unterschied zu offiziellen Kreisen in der Öffentlichkeit keine Veränderung der Atmosphäre feststellen. In Danzig schien Polen immer mehr und mehr zuungunsten des Senats die nationalsozialistische Partei und den Gauleiter zu hofieren, dessen Person man als den direkten Vertreter des Kanzlers Hitler betrachtete. Im Monat Mai wurde der Gauleiter offiziell nach Polen eingeladen. Ich hatte diesen Besuch immer wieder bei Chodacki angeregt, zu seiner Durchführung hatte dieser entscheidend beigetragen. Nach einem Mittagessen beim Aussenminister besuchte Forster verschiedene grosse Städte, die polnische Ostgrenze und die hauptsächlichsten Industrien. Positives hat Forsters Besuch in der polnischen Hauptstadt nicht zur Folge gehabt. Mit einem Mann wie ihm hätte man viel massiver sprechen müssen, als es in den Gewohnheiten Becks und seiner Umgebung lag. Einzig wäre zu sagen, dass eine gewisse Tendenz, den Polen zu gefallen, bei Forster vorübergehend gesteigert wurde. Auf dem Obersalzberg aber betonte er bereits, dass im Falle eines Konflikts mit den Westmächten auf Polen nicht zu rechnen sei. Er kehrte damals vom Besuch bei «seinem Führer» sehr befriedigt zurück, und als er seine Tätigkeit wieder aufnahm, verkündete er: wenn man Polen seine ökonomischen Rechte in der Freien Stadt garantiere, so könne man bei Veränderung der politischen Institutionen der Freien Stadt auf wohlwollende Gleichgültigkeit Warschaws rechnen, was besagte, dass man von nun an nach Gutdünken handeln könne.

Damals aber musste man die gesamte deutsche Aussenpolitik vor allem unter dem Gesichtswinkel der tschechoslowakischen Frage betrachten. Stellte man sich aber in diese Perspektive, so musste man schon damals* erkennen, dass die deutsch-polnische Annäherung nicht von Bestand sein *könne*.

In der ersten Junihälfte des Jahres 1938 stellte ich einer Persönlichkeit aus der engeren Umgebung Hitlers eine direkte Frage über seine wirkli-

chen Absichten gegenüber der Tschechoslowakei. Ich berichtete darüber am Samstag, den 18. Juni 1938, an Walters:

Frage: «Wollte man in der Richtung auf Prag sehr weit gehen?» Antwort: «Ja und nein, ohne Begeisterung, im Innern hoben sich die Tendenzen gegenseitig auf. Im Grunde wollte man vorerst nichts anderes als Autonomierechte für die Sudetendeutschen.»

«Einige Bemerkungen: Alte pangermanistische Elemente, Deutsch-nationale, viele Universitätskreise trieben ausserhalb der Partei zur Aktion. Innerhalb der Partei war Goebbels am gefährlichsten, seine Propaganda wirkte im Sinne massloser Übertreibung der Ansprüche Hensleins.»

«Ein Grossindustrieller sagte mir, der Führer habe Widerstände, Gefahren und Vorzüge kalt abgewogen. Nach diesem Industriellen wäre zur Zeit Ribbentrop die gefährlichste Persönlichkeit. Er bezeichnete ihn als öffentliche Gefahr, erklärte, er sei unterdurchschnittlich begabt, urteilslos, weil er nicht den wirklichen nationalsozialistischen Typus darstelle, müsse er immer lauter brüllen als die Löwen. Der Industrielle setzte noch hinzu: «Nehmen wir einmal an, man begeht den Wahnsinn und annektiert die Tschechoslowakei, sehen wir von der Strategie ab, ökonomische Vorteile würde dies in keiner Weise bringen, weder im Gebiet der Ernährung, noch in demjenigen der Rohstoffe. Das Einzige, was uns die Tschechoslowakei geben würde, wäre eine der unsern ähnliche Schwerindustrie. Was Deutschland am meisten mangelt, da sind die Industriellen mit den Militärs einig, das ist das Öl.»

... «Der Industrielle betonte in diesem Zusammenhang das grosse Interesse, das Rumänien biete. Dies erinnerte mich an das Wort eines deutschen Fliegergenerals, der mir sagte, im Kriegsfall würde das Brennstoffproblem rasch zur Schicksalsfrage werden, die Leuna werke seien bis jetzt nur ein Luxus und deshalb spreche man in den informierten Kreisen von einer intensiven diplomatischen Arbeit in Budapest und Bukarest.»

«Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Hitler bei Anlass der Tschechenkrise die westliche Meinung bis zum Brechpunkt herausgefordert habe.»

Derselbe Gewährsmann meinte noch: «Die ganze Tschechenkrise schlug im Grunde zum Profit der Armee aus. In Berchtesgaden, im Verlauf der viel erwähnten Besprechung, hat Hitler eine laute, ungeduldige Szene gemacht. Die Leitungen der See- und Landstreitkräfte hatten ihm ein sehr negatives Exposé für den Fall eines militärischen Konflikts überreicht. Hitler hat hierauf allen Aufrüstungswünschen zugestimmt.

Man hat die Situation mit derjenigen von Juli 1914 verglichen und man betonte, wieviel stärker die Nerven des heutigen Regimes seien als diejenigen des letzten Monarchen und seiner Ratgeber, die den Krieg diplomatisch verloren hätten, ohne ihn begonnen zu haben. Zweifellos hat Hitler sein diesmaliges Zurückweichen nicht teuer bezahlt. Der einzige Beweggrund, der ihn zu unkontrolliertem Vorgehen hätte veranlassen können, war der, dass ausländische Presseorgane von seiner ersten Niederlage sprachen, die deutsche Presse ihrerseits hat es hervorgehoben, aber in ihren Spalten konnte man da und dort das Lob des Mannes lesen, der so stark sei, dass er mit überlegenem Lächeln alle Beleidigungen hinnehmen könne.» . . .

Bis hierher mein Informator, der Industrielle. Der Brief an Frank Walters lautet weiterhin:

«Bisher im Zusammenhang mit der Tschechenkrise befanden sich alle deutschen Würdenträger im Wettlauf um die polnische Gunst, was immer, hätte man den Polen versprochen. In Wirklichkeit ist jedoch die Lage zwischen den beiden Ländern schon sehr ungemütlich. Beide Regierungen, die deutsche und die polnische, sind auf ihrer Hut und spähen nach dem Augenblick, an dem sie zurücknehmen können, was sie bisher gegeben haben und noch mehr dazu . . .»

«Der Oberpräsident von Marienwerder, ein aus dem alten Regime hervorgegangener hoher Beamter und dabei treues Parteimitglied, sagte mir: ‚Wir können nicht, wie eine Aristokratie dies kann, platonische Aussenpolitik machen. Wir müssen immer an die Appetite der Menge denken, wir sind eine *wirkliche* Demokratie.‘ Hier liegt die Gefahr: dieser Massendruck innerhalb der Partei selbst ist vorhanden, aber es geht um die Frage, wer diesen Druck am besten wird ausnützen können, im Augenblick sicher noch Goebbels und Ley. Für den unstillbaren Appetit dieser öffentlichen Meinung braucht es ununterbrochen neue Ergebnisse. So sieht die Zwangslage der Diktatoren aus: . . . Immer muss Neues gebracht werden. Der Erfolg in Österreich ist schon verbraucht, jetzt sind die Tschechen dran – und wenn es morgen nicht beispielsweise die Kolonien sind, so wird irgendeine andere Episode beginnen.»

. . . «Tschechoslowakei, Kolonien, Judenfrage, Litauen, russische Propaganda, lauter Fragen, die den beiden Nachbarländern gemeinsam sind, aber wenn es Gemeinsamkeiten gibt, so sind ebenso viele Konflikthanlässe vorhanden. Unter diesen sind nicht die schwächsten eine völlige Verschiedenheit des Temperaments, im Grunde eine angeborene Antipathie. Dabei ist allerdings die Antipathie der Polen ge-

gen die Deutschen eher schwächer als diejenige, die sie für die Tschechen empfinden. Hass zwischen Vettern . . .»

«Wenn nach wie vor deutsche Angriffspläne gegen Böhmen bestehen, jetzt wo nach der Annexion Österreichs das strategische Interesse eher abgenommen hat, so ist der Umstand bestimmend, dass Polen und Ungarn diese Angriffsabsichten teilen und dass die slowakischen Autonomiebestrebungen Erfolg haben . . . Allerdings wird keine polnische Initiative ergriffen werden, die schwerwiegende Ereignisse entfesseln könnte.»

«Die Polen halten sich an die alte lateinische Formel des sowohl als auch, an eine Politik, die, wenn sie Erfolg hat, als sehr geschickt wird angesehen werden, die aber wahrscheinlich zur Isolierung führen muss. Wäre ich Pole, so würde ich vielleicht aus Gründen eines gewissen Aberglaubens mich davor scheuen, zuviel Interesse an der Aufteilung der anderen zu zeigen.»

Am 20. August 1938 schrieb ich einen weiteren persönlichen und vertraulichen Brief an Frank Walters, dort heisst es:

«Nun sind wir an dem Schicksalsmoment angekommen, den ich seit Jahren nahen fühlte und dessen drohendes Bevorstehen mich im Jahre 1937 dazu vermocht hatte, mein privates Leben und meine Arbeiten zu verlassen und diese Aufgabe zu übernehmen, was jetzt im Begriffe steht, sich als ein sinnloses Opfer herauszustellen.»

• «Hier, wo ich jedes Symptom mit grosser Aufmerksamkeit beobachte, erscheint die Atmosphäre seit ungefähr acht Tagen etwas weniger drückend. Balbos Intervention hat eine leichte Wirkung ausgeübt. Innerhalb der Tschechenkrise, man muss dies anerkennen, war es zweimal Italien, welches die Katastrophe verhindert hat. Die Beziehungen zwischen den beiden totalitären Staaten haben darunter gelitten.»

«Ein durchreisender deutscher Diplomat sagte mir neulich: ‚Zur Zeit haben wir Schwierigkeiten mit unseren faschistischen Freunden.‘ Aber man muss diese Abkühlung nicht überschätzen, solche Diplomataussprüche sind offiziös im Sinne Ribbentrops. Hinter Balbos Aktion wirken auch sehr starke deutsche Einflüsse, vor allem diejenigen gewisser Militärs und dann zweifellos Görings. Während der Spannungen dieses Sommers war unter den Parteiführern Göring der vernünftigste. Er hat sich immer jedem Abenteuer widersetzt. Ich sah in Ostpreussen Personen seiner Umgebung, zu denen er in diesem Sinne sehr deutlich gesprochen hat, gleichzeitig aber muss man feststellen, dass sein Einfluss auf Hitler weitgehend abgenommen hat. Ich sagte dies im letzten Herbst zum polnischen Aussenminister, welcher mir widersprach, heute weiss es jedermann, und Göring wird innerhalb der Partei angegriffen, man

schimpft ihn einen Reaktionär und versucht, ihn bei den Parteimassen zu kompromittieren. Er ist in der Partei isoliert, aber trotz den Anstrengungen seiner Hauptgegner, Goebbels und Ley, genießt er noch Sympathien, nicht nur bei den Offizieren und Vertretern der früheren Oberklasse, sondern in zahlreichen Gruppen, unter anderem den Unteroffizieren, den alten Frontkämpfern, den Bewohnern der Grossstädte, in allen Schichten . . . Sein gefährlichster Gegner ist natürlich der Chef der SS, Himmler. Schon lange versucht es dieser, die bewaffnete Macht in die Hand zu bekommen. Die Affäre des 4. Februar, die Verleumdungskampagne gegen den General Fritsch, die Affäre Blomberg, alles in vortrefflicher Regie durchgeführt, entsprach einer langsamen Progression Himmlers zu einem Ziel, das er nur im Gegensatz zu Göring wird erreichen können.»

«Es ist Himmler, der auf dem Obersalzberg die bewaffnete Intervention der Tschechoslowakei propagiert, wiederholt ist er aus seiner vorsichtigen Reserve herausgetreten, und neulich hat er vor Zeugen gesagt: ‚Wenn die Generale streiken, werde ich mit meinen beiden SS-Divisionen allein handeln. Das war eine ruhmredige Drohung, und schliesslich hat er natürlich nichts getan, es liegt auch keine Gefahr vor, dass er es tun wird. Lebensgefährlich dagegen ist der Umstand, dass er, Himmler, die Mittel besitzt, die spontane Revolution im Sudetenland zu entfesseln. Er hält die ganzen deutschen Minoritäten organisatorisch in der Hand. Er kann gegen den Willen der Reichsregierung, ja sogar ohne ihr Wissen, handeln. Ist einmal deutsches Blut vergossen, so wird Hitler den Kopf verlieren. Alle Extremisten der Partei, wie unser Gauleiter Forster, stehen zu Himmler. Sie haben noch nichts begriffen, sie wännen, auch die Konflikte in Zentraleuropa würden sich lokalisieren lassen, ja viele dieser schrecklichen Gelegenheitspolitiker sagen ganz offen, dass ein allgemeiner Krieg unter sehr viel günstigeren Voraussetzungen stattfinden würde als 1914/18. Himmler weiss, dass es eigentlich keine Reichsregierung gibt, sondern dass alle diese revolutionären Inkarnationen, diese verschiedenen Führer, sich eigentlich nur uniformiert haben, um den Eindruck einer im Grunde nicht existierenden Einheit zu erwecken. In dieser Tschechenaffäre gibt es noch keine allgemeine Tendenz, es gibt nur widersprechende Einflüsse, die auf Hitler wirken und denen er sich hingeben wird nach Massgabe seiner subjektiven Wahl, seiner Passionen.»

Und nun folgende Feststellung. Nachdem von der «öffentlichen Meinung» und ihrem Druck innerhalb der Partei die Rede gewesen war, heisst es:

«Es gibt eine Reaktion der Meinung, sie hat spät eingesetzt und sie ist langsam; derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellung machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfang, von Krieg zu reden . . . Das Geflüster von gestern wird heute zum offenen rebellischen Ausspruch. Nie habe ich so deutlich gespürt, dass die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.»

«Ich will nun versuchen, Ihnen ohne Kommentar einige bedeutungsvolle Aussprüche wiederzugeben, die ich seit dem letzten Frühjahr festgehalten habe, alarmierende Aussprüche und auch ihr Gegenteil. Sie werden selbst urteilen.»

«Mitte Juni, Forster: ‚Der Führer schafft eine Wüste von Eisen und Zement entlang seiner westlichen Grenze, um im Oktober freie Hand gegen den Osten zu haben.‘»

«3. August, Greiser: ‚Ich komme aus Berlin, ich habe Weizsäcker gesehen, er ist sehr sorgenvoll. Was meint er wohl mit Folgendem? Er hat mir erklärt, im September wird die Gefahr ihren Höhepunkt erreichen.‘»

«12. August, der Präsident des Distriktes Marienwerder: ‚Im September wird Moltke* in Warschau seine grosse Karte spielen müssen.‘»

«13. August, der schon erwähnte Diplomat: ‚Mit dem Chef, den wir augenblicklich haben, muss man die grössten Dummheiten erwarten, glücklicherweise ist sein Einfluss beim Führer auch wieder im Abnehmen‘ (es handelt sich um Ribbentrop).»

«Gegenteilige Symptome, der Polizeipräsident, 12. August: ‚Ich habe Brauchitsch gesehen, er wird durchhalten, er wird den Wahnsinn verhindern.»

«13. August, ein Diplomat: ‚Die Italiener haben den Führer ganz unsicher gemacht. Die Intimen seines Kreises haben ihm eingeredet, die Aktion werde sich isolieren lassen, die Italiener haben ihm die Augen geöffnet, die Militärkredite haben in Berchtesgaden zugenommen, seit den Rückschlägen, die die Japaner in China erfahren. Die Generäle haben recht behalten, sie profitieren von der Lage. Ribbentrop, der sich immer an seine japanische Politik klammert, wird durch die Ereignisse abgewertet.‘»

. . . «14. August, ein Grossgrundbesitzer aus Ostpreussen (sehr wohl informiert): ‚Die Gefahr, den Führer Wahnsinnstaten begehen zu sehen, nimmt ab. Im Augenblick, in welchem Ribbentrop eine positive Antwort auf das japanische Garantiesuch für den Fall eines japanisch-russi-

* Hans Adolf von Moltke (1884-1943), Mitglied der gemischten Kommission für Oberschlesien 1922-1924, Dirigent der polnischen Angelegenheiten in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes. 1931-1934 als Gesandter in Warschau, 1934-1939 als Botschafter. Hervorragender deutscher Diplomat, stand durch seinen Schwager Yorck von Wartenburg dem «Krcisauer Kreis» nahe.

schen Krieges empfahl, hat Hitler nein gesagt und hat zu seiner Umgebung von europäischer Solidarität gesprochen.’»

«15. August, ein General: ‚Das Volk will nicht vom Krieg sprechen hören, es wird sich widersetzen. Die Erinnerungen an die vergangenen Leiden sind noch zu nah.’» . . .

«Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen Fahrt*, hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schliesslichen und unvermeidlichen deutschen Katastrophe. Aus diesem Grunde treibt man die Deutschen in ihre Fehlhandlungen hinein, und in Danzig lässt man mit Vergnügen die Extremisten triumphieren, während man gleichzeitig immer wieder das Festhalten an den äusseren Formen der Verträge betont. Eines Tages wird man dann die Rechnung präsentieren und Zinsen und Zinseszinsen einfordern. Schon jetzt, indem man in dieser Weise mit den Nationalsozialisten kollaboriert, ist es gelungen, im ganzen Westen, in Frankreich, England und Amerika eine solidarische Abneigung gegen jede Revision der Verträge zu schaffen.»

«Das war 1932 ganz anders. Damals hat mehrheitlich die westliche Meinung in den grossen Demokratien sich für die deutschen Minoritäten eingesetzt. Man regte sich über schlecht gezogene Grenzen auf, über isolierte Provinzen. Dank den exzessiven Methoden des Nazismus ist das alles beendet, und jetzt hofft man im Stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreussen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerelien, aber jetzt sagt man ‚unser Pommern’. Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlass dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken.» . . .

«Ich bin hier völlig allein, einflusslos und sehr niedergeschlagen über alles, was ich sehe, im Gefühl, nichts verhindern zu können.»

Soweit dieser Bericht.

Im Grunde war das erstaunlichste Phänomen im Laufe des Jahres 1938 die Resignation der ausserhalb der deutschen Grenzen lebenden eu-

* Vgl. S. 153 ff.

ropäischen Völker. Schon im März hatte einer der besten polnischen Beobachter, Anatol Mühlstein*, geäußert, von den Tschechen sei keine heroische Reaktion zu erwarten. Osusky, der damalige tschechische Gesandte in Paris, habe ihm gesagt, wenn die Tschechen während Jahrhunderten im Verbände des Deutschen Reiches hätten leben können, so werde ihnen das auch in der Zukunft möglich sein, auf alle Fälle werden sie keinen Krieg führen, um es zu vermeiden³. Zur gleichen Zeit sprach Mühlstein auch von der französischen Mutlosigkeit, ja er sagte das Ende der polnisch-französischen Allianz voraus. Solche Äusserungen, die der genaue und im Urteil sehr subtile Szembek an seine Umgebung weiterzugeben pflegte, kamen mir häufig durch Marjan Chodacki zu Ohren.

Schon am 25. Mai 1938 hatte der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, zu Aussenminister Georges Bonnet geäußert: die Tschechoslowakei sei «ein willkürliches Compositum mixtum zahlreicher einander äusserst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land»⁴.

Die alten, grossen Föderativpläne Pilsudskis regten sich wieder. Die polnisch-slowakische Gesellschaft wurde am 2. April 1938 in Teschen gegründet. Polens Führerschicht der slawischen Völker wurde durch den Senator Buday verkündet. Eine slowakische Bewegung regte sich in den Vereinigten Staaten, amerikanische Slowaken landeten in Gdynia. Überall, in allen Hauptstädten, machte die polnische Diplomatie antitschechische Propaganda. Nach der Ansicht einiger seiner Mitarbeiter gingen Becks Entwürfe in der Richtung einer Verbrüderung Polens mit der Slowakei, vielleicht sogar auf dem Wege einer Realunion, wie sie im Rahmen der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie bestanden hatte.

Es gab jetzt eine «polnische Front» innerhalb der Tschechoslowakei. Schon am 21. März 1938 hatte Beck in einem Interview erklärt, die im Teschengebiet ansässigen 250'000 Polen hätten das Recht, dieselben Unabhängigkeitsansprüche zu stellen wie die Sudetendeutschen. Polnische Truppen wurden an der Mährischen Pforte und an den Karpaten zusammengezogen, man klagte über die Tschechen und über ihre gefährliche Begünstigung der Komintern.

* Anatol Mühlstein (geb. 1889), War vom 25. 5. 1919 bis 1. 5. 1930 an der Gesandtschaft in Brüssel, vom 1. 5. 1930 bis Juni 1936 als Botschaftsrat in Paris tätig. Beck liess ihn wegen seiner anscheinend allzu grossen Bündnistreue gegenüber Frankreich im Juni 1936 abberufen.

Die Tschechoslowakei hatte damals einen sehr begabten Botschafter in Warschau, Slawik, einen überlegenen Vertreter der Prager Aussenpolitik. Am Tage, an welchem Benesch seine versöhnliche Rede an die Adresse der slowakischen Volkspartei hielt, beauftragte er Slawik, einen Plan auszuarbeiten, Methoden zu finden, um die tschechisch-polnischen Beziehungen zu entspannen. Der polnischen Volksgruppe wurden grösste Wirtschaftsvorteile angeboten. Rasch und geschickt wurde mit der polnischen Opposition zusammengearbeitet. Ein Beispiel hiefür sind die Verhandlungen mit einem Hauptgegner von Becks Politik, dem Vizeministerpräsidenten Kwiatkowski*. Greifbare, wirklich einleuchtende, wirtschaftliche Argumente wurden damals gebraucht, und Kwiatkowski versuchte es, den Tschechen, die seit dem Anschluss Österreichs vom deutschen Verkehrsnetz fast ausschliesslich abhingen, den Seeweg über Gdynia für ihren Export zu empfehlen. Innerhalb der Opposition ging Prof. Stronski so weit, ein polnisch-tschechisches Bündnis vorzuschlagen. In Bezug auf die Tschechenpolitik wirkten innenpolitisch gegen Beck die sozialdemokratische Partei, die Bauern und die Kommunisten.

Gerüchtweise jedoch verlautete in Danzig schon im Mai, die antitschechische Tendenz in Polen habe gesiegt. Und bald erfuhren wir, dass am 12. Mai in einer Konferenz der regierenden Gruppe unter Teilnahme von Rydz-Smigly, Moscicki** und Beck und in Abwesenheit von Kwiatkowski und Slawoj-Skladkowski beschlossen wurde, den polnisch-tschechischen Handelsaustausch in keiner Weise zu drosseln, aber alle politischen Angebote Beneschs zu ignorieren. Augenscheinlich hat bei dieser Gelegenheit Botschafter Lipski eine entscheidende Rolle gespielt. Er betonte, wie sehr bei einer positiven Geste gegen« über Prag die Lage Polens zu Deutschland sich verschlechtern würde.

Über den weitem Verlauf der Sudetenkrise hatte schon der Monat Mai Klarheit verschafft. Die tschechische Teilmobilmachung vom 20. Mai war mit einer unrichtigen Meldung begründet worden, nach welcher das

* Eugeniusz Kwiatkowski (geb. 1888), Min. für Handel und Industrie (8. 6. 1926-4. 12. 1930). Eigentlicher Schöpfer Gdynias, der poln. Handelsflotte u. der Kohlenmagistrale, bedeutender Wirtschaftsplaner, stand Rydz-Smigly nahe.

** Moscicki, der im allgemeinen politisch wenig hervortrat, spielte in diesem Zusammenhang eine sehr aktive Rolle.

Reich in Niederösterreich, Sachsen und Schlesien Angriffsarmeen konzentriert habe. Beck höhnte missbilligend: «Benesch ist entschlossen, Europa in einen allgemeinen Alarmzustand zu versetzen.» Bei Beneschs Massnahme aber handelte es sich primär um Kontrolle der Gemeindevahlen, ein Sieg der ethnischen Minoritäten erschien für Prag bedrohlich. Die tschechische Truppenbewegung hatte nicht den gewünschten Erfolg, im Gegenteil sie wurde selbstverständlich von deutschen, polnischen und ungarischen Agenten dazu benützt, überall in Böhmen Unruhen zu provozieren. Ganz allgemein fürchtete man damals, dass Hitler «schlagartig», wie der Modeausdruck der Nationalsozialisten lautete, vorgehen würde. Es war Sir Nevile Henderson, welcher am 21. Mai die Reichsregierung vor den Folgen einer militärischen Gewaltlösung warnte. Er betonte, im Falle eines deutschen Angriffes würde Frankreich vertragsgemäss veranlasst sein einzugreifen, und ohne vertragliche Argumente, einfach durch die politische Notwendigkeit könne England in die Lage kommen, die französische Aktion unterstützen zu müssen. In Paris wurde dieser englische Schritt in der Nacht vom 21. auf den 22. Mai bekannt. Die Franzosen selbst haben damals in Berlin keine entsprechenden Eröffnungen gemacht, obwohl sie nicht wie die Engländer über ihre Handlungsfreiheit verfügten, sondern tatsächlich die vertraglich Gebundenen waren. Bonnet hat dann versucht, die Polen vorzuschicken. Am Morgen des 22. Mai liess er Lukasiewicz kommen und forderte ihn auf, Beck die französische Auffassung zu übermitteln, nach welcher Polen sich in Berlin dem englischen Schritt hätte anschliessen sollen. Lukasiewicz telephonierte sofort nach Warschau, und durch seinen Anruf wurde Beck gezwungen, über Polens Verhalten im Falle des Ausbruchs eines bewaffneten Konfliktes aufs Neue nachzudenken. Beck war immer davon überzeugt gewesen, dass die französische Politik sich in völliger Abhängigkeit von der englischen befinde. Das Verhalten Bonnets aber liess ihn unsicher werden. Die ausländischen Botschafter empfing Beck am Nachmittag des 22. Mai. Damals machte ihm der britische Vertreter Kennard offizielle Mitteilung von dem in Berlin erfolgten Schritt des Foreign Office. Noël wiederum äusserte sich in genau derselben Weise, wie es Bonnet gegenüber Lukasiewicz getan hatte.⁵

Im Begriff, nach Skandinavien aufzubrechen, gab Beck sodann am 23. Mai den Beschluss bekannt, dass Polen sich dem englischen Schritte

nicht anschliessen würde. Szembek dementierte den Inhalt des Augur-Artikels*.

Sicher hat Beck die Trennung von Tschechen und Slowaken gewünscht, aber für den Kriegsfall suchte auch er nun, nachdem er viel zu weit gegangen war, von Deutschland Distanz zu nehmen. Im Falle einer grossen bewaffneten Auseinandersetzung wollte er nicht an der Seite Hitlers kämpfen. Und doch, auf die Tschechen übte er weiterhin Druck aus, und er reklamierte wegen angeblicher Truppensammlungen an der polnischen Grenze. Der Ton, den er Prag gegenüber anschlug, war ausserordentlich herrisch. Die Prager Regierung kam allen Wünschen der Nachbarn und der Westmächte damals soweit entgegen, als dies für eine noch souveräne Regierung überhaupt möglich scheint. Bis zur Gebietsabtretung konnte sie nicht gehen, aber die Autonomievorschläge, die sie machte, die Befriedigung der Minderheitsansprüche, die sie versprach, veranlassten die englische und die französische Regierung, ihr Einverständnis zu erklären, was zweifellos ein Präjudiz schuf für die viel schwierigeren Verhandlungen, die vier Monate später in München stattfinden sollten. Beneschs falscher Alarm aber hatte zur Folge, dass Hitler einem kleinen Kreis seiner Paladine eröffnete, die tschechoslowakische Republik müsse noch im Laufe des Jahres militärisch zerschlagen werden. Es wurde auch schon der 1. Oktober als Tag der Exekution festgesetzt. Beck schaute der Bestätigung seiner Voraussage durch die Ereignisse entgegen, bereit, sich im Augenblick ihres Eintreffens seinen Anteil raschestens zu sichern.

Es gibt eine Aufzeichnung Wezsäckers über ein Gespräch, das er mit seinem Chef am 19. jenes Monats führte. Damals erklärte Ribbentrop, der Führer sei fest entschlossen, die tschechische Angelegenheit mit Waffengewalt zu regeln. Mitte Oktober bezeichnete er aus flugtechnischen Gründen als den letzten möglichen Termin. Wezsäcker wandte seine nun sehr ausgebildete Methode an, die einzig anwendbare. Sie bestand darin zuzustimmen und dann ein zweifelndes Aber einzuschieben, das die für die Akten bestimmte Zustimmung nachwirkend wieder auf löste. Er sagte, man müsse in Bezug auf die Tschechoslowakei das Stadium englischer

* Der Journalist Poliakov, unter dem Pseudonym Augur, veröffentlichte einen, wahrscheinlich französisch inspirierten, Artikel, der die Behauptung enthielt, Beck habe Moltke erklärt, dass im Kriegsfall Polen an der Seite Frankreichs fechten würde. Dieser Artikel hat damals sehr verstimmend auf Beck und seine Umgebung gewirkt.

Interessenabnahme, englischer Toleranz ab warten, bevor man ohne ein untragbares Risiko handeln könne. Es war dies ein Gespräch, von welchem Weizsäcker selbst sagt, es sei im Unterschied zu vielen anderen ruhig, fast vertraulich verlaufen, was ein Eingehen des Aussenministers auf seine Ansichten andeutet. Aber schliesslich wischte der Gesprächspartner des Staatssekretärs die Frage und die Überlegungen, die sich aus ihr ergaben, einfach unter den Tisch, indem er unter völligem Verzicht auf jegliches Nachdenken zu Weizsäcker sagte: «Sie unterstehen mir, ich unterstehe dem Führer, der Führer hat sich noch nie geirrt, seine schwersten Entschlüsse und Handlungen liegen bereits hinter ihm. Man muss an sein Genie glauben.» Der Geniebegriff, der unter den Händen der Literaten so überdimensioniert und hohl geworden war, spielte in jenen Jahren eine besondere Rolle, nicht nur in Berlin, in Warschau ebenso gut wie in Moskau.

Am 13. Juli 1938 befand sich der polnische Aussenminister in Riga, mit lettischen und litauischen Ministern hatte er damals den Artikel 16* des Völkerbunds Paktes besprochen, und er hatte sich bemüht, die Politik Polens und der baltischen Länder in Einklang zu bringen. Kurze Zeit nach dieser Intervention erfolgte der Beschluss der sogenannten «Oslo-Mächte», sich vom Sanktionssystem zu distanzieren**.

Vor seiner Abreise aus Riga hatte Beck den lettischen Journalisten erklärt, dass seine Regierung jeden «Automatismus» des Völkerbundes missbillige, Polen werde zwar noch nicht aus der Genfer Organisation austreten, aber aufs Deutlichste würde man schwerwiegende polnische Vorbehalte formulieren.

Am 17. Juli kehrte Beck nach Warschau zurück. Am 20. erschienen in der polnischen Presse scharfe Auslassungen über die Misshandlung von Polen in der Tschechoslowakei. Am 22. Juli aber traf Beck überraschend in Danzig ein, er stieg bei Chodacki ab. Von seinem Eintreffen und seinem kurzen Aufenthalt erhielt ich nur indirekte Nachrichten, aber am nächsten Tag suchte Chodacki mich auf und teilte mir mit, dass ihm sehr viel daran liegen würde, wenn ich am Abend an einem Diner bei General Regulski*** in dessen Landhaus auf der Halbinsel Heia teilnehmen könnte.

* Siehe S. 14.

** 23.24. Juli 1938, 7. Konferenz der nordischen Regierungen in Kopenhagen.

*** Bronislaw Regulski (geb. 1886), 1939 zum Kriegsminister nach Warschau detachiert.

In meinem Brief an Walters vom 20. August 1938* heisst es: «Bei meiner nächtlichen Fahrt mit Beck.» Hiemit hat es folgende Bewandnis:

Die Halbinsel Heia ist der Danziger Bucht vorgelagert. Von der engen Strasse, die durch die Landzunge führt, sieht man durch die Stämme des Kiefernwaldes gleichzeitig die Bucht und die offene Ostsee, so schmal ist der Streifen, an dessen Ende sich das aufblühende Polen kleine Hotels und einige hübsche Villen gebaut hatte. Der Abend bei General Regulski steht mir in besonders angenehmer und doch in wehmütiger Erinnerung; wie wenige von den in seinem gastlichen Haus versammelten heiteren Gästen sind heute mehr am Leben! Gegen 11 Uhr abends, Türen und Fenster waren auf die schöne Sommernacht geöffnet, bat mich Chodacki, mit ihm ein paar Schritte bis zum Strand zu machen. An einer beschatteten Stelle lag ein Boot. Mein Begleiter bat mich einzusteigen. Zwei Matrosen ruderten uns hinaus, und bald wurde der dunkle Körper eines Avisos sichtbar. Wir stiegen an Bord, und auf dem Schiff empfing uns, in einen festen Mantel gehüllt, der polnische Aussenminister. Wir setzten uns auf zwei bereitgestellte Sessel am Schiffsbug, und die Fahrt in die Nacht begann. Beck beschränkte sich auf Allgemeines.

«Danzig», erklärte er, «ist zum Prüfstein geworden. Von der Art, wie man in Berlin die Danziger Frage behandelt, wird weitgehend unsere eigene Politik abhängen. Ich bin jederzeit bereit, mit Hitler weiterhin zu reden. Aber es muss ihm klar gemacht werden, welchem Potential Deutschland gegenübersteht und dass schon bald der Moment gekommen sein wird, an dem es gilt einzuhalten. Hitler schliesst von den Erfolgen, die er und seine Partei im Innern eines durch den letzten Krieg geschwächten Landes gegenüber einer politisch unerfahrenen, äusserst suggestierbaren Bevölkerung errungen hat, auf unbegrenzte Erfolgsmöglichkeiten in der Aussenpolitik. Auf einen Ausgleich mit Russland kann er nicht rechnen. Russland wird niemals gestatten, dass das Reich die polnische Integrität antastet, Russland hat kein Interesse an einer gemeinsamen Grenze mit Deutschland. Das Element des Wahnsinns (cet élément de folie), das die empirisch denkenden Engländer an Hitlers überstürzten Entschlüssen zu erkennen glauben, wirkt sehr stark auf die öffentliche Meinung der Briten im antideutschen Sinn, und die stärksten antideutschen Propagandisten, die Refu-

*Vgl. S. 147.

gianten, tun in England, wie in Amerika, das ihre. In Frankreich gibt es wegen der Kommunistenangst im Bürgertum leichte faschistische Tendenzen, aber die Angst vor den Deutschen ist grösser als die Angst vor den Bolschewiken, – die sind weit weg. Wird Polen angegriffen, so marschiert die französische Armee. Einen Zweifrontenkrieg könnte Hitler nicht führen. Die Wehrmacht ist mit der kaiserlichen Armee von 1914 nicht zu vergleichen. Unsere eigenen Streitkräfte aber sind auf einen elastischen, hinhaltenden Bewegungskrieg eingerichtet. Man wird grosse Überraschungen erleben.»

«Wenn Hitler aber von gleich zu gleich reden und Beweggründe annehmen will, so gibt es gemeinsame polnisch-deutsche Interessen. Auf dem Weg eines Austausches unter Gleichberechtigten, ohne Druck und Drohung, werden wir mit dem Reich noch über manche aus dem Versailler-Vertrag übrig gebliebene Schwierigkeiten reden können. Die hybride Gründung (la création hybride)* der Freien Stadt hat 1918 mit der Absicht stattgefunden, zwischen Polen und Deutschland dauernde Unstimmigkeit zu schaffen. Wie der grosse Marschall habe ich immer alles getan, um diesen versteckten Absichten entgegenzuwirken. Aber Hitler muss unsere Ehre respektieren. Setzt er seinen Druck fort, so werde ich Druck mit Gegendruck erwidern.»

Beck monologisierte wie alle seine nach dem Diktatortypus hintendierenden Zeitgenossen. Was sollte dieses Gespräch? Die allgemeinen Bemerkungen des Staatsmannes unterschieden sich völlig von den taktisch bedingten Äusserungen, die er beispielsweise in Riga und die er vor kurzer Zeit mir selber noch gegenüber gemacht hatte. Noch vor Abschluss des ersten Aktes der Sudetenkrise, mitten in einer Periode scheinbarer polnisch-deutscher Interessengemeinschaft, waren seine Äusserungen illusionslos und klar. Nur in Bezug auf Russland täuschte sich der Aussenminister, augenscheinlich wollte er eben in Bezug auf den östlichen Nachbarn seines Landes den schlimmsten Fall gar nicht ins Auge fassen. Von den militärischen Aussichten aber eines Waffenganges mit Deutschland sprach er als Oberst der polnischen Armee.

Mir scheint, dass Jozef Beck seinerzeit von seiner Tätigkeit als Militärattaché in Frankreich** mit einer gewissen Erbitterung zurückgekehrt war, einem Gefühl, das sich vorübergehend auf den Westen überhaupt mag erstreckt haben. England kannte er wenig, die englische Po-

* Vgl. S. 24.

** in deren Verlauf ihm eine unkorrekte Handlung vorgeworfen wurde, was seine Abberufung zur Folge hatte.

litik gegenüber Russland nach der Schlacht bei Warschau löste in seinem Bewusstsein wie bei allen Paladinen Pilsudskis schlechte Erinnerungen aus. Seit dem 12. Mai 1937 aber hatte sich in dem begabten und sehr verborgenen Jozef Beck etwas verändert. An jenem Tage nämlich hatte er die englischen Krönungsfeierlichkeiten erlebt und bei dieser Gelegenheit erhielt er, – er hat es mir selbst einmal gesagt –, einen unauslöschlichen Eindruck von Macht, Stabilität und historischer Grösse. Es handelte sich dabei für ihn nicht um eine grundlegende Entscheidung, nicht um einen bewussten intellektuellen Akt, nicht um einen Entschluss, sondern nur um ein Imponderabile, einen lange nachwirkenden Eindruck.

Das Jahr 1938 brachte für ihn und sein Land die zweifelhaften Ergebnisse der polnisch-deutschen Entspannungspolitik, welche einem innerhalb von internationalen Rechtsnormen handelnden Deutschland gegenüber richtig gewesen wäre, die im Kontakt mit Hitlers Regime aber sich schliesslich nur in unheilvolle Konsequenzen verlieren konnte. Beck versuchte noch zu dem Zeitpunkt, von dem hier die Rede ist, Nutzen aus einer aussenpolitischen Kombination zu ziehen, an die er nicht mehr glaubte. Das belastete ihn dem Westen gegenüber, und was die deutsche Reichsregierung anbetrifft, so setzte bei ihr das Misstrauen ein, das dann rasch zu Rachegefühlen und auf den kurzen Wellen von Hitlers Reaktionen zum Vernichtungswillen führte. Zwischen jenem 12. Mai 1937 und dem 6. April 1939 ist die tschechische Tragödie gespielt worden, jener 6. April 1939 aber war die Folge ihres extremen Aktschlusses, es ist der Tag, an welchem die englische Regierung den Polen den Garantievertrag anbot, den Polen annahm, wie es zuvor schon die Rumänen getan hatten. April 1939 sind für Polen die Würfel endgültig gefallen. Dieses Ereignis stand zeitlich schon ganz nahe bevor, aber es war noch den meisten verhüllt durch das tägliche taktische Geschäft. Am 27. Juli 1938 protestierte Beck gegen die Umtriebe tschechischer Kommunisten in Polen.

Wenn ich es versuche, mir das Bild dieses Staatsmannes über so viele Jahre hinweg sichtbar zu machen und gewisse Leitgedanken seiner Politik zu erkennen, so gelange ich zu folgenden Ergebnissen.

Das Bild des Mannes: Jozef Beck war der Sohn eines österreichischen Beamten; er war Militär und hatte als Paladin Jozef Pilsudskis eine aben-

teuerliche Laufbahn hinter sich. Vor seinem politischen Aufstieg hatte er seine Haupttätigkeit im Nachrichtendienst ausgeübt. Von dieser Verwendung hafteten ihm ganz bestimmte Züge an, unter anderm ein geheimnisvolles Gebaren und die Tendenz, sich immer als denjenigen zu geben, der mehr wusste als die andern und über die hintersten Hintergründe des Geschehens orientiert war. Beck verfügte über einen rasch schaltenden, kombinationsfähigen Verstand, misstrauisch vermutete er bei den andern oft allzu komplizierte Beweggründe, direktes Vorgehen, ja Brutalität konnte er sich dadurch erklären, dass er sie für Bluff hielt. Er selbst war ein Billardspieler der Politik, und er spielte immer mit leisen Effekten unter Ausnützung der «Banden» des Billardtisches. Beck war von Bewunderern umgeben, von «yes-men», die nie widersprachen. Im Gegensatz zu dem, was seine ganze Haltung zum Ausdruck brachte, war er tatsächlich über die grossen internationalen Vorgänge nur sehr unvollständig orientiert. Dieser Mangel an Sachkenntnis wird besonders deutlich auf seinem eigensten Gebiet. Als Generalstabsobers – diese Eigenschaft hat er immer hervorgekehrt – hatte er falsche Vorstellungen von der Schlagkraft der polnischen Armee, ihre Möglichkeiten hat er überschätzt, seinem Irrtum soll er auf der Flucht nach Rumänien bereden und tragischen Ausdruck gegeben haben. Bis zum letzten Moment glaubte er nicht an den monomanen Trieb, der Hitlers «Vabanque-Spiel» leitete. Alles, was von Hitler ausging, hielt er für Täuschungsmanöver. An die gewaltige Schlagkraft der Wehrmacht glaubte er nicht. Beck hatte das hektische Temperament der Tuberkulösen, in Augenblicken physischer Rückschläge und plötzlicher Erschöpfung erschien er manchen Beurteilern, wie beispielsweise Duff Cooper, als schwerer Alkoholiker; Beck trank, um sich zu stimulieren, wenn er am Rande seiner Kräfte angelangt war.⁶

Was seine Politik anbetrifft, so muss man, um sie zu verstehen, Folgendes festhalten: die beiden einzigen Alliierten Polens zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg waren Frankreich und Rumänien. Wir haben mehrfach erwähnt, dass in Bezug auf die tatsächliche Wirksamkeit der französischen Allianz von 1921 ein Fragezeichen gesetzt werden muss, besonders im Zusammenhang mit den polnischen Beziehungen zu Sowjetrussland. Was das polnisch-rumänische Bündnis anbetrifft, so war es zweifellos mehr als prekär.

Beck verhielt sich negativ gegen jede Politik, die einseitig Sowjet-Russland bevorzugte, was vor allem Eduard Beneschs Tendenz war, der immer mit Zähigkeit daran gearbeitet hat, Russland in das westliche System als bestimmenden Faktor einzugliedern. Im Gegensatz somit zur Tschechoslowakei hat Polen sich bemüht, sein Gleichgewicht zwischen Deutschland und Russland zu finden. Dieses Bestreben hätte, wenn man es mit einem staatsmännisch geleiteten Deutschland zu tun gehabt hätte, die grössten Vorteile geboten. Es klingt sehr schön, wenn man die noch von Pilsudski veranlasste deutsch-polnische Deklaration vom 26.1.1934 liest, durch welche feierlich auf *jede* Anwendung von Gewalt innerhalb der gegenseitigen Beziehungen verzichtet wurde. Zwei Jahre früher schon war der polnisch-sowjetrussische Nichtangriffspakt vom 25.7.1932 unterzeichnet worden. Man hatte ihn zwei Jahre später in seiner Gültigkeitsdauer verlängert, und zwar bis zum Jahre 1945 (!). Diese Verträge nun waren die beiden Pfeiler, auf denen die Politik Jozef Becks beruhte. Diese Politik erscheint realistisch, ja sogar korrekt, bis zum Augenblick der Teschener Affäre 1938. Damals, als Polen und Ungarn einen Wettlauf antraten, um sich die Reste der von Deutschland vergewaltigten Tschechoslowakei anzueignen, hat Beck aufgehört, klar zu sehen. Die internationale Gesamtlage, die schon deutlich erkennbare Zukunft hätten ihn daran verhindern sollen, an jener den allgemeinen Konflikt unvermeidlich machenden Tat Hitlers teilzunehmen. Die Haltung Russlands gegenüber den Opfern des deutschen Vorgehens, sein Undank, die Ermutigungen, die es Hitler hatte zuteil werden lassen, hätten Beck zur äussersten Zurückhaltung veranlassen sollen. Wie immer aber gibt es Argumente und Tatsachen, die die spontanen Beweggründe für das tatsächlich erfolgte polnische Vorgehen begreiflich machen. In diesem Zusammenhang ist folgende Feststellung wichtig: Das Territorium von «Teschchen, Spisz und Orawa» (die obere Zips und das obere Arwatal in der Hohen Tatra) war durch einen Beschluss der Botschafterkonferenz am 28. Juli 1920 der Tschechoslowakei zugeteilt worden. Dabei hatte der Friedensvertrag mit Österreich, der Vertrag von St. Germain en Laye, in seinem Artikel 9 festgelegt, dass das Geschick dieser Territorien durch ein Plebiszit würde entschieden werden, aber man beschleunigte die Ereignisse, indem man im Verlauf einer *ad hoc* einberufenen Konferenz in Spa am 10. Juli 1920, während Polen gegen die Sow-

jets seinen Verzweigungskampf kämpfte, ein polnisches Einverständnis zu der von der Botschafterkonferenz durchgeführten Lösung und für einen Verzicht auf die Volksbefragung durchsetzte. Den Historikern ist ein genaues Studium der Vorgänge dieser Konferenz in Spa sehr zu empfehlen. Polen hat in jenem Zeitpunkt für das Versprechen der vier Mächte, ihm in seiner Not militärische Hilfe zu leisten, sich die Erklärung abhandeln lassen, dass es mit der Regelung einer ganzen Anzahl von Grenzproblemen durch den Entscheid der Botschafterkonferenz (dieses vom obersten Rat delegierten Organs) einverstanden sei. Dieser Vorgang bot den Anlass zur Abfassung einer Empfangsbestätigung, die der polnische Delegierte, Ignaz Paderewski, an den Präsidenten des obersten Rates, A. Millerand, richtete⁷. Dort steht:

«Als die polnische Regierung vertrauensvoll ihr Einverständnis mit einem Entscheid des obersten Rates erklärte, hoffte sie, dass das Nationalitätenprinzip, das die Entscheide der Konferenz bei der Festlegung von Territorialfragen bedingt hatte und das in Bezug auf Polen und die von diesem Staate beanspruchten Gebiete sehr strenge Anwendung gefunden hatte, im vorliegenden Falle nun auch im vollen Sinn seiner Bedeutung sich auswirken würde.»

«Es steht mir nicht zu, Kritiken zu formulieren oder Protest zu erheben, aber ich halte es für meine Pflicht, Herr Präsident, Sie auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass die Botschafterkonferenz bei ihrem Entscheid weder den Volkswillen, noch das Nationalitätenprinzip in Betracht zieht.»

«Infolge dieses Entscheides und gemäss der Grenzlinie, die sie zieht, werden:

- «1. In den Distrikten der oberen Zips und des Arwatal 24'045 Polen unserer Republik zugeteilt, während mehr als 45'000 Polen dem tschechoslowakischen Regime unterworfen werden.»
- «2. In schlesisch Teschen werden 84'168 Polen dem polnischen Staat zugeteilt, während 159'681 ihrer polnischen Nationalität besonders bewusste Einwohner, die die ethnisch dichteste und einheitlichste polnische Gruppe bilden (die Mehrheit der Gemeindeangehörigen besteht zu 90 ja 100% aus Polen) nun mit den 114'079 Tschechen-Einwohnern jenes Teiles des schlesischen Teschen vereinigt werden, den Polen nie beansprucht hat, noch zu besitzen wünschte. Ausserdem sind die Rechte für nationale Minoritäten, die all den so zahlreichen Nationen, aus denen der tschechoslowakische Staat sich zusammensetzt, zugebilligt und garantiert wurden, den Polen vorerhalten worden, so dass sie dem Belieben ihrer neuen Herren ausgeliefert sind.»

«Unter diesen Voraussetzungen, Herr Präsident, ist es unwahrscheinlich, dass das edle Ziel, das der oberste Rat verfolgt, indem er sich be-
strebt, zwischen der Republik Polen und der tschechoslowakischen Re-
publik normale und freundschaftliche Beziehungen zu schaffen, erreicht
werden kann. In Tat und Wahrheit hat der Beschluss der Botschafterkon-
ferenz zwischen den zwei Nationen einen Abgrund aufgerissen, den
nichts auszufüllen imstande ist.»

«Die polnische Regierung hat eine formelle Verpflichtung unter-
schrieben, die nun durchgeführt werden muss. Es ist mit unüberwindli-
chem Schmerz, dass ich meine Unterschrift unter ein Dokument setzen
werde, durch welches nun ein so verdienter, wertvoller und teurer Teil
unserer Nation entrissen wird. Bevor ich unterschreibe, möchte ich Ih-
nen, Herr Präsident, die Erklärung abgeben, dass, obwohl die polnische
Regierung den Wunsch hat, die übernommenen Verpflichtungen inte-
graliter und loyal zu erfüllen, sie doch nie in der Lage sein wird, die pol-
nische Nation davon zu überzeugen, dass dem Recht Genüge geschah.
Das nationale Gewissen ist stärker und dauerhafter als die Regierungen.»

«28. Juli 1920

sig. Ignaz Paderewski»

Dieses eindrucksvolle Schreiben belegt den Ernst der polnischen An-
sprüche auf die Gebiete, die die Regierung Beck, 18 Jahre nach den Er-
klärungen Paderewskis aus dem Zusammenbruch des tschechischen
Staates zurückgewonnen hat. Es entschuldigt nicht den gewählten Zeit-
punkt und das kompromittierende Eingehen auf Hitlers Gewaltakt, er-
klärt aber zweifellos vieles im Zusammenhang der polnisch-tschechi-
schen Beziehungen.

Ich hatte mir etwas von einer Reise des Gauleiters nach England ver-
sprochen, die ich mit vieler Mühe seit Monaten zu organisieren unter-
nommen hatte⁸. Der Präsident des Dreierkomitees, Lord Halifax, hatte
meiner Anregung, Forster einzuladen, zugestimmt. Auch seine Mitarbei-
ter erwarteten etwas von einem direkten Gespräch mit dem einzigen
Machthaber der Freien Stadt. Hitler hatte damals gegen diese Reise sei-
nes Schützlings nichts einzuwenden, er beauftragte ihn nur, «Augen und
Ohren weit zu öffnen und bei seiner Rückkehr zu berichten». Ich hoffte
auch, der leicht beeindruckbare junge Bayer würde in London dasjenige
spüren, was ihm einzig imponierte, nämlich Macht. Er selbst hatte zwei-

mal ganz spontan den Wunsch geäußert, dieses «merkwürdige Land» kennenzulernen, und er meinte, «ich werde dem Engländer klar machen, dass Hitler mit ihm gemeinsam vorgehen will und dass nur die jüdische Propaganda die Absichten unseres Führers verfälscht».

Der Besuch kam zustande und dauerte vom 8. bis zum 15. Juli 1938. Nach einem Bericht des deutschen Botschafters in England, von Dirksen, vom 15. Juli 1938⁹, hatte Gauleiter Forster während seines einwöchigen Aufenthaltes in London Unterredungen mit dem Kriegsminister Hore-Belisha, mit Sir Alexander Cadogan, Sir Robert Vansittart, Winston Churchill und anderen Persönlichkeiten. Bei Erörterung der tschechoslowakischen Frage sei' Forster von all seinen Gesprächspartnern versichert worden, dass Frankreich und England der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen würden. Darüber habe man bei ihm keinen Zweifel bestehen lassen. Nun war Forster zwar sehr davon beeindruckt (dies konnte ich selbst bei seiner Rückkehr feststellen), dass sich die öffentliche Meinung in England lebhaft mit der deutschen Judenfrage befasste, aber vielleicht wurde ihm die Stellungnahme in Bezug auf die Tschechoslowakei doch nicht deutlich genug, er war nur an die massivste aller Sprachen gewöhnt. Bei seinem Gespräch mit Forster am 14. Juli 1938 versicherte Churchill, dass die meisten Engländer Deutschland als eine der führenden Weltmächte respektierten, dass sie sich aber bewusst seien, dass jedes gewalttätige Vorgehen Deutschlands beinahe unvermeidlich zu einem Weltkrieg führen müsse. Forster deutete hierauf an, dass das Reich und England die Welt zusammen aufteilen könnten, eine Bemerkung, die der Dolmetscher nicht übersetzte. Im Übrigen aber hörte der Gauleiter nur die anerkennende Einleitung und überhörte die Warnung.

In dem Gespräch, das Sir Alexander Cadogan mit Forster führte¹⁰, hat er seinem Partner vielleicht allzuviel Verständnis für allgemeine politische Fragen zugetraut. Immerhin mochte er hoffen, dass seine Ausführungen über den Anschluss Österreichs und über das gesamte tschechische Problem richtig verstanden und in Berlin mit Präzision würden rapportiert werden. Das aber, worauf ich gehofft hatte, eine unmissverständliche, einschüchternde Sprache, wurde nicht geführt, und es ist schwer, eine Vorstellung darüber zu gewinnen, was von den klugen und zarten Andeutungen des englischen Diplomaten überhaupt in Forsters Auffas-

sungsvermögen Eingang fand und in welcher Weise das Gesagte sich in seinem Bewusstsein veränderte. Auffallend ist, dass man augenscheinlich ein Hauptgewicht darauf legte, ihn freundlich zu behandeln und ihm ein gewisses Vertrauen einzuflößen, das die Möglichkeit weiterer Gespräche hätte einleiten sollen. Man sah offenbar in ihm sehr stark den Lieblingsjünger Hitlers. Man erhoffte mehr von der Schilderung einer Atmosphäre als von der Mitteilung scharf umgrenzter Tatsachen. Es ist auch bedauerlich, dass von Forsters eigenstem Gebiet, Danzig, so wenig die Rede war. Forster hätte Gelegenheit gehabt, selbst auf die Freie Stadt zu sprechen zu kommen, als das Gespräch in der gefährlichen Zone des «Selbstbestimmungsrechtes und der Plebiszite» angelangt war.

Am 22. Juli 1938 notierte Staatssekretär von Weizsäcker:

«Gauleiter Forster besuchte mich heute, um kurz über seinen Aufenthalt in England zu berichten. Er zählte eine grosse Zahl prominenter Engländer auf, mit denen er Kontakt gehabt habe. Nur zu Halifax sei er nicht gekommen; das hätten die Polen ihm verdorben. Von sämtlichen englischen Stellen sei er darauf aufmerksam gemacht worden, dass ein gewaltsames Vorgehen gegen die Tschechoslowakei den Krieg mit England bedeuten werde. Unter diesem Eindruck sei er, Forster, nach Berchtesgaden gereist, von dort aber völlig bekehrt zurückgekommen.»¹¹

Hitler hat Forster nicht geglaubt, als dieser ihm von der Versteifung der englischen Haltung berichtete. Er hat ihn ausgelacht, hat ihm zugesetzt mit doppelten Dosen provokatorischer Äusserungen, die er ihm, mit der Aufforderung, sie zu wiederholen und zu verbreiten, mit auf seinen Rückweg nach Danzig gab. Der Eindruck, den der nicht unempfindliche Forster von England mitgebracht hatte, wurde somit augenblicklich unter Stiefelabsätzen zertreten. Ja, unter Drohungen wurde ihm befohlen, von seinen englischen Erfahrungen zu schweigen. Hitler hatte ihn fahrenlassen, um zu prüfen, wie weit die Höflichkeiten des «appeasement» gehen würden und um durch ihn das Terrain abzutasten und Beobachtungen zurückzubringen. Dass er sich nun aber erlaubte, überhaupt eigene Eindrücke zu haben (was ich gehofft hatte), diese Eindrücke nicht nur wiederzugeben, sondern sie sogar gewissermassen zu verteidigen, ja gewisse Zweifel am Hitlerschen Kurs aus ihnen abzuleiten, das war durchaus unzulässig und musste ihm

augenblicklich ausgetrieben werden. Er kam dann auch völlig von seinen «liberalistischen Velleitäten» geheilt nach Danzig zurück, und ein weiterer von mir unternommener Versuch der psychologischen und individuellen Beeinflussung war in der Zentrale der Macht, an der Stelle zunichte geworden, wo alles sich ins Paranoische, Unmenschliche verwandelte und wo ein zum Lernen und Erkennen von Haus aus nicht unempfänglicher, gesunder, natürlicher Reaktionen fähiger junger Mann wie Forster verloren war, weil Adolf Hitler für ihn, wie für so viele seinesgleichen, völlig an die Stelle Gottes getreten war, dessen Ratschluss unerforschlich ist. Versteifung der englischen Haltung! Hitler lachte, er sah nur Schwäche und Duldsamkeit. Und leider schienen ihm, dem Unfehlbaren, auch in Forsters Augen die Ereignisse recht zu geben. Mein Versuch, den Horizont des jungen Danziger Machthabers zu erweitern, ihm Zweifel, den Beginn freien Urteils zu vermitteln und gleichzeitig ihn als unverdächtigen Zeugen vor Hitler auftreten zu lassen, war misslungen.¹² Eine andere Reise, das Erscheinen Duff Coopers, des Ersten Lords der britischen Admiralität im Gebiet der Freien Stadt, in den ersten Augusttagen, sollte auch keine greifbare Wirkung ausüben. Duff Cooper hat damals an Bord der Jacht «Enchantress» Kiel, Gdynia, Danzig, Helsingfors, Stockholm und Kopenhagen besucht. Als ich ihn in Danzig sah, äusserte er sich über den zweideutigen Eindruck, den ihm Beck in Gdynia gemacht habe; nach den sehr offenen Ausführungen des polnischen Ministers bei Anlass der «nächtlichen Fahrt» glaubte ich, ohne Erwähnung seiner damaligen so weitgehenden Aussagen, unter Hinweis auf die unerhört schwierige Partie, die er zu spielen hatte, diesen Eindruck Duff Coopers korrigieren zu sollen. Es fand ein Diner auf der englischen Jacht statt, an dem der Senatspräsident und einige Senatoren ohne den Gauleiter teilnahmen, Greiser organisierte eine Entenjagd, ich lud den englischen Minister, seine Gattin, Lady Diana, und ihre Begleitung ohne offizielle Gäste mit polnischen und ostpreussischen Nachbarn ein. Politische Gespräche, – das hatte der etwas gespannt verlaufene Empfang auf der Jacht gezeigt –, konnten wegen einer gewissen ironischen Heftigkeit von Duff Coopers Interventionen und der Derbheit der Erwidierungen auf seine scharf formulierten Fragen nur zu Missverständnissen und dann wie stets zu übertreibender, sensationeller Berichterstattung nach Berlin führen. Im

Hintergrund der sich immer noch fortsetzenden Politik des «appeasement» gab die Haltung des britischen Besuchers einen unzweideutigen Begriff von der Wendung, die sich bereits nicht nur in England, sondern in der angelsächsischen Welt in Bezug auf das nationalsozialistische Deutschland vollzog.

Ich stimmte nicht mit allen Auffassungen Duff Coopers überein, vor allem nicht mit seinen verallgemeinernden Bemerkungen über den deutschen Volkscharakter, und machte keinen Hehl daraus. Aber ich empfand warme Sympathie für ihn, er war in seiner Verhaltenheit sehr viel wirkungsvoller als die deutschen Führergestalten, die ihren Zorn in beständigen Ausbrüchen verbrauchten, er war einsilbig und in Augenblicken ätzend, aber aus seiner ganzen Haltung spürte man Entschlusskraft und auch Verachtung. Wir waren in manchem verschiedener Ansicht, aber seine geschlossene, charaktervolle Persönlichkeit, seine hohe humanistische Kultur in eminent englischer Form, sein künstlerisches Temperament liessen ihn in der Umgebung, in der wir uns trafen, wie einen Boten aus einer besseren Welt erscheinen. Eine Freundschaft sollte damals zwischen uns entstehen, an die ich immer mit Freude und Dankbarkeit zurückdenken werde.

Ende August 1938 erhielt ich eine Einladung des Gauleiters, der mich aufforderte, ihn mit meiner Frau in seinem Landhause zu besuchen. Ausser uns waren die stille und zurückhaltende Gattin Forsters und der Präsident der Danziger Notenbank, Carl Schäfer*, anwesend. Forster kam direkt vom Obersalzberg zurück und er war, wie immer, wenn er «seinen Führer» getroffen hatte, aufgeladen, übertrieben selbstsicher und aggressiv.

Er begann zu deklamieren:

«Was die Tschechen anbetrifft, so spricht der Führer jetzt Fraktur. 1'000 Flugzeuge über Prag, hat er mir gesagt. Wenn diese Herren nicht parieren, dann wird Prag dem Erdboden gleichgemacht, kein Stein bleibt auf dem andern. Der Engländer und der Russe werden sich nicht einmischen, und wenn sie es tun, so kämpfen wir.»

* Carl Schäfer (geb. 1890), 1924-1939 Generalsekretär, Vorstandsmitglied und Präsident der Danziger Notenbank.

Auf der Rückfahrt nach der Stadt standen Dr. Schäfer und ich auf der Weichselfähre Wagen an Wagen. Schäfer stieg aus und sagte mir: «Was wir gehört haben, sind die Worte eines Wahnsinnigen.» Noch am selben Abend, bei Anlass eines Empfanges beim Hafenausschusspräsidenten, dem Holländer Nederbragt, informierte ich den Senatspräsidenten über diese in meiner Gegenwart völlig unzulässige und masslose Auslassung des Gauleiters. Ich setzte hinzu: «Ich will den Zwischenfall nicht übertreiben, denn man kennt sein Temperament, er hat sich in seine Masslosigkeit hineingesteigert.» Greiser zeigte als erste Reaktion offensichtlich eine ganz spontane Genugtuung: «Da sehen Sie, er geht bis zum Verrat wichtigster Staatsgeheimnisse oder er legt dem Führer Worte in den Mund. Diesmal ist das Mass voll, ich werde all dies nach Berlin berichten müssen.» Greiser sah seinen politischen Gegner und Konkurrenten bereits durch eine Reaktion Hitlers zermalmt und beiseite geworfen und seine eigene Bahn frei.

Es ist nicht uninteressant festzustellen, in welcher Weise mein Protest nach Berlin weitergegeben wurde. Der Leiter der Auswärtigen Abteilung des Senats, Staatsrat Böttcher, schrieb damals, indem er sich in eine Vermittlerrolle einschaltete:

«Bei einem niederländischen Abend des Hafenausschusspräsidenten Nederbragt machte mir der Hohe Kommissar, Herr Prof. Burckhardt, einige Mitteilungen über eine Unterredung bei dem Gauleiter Forster, von der er noch ganz erschüttert war, und die mir so wichtig schienen, dass ich ihn bat, sie sogleich Herrn Präsident Greiser weiterzugeben.»

In Wirklichkeit hatte ich, wie angeführt, nur mit Greiser gesprochen, und er hatte mich selbst aufgefordert, die Gesellschaft zu verlassen und mit ihm in sein Haus zu fahren.

Böttcher fährt fort:

«Prof. Burckhardt traf sich sodann gegen 23% Uhr mit Herrn Präsident Greiser in dessen Hause in meiner Gegenwart.»

«Herr Burckhardt erzählte, dass er und seine Frau zusammen mit dem polnischen diplomatischen Vertreter, Minister Chodacki, heute Nachmittag zu dem Gauleiter Forster und dessen Gattin eingeladen gewesen seien. Herr Chodacki sei wegen Krankheit nicht erschienen, dagegen sei noch der Bankpräsident, Herr Schäfer, zugegen gewesen.»

«Herr Burckhardt sei entsetzt von dem, was der Gauleiter gesagt habe, wie er es gesagt und dass er überhaupt an einem Teetisch davon gesprochen habe.»

«Der Gauleiter Habe zuerst bemerkt, dass er bedaure, dass Herr Minister Chodacki nicht zugegen sei, er hätte ihn sonst wunderbar über alle polnischen Pläne betreffend den sudetendeutschen Konflikt ausgehört und alles aus ihm herausbekommen. Der Gauleiter habe sich sodann ausführlich über den sudetendeutschen Konflikt ausgelassen. Er habe erklärt, dass Deutschland in diesem Herbst die sudetendeutsche Frage lösen werde. Es werde nicht lange gefackelt, sondern sogleich mit brutaler Gewalt vorgegangen werden. Gleich zu Beginn würden 1'000 Flugzeuge über Prag gesandt und Prag werde dem Erdboden gleich gemacht werden. Polen werde auf deutscher Seite stehen. Bei der Teilung der Tschechoslowakei erhalte es seinen Anteil und werde sich damit zufriedengeben. England sei noch zu schwach, um gegen Deutschland aufzutreten zu können. Aber selbst, wenn England mitmache, was nicht erwartet werde, so sei kein Zweifel, dass Deutschland den Krieg gewinnen werde. Den Ersten Weltkrieg hätten wir durch Verrat verloren, das sei in diesem kommenden Krieg ausgeschlossen. Sollte der Versuch des Verrats gemacht werden, so würde rücksichtslos jeder zehnte Mann erschossen, so dass solche Vorgänge wie 1918 nicht wieder vor kommen könnten. Ausserdem hätten 1914 die Gegner den Krieg gewollt und wir hätten ihn verloren. Diesmal aber wollten *wir* ihn und würden ihn daher gewinnen. Def Gauleiter kenne die geheimsten Gedanken des Führers, er habe sogar jederzeit Zutritt zu seinem Schlafzimmer.»

Soweit enthält Böttchers Bericht eine in jedem Punkt belastende Aussage gegen Forster. Was mich anbetrifft, so hatte ich Greiser nur von der Drohung gesprochen, die Stadt Prag durch Bombenangriff so zu zerstören, dass kein Stein auf dem andern bleibe. Forster hat in der Tat während der Teestunde auch mit dem Bankpräsidenten, Herrn Schäfer, sich unterhalten. Auch Schäfer hat bald nach dem Besuch bei Forster an den Senatspräsidenten Bericht erstattet.

Aber nun wird das Schreiben, das an das Auswärtige Amt nach Berlin gerichtet war, apokryph. Es heisst jetzt:

«Der Hohe Kommissar fuhr fort, er habe nach dem Tee beim Gauleiter seine Frau kaum beruhigen können, die davon sprach, dass sie ihre Kinder sogleich nach Genf in Sicherheit bringen wolle.»

Diese Bemerkung ist aus der Luft gegriffen. Wie sehr, beweist das tatsächliche Verhalten meiner Frau, die in Danzig bis zum 26. August 1939 ausgehalten hat, dem Tag, an welchem in den Abendstunden Minister Chodacki sich in unser Haus verfügte, um sie zu beschwören, noch

in derselben Nacht das Territorium zu verlassen und sich nach Berlin zu begeben, um dort ein Flugzeug nach der Schweiz zu nehmen.

Böttcher fährt fort:

«Der Gauleiter vergesse augenscheinlich ganz, dass er, Burckhardt, immerhin Ausländer sei und dass ihn solche Gespräche auch moralisch ausserordentlich belasten müssten. Schliesslich müsse er, wenn Motta oder Lord Halifax ihn fragten, was er über die Lage denke, doch im Interesse seines Landes und auch um des Friedens willen, für den er immer arbeite, über einen Teil seiner Kenntnisse Auskunft geben.»

Der letzte Satz des vorhergehenden Abschnitts war offenbar für Ribbentrop berechnet. Zugleich enthält er die kompromittierende Andeutung «über einen Teil».

Merkwürdig ist das Auftauchen des Namens Motta in diesem Zusammenhang; selbst für Herrn von Ribbentrop musste es erstaunlich sein, dass ich mich Herrn Böttcher gegenüber nun plötzlich als Berichterstatter an die eidgenössischen Behörden präsentierte.

Und weiterhin Böttcher, – noch lässt er mich sprechen, was immer das beste Mittel bedeutet, eigene Gedanken an den Mann zu bringen:

«Er (Burckhardt) könne sich nicht denken, dass der Führer wirklich die von dem Gauleiter ausgesprochenen Absichten habe. Wenn aber auch nur 20% von dem wahr sei, was er erzählt habe, so sei das übriggebliebene noch immer schlimm genug. Das, was im Weltkrieg an Greuelmärchen über die Deutschen erzählt wurde, würde dann zum Entsetzen der ganzen Welt Wahrheit werden. Ausserdem täusche der Gauleiter sich sowohl über Polen wie über England. Polen würde allenfalls so lange neutral bleiben, bis es sehe, wohin sich das Zünglein der Waage neige. Der Gauleiter vergesse wohl ganz, dass Beck die Besetzung der Westerplatte inszeniert habe und dass Beck bei Besetzung des Rheinlandes Frankreich gegenüber erklärt habe, dass er auf Frankreichs Seite marschieren werde. Erst als Frankreich dann nicht marschiert sei, habe Beck einstweilen seine Politik geändert. England aber, dem man im (ersten) Weltkriege zum Vorwurf gemacht habe, dass es seine Absicht, auf Seiten Frankreichs zu kämpfen, nicht vorher deutlich zum Ausdruck brachte, könne dieser Vorwurf jetzt nicht gemacht werden. England wolle gewiss keinen Krieg, es hetze auch nicht gegen Deutschland zugunsten der Tschechen, es bringe

aber immer wieder ganz klar zum Ausdruck, auf welcher Seite es, frei von jeder Sentimentalität, mitmachen werde und mitmachen müsse. Und dass Amerika auf Seiten Englands stehe, darüber bestehe nirgends ein Zweifel.»

Die in diesem Alinea enthaltenen Äusserungen habe ich gegenüber Greiser tatsächlich gemacht, sie stimmen mit dem Wortlaut einer Notiz zusammen, die ich noch am selben Abend niedergeschrieben und damals auf sicherem Wege nach der Schweiz gesandt habe.

Böttcher fährt fort, indem er mich immer noch sprechen lässt.

(Burckhardt meint): «Der Gauleiter sei erstaunlich naiv in seinen Äusserungen, so habe er ihm erzählt, dass er deswegen nicht nach dem Baltikum gefahren sei, weil er dort sicherlich nach den deutschen Absichten gefragt werden würde. Er könne aber nicht lügen, und deshalb habe er jetzt lieber seine Reise gar nicht angetreten. Der Gauleiter habe ihm, Burckhardt, auch weiter erzählt, dass der Führer Deutschland gegen jeden Angriff im Westen gesichert habe. Auf die Frage B's., ob er denn so genau wisse, dass der Angriff von Westen erfolgen werde, er könne z.B. auch vom Süden kommen, habe er geantwortet, ach daraufhin wolle er sich noch einmal die Karte anschauen.» (Dieses pittoreske Detail bedeutet im Übrigen wieder eine nicht sehr verständliche Interpolation, die Forster lächerlich macht, wer sollte denn von Süden angreifen?) Und endlich: «Präsident Greiser erwähnte im Laufe des Gespräches, dass die Äusserungen des Gauleiters nicht so ernst zu nehmen seien. Da er aber mit Prof. Burckhardt über diese Fragen gesprochen habe, so könne er ihn dahin aufklären, dass er wisse, dass wohl alle deutschen Minister gegen eine kriegerische Auseinandersetzung wegen der sudetendeutschen Frage seien. Das habe ihm erst in diesen Tagen der deutsche Finanzminister, Graf Schwerin-Krosigk, bestätigt, und dass Herr Ministerpräsident Göring ausdrücklich betont habe, dass er eine friedliche Lösung dieses Konfliktes wünsche.»

«Burckhardt meinte darauf, wenn Motta oder Lord Halifax ihn jetzt in Genf nach seiner Meinung fragten, so würde er antworten, dass er die Lage wohl für ausserordentlich ernst ansehe, dass er auch die Ansichten des Führers nicht kenne, dass er aber wisse, dass hohe deutsche Führer von massgebendem Einfluss durchaus für eine friedliche Lösung des Konfliktes seien.»¹³

Es ist für die Kenntnis der damaligen kriegsfeindlichen Einstellung Görings nicht uninteressant zu wissen, dass dieser am Nürnberger Parteitag Forster abkanzelte wie einen Schuljungen. Aber Göring wollte Greiser schonen, und so liess er durchsickern, dass er die Information durch

mich erhalten habe. Zuerst bestritt Forster, überhaupt etwas gesagt zu haben, dann aber ging er zum Angriff über und erklärte, es sei ihm schon lange klar, dass meine angebliche Objektivität eine Legende sei. Sobald er in Danzig zurück war, berief er die Senatoren und die hohen Beamten zu sich und verbot ihnen jede weitere offizielle oder private Beziehung zu meiner Person. Er sprach deutliche Drohungen gegen mich aus. Greiser behandelte er verächtlich und mit Schärfe und erklärte, was Greiser mir wiederum erzählen sollte, das Prestige, mit dem der Führer aus der Krise hervortrete, sei ungeheuer. Sowohl der Völkerbund als Polen seien weitgehend geschwächt, die Zeit der Konzessionen sei vorbei und jetzt beginne der Angriff.

Die Polen schienen damals mit Forsters Masslosigkeiten ganz zufrieden zu sein.

Göring hatte mir bei unserm einzigen Gespräch gesagt, dass, wenn ich einmal in Danzig auf persönliche Schwierigkeiten stossen sollte, er mich bitte, ihm davon Mitteilung zu machen. Ich schrieb ihm einen Brief und schickte diesen durch einen Gewährsmann nach Berlin. Weizsäcker seinerseits hatte mir mitgeteilt, dass sich für mich in der Freien Stadt eine sehr schwierige und nicht ungefährliche Lage vorbereite. Mein Schreiben aber an Göring bewirkte, wie ich nachträglich erfahren sollte, seine augenblickliche Reaktion. Innerhalb von 24 Stunden liess er den Gauleiter nach Berlin kommen und wieder 24 Stunden später, am 7. Oktober um 11 Uhr vormittags erschien der Gauleiter bei mir. Er entschuldigte sich mit vielen Worten, erklärte, er habe auf Grund falscher Informationen gehandelt, sprach von einem Missverständnis und gab Versicherungen ab, wonach sich derartiges nie mehr wiederholen würde.¹⁴

Zwischen jener ominösen Einladung bei Forster Ende August und ihrer Auflösung, ihrem ziemlich kläglichen Epilog im Oktober war man um Haaresbreite am Kriegsausbruch vorbeigekommen, und die letzten Konsequenzen waren nur durch das Münchner Abkommen, in dessen Verlauf die Westmächte die Tschechoslowakei preisgegeben hatten, unter gewaltigem Prestigeverlust für Frankreich und England, vermieden worden.

Kurz nach Forsters brutalen Eröffnungen war ich nach Genf verreist. In Berlin hatte ich Weizsäcker gesehen. Ich fand ihn aufs Äusserste be-

sorgt und entmutigt. Er empfing mich nur einige Minuten im Auswärtigen Amt und bat mich, ihn eine halbe Stunde später an einer bestimmten Stelle des Tiergartens zu treffen, wo wir dann ungestört reden könnten.

Er unterrichtete mich über alle Schritte, die er bis jetzt in London unternommen hatte, um dort Hitlers wahre Absichten deutlich zu machen. Es handelte sich durchaus um Konspiration mit dem potentiellen Gegner zum Zweck der Friedenssicherung, ein doppeltes Spiel von äusserster Gefährlichkeit. Weizsäcker sprach damals mit der Offenheit eines Verzweifelten, der alles auf die letzte Karte setzt, er erwähnte die geheime Mission, die der Bruder Dr. Erich Kordts, sein engster Vertrauter im Amt, Theo Kordt, bei Chamberlain und Lord Halifax übernommen hatte. Er bat, mich raschestens in die Schweiz zu verfügen und dort die nächstbeste sichere Gelegenheit zu ergreifen, um dem Foreign Office mitzuteilen, man müsse Hitler gegenüber eine unzweideutige Sprache führen, nur davor würde er zurückweichen. Er sprach von einem «unbefangenen, undiplomatischen Engländer, etwa einem General mit dem Reitstock», der bei Hitler auftauchen sollte, nur so würde dieser vielleicht aufhorchen.

Schon damals machte Weizsäcker kein Hehl daraus, dass er eine Rettung des allgemeinen Friedens und eine Rettung Deutschlands nur für möglich halte, wenn die eine verderbliche Figur, auf die sich alle Macht konzentrierte, verschwinde. Damals zeigte er mir in vollster Offenheit und ohne jede Vorsichtsmassregel, wie weit er selbst in die Verschwörung verstrickt war. Er deutete mir an, dass er mit Canaris in Verbindung stehe. Von Canaris sagt er in seinen Memoiren: «Er gehörte zu den sehr wenigen, zu denen ich ohne Rückhalt sprach. Unser Hauptthema war Vermeidung des Kriegs und Ausheben des Hitlernestes.» Es ist vollkommen der Wahrheit entsprechend, wenn Weizsäcker schreibt: «Meine Ratschläge lauteten seit Spätsommer 1938 nie mehr anders, als dass Hitler zu beseitigen sei.»¹⁵

Im Verlauf jenes selben Gesprächs berichtete mir Weizsäcker von seiner Unterredung mit Generaloberst Ludwig Beck*, welcher, sein Entlas-

* Generaloberst Ludwig Beck (1880-1944), im Ersten Weltkrieg Generalstabsoffizier, 1933 Chef des Truppenamtes, 1935 Chef des Generalstabs. Er bekämpfte scharf und zäh, aber erfolglos Hitlers Kriegspläne, trat während der Sudetenkrise im August 1938 von seinem Posten zurück und wurde kurz darauf als Generaloberst verabschiedet. Im Zweiten Weltkrieg war er das Haupt der Widerstandsbewegung gegen Hitler, bei deren Scheitern er sich das Leben nahm.

sungsschreiben schon in der Tasche, Hitler die volle Wahrheit sagen wollte. Aber Hitler nahm das Entlassungsgesuch Becks ohne Weiteres an und verschloss sich seinen Argumenten. Weizsäcker versuchte, so oft er dazu Gelegenheit fand, dem Reichskanzler seine Auffassung mit grösster Vorsicht durch Umschreibungen und unter Anwendungen psychologischer Überredungsmittel beizubringen, wurde aber augenblicklich angeherrscht und niedergeschrien. Der Staatssekretär war damals entschlossen, Becks Beispiel zu folgen und ebenfalls zurückzutreten. Es geschah aber gerade auf dringende Bitte des Generalobersten hin, dass er dies unterliess, später dann war es dazu zu spät.

Die Tragik des Staatssekretärs lag darin, dass sein aufopferndes, getarntes Wirken im Auswärtigen Amt immer wieder nur nach der Tarnung und nicht nach seinem wirklichen Gehalt beurteilt wurde. Über Weizäckers enge Zusammenarbeit mit dem später allzufrüh zusammengebrochenen englischen Botschafter, Sir Nevile Henderson, und dem italienischen Botschafter Attolico, wird noch im Zusammenhang mit der Polenkrise des Jahres 1939 zu sprechen sein.

Sofort nach meinem Gespräch mit Weizsäcker fuhr ich durch die Nacht über Hitlers Autobahnen nach Karlsruhe und weiter nach Bern, wo ich am Vormittag des 2. September eintraf. Ich verfügte mich augenblicklich zum englischen Gesandten, Sir George Warner, der mit einem Gichtanfall zu Bette lag.

Alle diese Vorgänge sind genau wiedergegeben in einem Brief, den Ralph Skrine Stevenson von Genf aus am 8.9.1938 an Mr. Strang schrieb.¹⁶ Dort heisst es:

«Lieber William,

Heute Nachmittag suchte mich Carl Burckhardt auf. Als erstes erzählte er mir, dass Forster ihn nach seiner Rückkehr aus England gemieden habe und selbst einer Begegnung auf der Strasse ausgewichen sei. Das sei einige Zeit so gegangen, bis Forster ihn am 31. August auffordern liess, ihn in seinem Landhaus zu besuchen. Dort habe er Forster in gehobener Stimmung vorgefunden, und die anschliessende Unterhaltung sei so phantastisch gewesen, dass er an Forsters Verstand zu zweifeln beginne. Forster sprach offen von einem bevorstehenden Angriff auf die Tschechoslowakei, bei welchem Prag, wie er behauptete, in wenigen Stunden durch eine Reihe von Luftangriffen von 1'000 Bombenflugzeu-

gen in Trümmer gelegt werden würde. Er behauptete ferner, dass Italien ohne Frage mit Deutschland marschieren, Frankreich dagegen kaum und England unter gar keinen Umständen kämpfen würden. Unter anderem erklärte er, dass der letzte Krieg den Deutschen aufgezwungen worden sei, weil andere Nationen ihn gewollt hätten. ‚Aber diesmal sind wir es, die ihn wollen.‘ . . . Burckhardt sprach noch am selben Abend Senatspräsident Greiser und wiederholte das wichtigste von dem, was Forster ihm gesagt hatte. Greiser war sehr beunruhigt und brachte nochmals gewisse Machenschaften des Gauleiters, die während der letzten Wochen erfolgt waren, zur Sprache, vor allem seine Organisation einer Art von nationalem Wehrmeldeamt und seine Massnahmen zur Verlagerung des Danziger Goldbestandes nach Deutschland. Carl Burckhardt erläuterte hierzu, dass, als Greiser ihm das erste Mal von diesen Machenschaften berichtete und seine Absicht, Forster verhaften zu lassen, mitteilte, Burckhardt ihm riet, langsam vorzugehen, sich wegen des Militärdienstes (innerhalb des Gebietes der Freien Stadt) privat an General von Brauchitsch zu wenden und in der Goldfrage den Finanzminister (Schwerin-Krosigk) aufzusuchen.* Dieser Ratschlag, den Greiser befolgte, hatte Erfolg: denn die Anordnungen des Gauleiters wurden zurückgestellt.»

«Bald nach seiner Unterhaltung mit Forster reiste Burckhardt nach Berlin. Dort sah er jemanden, dessen Namen er nicht nennen möchte. Im Verlauf dieser Zeilen jedoch wird Ihnen klar werden, um wen es sich handelte. (Die fragliche Person war von Weizsäcker.)»

«Burckhardt gab ihm seine Unterhaltung mit Forster wieder, dem er übrigens zu verstehen gegeben hatte, dass er seine Behauptungen für Unsinn halte, weil sie ganz und gar nicht den Ideen des Führers entsprächen. Hier habe sein Gesprächspartner (Weizsäcker) ihn mit einer resignierten Handbewegung unterbrochen: ‚Aber leider sind es ja gerade die Ideen des Führers.‘ Der Führer stehe heute völlig im Banne Ribbentrops und Himmlers, die sich gegenseitig unterstützten. Ribbentrop habe seine frühere Vormachtstellung zurückgewonnen. Er und Himmler täten nichts anderes, als die ohnehin gespannte Stimmung des Führers zu verschärfen, indem sie ihn von allen denjenigen fernhielten, die ihn vernünftig beraten könnten, ihm ausschliesslich solche Kritiken der Auslandspresse vorlegten, die dazu angetan seien, ihn zu reizen, insbesondere politische Karikaturen seiner Person und im allgemeinen, indem sie ihm einredeten, dass er von England nichts und von Frankreich kaum etwas zu befürchten habe.»

Der General wie der Reichsfinanzminister waren Gegner der von Forster geplanten Massnahmen.

«General von Beck habe seinen Mut in beide Hände genommen und sei, sein Rücktrittsgesuch in der Tasche, zu Hitler gegangen. Er habe Hitler die Wahrheit gesagt und ihm anschliessend seinen Rücktritt angeboten. Dieses Angebot sei angenommen worden.»

«Burckhardts Gesprächspartner hätte ebenfalls versucht, Hitler die Augen zu öffnen. Hitler habe ihn nicht anhören wollen, und seitdem sei nun seine eigene Stellung erschüttert. General von Beck habe ihm persönlich die Nachricht von der Annahme seines Rücktrittsgesuches gebracht, worauf er, Burckhardts Gesprächspartner, ebenfalls habe resignieren wollen, sich aber von General von Beck, der ihn beschwor zu bleiben, habe umstimmen lassen.»

«Auch Admiral von Horthy wurde gebeten, deutlich mit Hitler zu reden, auch er habe es versucht. Nachher aber, auf die Frage nach dem Erfolg der Unterredung, habe er berichtet: ‚Ich begann zu sprechen, musste aber mitten im Satz aufhören, da ich als Staatsoberhaupt mir schliesslich keinen solchen Ton gefallen lassen kann – denn mitten im Satz brüllte Hitler: Unsinn! Schweigen Sie!‘»

«Burckhardt fragte seinen Gesprächspartner, was, wenn überhaupt, noch unternommen werden könne. Der Befragte meinte: er sehe nur eine einzige Möglichkeit, vor deren Mitteilung er aber in seiner Stellung zurückschrecke. Er habe bis auf den Grund nachgedacht und habe sich schliesslich zur Überzeugung durchgerungen, dass seine Vaterlandsliebe im Konflikt mit amtlicher Loyalität seinem Chef gegenüber, dessen Einfluss auf Hitler so verhängnisvoll sei, den Vorrang habe. Er sei zum Schluss gekommen, dass die einzige wirksame Art, Hitler die Augen zu öffnen, in einem persönlichen Schreiben des britischen Aussenministers bestehe, in dem dargelegt werde, dass ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei einen Krieg auslösen müsse, in welchem Grossbritannien unweigerlich gegen Deutschland zu kämpfen haben werde. Ein derartiges Schreiben müsste durch einen persönlichen Kurier überbracht werden, der darauf zu achten hätte, dass der Führer eine genaue Übersetzung des Textes zu lesen bekäme.»

«Burckhardts Gesprächspartner setzte hinzu, dass er aus begreiflichen Gründen dies nicht selbst dem britischen Botschafter Vorschlägen könne. Darum bitte er Burckhardt, sich als Mittelsmann einzuschalten. Er betonte die äusserste Dringlichkeit der Sache und die Notwendigkeit, das Schreiben noch vor den Feiern des Nürnberger Parteitages in Hitlers Hände gelangen zu lassen.»

«Burckhardt erwiderte ihm darauf, dass das ein sehr schwerwiegendes Ansinnen an den britischen Premierminister bedeute.

Dieser würde vermutlich lange zögern, sein Land in der vorgeschlagenen Weise zu verpflichten. Burckhardts Gesprächspartner erwiderte, er sehe das völlig ein, sei jedoch überzeugt, dass Hitler in Bezug auf Grossbritannien durch Ribbentrop so verhängnisvoll irreführt worden sei, dass er jetzt keine andere Möglichkeit mehr sehe, um Hitler die Augen zu öffnen.»

«Burckhardt, der seinen Gesprächspartner seit Langem kennt und ihn als einen – in normalen Zeiten – absolut gesinnungstreuen Staatsbeamten schätzt, war von diesem Gespräch derartig beeindruckt, dass er sich in seinen Wagen setzte und ohne Aufenthalt nach Bern fuhr, um über dieses Gespräch umgehend an George Warner zu berichten. (Sir George Warner war britischer Gesandter in Bern.)»

«Burckhardt bat dringend, absolutes Stillschweigen über die ihm anvertraute Mission zu wahren. Er bestand darauf, dass der Name seines Gesprächspartners nicht schriftlich festgehalten werde, weil es gegen diesen nicht fair sei, ihn wo immer zu erwähnen. Ich versprach, seinen Wunsch zu respektieren, aber, wie Sie gesehen haben, habe ich ihn faktisch verraten.»

«Burckhardt erwähnte eine weitere interessante Information, aus einer anderen Quelle, in die er Vertrauen hat. Und zwar, dass auch General Balbo gebeten wurde, mit Hitler offen zu sprechen, was der General auch getan habe; darüber hinaus habe er aber noch klar zum Ausdruck gebracht, dass Hitler keinerlei aktive Unterstützung von italienischer Seite zu erwarten hätte. Der Erfolg der Unterredung wurde jedoch durch Mussolini persönlich annulliert, der, anstatt Hitler, wie dies bis zum Monat August der Fall gewesen war, von jedem Angriff auf die Tschechoslowakei abzuraten, nun anfang, ihn zu seinem Vorhaben zu ermutigen. Die Information stammt von General von Kückler*, Kommandierendem General in Ostpreussen, der Burckhardt auch mitteilte, dass die deutsche Regierung von den Italienern einen Bericht erhalten habe, wonach sich die Japaner bei ihren jüngsten Kämpfen im Fernen Osten eine sehr schwache Meinung vom Kampfwert der russischen Truppe gebildet hätten. Dieser Bericht wurde Hitler umgehend durch Ribbentrop unterbreitet.»

«Ferner erzählte mir Burckhardt, dass sowohl General Göring wie alle Minister, die er kürzlich gesprochen habe, inklusive den Landwirtschafts-, den Finanz- und Handelsministern, dem Generalstab, einschliesslich General Keitel, sich einstimmig gegen einen Angriff auf die Tschechoslowakei ausgesprochen hätten. Ich fragte ihn, ob denn unter diesen Umständen,

* General Georg von Kückler (geb. 1881), 1942 Generalfeldmarschall, in Nürnberg 1948 verurteilt.

wenn Hitler das Zeichen gebe, die Armee marschieren würde? ‚Das würde sie zweifellos tun‘, meinte er, doch würde seiner Ansicht nach, nach der ersten Niederlage, das Regime zusammenbrechen.»

«Nachdem ich heute Nachmittag mit Carl Burckhardt gesprochen hatte, erkundigte ich mich bei Oliver Harvey, der kurz darnach anrief, ob man Georges Warners Depesche vom letzten Montag (Nr. 775), die ich übrigens nicht gelesen hatte, ernsthaft erwogen habe. Er sagte, man habe sie im Zusammenhang mit andern die Lage betreffenden Faktoren in Betracht gezogen. Ich entnahm seiner Mitteilung, dass die Depesche sehr kurz gefasst war und fürchtete daher, dass ein wesentlicher Teil der Hintergründe notwendig fehlen müsse und fragte ihn, ob ein Interesse für nähere Einzelheiten bestehe. Dies bejahte er, und daher dieser Brief, den ich auf Grund seiner Wichtigkeit und Eile noch heute Nacht durch Sonderkurier abschicke, denn, Sie werden mit mir einig gehen, die Tatsache, dass ein hoher Beamter von der Gesinnungstreue des Burckhardtschen Gesprächspartners einen derartigen Schritt unternimmt, ist immerhin noch nie dagewesen.

Mit besten Grüßen, Ihr R.C. Skrine Stevenson.»

In der Tat, schon von der Gesandtschaft aus war ich telephonisch in Verbindung mit Lord Halifax' damaligem parlamentarischem Sekretär getreten. Ich richtete ihm Weizsäckers Wunsch und Ratschlag in der Weise aus, wie dies bei abgehörten Telefongesprächen möglich ist. Und wenige Tage nachher hatte ich dann in Genf die Gelegenheit, mündlich Ralph Skrine Stevenson gegenüber dieselbe Mitteilung deutlich bis aufs Detail zu wiederholen, was in seinem Brief in genauer Weise zum Ausdruck kommt. Während der Nürnberger Prozessverhandlungen gegen Weizsäcker habe ich zu seiner Entlastung diese Vorgänge erwähnt, man scheint sich damals in London nicht mehr an sie erinnert zu haben, aber im Jahre 1949 erschien Stevensons Bericht im Band II der «Documents on British Foreign Policy 1919-1939».

Das Weitere ist bekannt. Der britische Premierminister, Neville Chamberlain, verfügte sich am 16. September zu Hitler nach Berchtesgaden. Einen Reitstock hielt er nicht in der Hand, auch stellte er Hitler vor keine Alternative. Aber es gelang ihm, die Möglichkeit für weitere Verhandlungen offenzuhalten. Zwei Tage später waren der französische Ministerpräsident Daladier und der Aussenminister Bonnet seine Gäste in London. Schliesslich wurde der Annahme des Prinzips der Selbstbe-

stimmung für die Sudetendeutschen zugestimmt, und Prag wurde in diesem Sinne informiert und unter Druck gesetzt; wiederum vier Tage später traf der englische Premierminister nochmals bei Hitler ein, um ihn diesmal in Bad Godesberg zu treffen. Er glaubte, ein sehr wesentliches und unter Überwindung vieler Schwierigkeiten errungenes Zugeständnis mitzubringen, ein unter schwersten Voraussetzungen der tschechischen Regierung abgerungenes Resultat. Aber Hitler schob das Erreichte verächtlich mit einer Handbewegung von sich, bereits vertrat er polnische und ungarische Territorialforderungen. Er verlangte die bedingungslose Übergabe der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich und zwar für das ultimativ unterstrichene Datum des 26. September. Im Verlauf der Besprechungen sollte er dann vier Tage zugeben und den 1. Oktober für die Erfüllung seines Geheisses festsetzen. Selbst die wunderbare Geduld des an die Arbeitsweise englischer Aufsichtsräte gewohnten Premierministers schien mehrere Male nahe am Reissen angelangt zu sein. Schwerste Stunden verbrachte der des furchtbaren Einsatzes so bewusste, mit so viel Verantwortungsgefühl begabte Staatsmann in seinem rheinischen Hotel. Am 24. September, dem Tag seiner Rückreise nach London, wurden die ultimativen deutschen Forderungen dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin überreicht. Die Tschechoslowakei lehnte am 25. September ab, am 26. September fuhr Sir Horace Wilson in die deutsche Hauptstadt mit dem Vorschlag direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei unter englischer Vermittlung. An demselben Datum hielt Hitler eine grosse Rede im Sportpalast, in welcher er erklärte, die Abtretung des Sudetenlandes sei die letzte Revisionsforderung. Damals war er zum Einmarsch entschlossen. Als letzter Ausweg trat England mit der Bitte um Vermittlung an Mussolini heran, und Hitler geruhte, diese Rolle des italienischen Diktators anzuerkennen, da sie die Stellung des römischen Kollegen, vor allem in dessen eigenen Augen, momentan gewaltig stärkte. Am 29. September trat hierauf die Münchner Konferenz zusammen.

Nach der Kriegspropaganda, dem Sieg der Koalition über Deutschland, dem Gericht, das über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen hereinbrach, ist es schwer, sich in die ungeheure Erleichterung und Dankbarkeit der damaligen Generation der europäischen Völker zurück-

zuversetzen. Über den Willen und Wunsch der überwältigenden Mehrheit damals lebender Menschen, gaben die für Hitler so verdiesslichen, spontanen Demonstrationen der Münchner, der Empfang Daladiers durch die Pariser und derjenige Chamberlains in London beredte Auskunft. Eine gewaltige Hoffnung ging kurz genug durch die Welt, eine Hoffnung, die sich vor der Wirklichkeit der politischen Lage völlig verschloss.

Mittwoch, den 12. Oktober 1938, schrieb ich, wieder nach Danzig zurückgekehrt, an Walters:

«Ich bin nicht optimistisch trotz München. Zweifellos war die Volksreaktion in München eher positiv. Aber in der Gesinnung der Führenden trat sagte ihm unter anderem, dass Hitlers Saarbrückener Rede bei der deutschen Opposition auf grosse Missbilligung gestossen sei. Aber eines ist sicher: keine Opposition, wiesehr sie sich auch vermehre, wird sich ausserhalb des Kriegszustandes wirkungsvoll bemerkbar machen können. Erst nach der zweiten verlorenen Schlacht wird das alles in Aktion treten, nicht vorher. Aber dies erlösende Gefühl, das nach dem 30. September in Europa so viele Herzen berührt hat, hat Hitler kaum gespürt; bei ihm, neben dem monomanen Willen, der ihn führt, wirkt eine angeborene Tücke, die ihn unter anderm auch immer dazu veranlasst, bei seinem Gegenüber Fallstricke zu vermuten. Gerade dort, wo es sich um Hochherzigkeit oder um Ehrlichkeit handelt, sieht er nur Finten. Da er im tiefsten Wesen herrschsüchtig ist, weil er immer ungeheure Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren hat und weil er in einer ganz besonderen Weise unmenschlich ist, muss er von vornherein jede menschliche Regung, vor allem die versöhnliche Regung, ablehnen; denn Versöhnung verlangt gegenseitigen guten Willen. Dieser ist bei ihm nicht vorhanden, er kann nur Unterwerfung verlangen.»

«Ich habe Shepherd die Hauptelemente meiner Beobachtungen mitgeteilt, sie mögen gewisse Aspekte der Lage ins richtige Licht stellen. Ich sagte ihm unter anderem, dass Hitlers Saarbrückener Rede bei der deutschen Opposition auf grosse Missbilligung gestossen sei. Aber eines ist sicher: keine Opposition, wiesehr sie sich auch vermehre, wird sich ausserhalb des Kriegszustandes wirkungsvoll bemerkbar machen können. Erst nach der zweiten verlorenen Schlacht wird das alles in Aktion treten, nicht vorher. Aber dies erlösende Gefühl, das nach dem 30. September in Europa so viele Herzen berührt hat, hat Hitler kaum gespürt; bei ihm, neben dem monomanen Willen, der ihn führt, wirkt eine angeborene Tücke, die ihn unter anderm auch immer dazu veranlasst, bei seinem Gegenüber Fallstricke zu vermuten. Gerade dort, wo es sich um Hochherzigkeit oder um Ehrlichkeit handelt, sieht er nur Finten. Da er im tiefsten Wesen herrschsüchtig ist, weil er immer ungeheure Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren hat und weil er in einer ganz besonderen Weise unmenschlich ist, muss er von vornherein jede menschliche Regung, vor allem die versöhnliche Regung, ablehnen; denn Versöhnung verlangt gegenseitigen guten Willen. Dieser ist bei ihm nicht vorhanden, er kann nur Unterwerfung verlangen.»

«Hier propagiert der Gauleiter die Version, wonach Hitlers Rede im Sportpalast über ‚die letzten territorialen Ansprüche‘ nur ein taktisches Manöver bedeute. Persönliche Interpretation? Indem Forster vielleicht vereinfacht, nähert er sich doch der Wahrheit. Hitler kann kein Versprechen halten, er ist mitgerissen, den wechselnden Lagen leiht er jeweils eherne Worte. Die Formel für Danzig wie für die deutschen Minoritäten

in Polen ist die folgende: wir suchen sie nicht, aber wenn sie aus eigenem Antrieb zu uns kommen wollen, können wir sie nicht daran hindern. Der Gauleiter sagt mir, Hitler habe in München unterstrichen, Danzig habe nie aufgehört, deutsch zu sein. Schon im Laufe des Sommers hatte Göring sich in diesem Sinne zu Sir Nevile Henderson geäußert. Er hatte hinzugesetzt, zwischen Berlin und Warschau sei man über die Erledigung des Danziger Problems im Einverständnis. Ich denke auch an die Eröffnungen, die Komarnicki* uns gemacht hat. In Berlin, im Auswärtigen Amt leugnet man all das, und gegenüber Polen zeigt man viel Zurückhaltung.»

«Augenscheinlich hat sich zwischen Berlin und Warschau im Verlauf der Krise etwas geändert. In den ersten Septembertagen sagte mir der Gauleiter: ‚Die Polen werden mit uns marschieren, wir haben ihnen die Slowakei und die gemeinsame Grenze mit Ungarn versprochen.‘ Neulich dagegen erklärte er mir: ‚Die Polen haben uns schwer enttäuscht, in keinem Augenblick während der Krise wussten wir, auf welcher Seite sie wirklich standen.‘ Die Unterlassung einer Erwähnung Polens in der Rede, die Hitler in Saarbrücken hielt, die Betonung, die er auf ‚den einzigen Freund, Mussolini‘, legte, ist in Warschau sehr wohl bemerkt worden. Die Tatsache ist wichtig, in der Partei spricht man von Enttäuschung. Ursprünglich war die Entspannungspolitik zwischen Deutschland und Polen eine Tendenz der Partei, die in den Büros des Auswärtigen Amtes in Berlin nicht geteilt wurde. Jetzt aber nähern sich die beiden Standpunkte, d.h. die Partei wird rasch antipolnisch.»

«Alles in allem, wenn wir von diesem fast ‚wunderbaren‘ Ereignis der Münchner Friedensrettung absehen, können wir immer noch von einem diplomatischen Sieg Chamberlains reden. Hitler hat nur erhalten, was der propagandistische Vorwand zu seinen eigentlichen Zielen war. Man hat, was nötig war, Zeit gewonnen. Wenn man sich jetzt dazu entscheidet, mit einigen wirklichen Opfern zu zahlen, so wird man Italien seine Aktionsfreiheit zurückgeben. Die öffentliche Meinung auf der Apenninenhalbinsel war noch viel deutlicher, viel sichtbarer dem Abenteuer abgeneigt als in Deutschland; denn in Deutschland vernimmt man die Missbilligung nur wie ein unterirdisches Grollen, aber sie kann sich nicht wie in Italien im Tageslicht mitteilen. Ist Italien erst einmal unabhängiger, wird ein Widerstand gegen die Unternehmungen Hitlers möglich sein, zum grossen Vorteil all derjenigen Deutschen, die zwar Patrioten, aber auch Europäer sind, die den Sinn für das Recht nicht verloren haben und die zur Zeit schwer unterdrückt und stumm dahinleben.»

* Tytus Komarpicki, polnischer Delegierter beim Völkerbund.

Wenn ich nach so viel Jahren den Bericht vom 12. Oktober 1938, den ich an den politischen Direktor des Völkerbundes richtete, wieder lese, so erscheint mir, dass er die schon einsetzende weitere Entwicklung in ihrem Ablauf bis zum Kriegsausbruch bereits enthalte.

Wieweit derartige Mitteilungen in den westlichen Kabinetten damals in Betracht gezogen wurden, entzieht sich meiner Kenntnis. Sie entstanden unter den schwierigsten Bedingungen, weil die polizeiliche Abschnürung in ständiger Beobachtung des Vertreters des Völkerbundes in der Freien Stadt weit über diejenige hinausging, die für fremde Missionschefs in den Kapitalen der totalitären Länder Geltung hatte.

Die tschechischen Vorgänge sollten an den Iden des März des nächsten Jahres ihren Abschluss finden, die nächste und auch letzte Etappe auf dem Wege von Hitlers Erpressungspolitik, sein Vorgehen gegen Polen aber sollte etwa zur gleichen Zeit einsetzen. Bevor diese Entwicklung aus der Danziger Perspektive beleuchtet wird, wird es nötig sein, der ausserhalb des grossen Territorialgeschehens liegenden, vielleicht noch endgültiger auf die Ereignisse einwirkenden Begebenheiten Erwähnung zu tun: des frontalen Angriffs gegen das Judentum.

VI

Der antisemitische Terror

Der Antisemitismus der nationalsozialistischen Partei hat am stärksten zur moralischen und politischen Isolierung Deutschlands beigetragen.

In allen europäischen Ländern haben die Juden nach ihrer im Beginn des 19. Jahrhunderts erfolgten Emanzipation sich national stark integriert. Der jüdische Staatsbürger hatte gerade in Deutschland weitgehend die nationalistische Entwicklung mitgemacht. Drei Juden haben es Deutschland ermöglicht, im Ersten Weltkrieg des 20. Jahrhunderts während vier Jahren gegen eine ganze Welt im Felde zu stehen: Walther Rathenau, der die deutsche Kriegswirtschaft organisierte, der Chemiker Fritz Haber, der durch die Entdeckung des Stickstoffverfahrens die deutsche Munitionsfabrikation sicherstellte, und Ballin, der Schöpfer der deutschen grossen Handelsflotte. Sie alle nahmen ein tragisches Ende. Ballin konnte die Niederlage seines Landes nicht überleben, er endete durch Freitod. Haber starb auf dem Wege nach Israel in Basel. Walther Rathenau wurde von der ersten Welle des deutschen Judenhasses erfasst und umgebracht. Blickt man weiter zurück, so kann man an die entscheidende Rolle erinnern, die das Bankhaus Bleichröder durch eine grosszügige Finanzierungsaktion im 70er Krieg gespielt hat. Sowohl im slawischen Osten wie in den angelsächsischen Ländern hat das Judentum von jeher und auch nach 1918 noch stark im deutschfreundlichen Sinne gewirkt. Unermesslich ist seit den Zeiten, in denen Felix Mendelssohn-Bartholdy sich das Verdienst der Wiedererweckung Bachs erwarb, die jüdische Leistung innerhalb des deutschen Geisteslebens.

Nach ihrer grossen Niederlage im Beginn des Jahrhunderts waren die Deutschen äusserst unsicher geworden, und der bei den deutschen Juden vielfach vorhandene Glaube an deutsche Überlegenheit war erschüttert. Auf den ein ganzes Jahrhundert erfüllenden Anpassungsvorgang folgte Absonderung, intellektuelle Distanznahme der Juden gegenüber dem geschlagenen Gastvolk und auch gegenüber gewissen deutschen Grundgemeinschaften. Die Deutschen, viel gescholten, oft auch verleumdet, nahmen nun jedes Zeichen von Untreue, von Kritik mit doppelter Empfind-

lichkeit auf. Gewisse jüdische Kreise wurden zu Trägern einer internationalen Grossstadtkultur, wie sie sich in den zwanziger Jahren, vor allem in Berlin, ausbildete. Im ganzen deutschen Sprachgebiet hat dieser Vorgang eine Reaktion von stark provinziellem Charakter hervorgerufen. Artistischer Intellektualismus und aggressive Kritik versetzten den von den erhaltenen Schlägen noch halbbetäubten Durchschnitt der Deutschen in einen Zustand dumpfer Wut. Man war erbittert über die jüdische Fähigkeit, innerhalb unstabiler Wirtschafts Verhältnisse erfolgreich zu existieren. In den liberalen Berufen, in Presse und Theaterwesen, auch an den Universitäten nahmen die so begabten Juden vorübergehend eine führende Rolle ein, im Kleingewerbe aber bildete das rasche Nachdrängen der aus dem Osten eingeströmten Israeliten ein Phänomen, das auch alt-eingessene Glaubensgenossen beunruhigte.

Hätte sich der plötzliche Affekt gegen das Judentum in der Form eines Religionskampfes entladen, so wären nicht die masslosen Folgen eingetreten, wie sie die hypnotisch wirkende, an primitivste Triebe des Ausrottens appellierende Theorie biologischer Schädlichkeit des Judentums für den deutschen Volkskörper mit sich brachte. Dies ging weit hinaus über den so ungerechten Vorwurf vaterländischen Verrates; in der pseudonaturwissenschaftlichen Verallgemeinerung lag das schlechthin Infame. Die biologische Diskrimination entfesselte die unheimlichsten archaischen Affekte; romantischer Überschwang der auf Halbgebildete so besonders wirksamen pseudowissenschaftlichen Theorien weckte zerstörerische Regungen des Trieblebens. Die in der Zeit liegende Abwertung fester Sitte und Umwertung aller Moralbegriffe bildeten die Voraussetzung zu den Untaten der Nationalsozialisten.

Dr. Joseph Goebbels äusserte einmal in zynischer Weise, man habe anfangs darüber beraten, ob man das antisemitische Argument anwenden wolle. Man habe geschwankt, entschlossen habe man sich dann, wie einst im 16. Jahrhundert bei der Einziehung der Kirchengüter, in erster Linie aus materiellen Gründen, aus Wahlgründen auch, man hoffte, die Masse des sich durch jüdische Konkurrenz geschädigt fühlenden Kleinbürgertums zu gewinnen. Hitler hat in seiner Jugend die antisemitische Propaganda der Kleinhändler und Handwerker in Wien miterlebt; in

München war er später von einem intellektuellen Kreis aufgenommen worden, in dem der theoretische Antisemitismus des mit dem Hause Wagner verbundenen H. St. Chamberlain und des Philosophen Ludwig Klages herrschte.

Aber all diese zweifellos vorhandenen und auch in diesem Falle subaltern-demagogischen Gründe vermögen es nicht, spätere beispiellose Ereignisse zu erklären. Mit dem Augenblick von Hitlers Machtergreifung war auch schon das allen menschlich-sittlichen Begriffen hohnsprechende Verbrechen am Judentum, das dann während des Krieges so grauenvolle Formen annehmen sollte, unausweichlich geworden. Auch hier lastet die entscheidende Verantwortung auf dem einen Mann; die Untat, die kein Name voll umschreibt, ist aus seinem abgründigen Hass entstanden. Hitler war von dem Wahn besessen, demzufolge nur die Ausrottung des Volkes, dem wir Höchstes verdanken, die Welt zu retten vermöge. Er wollte die jüdische Nation, die all unsere Geschichtsalter überdauert hatte, vertilgen.

Antisemitische Leidenschaft war bei den deutschen Massen schon nach den ersten Jahren des Dritten Reiches nicht mehr vorhanden. Sehr früh musste die Partei mit härtesten Mitteln gegen Unzählige vorgehen, die den Juden Hilfe brachten.

Im Kriege jedoch, nachdem die nationalsozialistischen Machthaber und ihre Anhänger erkannt hatten, wohin die Waage sich neige, wollten sie vor ihrem unvermeidlichen Sturz noch so viele wehrlose Gegner wie möglich unter Anwendung entsetzlichster Mittel und innerhalb kürzester Zeit in den Abgrund mitreißen. Im Jahre 1938 schon, nach dem Gelingen des Überfalls auf die Tschechoslowakei und der dadurch erfolgten Lähmung des deutschen Widerstandes, war der kommende Ausbruch der Raserei gegenüber völlig Wehrlosen deutlich vorauszusehen; dies vermehrte die lastende Sorge gewisser Zeitgenossen, die sich vorstellen konnten, wozu der innerhalb eines Weltkrieges losgelassene Diktator fähig sein würde. Man wusste, dass er alle in langsamer Entwicklung mühsam errichteten Dämme einreißen würde auf dem sittlichen wie auf dem politisch-geographischen Gebiet. Langsam lernte man, innerhalb einer in rationalen Gewohnheiten lebenden Generation mit Grausen, sich wieder die blinde Willensmacht des absolut Bösen, des irrationalen Willens vorzustellen.

Was in Deutschland auf dem Gebiete der Judenverfolgung sich ereig-

nete, hatte selbstverständlich eine augenblickliche Rückwirkung in der Freien Stadt Danzig.

Ich glaube, sagen zu können, dass dank den Interventionen der Völkerbunds Vertretung die Danziger Juden in grosser Zahl rechtzeitig ins rettende Ausland haben fliehen können. Von Monat zu Monat handelte es sich um Zeitgewinn. Dieser Zeitgewinn konnte nur erzielt werden, wenn die Einwirkung des letzten Vertreters der internationalen Behörde in Genf keine Handhabe zu internationaler propagandistischer Ausbeutung durch auffallende Protesthandlungen bot. Gerade das aber war äusserst schwierig; denn beständig, trotz der Instruktionen, die er erhalten hatte, stand dieser Vertreter begreiflicherweise unter dem stärksten Druck der öffentlichen Meinung, die solchen Protest dauernd von ihm verlangte. Der Völkerbund selbst konnte gewisse Vorgänge nicht stillschweigend hinnehmen. Die Aufgabe bestand infolgedessen darin, den Protest zu erheben, dabei aber seine Wirkung zu kontrollieren, um es zu vermeiden, dass er augenblicklich zum Untergang der Verfolgten führte, in deren Namen er erhoben war. Mir selbst stand stets das Schicksal Ossietzkys besonders deutlich vor Augen, das ihn nach Verleihung des Nobelpreises getroffen hatte.*

Schon am 23. September 1938 erliess der Danziger Senat eine Verordnung, derzufolge ab 1. Januar 1939 die Approbation für jüdische Ärzte aufgehoben wurde.**

Alle Danziger Ärzte kamen aus dem Reich, Danzig besass keine medizinische Fakultät, und da nun den Ärzten jüdischer Abstammung im Reich die Approbation entzogen war, ging sie ihnen «automatisch» auch in Danzig verloren***.

Am 4. Oktober 1938 berichtete ich dem Generalsekretär des Völkerbundes, Joseph Avenol:

* Vgl. S. 60 ff.

** «Auf Grund des Artikels II der Rechtsverordnung betreffend den Erlass einer Ärzteordnung vom 1.12.1933 (G. Bl. S. 589) wird folgendes mit Gesetzeskraft bestimmt.

Der § 7 erhält folgende neue Fassung am 23. 9. 1938: Die Anerkennung der Approbation ist zu widerrufen, wenn:

a) die Unrichtigkeit der Nachweise dargetan ist, auf Grund deren die Approbation erlangt ist,
b) die Approbation in dem Staat, in dem sie erteilt worden ist, keine Gültigkeit mehr besitzt, ...» (aus: Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig für 1938).

*** Bereits im März desselben Jahres war die Ausschliessung der «nicht arischen Ärzte» von den Danziger Krankenkassen verordnet worden «... auf das entschiedene Verlangen des Verbandes der Angestellten-Krankenkasse Danzig, dass Versicherte der diesem Verband angeschlossenen Kassen von jüdischen Ärzten nicht mehr behandelt werden dürfen, andernfalls die Aufkündigung des Gesamtvertrages zu erwarten sei.» (Schreiben der Berufs Vereinigung der Ärzte der Freien Stadt vom 21.3.1938.)

«Der Senatspräsident teilte mir mit, dass der Gauleiter Forster vom Senat die Vorbereitung von zwei Gesetzen verlangt, von denen im Laufe dieses Sommers in unserer Korrespondenz die Rede war, d.h. das Beamtengesetz und die antisemitischen Gesetze, genannt die Nürnberger Gesetze. Er beauftragte mich, Ihnen diese Nachricht zur Kenntnis zu bringen, damit sie dem Dreierkomitee unterbreitet werde.»

«Der Volkstag soll gegen den 15. Oktober, nach der Parteiwoche (Danziger Parteitag) versammelt werden. Der Gauleiter wird in grossen Versammlungen sprechen.»

Weiterhin schrieb ich am selben Tag, ebenfalls an Avenol:

«Die europäische Krise hat die gemässigten Elemente hier und in Berlin verhindert, auf das Schicksal der Danziger Ärzte, die durch das Dekret vom 23.9.1938 schwer betroffen worden sind, den Einfluss auszuüben, den ich immer zu lenken versucht hatte.»

«Im Augenblick habe ich alle Vorkehrungen getroffen, um Forsters Absichten zu vereiteln, und ich hoffe nochmals, dass die Einführung der Ariergesetze um ein halbes Jahr hinausgeschoben werden kann, d.h. bis nach den Wahlen des neuen Volkstages 1939.»*

Die gewünschte Verzögerung der Einführung der allgemeinen Ariergesetze wurde erreicht (allerdings nur um einen Monat, wie sich zeigen sollte).

Aber schon am Datum des 14.10.1938 erhielten die jüdischen Ärzte die offizielle Mitteilung von der Zerstörung ihrer zivilen Existenz, der Ungültigkeit ihrer Diplome, dem Verbot, ihren durch langes Studium vorbereiteten Beruf weiterhin im Gebiet der Freien Stadt auszuüben.**

Am 2. November 1938 erliess der Senat eine weitere Gesetzesverordnung, welche lautete:

«§ 25

(1) Beamter kann nur werden, wer deutschen oder artverwandten Blutes ist und, wenn er verheiratet ist, einen Ehegatten deutschen oder ortsver-

* P.S. vom 8.10.1938: «Forster meinte, der praktische Grund, der ihn zu dieser Massnahme treibe, sei die Zunahme der Fälle von ‚Rassenschande‘ auf dem Territorium der Freien Stadt. Jedoch als er sah, dass er mir damit keinen Eindruck machte, versprach er mir, die Sache womöglich noch aufzuhalten. Seither habe ich keine Nachricht mehr. Sobald ich Bescheid erhalte, schicke ich Krabbe ein Telegramm: ‚Circulaires au complet‘, was heissen soll: Die Einführung der Gesetze ist noch hinausgeschoben. Bis dahin ist es wohl besser, die von mir vom Senat verlangten Schritte beim Dreierkomitee noch nicht zu unternehmen.»

** Diese Briefe unterschrieb der Senator Grossmann, Leiter der Abteilung für Gesundheitswesen und Bevölkerungspolitik.

wandten Blutes hat. Ist der Ehegatte Mischling zweiten Grades, so kann eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Ein Beamter darf eine Ehe nur mit einer Person deutschen oder artverwandten Blutes eingehen. Ist der Verlobte Mischling zweiten Grades, so kann die Eheschliessung genehmigt werden.»¹ Zu diesen harten Eingriffen, die augenblicklich nach Genf gemeldet wurden, kam nun als plötzlich verstärkendes Moment, als für gewisse Leute willkommenster Vorwand, ein Zufall hinzu:

Ein lyjähriger, ein gewisser Herschel Grünspan, hatte erleben müssen, dass am 28. Oktober im ganzen Deutschen Reich Juden polnischer Nationalität zu tausenden verhaftet und in Zügen und Lastwagen nach der polnischen Grenze geschafft wurden. Es war ihnen nicht erlaubt, von ihrem Eigentum mehr mitzunehmen, als was jeder Einzelne tragen konnte. An der Grenze wurden alle Juden zusammengetrieben und von den Schergen Heydrichs über die Felder gehetzt, «über die grüne Grenze»² nach Polen. Der junge Grünspan, der in Paris lebte, erfuhr von dem grausamen Vorgang durch eine Postkarte seines Vaters. Er fasste den Entschluss, die seinen Eltern und Geschwistern angetane Gewalt zu rächen. Er kaufte sich einen Revolver und begab sich am 7. November 1938 auf die Deutsche Botschaft in Paris, sprach einen Herrn an, der den Hof überquerte, und fragte nach dem Botschafter. Der Herr verwies ihn an einen Amtsdienner und setzte seinen Weg fort, ohne zu ahnen, dass er soeben knapp mit dem Leben davongekommen war. Der Angesprochene war nämlich der Botschafter Graf Welczek selbst. Der Amtsdienner aber führte den jungen Grünspan in das Amtszimmer des Botschaftssekretärs vom Rath. Grünspan blieb einen Augenblick allein, dann betrat der junge Diplomat den Raum und wurde sofort mit zwei Schüssen niedergestreckt. Im Verhör gab Grünspan an, er habe die Aufmerksamkeit der Welt auf die Vorgänge in Deutschland lenken wollen. Das war ihm zweifellos gelungen. Zwei Tage noch kämpfte vom Rath um sein Leben. Hitler erhielt dann die Nachricht von seinem Tod bei Anlass einer Feier des missglückten Münchner Putschversuches des Jahres 1923 und zwar abends während des Banketts.

Hermann Göring hat über den Vorgang in seinem Zeugenstand in Nürnberg ausgesagt: «Wie ich später erfahren habe, hat bei diesem Essen, nachdem der Führer es schon verlassen hatte, Goebbels bekanntge-

geben, dass der schwer verletzte Botschaftsrat den Wunden erlegen sei. Es trat eine gewisse Erregung ein, daraufhin hat dann Goebbels scheinbar Worte über Vergeltung gesprochen, und dies hat – er war vielleicht der allerschärfste Vertreter des Antisemitismus – sicherlich die Auslösung der weiteren Ereignisse gegeben. Ich (Göring) selbst erfuhr von den Dingen tatsächlich erst bei meiner Ankunft in Berlin, und zwar sagte mir zunächst der Schaffner meines Eisenbahnwagens, in Halle habe es Brände gegeben. Eine halbe Stunde später liess ich den Adjutanten vor, der mir meldete, dass es in der Nacht zu Krawallen gekommen sei, jüdische Geschäfte geplündert und Schaufenster eingeworfen worden seien, Synagogen habe man angezündet. Mehr wusste der Adjutant zunächst selbst nicht.»

So verhielt es sich mit Goebbels' Antwort auf Herschel Grüns pans Tat. Es sei die Antwort des deutschen Volkes, verkündete der Propagandaminister. Jedermann aber, der damals in Deutschland gelebt hat, konnte feststellen, dass davon keine Rede war. Die von Goebbels ausgelösten Gewalttaten wurden von einer Zentrale aus angeordnet, geleitet und durchgeführt. Dies geht deutlich aus einer grossen Zahl vertraulicher Befehle, die von Heydrich unterschrieben sind, hervor. Überall wurden Synagogen verbrannt und über 7'000 jüdische Ladengeschäfte sind damals geplündert oder zerstört worden, 20'000 Juden wurden verhaftet. Aber bei all dem war das Volk nicht beteiligt, im Gegenteil; denn angesichts dieser Vorgänge ergriff ein Schauer die weitesten Kreise, und in unzähligen Fällen wurde den Opfern des ungeheuerlichen Vorgangs unter höchster eigener Gefahr Hilfe geleistet.

In Danzig selbst, wo ich kaum Kontakte ausserhalb des engsten Amtskreises unterhalten konnte, kannte ich einen Handwerker und hörte ich von zwei Ladenbesitzern, die wochenlang Juden bei sich versteckt hielten. Sie wussten, dass auf ihrer Handlungsweise Deportation, ja selbst Todesstrafe stand.

Ein SS-Brigadeführer schrieb damals an Himmler³: «Einheimische antisemitische Kräfte wurden während der ersten Stunden veranlasst, mit Pogromen gegen die Juden zu beginnen . . . wenngleich es sich als sehr schwierig erwies, sie dazu zu bringen.»

Hans Rothfels sagt in seinem Buche «Die deutsche Opposition gegen Hitler»⁴: «Zeugnisse des Widerstrebens werden ergänzt durch viele

Beispiele von Sympathie, Hilfe und positiver Unterstützung, die sich einwandfrei belegen lassen. Bestimmte Gruppen wie die Quäker und protestantische sowie katholische Vereine waren in einem ausgedehnten Hilfswerk tätig. Hingegen konnte, nach aller menschlichen Wahrscheinlichkeit, die Zahl derer, die einen öffentlichen Protest wagten, nur gering sein. Ihre Stimmen wurden bald zum Schweigen gebracht. Unter denen, die Mut genug hatten, sich unmissverständlich zu äussern, mag der Dekan von St. Hedwig, Monsignore Bernhard Lichtenberg, genannt werden. Seit den Pogromen des November 1938 pflegte er selbst und veranlasste er die Gemeinde der Berliner Kathedrale, ‚für Juden und Insassen von Konzentrationslagern‘ zu beten.»

Seit unsern Zusammenstößen im Herbst hatte sich Forster auf dem Gebiet des Antisemitismus, immer wieder von Göring abgekanzelt, relativ zurückhaltend gezeigt. Nun aber, nach dem Attentat Grünspans, war er entfesselt; das war endlich ein willkommener Vorwand.

Seit Beginn der Ausschreitungen in Deutschland blieb ich in täglichem Kontakt mit Senat und Polizeidirektion. Dass in Danzig selbst am 9. November nichts passierte, bedeutete aber nur einen Aufschub. Um diesen Aufschub womöglich zu verlängern, fuhr ich am 12. nach Berlin. Dieser Besuch verlief erfolglos. In der Nacht vom 13. auf 14. November, also während meiner Abwesenheit, wurden in der Freien Stadt zwei Synagogen in Brand gesteckt und jüdische Privatwohnungen und Läden geplündert. Schon am nächsten Morgen flohen etwa 1'500 Juden über die polnische Grenze. Am 19. und 20. November führte ich Gespräche in Warschau. Am 21. wurde in Danzig die Verordnung «zum Schutz des deutschen Blutes und der Ehre» erlassen. Am 23. November fuhr ich wieder nach Berlin, um noch einmal auf die nun greifbar gewordenen Folgen der antisemitischen Gesetzgebung in der Freien Stadt in ihrer verderblichen Wirkung auf die allgemeine politische Lage aufmerksam zu machen.

Ein drittes Mal, am 16. und 17. Dezember, intervenierte ich in der Reichshauptstadt. In der Tat, die Danziger Verfassungsänderungen und Verfassungsbrüche, deren einschneidendste die antisemitischen Bestimmungen waren, lassen sich vorerst nur im Zusammenhang mit dem weltpolitischen Geschehen verstehen. Das *einzige* Mittel, das uns zur

Verfügung stand, um ihre Wirkung zu relativieren, lag darin, dass von den Behörden der Freien Stadt zugegeben wurde, dass all diese *ad hoc* erlassenen Bestimmungen und Dekrete erst nach den Neuwahlen durch den Volkstag Rechtskraft erhalten konnten. Ich war damals davon überzeugt, dass diese Neuwahlen für die Partei ein Risiko bedeuteten, das man ungern eingehen würde und das, sollte man es übernehmen, die Stellung der Partei erschüttern könnte. Vielfach wurde diese meine Ansicht in Danzig und auch in Berlin geteilt.

In diesem Zusammenhang gibt es einen aufschlussreichen Text, ein kurzes Dokument, datiert: Berlin, den 23. Dezember 1938, es ist von Wörmann unterzeichnet, Referent ist der vortragende Legationsrat Schliepp, und es bezieht sich auf ein langes Gespräch, das ich mit Ribbentrop am 17. Dezember unter vier Augen führte. Ribbentrop muss den Vermerk für die Akten selbst diktieren haben. Dieser Vermerk ist irreführend.

Über das Gespräch mit dem Reichsaussenminister berichtete ich selbst Folgendes an Walters:⁵

«Wie das letzte Mal sprach Herr von Ribbentrop vorerst allein; mit halbgeschlossenen Augenlidern schien er sich gewaltigen Visionen hinzugeben; er begann damit, dass er eine Art Kosmogonie entwarf, dann erzählte er mir, was er zu Herrn Bonnet in Bezug auf den deutschen Einfluss im Osten und auf der Balkanhalbinsel gesagt hatte. Indem er die Intervention der beiden Westmächte in der Angelegenheit des Statuts von Memel verurteilte, erinnerte er daran, dass im Verlauf der letzten Jahre diese Mächte trotz schwerster Verletzungen des Völkerrechts sich als an Memel völlig desinteressiert gezeigt hätten, dass wieder einmal die Wahrheit des Hitlerwortes deutlich werde: ‚Die Wirkung des Völkerrechts hört auf, sobald es sich um die Interessen *deutscher* Minoritäten handelte. Schliesslich ging der Minister auf die Danziger Frage ein, und ich konnte feststellen, dass im Innern der Partei und der Regierung zwei Haupttendenzen sich bekämpften. Die eine, diejenige Forsters und seiner Anhänger, welche eine sofortige Intervention verlangen, durch welche Danzig gleichzeitig mit Memel dem Reiche einverleibt werden sollte. – Dies nannte Ribbentrop die kleine Lösung – die andere, diejenige Görings, des Gauleiters Koch (Gauleiter in Ostpreussen) etc., die Abwarten anraten und eine grössere auf ökonomischer Basis durchgeführte, im Einverständnis mit Polen aufgebaute Politik verlangen, wobei sie der Ansicht sind, man müsse Polen neuen Territorialgewinn versprechen, um ernstere

Gegensätze aufzuheben und eventuell die Rückkehr von Posen und Thorn ins Reich zu erreichen. Ribbentrop sagte mir, der Führer neigt zu dieser Lösung, aber er hat sich noch nicht endgültig ausgesprochen. ‚Sie scheinen sehr zurückhaltend‘, meinte er, ‚aber der rein deutsche Charakter Danzigs muss Ihnen doch klar sein und unsere Rechte ebenfalls.‘ Ich antwortete: ‚Mir scheint, dass man das, was man schon besitzt, nicht auf die Gefahr grosser Komplikationen hin sich nehmen sollte‘, und ich setzte hinzu: ‚Die Welt gewöhnt sich daran, dass der Kanzler Verträge, die von früheren deutschen Regierungen geschlossen wurden, als hinfällig betrachtet. Da muss er den Versprechungen, die er in seinem eigenen Namen macht, umso mehr Gewicht beimessen. Eine Enttäuschung auf diesem Gebiet hätte verderbliche Folgen, die ganze Zukunft wäre belastet, denn alles hängt vom Vertrauen ab‘ etc. Ribbentrop hörte zu, dann sagte er mir: ‚Ich werde Ihre Auffassung dem Führer übermitteln. Man darf nicht daran zweifeln, dass er alle seine Zusagen halten wird, aber im vorliegenden Fall handelt es sich nicht um Territorien wie Österreich und Sudetenland, es handelt sich um Bestandteile des alten Preussen, die uns durch Gewalt und Ungerechtigkeit entrissen wurden. Im Übrigen sind es nicht wir, welche die Rückkehr verlangen, es sind die Bevölkerungen dieser Territorien.‘»

«‚Mir scheint, dass gar nichts eilt‘, erwiderte ich – ‚Sie sind stark, es gibt viel zu tun, um das Reich zu organisieren, das Reich, dessen Territorium sich so sehr vermehrt hat im Lauf dieses Jahres, warum diese Hast in einem Augenblick, in welchem die psychologische Situation so ungünstig geworden ist?‘ Zum Schluss sagte ich noch zu dem Minister: ‚Ich will nicht in Danzig bleiben wie eine Gliederpuppe, ich habe dem Senat der Freien Stadt immer empfohlen, sich nicht ins Unrecht zu setzen und nicht weiterhin eine Konstitution zu verletzen, die er auf dem Rechtswege verändern kann im Jahre 1939, sobald der Volkstag neu gewählt sein wird. Leider hat man diese letzten Monate benutzt, um diese Ratschläge in den Wind zu schlagen, und ich befinde mich in einer sehr schwierigen Lage, vier Verfassungsverletzungen aufs Mal, das ist viel.‘ Ribbentrop antwortete: ‚Ich kannte diese Einzelheiten nicht, aber auf gar keinen Fall können wir gestatten, dass man sich in Genf noch einmal in die Danziger Angelegenheit einmischt!‘ Ich antwortete: ‚Juristisch scheint dies unvermeidlich, aber es gäbe noch ein Mittel, um diese Konsequenz zu vermeiden ‚Welches?‘ ‚Der neue Volkstag müsste gewählt werden, und der Senat müsste mir einen Brief schreiben, in welchem stünde, dass die Dekrete durch den neuen Volkstag, um Gesetzeskraft zu erhalten, legalisiert werden müssten.‘ Ribbentrop überlegte, dann sagte er mir:

„Der Führer war gegen diese Wahlen, aber Sie haben recht, das wäre eine Lösung.“ Er stand auf, machte einige Notizen und erklärte: „Ich werde Ihren Vorschlag Forster empfehlen, Sie werden Ihren Brief erhalten.“ Nun setzte ich noch hinzu: „Ganz allgemein möchte ich in Danzig nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Sollten Veränderungen eintreten, so sollte man mich rechtzeitig unterrichtens Ribbentrop versprach mir, dass so geschehen würde. Nachdem ich ihn verlassen hatte, kehrte ich nochmals zu Weizsäcker zurück und bat ihn, von den beiden Versprechen seines Chefs Kenntnis zu nehmen. Die Stellung des armen Weizsäcker ist sehr geschwächt, aber er bleibt, solange er da sein wird, das geistige Oberhaupt des Ministeriums.“

«Was die Lage so gefährlich spaltet, ergibt sich aus zwei Tatbeständen, die ich zu erkennen glaube. Der eine: Forster sagte mir: „Man muss vorwärts machen, so rasch wie möglich, der Führer hat mir gesagt, die Zeit arbeite gegen uns und in zwei Jahren würden die andern stärker sein als wir.“ Der andere: „Herr Beck kann aus seiner Sackgasse nicht hinaus, wenn er sich nicht immer stärker auf die deutschen Pläne einlässt.“ Ribbentrop aber erklärte mir: „Die Polen werden ebensowenig marschieren wie die Tschechen“, worauf ich antwortete: „Sie werden marschieren. Die Tschechen sind vernünftige Utilitaristen, die Polen sind kühn, sie zerbrechen Glas nach Mitternacht, sie sind das einzige Volk Europas, das zur Zeit unglücklich genug ist, um den Kampf zu wünschen, die Ehre steht ihnen am höchsten, und sie messen und wägen nicht. Ja, Herr Beck ist da, aber auch die Armee und eine Meinung, die sich entzündet wie Pulver.“»

«Als ich den Minister verliess, befand ich mich im Vorzimmer zufällig Herrn Sahm, dem Botschafter von Hassel und dem Gauleiter Koch gegenüber. Drei Epochen. Die zwei ersten Herren gingen zu Weizsäcker, der dritte zum Minister. Koch sagte mir: „Wir sind alle da, um Vorsicht zu predigen“, und dann schlug er mir vor, gemeinsam zu Mittag zu essen, was die beiden andern «Gewesenen» sehr zu erstaunen schien.»

«Es interessierte mich sehr, von Koch zu hören, er sei der Ansicht, man müsse stoppen, stoppen auf der ganzen Linie. Im September habe man den Bogen bis zum Brechen gespannt, diesmal aber würde er brechen, man dürfe jetzt nicht an die Danzigpolnische Frage rühren, völlige Ruhe ein Jahr lang, das sei nötig, meinte er. – «Wir brauchen die Polen, sie brauchen uns, Göring unterstützt Sie, weil es Ihnen gelingt, alle diese Verrückten zu beruhigen, machen Sie weiter, ärgern Sie sich nicht über die Grobheiten dieser Leute; die Stimmung in Deutschland ist ausserordentlich gespannt, wir haben die Abenteuer satt, ein europäischer Krieg wäre das Ende von allem und reiner Wahnsinn.»

Kolonien, wie absurd! Wir wissen gar nicht, was damit anfangen. Die Ukraine, ja das ist etwas anderes, aber nicht für heute, nicht für morgen, und mit den andern. Wenn nur die andern, hauptsächlich die Engländer für einmal, nicht nur im letzten Augenblick, grossherzig sein wollten, sich nicht immer die Konzessionen entreissen liessen, sondern ihnen entgegenkämen, alle Herzen würden ihnen zjubeln. Sie sehen doch, wie schwer es ist, bei uns eine Animosität gegen sie zu schaffen. Das sind Verbrecher, welche den Führer in diesem Sinn beeinflussen, es wird auch nicht gelingen, das Volk ist dagegen. Was viel schädlicher ist als diese törichte Propaganda, das sind die zerstörerischen Kritiken, die die Engländer, selbst am hellen Tage, formulieren, diese Kriegsbücher über Haig z.B. oder über Foch von diesem Liddell Hart, der nicht aufhört, Fehler und Schwächen der alliierten Armeen während des grossen Krieges aufzuzählen und zu erklären, dass der Krieg nur durch Propaganda gewonnen worden sei und durch den Hunger, den unsere Frauen und Kinder erlitten. Nein, niemals mehr ein europäischer Krieg, gegen Asien wird man sich schlagen müssen.'»

«Also sprach dieser frühere Kommunist, Bewunderer von Göring, der Gauleiter Ostpreussens.»*

«P.S.: Der Gauleiter Forster verlässt mich soeben, er hat mir den Brief, der die Volkstags wählen garantiert, versprochen. Der Senat wird offiziell schreiben. Was Forster anbetrifft, wird er mir ebenfalls schreiben: erstens die gleiche Versicherung legalen Vorgehens, zweitens eine Erklärung der politischen Situation, welche die Partei zum Überschreiten der verfassungsmässigen Bestimmungen gezwungen hat. Er versprach mir (für den Augenblick !) die Massnahmen gegen die Juden abzustoppen, die Dekrete, die bereits vorbereitet sind, sogar bereits seit dem letzten Jahr, Dekrete, welche den jüdischen Anwälten ihre Funktionen verbieten sollten, zurückzuhalten.»

«Ich habe mich mit ihm ausführlich über die allgemeine Lage, über das Danziger Problem unterhalten, habe mich für vorsichtige, zukünftige, allgemeine, friedliche Lösungen eingesetzt. Forster ist durch seine Berliner Eindrücke etwas beunruhigt, er ist nervös, zeigt sichtliche Angst vor gewissen Drohungen, die er im Reich aussprechen hörte, er behauptet, übermüdet zu sein und will einen einmonatlichen Urlaub nehmen. Er hat mir sehr gut zugehört diesmal, und der Gedanke, dass er, Albert Forster, zugunsten des Friedens eine Rolle spielen könnte, schien ihm einzuleuchten.»

* Koch wurde 1959 vom Warschauer Wojwodschaftsgericht wegen schwerer Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt.

Bei dem ganzen Gespräch hatte ich mich im Übrigen, was die Dekrete anbetrifft, darauf beschränkt, dasjenige zu wiederholen, was der Präsident des Dreierkomitees, Lord Halifax, mir gegenüber geäußert hatte und was er nach dem schon erwähnten Bericht vom 30. Juni 1938, zu Böttcher gesagt haben soll.⁶ Dort heisst es in Bezug auf die antisemitischen Rechtsverordnungen, Böttcher habe im Laufe einer Privataudienz dem englischen Aussenminister mitgeteilt:

... »Wir (der Danziger Senat) hätten aber erfahren, dass diese Verordnung ihm als Berichterstatter für Danziger Fragen im Dreierausschuss und im Rate des Völkerbundes gewisse Schwierigkeiten machen würde. Da er zusammen mit dem Hohen Kommissar sich augenscheinlich die grösste Mühe gebe, alle Unannehmlichkeiten für Danzig aus dem Wege zu räumen und da er sich bemühe, immer ausgleichend zugunsten Danzigs zu wirken, so hätten wir, um ihm entgegenzukommen, von dem Erlass der Verordnung Abstand genommen.« (Forster hatte das Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze schon für den 20. Juni vorausgesagt.) «Auch Deutschland hätte uns (Danziger Senat) einen entsprechenden Wink zukommen lassen. Wir hätten dies auch schon dem englischen Generalkonsul in Danzig, Herrn Shepherd, mitgeteilt.»

Böttcher fährt fort:

«Lord Halifax erwiderte, dass er über diese Nachricht hochofret sei und dass er es mit besonderer Dankbarkeit empfinde, dass wir in dieser Weise vorgegangen seien.» ...

Weiterhin Böttcher, Lord Halifax habe ihn dann noch längere Zeit über Tiger- und Elefantenjagden unterhalten.

Von einem Gespräch mit Roger Makins* berichtet er, dieser habe seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass schon so lange keine Danziger Frage mehr in Genf verhandelt worden sei, und er habe gebeten, dass, falls man die Verfassung ändern wolle, man vorher mit Lord Halifax Fühlung nehme. Wer auch nur kurz den Vorzug hatte, mit Lord Halifax zusammenzuarbeiten, wird sich jedenfalls von seiner Seite weder das Danken, noch das Bitten, vor allem nicht die unnützen Digressionen vorstellen können.

Selbst auf Adolf Hitler hat gerade die klare Festigkeit des englischen Aussenministers Eindruck gemacht, das hat er mir bei der zweiten Unter-

* Roger Makins (geb. 1904), seit 1928 im Foreign Office.

redung, die ich später mit ihm führen sollte, deutlich zum Ausdruck gebracht.*

Furcht und Verstellung in allen offiziellen Aufzeichnungen zur Zeit des Nationalsozialismus ist ein hervorstechender Zug. In einer Notiz des Staatssekretärs von Weizsäcker vom 17. Oktober 1938 steht: «Präsident Greiser erwähnte dann gewisse Judengesetze, welche in Danzig in Vorbereitung seien und erkundigte sich nach der aussenpolitischen Opportunität dieser Gesetze. Sachlich bemerkte er, dass Danzig noch ein halbes oder ein Jahr ohne diese Gesetze auskommen könne. Der Hohe Kommissar sei *kein Befürworter dieser Gesetze*¹.»

Am 1. Oktober 1937 hatte man innerhalb des Danziger Territoriums 7'479 Israeliten festgestellt. Dies ist die Zahl, die mir von den Vorstehern der jüdischen Gemeinde angegeben wurde. Die meisten Israeliten lebten in der Stadt Danzig selbst, 1'800 in Zoppot, 40 in den Orten zwischen Neuteich und Tiegenhof, und 60 waren über das übrige Territorium verstreut. 1'226 waren Danziger Staatsbürger, 376 Deutsche, 3'724 Polen, anderen Nationalitäten gehörten 2'153 an. Nach Berufen teilten sie sich auf in 1'756 Kaufleute, 522 Handwerker, 585 Angestellte, 129 Arbeiter, 280 in liberalen Berufen tätige Personen, 1'727 waren jünger als 21 Jahre, die Zahl der Berufslosen betrug 2'480.

Die Emigration aus Danzig begann schon im Jahre 1937. Die meisten Auswanderer begaben sich nach Polen. Die begüterten Mitglieder der jüdischen Gemeinde strebten nach den westlichen Ländern, nach Südamerika und Palästina. Die Auswanderung wurde beschleunigt durch die November-Ereignisse in Deutschland. Im Januar 1939 gab es nur noch 3'500 Juden in der Freien Stadt, sie besaßen fast alle polnische Nationalität. Die Vorsteher der jüdischen Gemeinde betrieben mit bewundernswerter organisatorischer Zähigkeit die Weiterleitung der Vertriebenen. Der Danziger Polizeipräsident, Hellmut Froboess, setzte sich, indem er persönliches Risiko in Kauf nahm, für die möglichst sachliche Durchführung der harten Massregeln ein. Er verhinderte die Abreise jedes Einzelnen, solange nicht Durchgangvisen und Einreisevisen in das von den Betreffenden gewählte Land oder solange nicht die Kollektivvisen vollkommen in Ordnung waren. Mit grösster Umsicht in diesem

* Vgl. S. 270.

Zusammenhang betätigte sich der englische Generalkonsul, Mr. G. Shepherd, dem der Senat keine Gerechtigkeit widerfahren liess.*

Am 21. November 1938 waren die antijüdischen Gesetze in Kraft getreten**. Allen Juden wurde befohlen, ihre Geschäfte zu schliessen.

Am 3. Dezember 1938 schrieb ich an Greiser:⁸

«Zurückkommend auf unsere Besprechung betreffend die Dekrete des Senats der Freien Stadt:

1. Rechtsverordnung betreffend den Sicherheitsdienst vom 10.10.1938

Danziger Beamtengesetz vom 2.11.1938

2. Verordnung zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 21.11.1938

gestatte ich mir anzufragen, in welcher Weise der Senat der Freien Stadt den zwischen der Verfassung und diesen Verordnungen sich ergebenden Widerspruch auslegt» . . .

Am 10. Dezember 1938 antwortete mir der Senatspräsident⁹:

«Ich beehre mich, auf Ihr Schreiben Nr. 21/35/11 C vom 3. Dezember d. J. betreffend die Rechts Verordnungen vom 10. Oktober, 2. November und 21. November 1938 zu erwidern, dass ich gern bereit bin, jede von Ihnen gewünschte Aufklärung zu geben. Ich muss dabei allerdings vorausschicken, dass sich für meine Regierung nicht ohne Weiteres ein Wider-

* Vgl. Brief CJB an F. Walters, Crans/Valais, 4.2.1939, SdNA.

Über Shepherd schrieb Greiser an den Verfasser am 9.2.1939 (Privat-Archiv CJB): «In der Judenemigration läuft alles vollkommen glatt – zum Leidwesen von Herrn Shepherd, der nun jeden Tag die Transporte zu torpedieren versucht. Der erste Transport mit 1'000 Juden sollte nach dem Willen der Engländer bis zum 1. 7. und die übrige Emigration bis zum 1.1.1940 vertagt werden. Shepherd bringt den Wunsch Londons in Verbindung mit der Einwilligung zu Ihrem Verbleiben auf Ihrem Danziger Posten bei der letzten Tagung in Genf. Eine vollkommen unmögliche Kombination, da bei unserem Weihnachtsgespräch zwischen Shepherd und mir die Judenfrage überhaupt nicht zur Diskussion gestanden hat. Ausserdem wollen die Juden auch gar nicht bleiben und wundern sich selbst über das plötzliche englische Interesse. Weiterhin ist organisatorisch und finanziell alles aufs Beste vorbereitet und liegt in der Hand von Herrn Froboess ...»

Vgl. auch: Brief CJB an F. Walters, Crans, 10.2.1939, SdNA.

** «Verordnung zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 21. November 1938.

Auf Grund des § 1 Ziff. 1, 9, 21, 25, 28,49, 89 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.B1. S. 273) sowie des seine Geltungsdauer verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.B1. S. 358 a) wird Folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

§ 1. Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Grosseltern abstammt. Als volljüdisch gilt ein Grosseelternteil ohne Weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

§ 13. (i) Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

(2) Fremde Staatsangehörige, die weder ihren Wohnsitz noch ihren dauernden Aufenthalt im Inlande haben, fallen nicht unter die Vorschrift des Abs. 1.

§ 22. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, § 13 jedoch erst am 1. Januar 1939 in Kraft. Der Senat der Freien Stadt Danzig. Greiser – Dr. Wiers-Keiser – Dr. Grossmann.»

spruch zwischen der Verfassung und den Verordnungen erkennen lässt. Ich bin daher auf die von Ihnen mir mündlich mitgeteilten Bedenken angewiesen.»

«Wenn man in den Verordnungen einen Widerspruch mit der Verfassung finden will, so möchte ich bemerken, dass es sich hier gewiss nicht um eine absichtliche Änderung der Verfassung, auch nicht etwa um *Gesetze*, die absichtlich mit der Verfassung im Widerspruch stehen, handelt, sondern um Rechtsverordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juni 1933 und 5. Mai 1937 erlassen worden sind und die jederzeit innerhalb drei Monaten durch den Volkstag wieder aufgehoben werden können, wenn dies dem Volkstag etwa erwünscht scheint (§ 3 des Ermächtigungsgesetzes). Der Volkstag übrigens besteht ausser zwei polnischen Abgeordneten nur aus Abgeordneten der nationalsozialistischen, also der die Regierung tragenden Partei, und es ist kein Zweifel, dass die Rechts Verordnungen jederzeit die Zustimmung im Volkstage mit weit über Zweidrittelmehrheit finden würden, und dass dann, wenn der Rat des Völkerbundes darin eine Verfassungsänderung sehen sollte, seine Einwilligung zu den Gesetzen herbeigeführt werden könnte. So einschneidende endgültige Bestimmungen in Form von Gesetzen sind bisher jedoch nicht getroffen.»

«Was nun die einzelnen Verordnungen anlangt, so könnte vielleicht, wie mir gesagt ist, in die Verordnung über den Sicherheitsdienst eine Verletzung des Artikels 5 der Verfassung hineingelegt werden.* Mit militärischen Dingen hat die Verordnung über den Sicherheitsdienst jedoch nichts zu tun. Diese Verordnung ist vielmehr aus folgenden Gedankengängen heraus erlassen:»

«Vor mehreren Jahren wurde in Danzig die Polizeischule aufgelöst, und die Einwohnerwehr besteht so gut wie überhaupt nicht mehr. Weiterhin ist vor drei Jahren die Landespolizei aufgelöst worden. Der Polizeikörper ist überaltert und ein freiwilliger junger Nachwuchs für die Danziger Schutzpolizei nicht mehr zu erhalten, insbesondere da viele Danziger junge Leute sich nach Deutschland begeben, wo sie einen leichteren und besseren Verdienst als in Danzig finden. Dasselbe Bild kann man in den akademischen Berufen beobachten. Es gibt heute keine jungen Ingenieure und Ärzte mehr in Danzig, die in die freie Wirtschaft gehen, da auch sie vielfach von Deutschland aufgesogen werden.»

«Um nun die Schutzpolizei vor Überalterung zu schützen, ist die Rechtsverordnung über den Sicherheitsdienst erlassen worden. Bis

* Art. 5 der Verfassung lautet: «Ohne vorherige Zustimmung des Völkerbundes in jedem einzelnen Falle darf die Freie Stadt Danzig nicht: 1. als Militär- und Marinebasis dienen, 2. Festungswerke errichten, 3. die Herstellung von Munition oder Kriegsmaterial auf ihrem Gebiete gestatten.»

zum 1. April 1939 sollen rund vierhundert junge Danziger eingezogen werden, um sie etwa zwei Jahre auszubilden und dann die Tauglichen in den Polizeidienst zu übernehmen. Die Möglichkeit von Übungen von zwei bis drei Tagen ist lediglich deswegen eingeführt, um einen kleinen Ersatz für die frühere Einwohnerwehr zu haben.»

«Die Rechtsverordnung über den Sicherheitsdienst verfolgt also keinerlei militärische, sondern rein polizeiliche Zwecke, wie schon aus der Beschränkung hervorgeht, mit der sie angewandt wird.»

«Bei der Rechtsverordnung über die Beamten sollen zwei Bestimmungen in gewissem Widerspruch mit der Verfassung stehen: Einmal handelt es sich um den sogenannten Arierparagrafen. Diese Bestimmung schafft keine neues Recht, sondern legt ein im deutschen und Danziger Volksbewusstsein bereits tief verwurzeltes Empfinden im Wege der Verordnung auch für die Zukunft fest. Die Verordnung schädigt weder für die Vergangenheit noch für die Gegenwart irgendjemand. Es gibt in Danzig keinen Beamten, der nicht-arisch wäre. Es wird also ein bereits effektiv bestehender Zustand durch Verordnung sanktioniert.»¹⁰

«Mir ist weiterhin gesagt worden, dass gewisse Kreise Anstoss daran nehmen, dass an wiederholten Stellen in dieser Verordnung von dem Staat und seiner nationalsozialistischen Führung die Rede ist, und dass der § 4 einen Beamteneid auf ‚die Freie Stadt Danzig und ihre nationalsozialistische Führung‘ vorsieht. Auch hier kann ich einen Widerspruch mit der Verfassung nicht sehen. Man hat anscheinend an die betreffenden Paragraphen die Folgerung geknüpft, dass die Beamten der nationalsozialistischen Partei gegenüber zum Gehorsam verpflichtet seien, oder dass reine Parteiorgane in die Regierung oder die Verwaltung des Staates eingreifen oder Anordnung treffen könnten. Das trifft deshalb nicht zu, weil die zitierten Worte weiter nichts bedeuten, als dass der Staat nationalsozialistisch geführt wird, dass also seine Senatoren, und damit seine Regierung, nationalsozialistisch sind. Gerade in einem nationalsozialistischen Staate aber wird nicht geduldet, dass Privatpersonen oder Parteiorgane sich *unmittelbare* staatliche Befugnisse anmassen.»

«Auch bezüglich der Verordnung zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Art vom 21. November 1938 vermag ich nicht ohne Weiteres zu erkennen, inwiefern sich zwischen ihr und der Verfassung Widersprüche ergeben. Auch sie entspricht einem seit Langem eingebürgerten Volksempfinden, das in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung schon vor dem grossen Kriege eine Selbstverständlichkeit war. Es dürfte auch schwer einzusehen sein, dass durch diese Verord-

nung jemand geschädigt werden könnte. Sie entspricht dem Empfinden der grossen Masse der Bevölkerung und verwandelt ein bisher usance-mässiges Recht in formales Recht.»*

«Ich bin gewiss, dass jeder Volkstag – sowohl der jetzige wie auch der zukünftige – den von Ihnen genannten Verordnungen ohne jeden Zweifel seine nahezu einstimmige Zustimmung geben wird. Ausserdem bin ich jederzeit bereit, diese Sanktionierung durch den Volkstag herbeiführen zu lassen.»

«Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, dass es mir durch meine Ausführungen gelungen ist, einen sich etwa zwischen den Verordnungen und der Verfassung ergebenden Widerspruch zu klären, bitte ich Sie, Herr Hoher Kommissar, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegenzunehmen.»

Aber der harte Vorgang nahm seinen Verlauf. Am 1. Februar wurde das Dekret betreffend Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft und dem Notariat erlassen. Weitere antijüdische Dekrete erschienen am 15. Februar, und am 3. März 1939 verliessen wiederum 500 Juden die Freie Stadt, am selben Tag erschien die Verordnung zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus Danziger Gebiet. Die letzte Bestimmung betreffend «Entjudung von Danziger Wirtschaft und Grundbesitz» sollte erst am 22. Juli, also ungefähr fünf Wochen vor Kriegsausbruch, herauskommen.

Aber schon am 17. Dezember 1938 war die gesamte jüdische Bevölkerung der Freien Stadt in die Hauptsynagoge berufen worden, um in Gegenwart der Danziger Polizeiorgane von den Vorstehern der jüdischen Gemeinde zu hören, dass sie das Gebiet so rasch wie möglich zu verlassen hätte, fast von einem Tag auf den andern.

Bereits am 29. März 1938 hatte ich dem Generalsekretariat des Völkerbundes und somit an das Dreierkomitee geschrieben:

«Zu den heikelsten Problemen gehört die Judenfrage. Ich habe mich derselben mit besonderer Aufmerksamkeit gewidmet und ich bin dauernd mit den Vertretern der jüdischen Gemeinde in Kontakt geblieben. Neben der grossen Anzahl von Juden polnischer Nationalität in der

* Die ursprüngliche Fassung des Schreibens enthält hier noch folgende Sätze: «Die Verfassung kennt übrigens, wie oben bereits gesagt, den Begriff ‚Rasse‘ keineswegs und schützt daher auch nirgends eine Rasse als solche. Auch einen Gegensatz etwa zu Artikel 73 der Verfassung kann man kaum herauskonstruieren. Man müsste dann z.B. Leute mit geistigen oder körperlichen Gebrechen zu allen Staatsstellungen zulassen, was gewiss in keinem Kulturstaat der Fall ist.»

In Artikel 73 der Danziger Verfassung heisst es: «Alle Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig sind vor dem Gesetze gleich. Ausnahmegesetze sind unstatthaft... öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt, des Standes oder Glaubens bestehen nicht.»

Freien Stadt gibt es etwa 2'000 Danziger Juden. Ihre Situation ist zur Zeit immer noch besser als diejenige der Juden im Reich, aber eine unvermeidliche Entwicklung, zuerst durch vereinzelte Massnahmen, dann durch gesetzliche Verordnungen wird die Danziger Israeliten in eine schreckliche Lage bringen. Es ist geradezu ergreifend zu sehen, welches Vertrauen die alten Juden in den Völkerbund setzen. Sie glauben, da Danzig das einzige Territorium ist, welches direkt dem Völkerbund untersteht, sollten ihnen doch wenigstens bessere Möglichkeiten für die Emigration geboten werden. Da ihre Zahl klein sei, sollte es durchführbar sein, ihnen irgendwo Asyl zu verschaffen und ihnen zur Erwerbung einer anderen Nationalität behilflich zu sein. Sie nehmen mit Recht an, dass über kurz oder lang eine Gesetzesverordnung erlassen wird, durch welche auch sie der grossen Zahl der Heimatlosen zugewiesen werden; eine Kulturschande des 20. Jahrhunderts!»

«Die Hoffnung der Danziger Juden vom administrativen und juristischen Standpunkt aus gesehen mag naiv erscheinen. Doch muss ich gestehen, dass ich mit ihrer Auffassung einig gehe, wäre es auch nur, um einmal in diesem Teil Europas *ein greifbares* Geschenk zu machen nach so vielen ‚non possumus‘, als Pfand für den wirklichen Anteil, das Interesse, die die Genfer Institution doch bis jetzt den Verfolgten bewahrt hat. Diese Frage sollte ernsthaft geprüft werden, so scheint mir. Es gibt eine kleine Anzahl von vermöglichen Juden unter diesen 2'000, für diese besteht das Problem in den kürzlich erst erlassenen Bestimmungen zur Beschränkung der Devisenausfuhr. Was die unbemittelten Juden anbetrifft, so wurde mir gesagt, dass unter den israelitischen Organisationen, besonders den amerikanischen, im letzten Sommer die notwendigen Geldsummen gesammelt worden sind. Die österreichischen Ereignisse werden aber einen vorwiegenden Einfluss auf die Benützung des Fonds ausüben.»

F. Walters hatte mir am 4. April 1938 auf diesen Brief geantwortet:

... «Zur Frage des Beistandes für die Emigration von Danziger Juden. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge lassen sich die Bemühungen des ‚Hohen Kommissars für aus Deutschland kommende Flüchtlinge‘ nicht ohne Beschluss des Völkerbundsrates oder der Völkerbundsversammlung auf einen Beistand für Flüchtlinge aus Danzig ausdehnen.* Die ganze Frage

* Für die aus Deutschland kommenden Flüchtlinge wurde in der Person des Engländers Sir Neill Malcolm ein Hochkommissar des Völkerbundes bestellt, dessen Amt durch die Bundesversammlung von 1936 ebenfalls auf zwei Jahre bestätigt wurde. Auf sein Betreiben hat eine Regierungskonferenz im Jahre 1936 eine «Vorläufige Ordnung» für die Rechtslage dieser Flüchtlingsgruppe ausgearbeitet.

wird jetzt gewissermassen in neuem Licht betrachtet, und zwar auf Grund der amerikanischen Initiative, die, wie ich höre, eine Hilfe in erster Linie für Flüchtlinge aus Österreich vorsieht (die gegenwärtig ausserhalb der Kompetenzen des ‚Hohen Kommissars für aus Deutschland kommende Flüchtlinge‘ stehen). Es ist noch völlig unklar, welcher Konnex sich zwischen dieser (amerikanischen) Initiative und den Bemühungen der Organisation ergeben wird, die der Völkerbund zugunsten der Emigranten geschaffen hat. Ich will jedenfalls mein Bestes dazu tun, dass die Frage der Danziger Juden nicht übersehen wird . . .»

Ferner berichtete er mir am 18. April:

«Sie werden wohl gesehen haben, dass die britische Regierung den Völkerbundsrat gebeten hat, den ‚Hohen Kommissar für aus Deutschland kommende Flüchtlinge‘ durch einen Sonderbeschluss zu ermächtigen, seine Tätigkeit auch auf Flüchtlinge aus Österreich auszudehnen. Vielleicht würden Sie es im Zusammenhang mit dem, was Sie kürzlich schrieben, begrüssen, wenn diese Tätigkeit durch ein Kodizill des Beschlusses auch die jüdischen Flüchtlinge aus Danzig einbeziehen würde. Die Schwierigkeit liegt, nehme ich an, darin, dass die Nichtarier-Gesetze dort noch nicht formell zur Anwendung kommen und ein solches Vorgehen des Völkerbundes, vom Standpunkt der Danziger Juden aus, in der Praxis womöglich mehr schaden als nützen würde. Auch weiss ich nicht, wie sich die Polen dazu verhalten. Jedenfalls bin ich – wiewohl ich das Foreign Office auf diesen Punkt hinweisen werde – ausserstande, ihm einen konkreten Vorschlag dazu zu machen, bevor ich nicht Ihre wohl überlegte Meinung gehört habe.»

Meine Meinung hatte ich durch den Brief vom 29. März 1938 deutlich zum Ausdruck gebracht und hatte nichts hinzuzusetzen.

Diese Übereinkunft wurde von Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Norwegen, der Schweiz und Spanien in Kraft gesetzt. In der Folge hat der Hochkommissar den Regierungen im Einverständnis mit dem Generalsekretär des Völkerbundes einen Abkommen vorentwurf über die Rechtslage der aus Deutschland kommenden Flüchtlinge unterbreitet. Dieser Entwurf sieht neben einer Anzahl bereits in der Vorläufigen Ordnung enthaltener Punkte vor, den Flüchtlingen das Recht auf Arbeit und den Genuss der Sozialgesetzgebung in den Aufnahmeländern zu gewähren. Eine Regierungskonferenz, die dies Abkommen beschliessen soll, ist auf Anfang 1938 zusammenberufen worden. Vgl. Kleines Handbuch des Völkerbundes, Genf, 1939.

VII

Der polnische Konflikt

Das Problem der Freien Stadt Danzig ist nicht zu verstehen, wenn man die beiden parallelen Planungen Hitlers für die «grosse» und die «kleine Lösung» nicht vor Augen hat. Im Grunde laufen die beiden Lösungen auf das gleiche Ziel hinaus: entweder Ost-Politik gemeinsam mit Polen, oder Ost-Politik nach völliger Unterwerfung Polens nach dem Vorbild der Tschechoslowakei und, falls dies nicht zu erreichen, Besetzung und Zerstörung Polens.

Das Gespräch, das der polnische Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 in Berchtesgaden mit Ribbentrop führte, stand noch unter der Voraussetzung des allerdings sehr problematisch gewordenen deutsch-polnischen Ausgleiches und einer eventuellen gemeinsamen Politik. Über dieses Gespräch gibt es zwei Aufzeichnungen: die Niederschrift des Auswärtigen Amtes vom 24.10.1938¹ und den Bericht von Botschafter Lipski an Minister Beck, der aus Berlin am 25. 10. 1938 datiert ist²:

Nach den Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes begann Ribbentrop mit einer Einladung an Beck, ihn im Lauf des nächsten Monats zu besuchen. Es heisst dort:

«Der Reichsaussenminister führt dann aus, dass er glaube, es sei an der Zeit, zwischen Deutschland und Polen zu einer Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zu kommen. Dies wäre eine Krönung des von Marschall Pilsudski und dem Führer eingeleiteten Werkes.

. . . Mit Polen sei zunächst über Danzig zu sprechen als Teillösung einer grossen Regelung zwischen den beiden Nationen. Danzig sei deutsch, sei immer deutsch gewesen und werde auch immer deutsch bleiben. Er, der Reichsaussenminister, denke sich eine Lösung im Grossen wie folgt:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.
2. Durch den Korridor würde eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Strasse oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.

5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen, sie garantieren ihre beiderseitigen Territorien.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird um 10-25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.»

Die Niederschrift enthält sodann wörtlich folgenden Text:

«Der polnische Botschafter nimmt die Anregung zur Kenntnis. , Obwohl er natürlich erst mit Herrn Beck sprechen müsse, möchte er doch bereits jetzt sagen, dass es falsch sei, Danzig als ein Produkt von Versailles, etwa wie das Saar-Gebiet, zu betrachten. Man müsse die historische und geographische Entstehungsgeschichte Danzigs verfolgen, um die richtige Einstellung zu dem Problem zu bekommen.»

«Der Reichsaussenminister erklärt, er wolle jetzt keine Antwort hören. Der Botschafter solle sich dies alles einmal durchdenken und so bald wie möglich mit Herrn Beck darüber sprechen. Schliesslich dürfe man eine gewisse Reziprozität bei diesen Betrachtungen nicht ausschalten. Für den Führer sei eine endgültige Anerkennung des Korridors innenpolitisch sicherlich auch nicht leicht. Dazu müsse man säkular denken – und Danzig sei nun einmal deutsch und würde es immer bleiben.»

In Lipskis Bericht an seinen Chef aber heisst es:

«Am 24. des Monats, bei einem Déjeuner, an dem Herr Hewel* teilnahm, besprach sich Herr von Ribbentrop mit mir über einen Vorschlag zu einer polnisch-deutschen ‚Gesamtlösung‘, welche die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich bei Garantierung wirtschaftlicher und bahntechnischer Vergünstigungen für Polen in Danzig und die Annahme einer exterritorialen Autostrasse und Bahnlinie durch Pommereilen seitens Polen umfassen soll. Als Gegenleistung fasste Herr von Ribbentrop die Möglichkeit ins Auge, den polnisch-deutschen Pakt um 25 Jahre zu verlängern und die polnisch-deutschen Grenzen zu garantieren. Der Reichsaussenminister sagte mir, dass er eine Möglichkeit zu einer Zusammenarbeit zwischen uns in der Kolonialfrage, im Problem der jüdischen Auswanderung aus Polen und in einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber Russland im Rahmen des Antikominternpaktes sehe.** Er bat mich, Sie, Herr Minister, von diesen Anregungen in

* Legationsrat Hewel, persönlicher Stab des Reichsaussenministers.

** Es ist zu bemerken, dass die «gemeinsame Stellungnahme gegenüber Russland im Rahmen des Antikominternpaktes» in der Niederschrift des Auswärtigen Amtes nicht enthalten ist.

Kenntnis zu setzen und Ihnen seinen Wunsch auszudrücken, mit Ihnen unter meiner Teilnahme über diese Dinge zu verhandeln.»

«In meiner Antwort erinnerte ich an die Erklärung des Reichskanzlers bezüglich Danzigs, die mir am 5. November 1937 abgegeben wurde und die Ihnen durch den Reichskanzler am 14. Januar 1938 in Berlin erneuert wurde.»

«Ich betonte ferner die Bedeutung Danzigs als Hafen für Polen und erinnerte an den Grundsatz der polnischen Regierung, dass Polen sich in das innere Leben der Bevölkerung der Freien Stadt, die sich frei regiert, nicht einmische.»

«Ich machte endlich Herrn von Ribbentrop im vorhinein darauf aufmerksam, dass ich, was die Vereinigung der Freien Stadt Danzig mit dem Reich anbetrifft, keine Möglichkeit einer Verständigung sehe, und ich fügte bei, dass ich Sie, Herr Minister, über den Inhalt unseres Gesprächs in Kenntnis setzen werde.»

«Nach diesem Gespräch lud mich Herr von Ribbentrop erneut zu sich ein und fragte mich, ob ich gegenüber Deutschland die Frage der Wiedervereinigung der Karpatho-Ukraine mit Ungarn als eine polnische Forderung stelle, und er fügte bei, dass die Frage der Karpatho-Ukraine eine dem polnischen Wunsch entsprechende Lösung finden könne, wenn Polen die deutsche Auffassung betreffend Danzig und die Autostrasse annehme. Ich antwortete, dass ich einzig beauftragt sei, die deutsche Regierung vom polnischen Standpunkt gegenüber der ungarischen Forderung bezüglich der Karpatho-Ukraine in derselben Weise in Kenntnis zu setzen, wie das polnischerseits auch gegenüber der italienischen Regierung getan wurde.»

Kein Jahr war vergangen seit der Erklärung der polnischen und der deutschen Regierung über die gegenseitige Behandlung der Minderheiten, die am 5. November 1937 unterzeichnet worden war. An jenem selben 5. November hatte ein amtliches Communiqué über den Empfang, den der Reichskanzler dem polnischen Botschafter gewährt hatte, unter anderm mitgeteilt:³

«... Bei der Unterhaltung wurde zugleich festgestellt, dass die polnisch-deutschen Beziehungen durch die Danziger Frage nicht gestört werden sollen.»

Und wiederum am selben Tag hatte Lipski an Aussenminister Beck berichtet:⁴

«... Der Reichskanzler umschrieb seinerseits seinen Standpunkt und er tat das in einer ganz präzisen Weise. Er stellte namentlich fest:

1. An der rechtspolitischen Lage Danzigs wird nichts geändert werden.
2. Die Rechte der polnischen Bevölkerung in Danzig müssen respektiert werden.
3. Die Rechte Polens werden in nichts verletzt werden.»

«Der Reichskanzler versicherte mit fester Entschiedenheit, dass das Abkommen, welches er mit Polen geschlossen habe, respektiert werde, und zwar auch in Bezug auf Danzig. Das Wort, das er gibt, hält er und er wird es halten. Eine Überraschungsaktion könne nicht in Frage kommen. Der Reichskanzler hat einzig gewünscht, dass die deutsche Bevölkerung von Danzig selbst das Regierungssystem auswählen könne, das den Deutschen am besten entspricht. Übrigens werde ein solcher Zustand die beste Bürgschaft gegen etwaige Komplikationen bilden: er wird erlauben, unüberlegte Handlungen einzelner politischer Parteien zu verhüten. Der Reichskanzler bat mich, seine Erklärung der polnischen Regierung zu übermitteln, und er legte Gewicht darauf, dass sie Marschall Smigly-Rydz zur Kenntnis gebracht werde.»

«In meiner Antwort nahm ich Kenntnis von der obigen Erklärung. Im weiteren Verlauf der Unterredung über dasselbe Thema erinnerte ich daran, dass wir uns immer jeder Einmischung in das innere Leben der deutschen Bevölkerung in Danzig enthalten haben. Desgleichen haben wir stets alle Angebote, die uns seitens der Danziger Opposition gemacht wurden, zurückgewiesen. Ich erwähnte auch, dass unsere, mit dem Bestand der Freien Stadt verbundenen Rechte und Interessen im Abkommen zwischen Polen und Danzig von 1920 und in anderen, späteren Vereinbarungen festgelegt seien.»

«Ich fügte in ganz allgemeiner Form und nur von mir aus bei, dass gerade Danzig dieses Bindeglied einer wirksamen polnischdeutschen Zusammenarbeit bilden sollte. Bei dieser Gelegenheit erinnerte ich an die historische Rolle, die Danzig einst im Handel mit dem polnischen Königreich und weit über dessen Grenzen hinaus gespielt hatte.»

«Der Reichskanzler betonte zweimal, dass Danzig durch seine Interessen mit Polen verbunden sei. ‚Danzig ist mit Polen verbunden.‘»

Über die Unterredung, die Aussenminister Beck mit Hitler selbst in Berlin am 14. Januar 1938 gehabt hat, liegt Becks Aufzeichnung vor. Sie besagt unter anderm:⁵

«Als er die Danziger Frage anschnitt, sagte der Reichskanzler wörtlich, dass er dem polnischen Botschafter am 5. November 1937 in dieser Hinsicht eine Erklärung abgegeben habe. Er wünsche, mir deren Inhalt

zu wiederholen. Er hatte sie derart gefasst, dass die polnischen Rechte in Danzig in nichts verletzt werden und dass sonst die Satzung der Freien Stadt keineswegs berührt werde. Auch auf diesem Gebiet – fügte der Reichskanzler bei – kommen für ihn die polnisch-deutschen Beziehungen zuerst und sind entscheidend.»

Es folgen Bemerkungen über die passende Regierungsform, worauf die Aufzeichnung Becks fortfährt:

«Der Reichskanzler versicherte mit Entschiedenheit, dass er die Erklärung, welche er abgab, für sich als bindend ansehe. Im weiteren Verlauf der Unterredung erinnerte der Reichskanzler daran, dass die erwähnte Erklärung unabhängig vom Geschick des Völkerbunds gefasst worden sei.»

Und es ist nicht uninteressant, in Becks Aktennotiz weiterhin Folgendes zu lesen:

«Der Reichskanzler sprach hierauf lange von seiner Haltung gegenüber dem Kommunismus und betonte, dass seine feindliche Einstellung unerschütterlich sei. Bei dieser Gelegenheit erinnerte er an gewisse Ansichten über die Möglichkeiten einer Entwicklung Russlands in nationaler Richtung. Ähnliche Meinungen machten sich auch in der Reichswehr bemerkbar. Man vermutete, die sowjetrussischen Militärkreise seien fähig, ihre Richtung weiterhin durchzusetzen. Es kam anders; das heutige Russland steht im vollen Kommunismus und die Generäle leben nicht mehr.»*

Am 20. Februar 1938 hatte Hitler in seiner grossen Reichstagsrede gesagt:

«Zu einem einzigen Staat haben wir kein Verhältnis gesucht und wünschen auch zu ihm in kein engeres Verhältnis zu treten: Sowjetrussland.»

«Wir stehen daher jedem Versuch einer Ausbreitung des Bolschewismus, ganz gleich wo er auch stattfindet, mit Abscheu, und dort, wo er uns selbst bedroht, in Feindschaft gegenüber.»

Von Danzig sagte er in derselben Rede:

«Gerade dieser gefährlichste Platz hat für den europäischen Frieden seine bedrohende Bedeutung vollkommen verloren.»

* Die «grosse Säuberung», welcher 5'000 Offiziere der Roten Armee wegen angeblicher Konspiration mit der deutschen Wehrmacht zum Opfer fielen, erfolgte im Jahre 1937. Tuchatschewskij wurde am 12.6.1937 hingerichtet. Die grossen Freundschaftsbetuerungen an Polen erfolgten im November 1937. Hitler machte seine Andeutung über Russland am 14.1.1938.

Auch noch in seiner Rede im Berliner Sportpalast, am 26. September 1938, erklärte er:

«Das schwierigste Problem, das ich vorfand, war das deutsch-polnische Verhältnis. Es bestand die Gefahr, dass die Vorstellung einer ‚Erbfeindschaft‘ von unserm, wie auch vom polnischen Volk Besitz ergreifen würde. Dem wollte ich vorbeugen. Ich weiss genau, dass es mir nicht gelungen wäre, wenn damals Polen eine demokratische Verfassung gehabt hätte. Denn diese Demokratien, die von Friedensphrasen triefen, sind die blutigsten Kriegshetzer. In Polen herrschte nun keine Demokratie, sondern ein Mann! Mit ihm gelang es in knapp einem Jahr, ein Übereinkommen zu erzielen, das zunächst auf die Dauer von zehn Jahren grundsätzlich die Gefahr eines Zusammenstosses beseitigte. Wir alle sind überzeugt, dass dieses Abkommen eine dauernde Befriedung mit sich bringen wird. Wir sehen ein, dass hier zwei Völker sind, die nebeneinander leben müssen, und von denen keines das andere beseitigen kann. Ein Staat von 33 Millionen Menschen wird immer nach einem Zugang zum Meere streben. Es musste daher ein Weg der Verständigung gefunden werden.»

«Er ist gefunden worden und wird immer weiter ausgebaut. Das Entscheidende ist, dass die beiden Staatsführungen und alle vernünftigen und einsichtigen Menschen in beiden Völkern und Ländern den festen Willen haben, das Verhältnis immer mehr zu bessern. Es war eine wirkliche Friedenstat, die mehr wert ist als das ganze Geschwätz im Genfer Völkerbundspalast.»

Fast auf den Tag, einen Monat später, machte Ribbentrop Lipski die bedrohliche Mitteilung über Danzig und den Korridor. Trotzdem lauten die Instruktionen, die Aussenminister Beck seinem Botschafter in Deutschland gab, noch am 31. Oktober 1938 folgendermassen:⁶

«Angesichts der Tendenz der Reichsregierung, die Sie mir melden, die polnisch-deutschen Beziehungen entsprechend dem Grundsatz guter und freundschaftlicher Nachbarschaft – wie er in der Unterredung mit Herrn von Ribbentrop in Berchtesgaden vom 24. Oktober zum Ausdruck kam – durch ein Gesamtarrangement zu stabilisieren, bitte ich Sie, Herr Botschafter, den führenden Persönlichkeiten des Reichs unsere nachfolgende Meinung zur Kenntnis zu bringen»:

«1. Obwohl die jüngste Krise zu unserer aufrichtigen Genugtuung nicht in einen bewaffneten europäischen Konflikt ausgeartet ist, so hat sich in den Augen der polnischen Regierung die Bedeutung guter polnisch-deutscher Beziehungen für das Werk der allgemeinen Stabilisie-

rung des Friedens doch nicht vermindert; sie hat im Gegenteil an Gewicht und Aktualität gewonnen angesichts des sich immer mehr verbreiternden, allgemeinen politischen Chaos.»

«2. Auf dem Gebiet der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland wurde, trotz gewissen lokalen Schwierigkeiten, ein merklicher Fortschritt erzielt. Es ist uns nicht entgangen, dass alles, was Reichskanzler Hitler über die Beziehungen zu Polen in seinen öffentlichen Äusserungen erklärt hat, immer genauer und unzweideutiger formuliert wurde.»

«3. Das polnisch-deutsche Abkommen von 1934 hat sich im Augenblick der grössten Störungen, welche das Nachkriegseuropa erfahren hat, bewährt. Deshalb ist es vernünftig, Vorteil daraus zu ziehen und in der öffentlichen Meinung der beiden Länder den Gedanken zu stärken, dass dieses Abkommen kein Arrangement taktischer und provisorischer Natur ist, sondern im Gegenteil dem Willen Ausdruck verleiht, einer durch die geschichtliche Entwicklung geschaffenen Lage zu begegnen, die – ohne Nutzen für das eine oder das andere unserer beiden Länder – manche Kämpfe und Konflikte hervorgerufen hat.»

«4. Nach Auffassung der polnischen Regierung sollte sich das etwaige Abkommen, welches die Festigung der guten Nachbarschaft beabsichtigt, zum Ziel setzen»:

«a) sowohl in Bezug auf die Form als auf die Dauer eine gewisse Vollkommenung des Abkommens von 1934 als Grundlage für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten»;

«b) eine solche Regelung der Frage der Freien Stadt Danzig, dass in Zukunft die unaufhörlichen Schwierigkeiten technischer und psychologischer Natur verhindert werden, wie sie sich aus den auf dem Boden Danzigs entstandenen Reibungen ergeben. Die Frage der Freien Stadt wird akut, denn beim gegenwärtigen Zustand, wo sich der Völkerbund recht weitgehende Vorrechte vorbehält und keine Möglichkeiten bietet, seine Aufgabe in einer der Freien Stadt und den polnischen Belangen nützlichen Weise zu erfüllen, zeigt sich die Notwendigkeit einer freien und offenen Prüfung dieses Problems durch die polnische und die deutsche Regierung.»

«5. Für Polen wird die eine Tatsache immer massgebend sein, nämlich, dass einem so bedeutenden Staat der Zugang zum Meer bis aufs Äusserste eingeschränkt worden ist, und das in einem Zeitpunkt, wo sich der Seehandel und die Handelsflotte Polens in natürlicher Weise und in sehr breitem Massstabe entwickelt. Die Entwicklungsmöglichkeiten des polnischen Seeverkehrs sind dank dem Ausbau des Hafens von Gdynia erweitert worden. Indessen gibt die Lage der Freien Stadt an der Mündung der Weichsel, welcher Strom – besonders seit der Schaffung des Zentra-

len Industriegebiets – eine der wichtigsten Verkehrsadern geworden ist, Danzig in der Gesamtheit der polnischen Seeschiffahrtsinteressen eine ganz besondere Bedeutung. Man kann in Gdynia noch eine grosse Zahl von Hafenbassins ausheben, aber das vermöchte doch nicht den Charakter des natürlichen Hafens zu ersetzen, der an der Mündung des Stromes liegt, welcher die Hauptachse des polnischen Flussverkehrs bildet. Andererseits ist die Verwendung des Hafens unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen nur unter der Voraussetzung möglich, dass dieser Hafen sich innerhalb des sein Hinterland bildenden Zollgebietes befindet. Deshalb befand sich die Freie Stadt Danzig, unabhängig von der lokalen Autonomie, die sie wegen des ethnischen Charakters ihrer Bevölkerung besass, einst trotzdem unter polnischer Oberhoheit. Es ist angebracht, darauf hinzuweisen, dass die Danziger Delegation am Wiener Kongress als Hauptaufgabe hatte, die Bindungen zwischen Danzig und dem polnischen Staat, welche Form der Kongress ihm auch geben möge, aufrechtzuerhalten. Diese geschichtlichen Betrachtungen dienen nur als Illustration und ergänzende Bemerkung. Die Realitäten von heute liefern genug Unterlagen, welche die Bedeutung der ausgedehnten polnischen Interessen in der Freien Stadt klar nachzuweisen erlauben.»

«6. In dieser Lage und wie es die polnische Regierung auffasst, wird das Danziger Problem durch zwei Grundelemente bestimmt: die der deutschen Bevölkerung der Freien Stadt zugesicherte Freiheit und die Aufrechterhaltung der Bindungen zwischen Polen und allen andern Elementen, welche der Freien Stadt den Charakter eines Hafens verleihen. Ausser dem Nationalcharakter der Bevölkerungsmehrheit ist sozusagen alles in Danzig mit Polen unmittelbar verbunden. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge garantieren Polen die Satzung und die Abkommen, die bestehen»:

- a) unbeschränkten Zugang zum Meer auf dem Land- und dem Flussweg;
- b) den Besitz der Eisenbahnen, welche den Hafen von Danzig oder von Gdynia bedienen;
- c) die Zugehörigkeit der Freien Stadt zum polnischen Zollgebiet;
- d) die Rechte der polnischen Minderheit.»

«Die andern Rechte ergeben sich aus diesen vier Hauptbedingungen. Die Satzung enthält noch eine fünfte Bedingung, die trotz den durch den Senat mehrfach, zuletzt im Jahre 1932, abgegebenen Erklärungen niemals erfüllt worden ist. Weil diese Bedingung nicht erfüllt wurde, ergaben sich übrigens die ungünstigsten Auswirkungen für die Wirtschaftslage der Freien Stadt.»

«7. Indem sie alle diese Faktoren in Rechnung stellt, und vom Wunsche beseelt ist, auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung mit der Reichsregierung eine Stabilisierung der Verhältnisse herbeizuführen, schlägt die polnische Regierung vor, die Garantien und Vorrechte des Völkerbundes durch ein bilaterales, polnisch-deutsches Abkommen zu ersetzen. Dieses letztere würde den Bestand der Freien Stadt Danzig in der Form garantieren, dass die Freiheit des nationalen und kulturellen Lebens ihrer deutschen Mehrheit gesichert und alle bestehenden polnischen Rechte gewährleistet wären. Trotz der Kompliziertheit eines solchen Systems sieht sich die polnische Regierung gezwungen, festzustellen, dass jede andere Lösung und besonders die einer Einverleibung der Freien Stadt ins Reich, unweigerlich zu einem Konflikt führen müsste. Dieser würde nicht nur in lokalen Schwierigkeiten seinen Ausdruck finden, sondern auch die polnisch-deutsche Verständigung in ihrer Gesamtheit in Frage stellen. Schon im Jahre 1933, als die Verhandlungen eingeleitet wurden, die im Abkommen 1934 ihren Abschluss fanden, hatte Marschall Pilsudski die Danziger Frage zum Prüfstein gemacht, welcher erlauben sollte, die deutschen Absichten gegenüber Polen zu beurteilen. Die Erklärung darüber wurde sowohl auf diplomatischem Wege abgegeben, wie auch – wenn ich mich recht erinnere – in einer Unterredung von Marschall Pilsudski mit Herrn Goebbels. Ich betrachtete diese Auffassung als bindend für Polen.»

«8. Angesichts der Bedeutung und der Aktualität dieser Fragen lehne ich es nicht ab, persönlich an Schlussbesprechungen mit den führenden Reichsbehörden teilzunehmen. Aber ich erachte es als wichtig, dass Sie, Herr Botschafter, von vornherein unsern grundsätzlichen Standpunkt derart darlegen, dass die persönliche Fühlungnahme, die aufzunehmen ich etwa veranlasst werden könnte, nicht zu einem für die Zukunft gefährlichen Bruch zu führen vermag.»

Nach Lipskis Aussage war die Unterredung, bei welcher er diese Instruktionen seines Aussenministers kommentierte und dabei unzweideutig die polnische Antwort erteilte, freundschaftlicher Natur. Er sagt, Ribbentrop sei durch die Erklärung über Danzig nachdenklich gestimmt worden. Ribbentrops Feststellung, wonach Danzig und Korridor angesichts der ungeheuren Ziele des Reiches nur untergeordnete Bedeutung hätten, schuf in Polen die Illusion, wonach Hitler seinen Anspruch in Bezug auf die Freie Stadt auch wieder zurückziehen könnte. Dies umso mehr, als Ribbentrop augenscheinlich betonte, der ganze, Danzig betreffende, Vorschlag, stamme von ihm, was Hitlers endgültige Stellungnah-

me offen liess. Die Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über dieses Gespräch vom 19. November zwischen Lipski und Ribbentrop lautet folgendermassen:⁷

«Ich empfang heute um 1 Uhr den polnischen Botschafter Lipski. Herr Lipski erklärte mir, er habe Aussenminister Beck über den Inhalt unseres Gesprächs in Berchtesgaden vom 24. Oktober informiert, und er sei nunmehr in der Lage, mir die Stellungnahme Becks hierzu mitzuteilen. Herr Lipski las alsdann von einem Zettel Teile seiner Instruktionen vor.»

«1. Aussenminister Beck sei der Auffassung, dass das deutsch-polnische Verhältnis im allgemeinen seine Probe bestanden habe. Während der tschechischen Krise habe sich gezeigt, dass das deutsch-polnische Abkommen auf einer dauerhaften Grundlage aufgebaut sei. Aussenminister Beck glaube, dass die gradlinige polnische Politik für Deutschland bei der Gewinnung des Sudetengebietes von Nutzen gewesen sei und wesentlich dazu beigetragen habe, diese Frage einer glatten Lösung im deutschen Sinne zuzuführen. Die polnische Regierung habe während dieser kritischen Tage alle Sirenenklänge, die von gewisser Seite ertönt seien, unbeachtet gelassen.»

«Ich erwiderte Herrn Lipski, dass sich auch meiner Auffassung nach das deutsch-polnische Abkommen als hieb- und stichfest erwiesen habe. Durch die Aktion des Führers gegen die Tschechoslowakei habe Polen die Möglichkeit gehabt, das Olsagebiet zu gewinnen und eine Anzahl sonstiger Grenz wünsche zu befriedigen. Im Übrigen stimme ich mit ihm überein, dass auch die polnische Haltung für Deutschland die Dinge erleichtert habe.»

«2. Herr Lipski machte alsdann weitschweifige Ausführungen, um die Wichtigkeit und Bedeutung Danzigs als freie Stadt für Polen zu beweisen.»

«Auch aus innerpolitischen Gründen sei es für Aussenminister Beck schwer, einer Eingliederung Danzigs in das Reich zuzustimmen. Aussenminister Beck habe sich nun überlegt, wie man ein für allemal alle Reibungspunkte, die über Danzig zwischen Deutschland und Polen möglicherweise entstehen würden, beseitigen könnte. Er habe sich gedacht, dass man das Danziger Völkerbundsstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag, in dem alle Danziger Fragen behandelt werden, ersetzen könnte. Als Basis für diesen Vertrag denke sich Beck, dass man einmal Danzig als rein deutsche Stadt anerkenne, mit allen Rechten, die hieraus resultierten, andererseits aber Polen und der polnischen Minderheit alle wirtschaftlichen Rechte gleichfalls sicherstelle, wobei der Charakter Danzigs als Freie Stadt und die Zollunion mit Polen erhalten bleiben.»

«3. Ich fragte alsdann Herrn Lipski, wie sich Herr Beck zu der Frage einer exterritorialen Autobahn und einer ebenso exterritorialen doppelgleisigen Eisenbahn durch den polnischen Korridor stelle.»

«Herr Lipski erwiderte mir, dass er zu dieser Frage nicht eingehend und nicht offiziell Stellung nehmen könne. Rein persönlich könne er sagen, dass ein solcher deutscher Wunsch vielleicht in Polen nicht auf unfruchtbaren Boden zu fallen brauche und dass sich vielleicht in dieser Richtung Lösungsmöglichkeiten böten.»

Liest man nun den Bericht, den Lipski an seinen Minister über das gleiche Gespräch am selben Tage geschrieben hat, so liesse sich beinahe annehmen, es handle sich um eine ganz andere Unterredung und doch ist es dieselbe, nach Lipski hat Ribbentrop gesagt:⁸

«. . . Die Handlungsweise des Reiches gegenüber Polen werde nicht dieselbe sein, wie sie es gegenüber Herrn Benesch gewesen sei. Hierauf versicherte Herr von Ribbentrop, Ihre Aussenpolitik, Herr Minister, verfolge seit Jahren eine logische und sehr klare Linie. ... Er sagte, Aufrechterhaltung bester Beziehungen mit Polen sei die Richtlinie der Politik des Reiches. Über dasjenige, was er mir in Berchtesgaden gesagt habe, habe er mit dem Reichskanzler nur in unbestimmter Form gesprochen. Er sei nur vom Wunsch nach einer Stabilisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten beseelt. Ribbentrop spielte auf das Interview an, ‚das Sie, Herr Minister, dem Vertreter der Hearst-Presse gewährt haben‘. Herr von Ribbentrop glaubte aus diesem Interview zu verstehen, dass Ihre Einstellung zu dieser Frage (Danzig), Herr Minister, eine negative sei, und er gab seinem Bedauern Ausdruck, dass eine solche Erklärung öffentlich abgegeben worden sei. Ich übergab diese Bemerkung stillschweigend. Er gab auch zu verstehen, dass er es sehr wünsche, sich mit Ihnen, Herr Minister, persönlich zu verständigen.»

«In Bezug auf die Danziger Frage selbst nahm die Diskussion einen sehr allgemeinen Verlauf.» . . .

Festzuhalten ist das Datum des 19. November, an welchem Tage diese Besprechung und diese Berichterstattung stattfanden. Polen hatte sich Zeit genommen, um offiziell auf Ribbentrops Vorschläge vom 24. Oktober zu antworten. Hinter der scheinbar fast nachlässigen Behandlung der Angelegenheit, verbarg sich eine tiefe Erregung. Diese versteht man umso besser, wenn man weiss, was sich tatsächlich auf dem Hintergrunde des di-

plomatischen Austausches abspielte. Hierüber gibt folgendes Dokument Auskunft:⁹

«Führer-Anweisung vom 24.11.1938:»

«Der Führer hat befohlen: Ausser den drei in der Weisung vom 21. 10.1938 angeführten Fällen sind auch Vorbereitungen zu treffen, dass die Freie Stadt Danzig überraschend von deutschen Truppen besetzt werden kann. (4. Inbesitznahme von Danzig.) Für die Vorbereitungen gelten folgende Grundlagen: Voraussetzung ist eine handstreichartige Besetzung von Danzig in Ausnutzung einer politisch günstigen Lage, nicht ein Krieg gegen Polen. Die Regelung der Befehlsgewalt in Ostpreussen im Falle einer kriegerischen Verwicklung wird bezüglich Ziffer 3 in Kraft gesetzt. Die Besetzung durch das Heer hat von Ostpreussen aus zu erfolgen. Die hierfür heranzuziehenden Truppen dürfen nicht gleichzeitig für die Inbesitznahme des Memel-Landes eingeteilt sein, damit beide Unternehmen gegebenenfalls auch gleichzeitig stattfinden können. Die Kriegsmarine unterstützt das Unternehmen durch Eingreifen von See aus nach näherer Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht. Die beteiligten Streitkräfte sind auf Zusammenarbeit mit dem Heere anzuweisen. Die Einzelheiten der von der Kriegsmarine zu leistenden Unterstützung sind zwischen den Wehrmachtsteilen zu vereinbaren. Inwieweit Teile der Luftwaffe bei der Besetzung mitwirken können, ist zu überprüfen und in unmittelbarer Zusammenarbeit zwischen den Wehrmachtsteilen zu vereinbaren. Die Absichten der Wehrmachtsteile sind zum 10. Januar 1939 zu melden.»

Von Januar 1939 an wurde in polnischen Kreisen viel von dem ungeheuren Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten gesprochen.

Ich verliess Danzig am 11. Januar 1939 nachmittags und machte in Berlin Station.

Von Weizsäcker erfuhr ich unter anderm, dass Hitler dem polnischen Aussenminister am 8. Januar erklärt habe, Danzig sei deutsch und müsse unter deutsche Souveränität zurückkehren. Auf Becks bittere und kurz gefasste Antwort habe dann Hitler scheinbar wieder nachgegeben und augenblicklich hinzugesetzt, bis auf Weiteres müsse die jetzige Situation in der Freien Stadt stabilisiert werden. Das gelte auch für Memel und den Korridor. In Bezug auf die tschechische Frage war Weizsäcker diesmal verschlossen, er deutete nur an, dass Beck nach den Versiche-

rungen, die ihm Hitler in Bezug auf Ostpreussen und die an der Ostsee gelegenen strittigen Punkte gegeben hatte, selbst bezüglich der weiteren Entwicklung im böhmischen Raum zurückhaltend blieb. Merkwürdig, dass Weizsäcker selbst betonte, Hitler befinde sich unter dem» Druck konservativer Elemente, die überzeugt seien, berechnete Ansprüche gegen Polen zu besitzen, und nun von Hitlers Haltung enttäuscht seien, dies werde von den Extremisten der Partei ausgenützt.

Diese Mitteilung, die sich auf Hitlers Zurückhaltung bezog, erhielt eine gewisse Bestätigung durch ein Wort, das der deutsche Botschafter in Warschau, von Moltke, mir gegenüber ausgesprochen hatte, als er erklärte, ein neutraler Vermittler in Danzig werde noch lange Zeit nötig sein. Ich hatte daraus entnommen, dass die deutsche Regierung es nicht wünsche, durch den Rückzug des Völkerbundes aus Danzig ein Vakuum entstehen zu sehen.

Nach dem Gespräch mit Weizsäcker aber war mein Eindruck eher der, dass Äusserungen dieser Art einzig taktische Voraussetzungen besäßen, dass man für kurze Zeit noch, bis Hitlers letzte Intentionen in Bezug auf die Tschechoslowakei durchgesetzt sein würden, gegenüber Polen nichts brüskieren werde, dass aber die Zeit schon nahe bevorstehe, in der nach Erledigung anderer Expansionspläne der Fall Memel und Danzig an die Reihe kämen, dass dann die Entfernung der letzten Reste der mit den Bestimmungen des Versailler-Vertrages zusammenhängenden internationalen Einrichtungen, wie man in Berlin damals so gerne sagte, «schlagartig» erfolgen würde und dass dieser Schlag in erster Linie die als anachronistisch empfundene Gegenwart des Völkerbundes treffen müsse. Zur Verteidigung der internationalen Position, das heisst der Anwesenheit des Völkerbundes an der Weichselmündung, waren gegenüber den deutschen Machthabern nicht viele Argumente anzuführen. Das Einzige, was wirken könnte, bestand nach Weizsäckers Ansicht darin, dass dem Reichsaussenminister und Hitler klar gemacht werde, meine Demission entspreche in erster Linie als symbolische Protesthandlung dem Wunsch der ausgesprochenen Gegner Deutschlands.

Das letzte deutsch-polnische Gespräch hatte, da die wirklichen Intentionen des «Führers» nur dem engsten nationalsozialistischen Kreis bekannt waren, wieder vor allem in Danzig selbst entspannend gewirkt. Rib-

benntrops Besuch in Warschau stand unmittelbar bevor, der Besuch Litwinows in der polnischen Hauptstadt war abgeseagt worden.

Was aber den von mir vertretenen Sektor anbetraf, so befand man sich in Genf im Zustand der Vorbesprechung. Ob die Danziger Frage vor den Völkerbundsrat kommen sollte, war noch nicht entschieden. Man wartete ein polnisch-englisches Gespräch ab.¹⁰

Es ist in jener Zeit, dass der französische Botschafter in Berlin der Ansicht war, Ribbentrop gehe nach Warschau, um mit Polen ein endgültiges Abkommen zu unterschreiben. Ich teilte diese Ansicht nicht.

Nun begannen in Genf die Danziger Diskussionen, wobei nachträglich die aufgeworfenen Prozedurfragen in keinem Verhältnis zu den wirklichen, den unheilvollen Ereignissen zu stehen schienen, die damals schon raschestens ihrer Verwirklichung entgegengingen. In einem Bericht der britischen Delegation in Genf an Sir John Simon lesen wir:¹¹

«Am Vormittag des 14. Januar fanden Gespräche zwischen Mr. Walters, dem Hohen Kommissar (für Danzig) und Herrn Arnal von der französischen Delegation statt und nach dem Mittagessen eine Aussprache mit dem Generalsekretär, an der Mr. Butler, Herr Arnal und Herr Westman von der schwedischen Delegation teilnahmen.»

«Der Hohe Kommissar legte seine Gründe dafür dar, warum er eine unmittelbare Gefahr für eine deutsche Aktion in Danzig noch nicht für wahrscheinlich halte. Weizsäcker habe ihn über das Gespräch zwischen Hitler und Beck unterrichtet, und Gauleiter Forster habe ihm gesagt, dass sich die Lage vorläufig noch nicht, vielleicht erst in Jahresfrist, verändern werde. Wiewohl er keine definitive Meinung äusserte, schien er es für ratsamer zu halten, in der gegenwärtigen Völkerbundsratssitzung keine Entscheidung zu erwägen.»

«Herr Arnal erklärte, dass die französische Regierung nicht die Absicht habe, den ganzen Fragenkomplex des Statutes und der Garantie der Danziger Verfassung in der jetzigen Sitzung des Völkerbundsrates aufzurollen, dagegen Befürchtungen hege, dass entweder ein Handstreich in Danzig oder eine direkte Einigung zwischen Polen und Deutschland den Hohen Kommissar und den Völkerbundsrat in eine peinliche Lage bringen würden.»

«Herr Westman stellte fest, dass die gegenwärtige Situation höchst unbefriedigend sei und Herr Sandler darauf dringe, dass das Dreierko-

miter beim Völkerbundsrat die Verantwortung, die es hinsichtlich der Freien Stadt übernommen habe, sich schleunigst vom Halse schaffe ...»

«Der Hohe Kommissar kam auf einen – von den Polen damals allerdings abgelehnten-Vorschlag aus dem Jahre 1937 zurück, nämlich dass zwischen dem Statut und der Verfassungsgarantie unterschieden werden sollte und der Völkerbundsrat sich vielleicht in Bezug auf diese letztere von seiner Verantwortung befreien könnte.»¹²

«Man sah ein, dass die Feststellung einer solchen Unterscheidung mit juristischen Schwierigkeiten verbunden wäre, und die ganze Angelegenheit in jedem Fall vom Völkerbundsrat müsste erörtert werden, wobei Polen und Danziger beizuziehen wären.»

«Unter der Voraussetzung, dass das Dreierkomitee davon absehe, die Danziger Frage jetzt vor den Völkerbundsrat zu bringen, erwog man, wie künftig zu verfahren sei. Der Hohe Kommissar meinte, dass durch die Wahlen im Frühjahr – sofern sie stattfänden – eine neue Situation entstehe, die es dem Völkerbundsrat ermöglichen werde, eine Entscheidung zu treffen. Er habe die Danziger dazu gedrängt, die Wahlen abzuhalten, und sie stünden unter dem Eindruck, dass eine auf legale Weise erlangte Majorität ihnen gestatten werde, in Fragen der Verfassung nach Belieben zu handeln.»

«Der Generalsekretär äusserte die Ansicht, dass Wahlen und eine anschliessende Änderung der Verfassung den Völkerbundsrat in eine sehr schwierige Situation bringen würden. Er würde genötigt sein, diese Änderungen genehmigen zu müssen, diese Änderungen aber würden ihm kaum genehm sein können. Unter diesen Umständen ergäbe sich die peinliche Notwendigkeit, die Zustimmung zu verweigern. Herr Arnal und Herr Sandler hielten den Vorschlag, Wahlen abzuhalten, ebenfalls für gefährlich. Dem wurde entgegengehalten, dass, wenn keine Wahlen abgehalten würden, die VerfassungsVerletzung bestehenbleibe und die schiefe Situation, in der sich der Völkerbundsrat gegenwärtig befinde, auf unbegrenzte Zeit verlängert und verschärft würde. Neuwahlen und eine Änderung der Verfassung würden dagegen eine neue Situation schaffen, die der Völkerbundsrat zum mindesten zur Kenntnis nehmen könne und auf Grund von der er dann vielleicht seine Beziehungen zur Freien Stadt modifizieren könnte.»

«Der Hohe Kommissar erklärte, dass er dem Komitee, wann immer es wünsche, schriftlich mitteilen könne, dass es ihm unter den obwaltenden Umständen nicht länger möglich sei, seine Funktion zu erfüllen. Er selbst glaube zwar nicht, dass die Zeit schon gekommen sei, einen Rücktritt anzubieten. Vielmehr meine er, dass es dem Völkerbundsrat gelingen sollte, sich ehrenvoll und anständig aus der Situation zu ziehen.»

«Man stimmte darin überein, dass viel von der Haltung Polens abhänge. Wenn die Polen den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten wollten, müssten sie den Völkerbundsrat unterstützen. Der Hohe Kommissar erklärte, dass die Polen zwar ohne ihn mit den Deutschen verhandelten, ihn aber zu ihren Verhandlungen mit dem (Danziger) Senat zuzögen und dass er damit eine ganze Menge zu tun habe.»

«Man war allgemein der Ansicht, dass wenn man eine Erörterung des Problems vorläufig vertage, das Dreierkomitee eine offizielle Erklärung abgeben müsse, um seine und die Stellung des Völkerbundsrates bis zur nächsten Sitzung zu sichern.»

«Man kam ebenfalls überein, dass man sich nach dem Eintreffen des polnischen Delegierten an diesen wenden müsse, um ihm die Schwierigkeit einer Aufrechterhaltung der Lage klar zu machen und ihm mitzuteilen, dass, wenn der Hohe Kommissar auf seinem Posten bleiben solle, entsprechende Garantien geleistet werden müssten.»

«Bezüglich der Art dieser Garantien erwog man, ob es möglich sei, eine Aufhebung der die Verfassung verletzenden Verordnungen zu erwirken. Der Hohe Kommissar äusserte die Ansicht, dass dies nur durch Vorstellungen in Berlin zu bewerkstelligen sei, in der Praxis würden diese Verordnungen ganz gleichgültig, ob legal oder illegal, doch weiter Anwendung finden.»

Aber nach wie vor betrachtete die polnische Regierung jedes Aufwerfen der Danziger Frage im Völkerbundsrat für ausserordentlich gefährlich, sie hatte dies bereits in ihrer Antwort an die britische Regierung vom 21. Dezember 1938 aufs Deutlichste zum Ausdruck gebracht.*

Der polnische Wunsch war damals noch immer, eine Befassung des Dreierkomitees mit der Danziger Frage so lange zu verzögern, bis ein Ergebnis der deutsch-polnischen Verhandlungen vorliege.

Was den Danziger Senat anbetrifft, so hatte Greiser beim englischen Generalkonsul in der Freien Stadt, Shepherd, einen Schritt unternommen, um ihm mitzuteilen, der Danziger Senat wünsche die Beibehaltung des Völkerbundsstatuts. Es ist kein Zweifel, die verantwortlichen Leute

* Am 15. Dezember 1938 hatte die britische Regierung ein Memorandum an die polnische Regierung gesandt und mit Bezug auf die antisemitischen und andere mit der Danziger Verfassung in Widerspruch stehende Massnahmen des Senats vorgeschlagen, die Danziger Frage bei der Januarsitzung des Völkerbundsrates aufzuwerfen, da die Lage des Hohen Kommissars offensichtlich unhaltbar geworden sei. Das schwedische Mitglied des Dreierkomitees, Aussenminister Sandler, hatte in diesem Zusammenhang seinen Rücktritt angeboten. Die polnische Regierung hatte am 21. Dezember vor übereilten Entschlüssen gewarnt und geraten, so lange zu warten, bis die allgemeine deutsch-polnische Situation eine annehmbare Lösung erwarten lasse.

in der Freien Stadt fürchteten sich damals vor einem «tête-à-tête» mit Polen. Es konnten Fehler gemacht werden, es konnten gegenüber Berlin auch für einzelne Danziger Regierungsmitglieder Verantwortlichkeiten entstehen, es war günstig, einen internationalen Beamten zur Hand zu haben, auf den man diese Verantwortung abschieben konnte. Solche Überlegungen haben damals sicher mitgespielt. Aber es kam, wie sich zeigen wird, noch anderes hinzu. Auf Greisers Schritt hin verlangte Shepherd, dass der von ihm ausgesprochene Wunsch schriftlich redigiert und ihm zugestellt werde. Am 2. Januar 1939 erhielt er das verlangte Dokument, und Shepherd berichtete nach London:¹³

«Die Regierung der Freien Stadt Danzig würde die Beibehaltung der Institution eines Hohen Kommissars des Völkerbundes begrüßen. Die Anwesenheit eines Hohen Kommissars ist vom Danziger Standpunkt deshalb wünschenswert, weil, selbst wenn es keine Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen für ihn zu schlichten gibt, seine bloße Anwesenheit einen mässigenden Einfluss auf den Lauf der Entwicklung ausübt.»

«Während der Wahlkampagne, die der bevorstehenden Wiederwahl des Volkstags vorausgeht, die während seiner Amtsperiode fällig wird, wird weder die Person des Hohen Kommissars des Völkerbundes noch die Institution als solche irgendwelchen Angriffen ausgesetzt sein.»

Der Standpunkt der beiden Hauptbeteiligten, Polen und Danzig, war somit, wenigstens für den Augenblick, eindeutig. Dies erklärt weitgehend die britische Haltung, der dann das französische Mitglied des Komitees, Aussenminister Bonnet, sich anschloss.

Am 19. Januar 1939 veröffentlichte das Dreierkomitee folgende Erklärung:¹⁴

- «1. Das durch den Völkerbundsrat ernannte Dreierkomitee zur Beobachtung der Situation in Danzig ist zweimal zusammengetreten. Der Hohe Kommissar hat im Rahmen seines Berichtes über die jüngsten Ereignisse auf die kürzlich vom Senat bekanntgemachten Verordnungen hingewiesen. Nach Ansicht des Komitees enthalten diese gewisse massgebliche Bestimmungen, die der Verfassung widersprechen.»
- «2. Das Komitee erwog, wieweit es wünschenswert sei, eine sofortige Untersuchung der regelwidrigen Lage vorzunehmen und zugleich die Frage der Verpflichtungen des Völkerbundes hinsichtlich seiner Garantie der

Verfassung und der Funktion des Hohen Kommissars in der Freien Stadt aufzuwerfen.»

- «3. Um eine umfassende Betrachtung aller Aspekte der damit verbundenen Probleme zu ermöglichen und angesichts der dem Komitee zugegangenen Information, dass über gewisse Fragen, die aus jenen Verordnungen entstehen, Verhandlungen im Gange seien, hielt das Komitee es für ratsam, eine abschliessende Beurteilung der Lage zu verschieben und weitere Entwicklungen der Lage in einer weiteren Sitzung zu erwägen, die noch vor der nächsten Versammlung des Völkerbundsrates stattfinden wird.»
- «4. Inzwischen hält sich der Hohe Kommissar, der zur Zeit seinen ihm zustehenden Urlaub angetreten hat, durch Vermittlung des Generalsekretärs zur Verfügung des Dreierkomitees.»

Sein Versprechen, Neuwahlen zum Volkstag durchzuführen, hat der Danziger Senat im Jahre 1939 nicht gehalten. Forster fürchtete eine Niederlage. Er meinte nämlich, selbst beim Fehlen von Oppositionsparteien könnten viele Stimmen für die polnische Liste abgegeben werden. Der Senat hat sein Versprechen*, Wahlen abzuhalten, schon im Februar 1939 zurückgezogen. Damals fand dieser Vorgang kaum mehr irgendwelches Interesse im Westen.

Während ich mich in meinem erzwungenen Urlaub befand, spielten sich die Ereignisse ab, die den Kriegsausbruch unvermeidlich erscheinen liessen. Hier mögen einige kurze Tatsachen in Erinnerung gerufen werden:

Der Anschluss der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich war auf Grund des Münchner Abkommens, das der Tschechoslowakei von den Grossmächten auferlegt worden war, vom 1. bis zum 10. Oktober 1938 durchgeführt worden. Die Slowakei hatte eine autonome Regierung erhalten, die Karpatho-Ukraine war Bundesland der Tschechoslowakei geworden. Am 5. Oktober 1938 war Staatspräsident Benesch zurückgetreten, nach Abfassung einer würdigen Abdikationsurkunde hatte er sein Land verlassen, und sein Nachfolger war Emil Hacha. Die ungarischen Ansprüche auf Oberungarn waren im Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 durch Abtretung der südslowakischen Randgebiete geregelt worden, und Polen hatte Anfang Oktober das Olsa-Gebiet besetzt.

Am 14. März 1939 aber liess Hitler die Unabhängigkeit des slowakischen Staates ausrufen. Vom tschechischen Staatspräsidenten Hacha

* Vgl. S. 84, 86 E, 187, 190, 217.

und seinem Aussenminister Chvalkovsky erzwang er für den tschechischen Reststaat einen Protektoratsvertrag. Auf Grund dieses Vertrages hat dann Hitler, unter einseitigem Bruch des Münchner Abkommens, das tschechische Gebiet besetzt und als Protektorat «Böhmen und Mähren» dem Deutschen Reich angegliedert. Die Karpatho-Ukraine wurde am 23. März von Ungarn okkupiert.

Fast gleichzeitig, nämlich am 22.3.1939, wurde, worauf man in Polen mit begreiflicher Heftigkeit reagierte, unter deutschem Druck der Vertrag über die Rückgabe des Memelgebietes an das Deutsche Reich gemäss dem Selbstbestimmungsrecht abgeschlossen. Berlin stellte immer wieder erfolgte litauische Übergriffe fest, die der eindeutig deutschen Mehrheit bei allen Wahlen zum Landtag und der Rechtsstellung des Memel-Statutes widersprachen.

Wie erwähnt, war ich auf Beschluss des Dreierkomitees vom 19.1. 1939 in Urlaub versetzt worden, doch versuchte ich bestmöglichst, in Kontakt mit Danzig und Genf zu bleiben. Ich schrieb am 20.2.1939 an F. Walters:

«Aus derselben Quelle, die ich bei meinem letzten Anruf erwähnte, erfahre ich von der Absicht Forsters, nächstens die *Reichsfahne* in der Freien Stadt einzuführen. Dies ist für Polen unannehmbar; über diesen Punkt hatten Gespräche zwischen Minister Beck und dem deutschen Reichskanzler stattgefunden und bindende Versprechen waren abgegeben worden. Forster hatte anlässlich seiner Warschauer Reise versichert, dass er nichts derartiges unternehmen würde. Ich habe Chodacki, der auch von Davos aus anrief, orientiert, ohne die Quelle zu nennen. Ich gewann den Eindruck, dass während des Besuchs Herrn von Ribbentrops in Warschau angeraten wurde, auf die durch die Verfassung vorgesehenen Wahlen zu verzichten. Vor allem die Polen wünschen diese Wahlen nicht, weil sie fürchten, dass durch diese die Verfassungsänderungen legal sanktioniert würden. Der Kalkül ist falsch, das Ergebnis wird sein, dass Forster über die neue Verfassung durch den existierenden Volkstag wird abstimmen lassen. Das wird schlimmer sein und wird eine unlösbare Situation schaffen ...»

Am 28. Februar 1939 berichtete ich an den Generalsekretär des Völkerbundes*:

* Vgl. Schreiben des Foreign Office an die S.d.N. SdN Bibl. MSS Collect.

«Die Mitglieder des Dreierkomitees sind einstimmig dafür, dass der Hobe Kommissar sein Amt jetzt wieder aufnehmen, insbesondere, um bei der nächsten Sitzung dem Komitee über die Lage in Danzig Bericht erstatten zu können und unter Bedingungen, unter denen er berufen worden ist, sein Amt zu versehen.»

«Der Hohe Kommissar hat seinen regelmässigen Urlaub abgeschlossen und begibt sich an seinen Posten. Der Hohe Kommissar bittet den Generalsekretär, den Rapporteur des Dreierkomitees zu benachrichtigen, dass gemäss dem durch das Komitee am 19. Januar gefassten Beschluss, der Hohe Kommissar sich weiterhin zur Verfügung hält.»

Das hiess, dass mein Aufenthalt in Danzig vielleicht nur ein sehr kurzer sein würde und dass damals der Wunsch, mich bald nach Genf zurückzurufen, im Dreierkomitee vorherrschte. Diesem Komitee stand ich jederzeit zur Verfügung.

Inzwischen hatten sich die in solchen Zeiten äusserster Spannung nie ausbleibenden, sinnlosen Zwischenfälle in Danzig gehäuft. Schon am 6. März hatte mein Mitarbeiter Pierre Lambert dem Generalsekretär des Völkerbundes über einen Krawall, der sich innerhalb der Technischen Hochschule in der Freien Stadt ereignet hatte, geschrieben:

Schon seit längerer Zeit herrsche ein Antagonismus zwischen den deutschen und polnischen Studenten, der in einem Café in Langfuhr zum Ausbruch gekommen sei. In diesem Lokal, in welchem ein Tanzabend stattgefunden habe, sei in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar ein Schild mit folgender Aufschrift angebracht worden:

«Hunden und Polen ist der Zutritt verboten! Arme Hunde!»

Der Besitzer dieses Cafés habe die polnische Studentenvereinigung «Bratnia Pomoc» wenige Tage vorher schriftlich gebeten, dass ihre Studenten wegen ihres unkorrekten Verhaltens sein Lokal nicht mehr betreten möchten. Eine graphologische Untersuchung habe ergeben, dass die Schrift auf dem Schild slawische Zeichen aufweise, worauf die deutschen Studenten einen Freispruch erhalten hätten. Dieses Plakat, zwischen Mitternacht und 1 Uhr morgens am Café angebracht, sei von einem polnischen Studenten entfernt und mitgenommen worden.

Die Folgen hätten nicht auf sich warten lassen, es sei zu heftigen Zusammenstössen zwischen deutschen und polnischen Studenten gekom-

«Die Rückkehr des Hohen Kommissars (nach Danzig) präjudiniert in keiner Weise etwaige Empfehlungen, die das Komitee dem Völkerbundsrat vorzulegen beschliesst.»

Dazu Begleitbrief F. P. Walters' an M. Arnal und Mr. Westman, Genf, 9.3.1939. – Vgl. ferner Schreiben des Ministères des Affaires Etrangères, Paris, vom 10.3.1939 an das Sekretariat des Völkerbundes.

men. Verschiedene Polen seien verhaftet, später aber wieder freigelassen worden. Der Rektor der Hochschule habe einige Studenten relegiert. In Danzig habe man diplomatische Noten ausgetauscht. In Warschau sei es zu Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft gekommen. Schliesslich habe eine Interpellation im «Sejm» stattgefunden. Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, aber habe am 28. Februar bei Ribbentrop für die Vorfälle vor der Deutschen Botschaft in Warschau¹⁵ Entschuldigung ausgesprochen.

Auf meiner Rückreise nach Danzig machte ich am 11. März in Berlin Station, von wo ich am 13.3. folgenden Brief an F. Walters sandte:

«Ich bin mitten in der Krise eingetroffen. Die Richtung, in welcher die Ereignisse sich entwickeln, wird deutlicher. Der deutsche Kanzler, der im letzten Herbst auf der Grundlage seiner Vorwände festgelegt wurde, entschliesst sich, nun seine eigentlichen Ziele anzugehen. Er verlässt das völkisch-ideologische Gebiet und handelt imperialistisch.»

«Gestern sah ich einen Freund des deutschen Botschafters in Warschau*, welcher mir sagte, die letzten Vorbereitungen für eine Besetzung Prags seien getroffen.»

«Heute Vormittag wurde meine Audienz beim Aussenminister verschoben, ich denke, dass ich ihn vielleicht abends sehen werde.»

«Zum Mittagessen war ich beim Staatssekretär, der mir erklärte, er nehme an, dass die Ereignisse die vom Kanzler vorausgesehenen Folgen weit überschreiten würden. Hitler wünsche, dass die für die nächsten Tage vorgesehene Offensivhandlung in keiner Weise den Geist des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes verletze. Es sei jedoch unvermeidlich, dass, wo so viele vitale Interessen Polens verletzt würden, ein weiteres Vorherrschen der Beckschen Richtung unmöglich erscheine. Der Staatssekretär fürchtet andererseits, dass die Rückwirkung in Danzig und Memel, trotz Hitlers Versicherungen, unvermeidlich sehr bald völlig spontan eintreten müsste. Er gab mir den Rat, im Augenblick meiner Rückkehr mit den offiziellen Persönlichkeiten Kontakt zu nehmen und dann sofort zu mündlicher Berichterstattung nach Genf zurückzukehren, dabei drang er darauf, meine Familie nicht nachkommen zu lassen. Falls die Lage für den Völkerbund allzu kompromittierend sich entwickeln sollte, bitte ich, mich durch Shepherd telegraphisch zurückrufen zu lassen.»

* Weizsäcker.

«Soeben verlasse ich den polnischen Botschafter Lipski. Er macht mir einen sehr ernsten Eindruck. Vorerst gibt er die offizielle Version an, er sagt: ‚Die Slowaken sprechen unsere Sprache, sie sind katholisch, ein antikatholisches Regime ist für sie nicht tragbar. Aus diesem Grund unterliegen sie in keiner Weise einer Beeinflussung durch das heutige Deutschland. Dies ist der Grund für das überstürzte Eingreifen Hitlers, das wir jetzt erleben.‘ Im Übrigen setzt er hinzu, ‚der Reichskanzler hat mir die Versicherung abgegeben, dass nichts, weder in Danzig, noch in Memel, geschehen werde, was die deutsch-polnischen Beziehungen stören könnte‘. Lipski erklärt, dass er dieselben Zusicherungen durch Göring erhalten habe. Der letztere befindet sich zur Zeit als ausserordentlicher Botschafter in Italien, zum ersten Mal hat er seinem Staatssekretär Vollmachten erteilt.»

Am 22.3.1939 fand die deutsche Besetzung Memels statt.

Am 14. März war ich in Danzig, um mich schon nach drei Tagen wieder nach Genf zu verfügen. Über meinen kurzen Aufenthalt in der Freien Stadt schrieb F. Walters am 18. März an Mr. Randall (Referent für Völkerbundsangelegenheiten im Foreign Office)¹⁶:

«Burckhardt traf heute Nachmittag hier ein. Was er zu sagen hatte, ist im Wesentlichen Folgendes: Am vergangenen Montag (d.h. am 13. März) hatte er eine private Unterhaltung mit Weizsäcker, der sehr besorgt war, weil, wie er sagte, Dinge bevorstünden, die dazu angetan seien, sowohl B. wie den Völkerbund in eine sehr schwierige Lage zu bringen. Im Verlauf dieser Ereignisse seien sowohl Danzig wie Memel bedroht. Darum hätte er sehr gewünscht, dass B. dann nicht in Danzig anwesend sei.»

«B's Ankunft in Danzig erfolgte am Dienstag, er sprach Greiser aber erst am Mittwoch. (Forster sah er nicht, da sich dieser soeben zwecks einer Operation in eine Klinik begeben hatte.) Greiser erzählte ihm, dass er den Führer gesehen habe, der ihm genau berichtete, was in der Tschechoslowakei passieren würde, und auf die Frage, was mit Danzig geschehe, geantwortet habe: ‚Wenn die Polen sich gut benehmen, werden wir mit einer Aktion in Danzig und Memel noch etwas warten. Wenn nicht, dann werden sie sehen, wer der Meister ist.‘»

«Am Donnerstag gab Greiser B. zu verstehen, dass eine ‚leichte Entspannung‘ eingetreten sei. Um sich darüber Gewissheit zu verschaffen, veranlasste B. den deutschen Konsul* mit W. in Berlin zu telefonieren

* Der deutsche Generalkonsul in Danzig, Martin von Janson, war ein Vertrauensmann Weizsäckers.

und ihm die Frage zu stellen: ‚Sind die Umstände noch dieselben wie vor drei Tagen, als Sie mit mir sprachen?‘ – Die Antwort lautete: ‚Die Lage ist heute sogar noch ernster geworden, und meine Befürchtungen haben sich verstärkt.‘ Diese Nachricht bestimmte B., unverzüglich wieder hierher zu kommen, um sich, wie er mir sagt, ‚Anweisungen zu holen, ob er in Danzig bleiben solle oder nicht.‘»

«Das sind die Hintergründe der Mitteilung Avenols, die ich heute Nachmittag telephonisch* an Makins durchgegeben habe mit der Anfrage, ob es Ihnen möglich wäre, zu einer Rücksprache mit ihm und B. nach Genf zu fahren. Ich weiss nicht, ob Arnal** dem Generalsekretär Avenol etwas Ähnliches vorgeschlagen hat. Es gibt da viele Faktoren, die sich unserer Beurteilung entziehen, ja es ist bei dem heutigen Stand der Dinge schwer zu sagen, welche Wichtigkeit der Angelegenheit überhaupt beizumessen ist. Besteht die Möglichkeit eines deutschen Handstreiches in Danzig? Wenn ja, werden sich die Polen mit Waffengewalt widersetzen? Würde dies geschehen, wäre der Krieg unvermeidlich. Wäre es in diesem Fall wichtig, dass der Hohe Kommissar des Völkerbundes auf seinem Posten sich befinde, da es ja theoretisch in erster Linie an ihm liegt zu entscheiden, ob im Namen des Völkerbundsrates Polen aufzufordern sei, die Integrität Danzigs zu verteidigen?*** Ist das der Grund, warum ihn die Wilhelmstrasse – nachdem sie ihn zuerst so dringend zurückhaben wollte – jetzt so dringend wieder abschieben möchte? Das sind nur einige Fragen, die mich bewegen.»

«Wenn natürlich Deutschland und Polen sich jetzt auf der Basis eines neuen wirksamen Abkommens über das Statut von Danzig einigen können, brauchte man sich über diesen Punkt nicht besonders zu beunruhigen. Aber B. hegt gewisse Zweifel darüber, ob ein derartiges Abkommen von den Polen eingehalten werden würde, da die polnische Armee sehr viel kompromissloser sei als das Ministerium des Äusseren.»

Vom 18. März an stand ich wiederum «zur Verfügung des Dreierkomitees», das heisst ich trat auf Platz, kostbare Zeit verging. Am 25. Mai aber wurde ich angewiesen, mich nach Warschau zu begeben.¹⁷

* Die Botschaft besagte, dass Herr Burckhardt «ausserordentlich ernste Nachrichten» bringe. Makins' Antwort auf Walters' Anfrage lautete, dass es höchst unwahrscheinlich sei, dass sich irgendein Mitglied des Foreign Office jetzt zu einer Rücksprache nach Genf begeben könne und dass die letzten (in London eingetroffenen) Nachrichten über die Lageentwicklung in Danzig «einigermassen beruhigend» seien.

** Der Vertreter Minister Bonnets.

*** Vgl. S. 25.

Meine Reise nach Warschau-Danzig-Berlin trat ich am 25. Mai an, am 9. Juni kehrte ich nach der Schweiz zurück. Am 17. fand in Danzig eine grosse Versammlung statt, in welcher Goebbels die Hauptansprache hielt. Diesen Anlass wollte und musste ich vermeiden. Ich kehrte daher mit meiner Familie erst am 23. Juni nach Danzig zurück.

Hätte ich die gleichen Gespräche, die ich während meiner Reise führte, mit denselben Personen schon im Januar führen können, hätten sie vielleicht einen andern Inhalt gehabt und vielleicht zum Teil auch andere Folgen. Inzwischen war Entscheidendes geschehen, die Leiden-schaften waren entfesselt, das Vertrauen war tot.

Die Beurteilung der Lage war wirr und widersprechend.

Am 14. Mai hatte Nevile Henderson an Sir A. Cadogan aus Berlin geschrieben:¹⁸

... «Wenn manche Deutsche damit rechnen, dass wir wegen Danzig keinen Weltkrieg entfesseln werden, so befürchten andere, dass wir in jedem Falle darauf abzielen, Deutschland anzugreifen, sobald wir uns dazu stark genug fühlen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Hitler sich letzten Endes sagt, dass seine Chancen heute günstigere sind, als wenn wir erst einmal noch besser gerüstet sein werden ... Ja, es gibt viele Deutsche, die glauben, dass in England Kräfte vorhanden sind, die den Krieg für unvermeidlich halten, und wenn, dann lieber heute als morgen. Ich selbst frage mich voller Bedauern, ob nicht die letztere Ansicht vielleicht die richtige sei. Wird in fünf oder zehn Jahren Deutschland nicht immer noch und weit mehr zu fürchten sein, als das heute schon der Fall ist? Wenn dem wirklich so wäre, wäre es dann nicht besser heute als morgen, wenn schon der Krieg unausweichlich ist?»

«Nichtsdestoweniger bete ich noch immer von ganzem Herzen, dass es nicht sein müsse ...» etc.

Am 23. Mai 1939 derselbe Henderson an seinen langjährigen Mitarbeiter Kirkpatrick*:

... «Hat die Regierung Seiner Majestät irgendwelche Vorschläge zu einer richtigen Lösung der Danziger Frage? Es genügt nicht, dem Diktator einfach ‚Nein‘ zu sagen in einem Fall, wo Grund zu Beschwerde vorliegt. Man muss auch die entsprechende Abhilfe finden, sonst hat das ‚Nein‘ nur ephemere Bedeutung.»

* Sir Ivon Augustine Kirkpatrick (geb. 1897), von 1933-1938 1. Sekretär an der Berliner Botschaft, 1941-1945 Leiter des Europadienstes des brit. Rundfunks, 1945-1950 Unterstaatssekretär, 1950-1953 Hochkommissar in Bonn, Mai 1953 bis Jan. 1957 ständ. Untersekr. im Foreign Office. – Brit. Doc. Bd. V, Nr. 605.

Kirkpatrick schickte ihm eine logische Antwort, für eine Auseinandersetzung mit Hitler, über was immer, viel zu logisch, sie stammt von einem Lateiner, und zwar vom rumänischen Aussenminister Gregory Gafencu¹⁹:

«Ich glaube, man neigt allgemein dazu, die Meinung des rumänischen Aussenministers (Gafencu) zu teilen, dass, wenn auf Grund des Selbstbestimmungsrechts Danzig wieder zu Deutschland kommen soll, Hitler sich dazu verstehen müsse, aus Prag herauszugehen.»

Gafencu hatte am 24. April im Foreign Office über seine grosse politische Rundreise, seine Gespräche mit dem türkischen Aussenminister, dem polnischen Aussenminister, mit dem deutschen Aussenminister und vor allem mit Hitler berichtet.

Wenn man mit der wirklichen Wertskala rechnet, die für Hitler innerhalb seiner schon erreichten und noch zu erreichenden Ziele gültig war, so ist die in Kirkpatricks Antwort enthaltene, von Gafencu aufgestellte Gleichung nicht anwendbar.

Die böhmische Ostgrenze war für Hitler, der ausschliesslich strategisch dachte, vorerst die bedeutendste Errungenschaft. Und immer wieder: die Tschechoslowakei hatte er als eine tödliche Flankenbedrohung empfunden, sie war und blieb für ihn das russische Einfallstor. Ein unterwürfiges Polen wäre als eventuelles Aufmarschgebiet nach Russland in Betracht gekommen, es hätte «HilfsVölker» gestellt, aber Polen war nichts weniger als unterwürfig, diese Nation war stolz und kühn, und Hitler war entschlossen, sie dafür zu bestrafen. Böhmen hatte dem Dritten Reich die Herrschaft über Ungarn und Rumänien gesichert, hatte Möglichkeiten für deutsche Penetration des Vorderen Orients geschaffen und hatte innerhalb der durch ihre Ungenauigkeit und ihre Verwegenheit so bezeichnenden Vorstellungen des Diktators von Alexanderzügen in die russischen Tiefebenen bis zum Ural und darüber hinaus bewirkt, nicht viel anders als bei dem Gauleiter von Ostpreussen*.

Wenn man Hitler nun gesagt hätte: «Wir reden mit Ihnen über Danzig, aber stellen Sie aus den von Minister Gafencu geäusserten Gründen die tschechoslowakische Souveränität wieder her!», so hätte man ihm etwas in

* Vgl. Seite 189 f.

seinen Augen völlig Ungeheuerliches, etwas rein Rabulistisches gesagt. Das war wohl auch dem englischen Botschafter Henderson bewusst, er erkannte, Kirkpatricks Schreiben bedeute, dass man fortan entschlossen sei, keine Konzessionen und keine Angebote mehr zu machen, unter gar keinen Umständen wolle man Polen auch durch den leisesten Druck mehr dazu veranlassen, auch nur das geringste seiner Rechte preiszugeben. Die Position war seit Hitlers Wortbruch im März in London fest geworden. Allerdings, auch jetzt, wie immer seit 1937: Zeit musste gewonnen werden, es galt vorerst noch Zwischenfälle zu vermeiden.

Unter solchen Voraussetzungen trat ich meine Fahrt nach Warschau, Berlin und Danzig an*. Über ihren Verlauf berichtete ich am 11. Juni in Basel mündlich an Roger Makins.²⁰

Meine Aufzeichnungen schickte ich in Form eines Memorandums auch an den Generalsekretär des Völkerbundes. Sie lauten:²¹

Gespräche mit Minister Jozef Beck:

«Ich habe Sie gebeten, mich aufzusuchen, um unser Dezember-Gespräch** wieder aufzunehmen. Ihre lange Abwesenheit war für die Lage in Danzig nicht günstig. Ich denke, Ihre Rückkehr wird dazu beitragen, die Atmosphäre zu entspannen.»

«Memel hat unsere Haltung in der Danziger Frage versteift. Unsere Entschlossenheit, Widerstand zu leisten, haben wir schon vor meiner Reise nach London deutlich zum Ausdruck gebracht. Die öffentliche Meinung in Polen ist sehr erregt, ich muss mit ihr rechnen. Jetzt muss man entspannen, Zeit gewinnen, später, im Rahmen eines Generalarrangements wird man (auch über Danzig) reden können. Sagen Sie Herrn von Ribbentrop, dass wir an den Verhandlungen (der Westmächte) mit Russland nicht teilnehmen. Kommt es zum Konflikt, so wissen wir, was wir riskieren. Wie jede Nation, haben wir unsere grossen Fehler, aber wir haben eine gute Eigenschaft, wir sind durch und durch Soldaten; sodann, die Deutschen müssen sich darüber klar sein: Frankreich und England werden an unserer Seite kämpfen, unfehlbar,

* Vgl. F. Walters an den Generalsekretär des Völkerbundes, 25.5.1939: SdN. Bibl. MSS Collection. «Confidentiell: Burckhardt sagte mir heute früh telephonisch, dass Oberst Beck ihm für den Besuch in Warschau drei Tage zur Wahl vorgeschlagen habe: Sonnabend, 27. Mai oder den darauffolgenden Dienstag oder Donnerstag. Burckhardt ist nun entschlossen, Basel in dieser Nacht zu verlassen, um morgen Abend in Warschau zu sein, den Sonnabend in Warschau zu verbringen, an welchem Tag er mit Oberst Beck konferieren würde, um sich dann Sonntag nach Danzig zu begeben.»

** Sollte heissen: «November».

automatisch. Aber es ist reiner Wahnsinn, für die vorhandenen Streitfragen sich in einen Krieg zu stürzen. Über eines aber muss man sich klar sein, dass dort, wo unsere nationale Ehre beginnt, die Dynamik der andern gezügelt werden muss. Ich bin überzeugt, dass, wenn Herr von Ribbentrop dem deutschen Kanzler dasjenige, was *ich* ihm mitteilte, gewissenhaft rapportiert hätte, man die jetzige Lage hätte vermeiden können. Ich hatte ihm Vorschläge gemacht, die für spätere Verhandlungen günstig waren. Aber er hört nicht zu, und er berichtet tendenziös. Auf dem Obersalzberg war im Gegenteil alles präzise und genau. Wenn sich seither die Beziehungen verschlechtert haben, so ist auch die Presse sehr verantwortlich, vor allem die Agentur Havas. Sollte der Krieg ausbrechen, so wird man zugunsten Polens nach dem Endsieg mit den wirtschaftlichen und historischen Realitäten rechnen müssen.»

Gespräch mit Herrn von Ribbentrop:

R.: «Wir müssen entspannen, in der jetzigen Atmosphäre kann man nicht sprechen, die Polen sind wahnsinnig; kein demokratischer Staatsmann hätte jemals es sich leisten können, den Polen vorzuschlagen, was Hitler ihnen vorgeschlagen hatte. Er wäre weggefegt worden. Was Hitler vorschlug, war ein Minimum, nur ein Staatsmann von diesem Format war dazu fähig, nur ein Genie konnte so grossherzig sein.»

(B.: «Hat man in Berlin nicht gefürchtet, dass die Polen ja sagen und annehmen könnten, noch bevor der Kanzler seine Reichstagsrede hielt?») «>

R.: «Was reden Sie da? Wer hat Ihnen etwas derartiges gesagt? 25 Jahre Garantie für den Korridor, sage ich Ihnen, ein Viertel Jahrhundert Garantie!»

(B.: «Ja, aber das kann doch keine abschliessende Lösung der Probleme auf breiterer Grundlage sein.»)

R. den Blick von Visionen verhüllt: «Auf einer viel breiteren Grundlage.»

(B.: «Minister Beck hat mir erklärt, nach Entspannung der Atmosphäre würde wohl die Möglichkeit zu einer generellen Ordnung der Streitfragen eintreten.»)

R.: «Was meint er damit? Das ist unklar.»

(B.: «Er präzierte nicht, aber was er aussprach, beweist, dass er die Ansichten Eurer Exzellenz teilt und dass man den Blinddarm nicht während der Entzündung operieren soll, dass man warten muss, bis diese zurückgegangen ist. In diesem Zusammenhang stellt sich eine andere, eine lokale Frage. Man muss die Zwischenfälle und die aufreizenden Presseangriffe vermeiden.»)

R.: «Zählt Fälle von Misshandlungen deutscher Minoritäten in Polen auf und zitiert aus der polnischen Presse: ‚Sie schreiben, dass Berlin, dass Köln polnische Städte seien, Köln! Hören Sie mich!‘ Er fährt fort: ‚Der Krieg gegen Polen wäre der einzige Krieg, in den der grösste Teil des deutschen Volkes spontan eintreten würde. Es ist sogar jetzt sehr schwer, überschäumende Leidenschaften einzudämmen, und merken Sie sich, ich kenne die Ansicht unserer Militärs, in drei Tagen wären die Polen zermalmt, ausgerottet. Ich habe einen Fehler gemacht, ich habe unsere Presse zu lange zurückgehalten. Ich hätte (den Herren in Warschau) früher deutlich machen sollen, wie die Sache steht. Niemals, hören Sie mich, niemals hätten sie gewagt, sich einer Grossmacht gegenüber so zu benehmen, wie sie es getan haben, wenn England sie nicht dazu angereizt hätte. Im Übrigen, wir fürchten uns vor keiner Koalition. Hier, mit anderen verglichen, sind wir so gelassen, so ruhig. Wir befinden uns nicht mehr im Jahre 1914. Drei Gegnern würden die andern gegenüberstehen, die alle entschlossen sind, bis zum Schluss durchzuhalten: das Reich, Japan, Italien; wir verfügen über die mächtigste Luftwaffe der Welt. Adolf Hitler wird keinen Krieg verlieren. Er hätte noch im Oktober 1918 die letzte Runde gewonnen. Die Engländer leiden an einem krankhaften Stolz, sie bilden sich ein, jedermann müsse sie bei jeder Unternehmung um ihre Ansicht fragen. Kürzlich hat mich ein englischer Herzog besucht. Er reiste hier so herum, ich denke, er wollte sich orientieren. Ich habe ihm gesagt: ‚Mein lieber Herzog, nehmen Sie mal Kenntnis von der neuentstandenen Klasse, das deutsche Führerkorps ist genau so stolz wie die Schicht, der Sie in England angehören, noch stolzer, eisern. Dieser Krieg: Frankreich wäre nach diesem Krieg erledigt, seine Jugend an der Maginot-Linie verblutet. Frankreich würde zu einer Nation dritten Ranges, das Britische Reich wäre zerschlagene‘. Pause.

R. Sehr getragener Ton: «Sie sehen vor sich denjenigen Vertreter der jetzigen Generation, der am meisten für die deutschenglische Annäherung getan hat. Ich handelte im Auftrag meines Führers, im Auftrag der deutschen Nation. Man hat mich immer abgewiesen. Hören Sie, ich habe die Garantie der territorialen Integrität des britischen Reiches vorgeschlagen, die Integrität all derjenigen Länder, die unser Territorium von demjenigen Englands trennen. Ich habe ihnen das Flottenabkommen gebracht, mehr als das, ich habe ihnen die Hilfe der deutschen Armee für den Fall eines Angriffs auf irgendeinen Punkt ihres Imperiums vorgeschlagen. Hören Sie mich?»

(B.: «Ja, und ich frage mich, Herr Reichsminister, um welchen konkreten Angriff es sich handelt.»)

R. Mit einer zugleich ungeduldigen und müden Geste: «Nein, die Welt ist ungerecht. Es handelt sich um eine moralische Vergiftung durch die Propaganda. Warum glaubt man immer den andern und warum schenkt man uns kein Vertrauen?»

(B.: «Sicher ist in der Welt eine tiefe Vertrauenskrise vorhanden. Es wird viel Zeit brauchen, um sie zu überwinden, eine Krise wie nach der Torpedierung der Lusitania, eine moralische Krise, das heisst, eine Gewalt, die man nicht unterschätzen darf. In Deutschland gibt es keine autonome öffentliche Meinung. Dies ist weniger eine Frage des Regimes als eine psychologische Gegebenheit. Die Schlussfolgerung aber, die darin besteht, die öffentliche Meinung bei den andern zu unterschätzen, ist falsch; die deutsche Propaganda hat grosse Schwächen, sie ist monoton, und sie ermüdet durch ihr beständiges Fortissimo.»)

R.: «Gut, möglich, dass die deutsche Propaganda nicht genügend mit der Aktion meines Ministeriums koordiniert ist, aber es gibt Tatsachen, die zum Himmel schreien, zum Beispiel, dass Danzig eine rein deutsche Stadt ist.»

(B.: «Seit dem 15. März [Besetzung der Tschechoslowakei] ist das ethnische Argument sehr schwach geworden.»)

R.: «Das sind Kindereien, das gilt vielleicht für die Masse, aber die Regierungen haben sich doch nie eingebildet, dass es ein ethnisches Argument gebe, das wie ein Dogma funktioniert. Sie wussten, um was es ging, um Sicherheit und Lebensraum. Nein, bei all dem handelt es sich, wie Mussolini es ausgesprochen hat, nur um einen Machtkampf, und dieser Machtkampf wäre nicht nötig, würde sich nicht aufdrängen, wenn die Engländer endlich verstehen wollten, dass man uns in Ost-Europa freie Hand lassen muss. (Es handelt sich nicht mehr bloss um die Ukraine.) Was uns betrifft, den andern werden wir jede Aktionsfreiheit in ihrer Sphäre gestatten. Sich mit den Polen zu verbünden, diesen Leuten Rechte garantieren, die keine Rechte sind, sondern kriminelle Resultate eines idiotischen Friedensabschlusses! Mein genialer Freund Graf Ciano hat es aufs Klarste definiert, als er aus Warschau zurückkehrte, er hat zu mir gesagt: ‚Diese Leute befinden sich in einer sehr ernsten Lage, sie leben unter einer Diktatur, aber ihr Diktator ist ein Toter.‘ Nein, nein, Kampf um Interessen, Machtkampf, alles andere sind Phrasen. Sehen Sie, einmal sagte ich meinem Freund Lord Derby, wir hätten die Kolonien nötig, die man uns so schändlich gestohlen hat. Er hat mir ganz einfach geantwortet: ‚Der Mann von der Strasse würde es niemals zulassen, dass wir unsern Sieg vergeblich erfochten hätten.‘ Und trotz alledem, jetzt noch, in der jetzigen Stunde wären wir bereit, wäre Adolf Hitler bereit zu verhandeln. Ja, jetzt noch, falls aber die andern schon entschlos-

sen wären, ist es nötig, dass sie sich klar machen, dass sie es mit einem Volk zu tun bekommen, das bis zur letzten Frau und bis zum letzten Kind kämpfen wird.»

Ein Kommentar erübrigt sich.

Gespräch mit Botschafter Lipski:

«Was die Deutschen von uns verlangten, war, dass wir die Achse «verlängerten». Sie hatten immer von einem gemeinsamen Vorgehen in der Unternehmung gegen die Tschechoslowakei gesprochen. Wir wären Satelliten gewesen wie die Italiener. Im Kriegsfall ist Italien auf jeden Fall verloren, sowohl wenn Deutschland den Krieg gewinnt, als wenn die andern Sieger sind. Logisch wäre, dass Italien eine friedliche Politik macht oder dass es sich mit dem Westen verbindet. Italien wird der Achse treu bleiben, um Deutschland in eine auswegslose Lage zu treiben. Später wird es Deutschland preisgeben und verlassen. Die Allianz mit Russland ist (für uns) ein Alldruck, im Westen hat man naive Vorstellungen in Bezug auf Russland. Russland wird alle anlügen bis zum letzten Moment. Die Deutschen sind um ihre Hoffnungen betrogen. Die Russen verstehen sich besser aufs Lügen als die Deutschen, die uns während der Tschechenkrise bis zum letzten Augenblick angelogen haben. Augenblicklich habe ich mit den Deutschen nur indirekte Kontakte durch die Italiener. Ribbentrop ist das grosse Unheil, er befindet sich jetzt auf der Höhe seines Einflusses, die Klimax nähert sich. Er ist zu hoch hinaufgelangt, erstes Krachen im Gebäck schon bei Anlass der türkischen Affäre, Göring ist beiseitegeschoben durch eine doppelte Offensive Ribbentrop-Goebbels, die sich gegenseitig angenähert haben, aber er wird wieder hochkommen. Jetzt ist es Himmler, der ihn stützt. Hitler macht sich manchmal lustig über seine zwei Millionen Dispositionsfonds, dagegen sagte er neulich bei Tisch zu einer Dame meiner Bekanntschaft: «Ribbentrop ist ein Genie, Sie werden in nächster Zeit etwas erfahren!» (Baltische Staaten).»

Gespräch mit Botschafter Attolico*:

A.: «Ich bin nur auf meinem Posten geblieben, um diese deutsch-polnische Affäre zu ordnen. Mussolini wünscht die Abrüstung; er hat es zu Mr. Chamberlain gesagt. Unsere Probleme mit Frankreich lassen sich in einem Tag ordnen, es gibt keine territorialen Ansprüche. All das ist nur Übertreibung durch den totalitären Stil. Es handelt sich nur um Suez und

* Vgl. neben dieser kurzen Zusammenfassung die ausführliche und wörtliche Wiedergabe gewisser streng konfidentieller Teile des Gesprächs Attolico-CJB, S. 231 ff.

Djibouti. Man kann in der jetzigen europäischen Atmosphäre nicht weiterleben. Wir haben es mit Unternehmungen zu tun, die der persönlichen Eitelkeit entspringen. Die polnische Megalomanie ist zur Zeit eine der grössten Gefahren.»

(B. bemerkt, dass die polnische Regierung eine Kommission in die Grenzprovinzen geschickt habe, um Wojwoden und Starosten zu beruhigen.)

A.: «Ja, aber die Presse und die Geistesverfassung in gewissen Militärcreisen! Man muss diesen Konflikt vermeiden, er ist vermeidbar. Zur Zeit ist es nötig, dass die französischen und englischen Vertreter in Warschau im Sinne der Entspannung wirken. Keine Zwischenfälle mehr! Hier können Sie viel zur Erhaltung des Friedens beitragen. Polen müsste in kleinen Dingen nachgeben, wie in der Beurlaubung Perkowskis*. Sie sollten mit Hitler sprechen können. Am schlimmsten wäre es, wenn die persönliche Ansicht Hitlers bestärkt würde, die Ansicht, wonach September 1938 (das Münchner Übereinkommen) und alles andere nur ein Manöver gewesen wären, um Zeit für die Vorbereitung des Krieges zu gewinnen. In diesem Falle würde man riskieren, dass die Deutschen aus Verzweiflung einen Präventivkrieg unternehmen. Man muss mit dem polnischen Generalstab sprechen, dem das politische Massgefühl fehlt. Man hat Beck zuviel geschwächt, man hat seine bisherige Politik nie verstanden. Ich bin alt, ich habe genug von diesem traurigen politischen Métier, ich bin nur geblieben, um zu versuchen, diese (deutsch-polnische) Affäre ins reine zu bringen. Suchen Sie Hitler auf, er erwähnte mir gegenüber das letzte Gespräch, das er mit Ihnen hatte. Er hört auf persönliche Argumente. Sagen Sie es zu Noël, Noël ist der grösste französische Botschafter seit Cambon. Er weiss, um was es geht. Lesen Sie den Rapport, den ich seinerzeit dem Rat des Völkerbundes über die danziger Frage gemacht habe. Vergessen Sie nicht, dass Beck die ganze tschechische Affäre im Voraus gekannt hat, aber er hoffte, er würde seinen Teil erhalten. Die Polen, in allem, was sie unternehmen, haben weitgehende imperialistische Ziele.»

Wenige Männer haben in den Jahren, die der Katastrophe vorangingen, auf schwererem Posten gestanden als der polnische Botschafter in Berlin, Joseph Lipski. Er hat innerhalb seiner Instruktionen mit einer bewundernswerten Festigkeit und Würde gehandelt, sicher war er seit 1933 der Mann der deutsch-polnischen Entspannung gewesen, einer der Schöpfer des Abkommens vom 26. Januar 1934, der erfolgreiche Un-

* Vgl. S. 261.

terhändler bei allen weiteren Annäherungsversuchen zwischen den beiden Ländern. Er war in Breslau geboren und beherrschte die deutsche Sprache wie seine eigene, sicher war er, wie ich schon berichtete, einer der bestorientierten Botschafter im damaligen Berlin, niemand kannte die ewig wechselnden Konstellationen unter den führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches so wie er. Auch er ist im Vor- und Nachgeben sehr weit gegangen, hat auf die Reizbarkeit und Empfindlichkeiten des «Führers» Rücksicht genommen, hat seiner ungeheuren, immer unsicheren, immer nach Bestätigung heischenden Eitelkeit geschmeichelt; wo es aber um polnische Souveränitätsrechte, um die Ehre seines Landes ging, war er felsenfest, und er hat gegen Ende seiner zum Misslingen verurteilten Mission, von Macht zu Macht mit immer gemessener und beherrschter Strenge gesprochen wie wenig andere. Was er mir damals, als wir beide allein zusammen zu Mittag assen, mitteilte, ist heute noch wert, sehr genau überlegt zu werden.

Durch einen Boten, den er an seinen italienischen Kollegen schickte, vermittelte er mein Gespräch mit Bernardo Attolico*, meinem Vorgänger auf dem Danziger Posten. Ich hatte während der letzten Monate meiner Danziger Mission ein Tagebuch geführt. Dieses Dokument bewahrte ich im Geheimfach eines alten Sekretärs in meiner Privatwohnung auf. Anfang August 1939 hatte ich Anlass anzunehmen, dieser Schreibtisch sei der Gegenstand besonderen Interesses gewesen. Da wir damals ans Verbrennen der Akten gingen, überliess ich auch diese Aufzeichnungen dem Feuer. Nur einige, mir besonders wichtige Blätter, behielt ich zurück, unter diesen fand sich die Notiz über mein Gespräch mit Attolico, der mir einen sehr starken Eindruck hinterliess, den Eindruck eines im Dienst seines Landes grau gewordenen Ehrenmannes, der in die Zwangslage einer aussichtslosen politischen Aufgabe eingeschlossen war und der alle furchtbaren Aspekte dieser Aussichtslosigkeit mit klarem Auge sah. Der Grund, aus welchem ich diese paar Seiten eines zerstörten Manuskriptes bei mir behielt und sie bis zum 1. September unter hunderten von historischen Notizen zu einem Gegenstand des 17. Jahrhunderts aufbewahrte, die absichtlich jedermann zu-

* Bernardo Attolico (1880-1942), 1920-21 Völkerbundskommissar in Danzig, 1922 Untergeneralsekretär des Völkerbundes in Genf. Seit 1927 italienischer Botschafter in Rio de Janeiro, Moskau, 1935-1940 in Berlin, zuletzt Botschafter beim Heiligen Stuhl.

gänglich, schon seit dem Frühsommer 1939 in meinem Arbeitszimmer lagen, ist der folgende: Neben andern allgemeinen Bemerkungen des Botschafters, die den Präsidenten des Dreierkomitees interessieren konnten, hat er mir damals ganz privat seine Beurteilung Weizsäckers mitgeteilt. Ich vermutete damals schon, welchen Missverständnissen letzterer entgegenging. Da seine Politik im Verlauf der Polenkrise auch mir weniger verständlich war als sein Verhalten während der Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei, fürchtete ich für ihn eine Indiskretion enttäuschter Vertreter des deutschen Widerstandes. Dabei war niemand so weit gegangen wie er*, aber auch keiner hatte, um innerhalb des herrschenden Systems weiterwirken zu können, so teuer mit Schweigen, mit Hinnehmen und mit Verstellung bezahlen müssen.

Attolico, den ich vor Jahren in Genf gesehen hatte, erschien mir sehr gealtert, eingefallen, müde.

Hier eine Aufzeichnung über das Gespräch mit Attolico:

«Ich bin krank’, sagte er mir, ‚ich werde nicht mehr lange leben, ich hatte gehofft, noch einige späte Jahre für mich zu haben, ja, ich wollte jetzt aus dieser furchtbaren Atmosphäre weg. Aber ich kann es nicht, ich muss diesen Unsinn, diesen verbrecherischen Unsinn, diesen drohenden polnischen Konflikt mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen. Jetzt geht es ums Ganze, wir stehen vor dem zweiten Weltkriege Er sprach überstürzt, leidenschaftlich, im Atem gehemmt, hielt die Hand aufs Herz, als ob er Schmerzen empfinde. ‚Aber alles’, fuhr er fort, ‚ist verschworen, überall will man die Katastrophe, die Polen machen es uns auch furchtbar schwer, hier in Berlin haben wir es mit gefährlichen Narren zu tun, die keine Ahnung haben von der Welt, von den Kräften, die im Augenblick des ersten Schusses dieses neuen unseligen Krieges entfesselt werden.’ Er wandte sich ab, sagte leiser: ‚In Italien ist es nicht viel besser, es gibt keine reifen, verantwortungsbewussten Männer mehr, es gibt keine Diplomatie mehr, alles wird vom Zaun gebrochen; der Einfluss von Berlin macht sich in verderblicher Weise bemerkbar.’»

«Ich erwiderte Attolico: ‚Die Widerstandskräfte im Innern Deutschlands sind mächtig, täglich gelangen Leute an mich, welche aufgelehnt, verzweifelt, erbittert, zu allem bereit sind’, und ich erwähnte viele einzelne Fälle der letzten Zeit.»

* Vgl. S. 168 ff.

«Das sind', sagte der Botschafter, 'vereinzelte Konservative, Offiziere, bisweilen auch Sozialisten, aber sie haben keinen Zusammenhang, keine Methode, sie sind unvorsichtig, leichtsinnig, die Deutschen sind keine Verschwörer. Zum Verschwörer gehört alles, was sie nicht haben, Geduld, Menschenkenntnis, Psychologie, Takt, nein, sie werden alle abgeschossen werden, in Lagern verschwinden; gegen Gewaltregierungen, welche zur vollen Anwendung ihrer Gewaltmittel jederzeit bereit sind, gibt es keine Aufstände. Um gegen solche Verhältnisse anzukämpfen wie die hiesigen, braucht es eine Ausdauer, eine Verstellungsgabe, ein Geschick, wie es Talleyrand und Fouché besaßen. Wo finden Sie zwischen Rosenheim und Eydtkuhen einen Talleyrand?」

«Es gibt', sagte er dann, mehr an mich herantretend, sehr leise, 'einen Mann, Sie kennen ihn, er versucht, dieses schwerste Spiel zu spielen, er ist ein deutscher Patriot und auch in seiner Weise ein Europäer, er tut alles mit bewundernswerter Anspannung, um den Krieg zu verhindern, niemand kann ihn bei irgendetwas behaften, keiner kann ihn überführen, das einzige, was für ihn gefährlich werden kann, ist der Leichtsinn, die Naivität und die Indiskretion der sogenannten Verschwörer. Nehmen Sie beispielsweise einen Mann wie Hassell, er redet und schimpft drauflos, er will immer alles den Engländern sagen und meint, sie hätten nur ein einziges Interesse, eine starke, konservative, mit Ideen von Tirpitz durchgesetzte nationale Regierung in Deutschland, womöglich eine Monarchie, einer solchen Regierung hätte dann England volle Sympathie entgegenzubringen, Sympathie aufgebaut auf einem gemeinsamen 'Gentleman-Begriff'; all das ist dumm wie Vorstellungen von Kadettenschülern. Ja, diese Leute sind gefährlich für den Mann, den ich meine, Sie wissen', dann lispelnd, 'Weizsäcker, er steht mit Fritsch, mit Beck, mit Witzleben in Verbindung, auch mit Hassell, aber wenn er erreichen will, was sein Ziel ist, wird er gezwungen sein, unter Umständen den einen oder andern preiszugeben, das ist unvermeidlich.」

«Was ist sein Ziel', fragte ich. Der Botschafter hob beide Hände, langsam: 'Sein Ziel', erwiderte er, «dasselbe wie das meine, vermeiden, vermeiden, vermeidend»

««Wissen Sie', setzte er hinzu, «alles andere ist leichter, das Leichteste ist emigrieren und protestieren, aber auch Aufstände anzetteln, Komplote schmieden braucht weniger Kraft und Mut, als der harten Wirklichkeit Tag für Tag das Mögliche abzurufen, ohne Pathos, immer wieder geschlagen, immer wieder beginnend, Dinge scheinbar sanktionierend, die man verabscheut, zäh und ohne jeden Eigennutz, klug, mit beständiger äusserster

Aufmerksamkeit und Anspannung. Denken Sie einmal, was das heisst, mit einem Chef wie Ribbentrop, einem Mann ohne jede Voraussetzung, der von nichts eine Ahnung hat, der das internationale Recht ebenso wenig kennt wie die Geschichte, wie die Wirtschaft, einem puren Dilettanten, ausgesprochen unterdurchschnittlich begabt und gefährlich, weil er seine Mängel selbst spürt und infolgedessen die Macht zu Kompensationszwecken missbraucht, immer zu terrorisieren versucht, alles aufs Äusserste zu treiben, die primitiven Wünsche seines kranken Chefs Hitler noch zu steigern, ihnen extreme Erfüllungen zuteil werden zu lassen. Mit diesem Menschen, tagein, tagaus, muss ein Weizsäcker rechnen, mit seiner Ahnungslosigkeit, seiner Wut. Er muss mit ihm rechnen, weil er da ist, diese Tatsache kann er nicht aus der Welt schaffen. Dabei – Sie fragten, was er will – nun fürs erste will er den Krieg um jeden Preis verhindern, wie ich, das war knapp vor der Münchner Krisis noch einmal gelungen, weil niemand bereit war; ob es jetzt nochmals gelingt? Es ist furchtbar spät. Prag war schon viel zu viel, ja untragbar, auch vor Prag hat Weizsäcker alles unternommen, um Hitler zu bestimmen, im Rahmen der Münchner Abmachungen zu bleiben. Er ist in der direkten Aussprache so weit gegangen, als dies mit diesem monomanen, immer scharf an der Raserei sprechenden Tyrannen überhaupt möglich ist. Und jetzt – denken Sie einmal, was das heisst, was muss er nicht alles überblicken, wenn er diese letzte Katastrophe, den Konflikt mit Polen verhindern will, er muss, was höllisch gefährlich ist, genau darüber informiert sein, was von der SS vorbereitet wird, was ihre unterirdische Arbeit ist. Längst hat ja die offizielle Diplomatie nichts mehr zu sagen, in unsern Systemen sind wir Saurier. Leute wie Schulenburg, wie Moltke können nur tragisch enden, denn sie werden recht gehabt haben, das verzeiht man nicht. Nein, mit Weizsäcker arbeite ich im vollsten Vertrauen zusammen, er ist der Einzige.’»

«Ich fragte noch: ‚Und wenn der Krieg im August losbricht, wenn es nicht verhindert wird, was soll ein solcher Mann dann tun?‘ Attolico trat ans Fenster, klopfte leise an die Scheiben, wandte sich dann um und sagte mir: ‚Sterben, das wäre das Beste, es gibt eben ausweglose Lagen, aber ich bin alt, verbraucht, er ist jung und kräftig, ein Seeoffizier, er wird auf seinem Posten bleiben, weil er der Einzige ist, der etwas kann. Wissen Sie, er ist ein württembergischer Beamter, er wird aushalten bis zuletzt, unendlich vieles verhindern, Unzählige retten, ohne je mit seinem Namen zu signieren, und dann vor allem, er hält es für nötig, da zu sein, wenn das Ende kommen wird.‘»

«Warum?’ fragte ich.»

«Mit leiser Ungeduld erwiderte Attolico: ‚Können Sie mir einen Engländer nennen, der im Laufe der Geschichte sein Land preisgab, weil es eine schlechte Regierung hatte? Weizsäcker wird bleiben, solange er kann, damit eine letzte Kompetenz da ist, wo alle Kompetenzen ausgelöscht wurden, damit jemand da ist, der für die Kontinuität des Staates Sorge trägt, wenn das bittere Ende kommt, wenn das System, das alles ausgehöhlt, alles zerstreut hat, endlich stürzt.‘»

«Es ist heute an dem’, fügte der Botschafter hinzu, ‚dass der alte europäische Kontinent entweder die Katastrophe eines neuen Krieges vermeidet oder unfehlbar zugrunde geht. Ich habe mit Ihnen so offen geredet, wie man es von Mann zu Mann tun kann, ich habe Sie durch Lipski gebeten herzukommen, um Sie zu beschwören, es nicht zum Bruch kommen zu lassen in Danzig, sich nicht den leichten Abgang des Protestes und des Rückzugs in den Westen zu sichern, sondern bis zuletzt nichts unversucht zu lassen, um auszugleichen, zu beschwichtigen, aufzuklären und zu überreden.‘»

«Ich bemerkte hierzu: ‚Schon 37, als man mich nach Danzig holte, war es zu spät, man hätte Initiativen ergreifen, den Ereignissen den Wind aus den Segeln nehmen sollen. Man hätte vor allem, das ist meine feste Überzeugung, kein Mittel unversucht lassen sollen, die deutsche Opposition zu stärken, es ist die falsche Nachgiebigkeit der Westmächte, die diese Opposition zugrunde richtete.‘»

«Diese Opposition zu stärken, hatte der Westen kein Interesse’, erwiderte Attolico, und er fügte hinzu, ‚oder wenigstens kein unmittelbares, kein Vordergrundinteresse. Das, was hinter der drohenden Katastrophe steht, sieht heute niemand, es gibt nur nationale Politik, der Völkerbund ist verfrüht entstanden und schon verbraucht, ein Völkerbund ohne die Vereinigten Staaten war nicht möglich, vielleicht ist der Nationalismus an seinem Scheitelpunkt angekommen und geht es nicht mehr weiter, aber er ist am Scheitelpunkt, und wissen Sie, er entspricht der Summe aller Egoismen, der Gruppen, der Einzelnen, der Summe aller Geltungstribe, er ist im Laufe der Entchristlichung der europäischen Welt so langsam entstanden wie eine Wetterlage, die sich lange vorbereitet und lange hält. Er sei eine Folge der Reformation, des Freiwerdens der Bibel, wird behauptet, aber in Frankreich, dem ersten nationalistisch scharf ausgeprägten Staat, ist er eine Folge der durch die Religionstrennung entstandenen gefährlichen inneren Spannung, bei uns und in Deutschland sehr spät, eine Folge der Französischen Revolution und Napoleons. Ja sehr spät, wir machen jetzt erst das 17. Jahrhundert der Franzosen durch, ihr ‚grosses Jahrhundert‘ war ein fasisches Jahrhundert.‘»

«,Sie müssen – verzeihen Sie dieses laute Denken – Sie müssen mit diesem deutschen Kleinbürgernationalismus, mit dem hektischen Nationalismus der Polen wie mit zwei schweren Krankheiten rechnen. Hinter der Gefahr dieser Nationalismen aber steht noch eine viel schwerere, die niemand im vollen Ausmass erkennt. Reden Sie Beck zu, er ist so klug als eitel, kommt es zum Krieg, so ist auch er verloren, alle sind sie verloren, sagen Sie's ihm, Sie haben mehr Freiheit als ein alter Karrierediplomat.»

Selten hat ein politisches Gespräch mir stärkeren Eindruck hinterlassen.*

Der Beschluss des Dreierkomitees des Völkerbundes, nach welchem der Hohe Kommissar in Danzig aufgefordert wurde, in die Freie Stadt zurückzukehren, hat damals viele Gerüchtemacherei veranlasst. Zuerst wurde die Theorie verbreitet, ich sei mit einer Spezialmission beauftragt worden. Der «Danziger Vorposten» brachte am 26. Mai einen Artikel unter dem Titel: «Danzig braucht keinen Runciman», in welchem erklärt wird, Danzig blicke nicht nach Genf, damit ihm von dort jemand geschickt werde, um die Angelegenheiten zwischen Danzig und Polen zu regeln. Der Bankrott der Genfer Organisation sei so offensichtlich, dass man keine Kupfermünze mehr für eine Vorschrift, die von dort komme, ausgeben wolle. Danzig habe nie den Vorzug eines Schutzes durch den Völkerbund besessen.**

Ein Brief, den ich am 5. Juli 1939 an Roger Makins richtete, lautet:²²

* Mit den Herren des Auswärtigen Amtes in Berlin, die in der von Attolico geschilderten Weise sich für die Rettung des deutschen Volkes und Europas einsetzten, verband mich vieles. Dieser Umstand hatte zur Folge, dass ich in-deutschen Aktenstücken bisweilen als der «Freund in Genf» bezeichnet wurde.

** 14.6.1939: Notiz von Walters:

«Mr. Makins rief mich heute Nachmittag an und bat mich, dem Hohen Kommissar und dem Generalsekretär mitzuteilen, dass alle Mitglieder des Dreierkomitees sich nach Befragen dahingehend geäußert hätten, dass es dem Hohen Kommissar freistehe, sobald es ihm beliebt, nach Danzig zurückzukehren.»

«Auf meine Anfrage antwortete mir Makins, dass sich der Rapporteur mit der Frage befasst habe, in Bezug auf die dem Hohen Kommissar durch die 1921 getroffenen Entscheidungen des Völkerbundsrates z^ugedachten Funktionen, im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in Danzigs Schritte zu ergreifen. (Dies bezieht sich auf das Recht des Völkerbunds Vertreters in der Freien Stadt, im Falle von Unruhen oder auswärtiger Bedrohung, polnische Truppen anzufordern, vgl. S. 25.) Die Verhandlungen, über die der Hohe Kommissar berichtet habe, hätten diese Angelegenheit weitgehend aufgeklärt, doch würde der Rapporteur die Frage noch erwägen und überlegen, wieweit es ratsam sein würde, selbst einen Schritt zu unternehmen.»

26.6.1939: Brief F. Walters an B.,SdNA: «Mein lieber Burckhardt, ich nehme an, dass Sie inzwischen in Danzig wieder installiert sind. – Den Bericht über Ihre Gespräche habe ich erhalten, ich liess eine vertrauliche Abschrift herstellen, das Original habe ich, Ihrem Wunsch entsprechend, vernichten lassen.»

«Mein lieber Makins,»

«Die Presse erwähnte eine einseitige Deklaration des Senates, durch welche das Danziger Statut aufgehoben und die Rückkehr ins Reich verkündet worden sei. In der Freien Stadt ist die Partei in Bezug auf ein solches Vorgehen geteilter Meinung.»

«Das massive Eintreffen paramilitärischer Formationen auf Danziger Gebiet hat zwei Ziele, das eine, eine unbedachte Reaktion der Polen zu veranlassen, das andere ist defensiver Art und entspricht der Absicht, die polnische Okkupation eines deutschen Territoriums, das durch ein ‚kleines heroisches Volk‘ verteidigt wird, blutig und erregend zu gestalten.»

«Wie gesagt, die Ansichten über die Opportunität solcher Massnahmen sind widersprechend. Das Problem verursacht sogar heftige Auseinandersetzungen, und die Bevölkerung ist zur Zeit einer Veränderung abgeneigt. Die ökonomischen Massnahmen der letzten Tage haben nur eine politisch-propagandistische Bedeutung, sie sollen hauptsächlich im Innern des Reiches wirken. Seit einiger Zeit z.B. verbreitet man in Deutschland das Gerücht, im Innern des Danziger Territoriums herrsche Hungersnot.»

«Um mich über die wirklichen Motive Forsters zu orientieren, habe ich drei Massnahmen ergriffen.»

«I. habe ich den italienischen Vizekonsul* gebeten, sich im Flugzeug nach Berlin zu begeben und sich dort durch seinen Botschafter unterrichten zu lassen, anstatt täglich in grosser Aufregung in meinem Bureau nach Nachrichten zu fragen. Ich bat ihn, mich Herrn Attolico zu empfehlen und ihm zu sagen, dass ich oft an unser letztes Gespräch dächte. Herr Prati verreiste hierauf und suchte mich nach seiner Rückkehr am nächsten Tage auf. Der Botschafter hat ihn beauftragt, mir zu sagen, dass zur Zeit nichts geschehen würde, es handle sich nur um Versuche und Provokation, und der Wille, einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden, herrsche in Berlin immer noch vor. Prati setzte aus eigenem Antrieb hinzu, der Botschafter sei erstaunt gewesen über den Mangel an Begeisterung, der bei der Danziger Bevölkerung für den Anschluss vorhanden sei. Als er mich verliess, sagte er mir: ‚Der Botschafter bat mich, Ihnen zu sagen, er sei überzeugt, dass die Situation nicht gefährlicher sei als vor vier Wochen und weniger gefährlich als vor 14 Tagen; er habe hinzugesetzt: ‚Angenommen, dass man mir in Berlin die Wahrheit sagt‘, in Bezug auf diesen Punkt scheine er einige Bedenken zu hegen.‘»

«Mein *zweiter Schritt* bestand darin, mich beim Polizeipräsidenten (Froboess) zu informieren. Er leugnete die Berechtigung meiner Befürchtungen nicht und mit Heftigkeit bezeichnete er Forsters Massnahmen als unreif und unsinnig. Er desolidarisierte sich völlig vom

* Giovanni Prati.

Gauleiter. Ich gebe diese Information weiter, indem ich um die Vorsicht bitte, die das Vertrauen, das mir Herr Froboess in vielen Fällen schon bewiesen hat, verdient.»

«*Dritter Schritt*: ich begab mich nach Ostpreussen, wo ich den Gauleiter dieser Provinz, Koch, gesehen habe. Bevor ich diesen persönlichen Gegner und Konkurrenten Forsters sah, hatte ich zwei Gespräche, die recht interessant waren, das eine mit einem hohen Offizier, das andere mit einem Grossgrundbesitzer. Der erste sagte mir, vor einiger Zeit habe der General von Reichenau zu einem schwer erkrankten Kameraden gesagt, ‚wir können und wollen in diesem Sommer keinen Krieg riskieren‘. Der andere (der Grossgrundbesitzer) erwähnte hauptsächlich die Neuigkeiten, die er aus der Umgebung Görings erhielt und die besagten, dass die offiziell und offiziös so guten Beziehungen zu Italien in Wirklichkeit, aus Gründen, auf die ich zurückkomme, recht schwierig seien . . .»

«Gauleiter Koch begann mit der üblichen Phrase, niemand wünsche den Krieg. (Im Kriegsfall aber) sei Polen ein Gegner, der sich nur im Beginn des Feldzuges schlagen werde, weil dann rasch Erschöpfung eintreten müsse. Patriotismus und Tapferkeit, grosse Qualitäten der polnischen Nation, seien nur innerhalb der gebildeten Klasse vorhanden, einer Klasse, die so wenig zahlreich sei, dass sie nach den ersten Schlachten in Rauch aufgehen werde. Er setzte hinzu, das weissrussische Problem sei sehr ernst, und die deutsche Arbeit innerhalb der ukrainischen Minorität (in Polen) mache gute Fortschritte. Nach diesen eher konventionellen Feststellungen gab er interessantere Ansichten von sich. Er erklärte: ‚Dieser polnisch-deutsche Konflikt ist wohl nur ein Vorwand für anderes. Ich weiss, dass der Führer bereit wäre, jedes Vorgehen in dieser Richtung zu stoppen und eine Zeitlang den *status quo* zu dulden, wenn er nicht annehmen müsste, dass die gewonnene Zeit durch England für eine politische und strategische Vorbereitung ausgenützt werde, wenn er annehmen könnte, dass England imstande wäre, gewisse Expansionsnotwendigkeiten nach Osten, die für Deutschland nötig seien, zuzugeben.‘ Ich fragte: ‚Nach Osten?‘, ‚meinen Sie nicht Süd-Osten?‘ Er nickte mit einem vielsagenden Blick, dann zu anderem übergehend, erklärte er: ‚Der Führer hat im letzten September (München) gar kein Vertrauen gehabt, er war überzeugt, dass es sich nur um ein Manöver handle einzig des Zeitgewinnes wegen. Der Tag aber, an dem er jedes Vertrauen verloren hat, war der 21. Mai 1938*. ‚Seit jenem Tag leidet er an einer Art von «moralischer Verstauchung‘, die heute noch schmerzt. Er ist

* Anspielung auf den 21. Mai 1938: Amtliche Warnung, die damals augenblicklich, ohne genügenden Grund, in Berlin erteilt worden war, Mobilisation durch die Tschechen von 170'000 Mann und vor allem ein Fortissimo der Presse, man habe Hitler gezwungen nachzugeben, die kollektive Sicherheit habe gesiegt. Vgl. S. 150.

völlig überzeugt, dass England das Deutsche Reich wieder niederschlagen will und dass alles, was er selbst unternimmt, infolgedessen Defensivcharakter hat und doch hat er, es ist nicht sehr lange her, in einem intimen Kreis auf dem Obersalzberg geäußert: ‚Ein europäischer Krieg könnte das Ende all unserer Bestrebungen sein, sogar wenn wir siegen sollten, denn das Verschwinden des Britischen Reiches wäre ein nicht wieder gutzumachendes Unglück. Wenn sie mich aber zum Kriegführen zwingen, so werde ich die Initiative ergreifen und werde alle Mittel an wenden, die zu meiner Verfügung stehen.‘»

«Wenn ich absehe von der leichtsinnigen Übertreibung, die sicher die Wiedergabe dieser angeblichen Führerworte begleitete, wird es doch gut sein, einen Teil davon in Erinnerung zu behalten.»

«Koch setzte hinzu: ‚Ich habe in letzter Zeit mit Engländern gesprochen, ich habe ihnen gesagt, was man in London wissen muss, sie werden es ausgerichtet haben. Es ist nötig, dass wir zusammenarbeiten, jeder an seinem Platz unter der Bedingung, dass, wenn wir sie nicht in ihren Angelegenheiten stören, sie sich nicht in die unsern einmischen.‘ Hier warf ich ein: ‚Man spricht mir immer vom englischen Weltreich, ich weiss nicht recht, was das heissen soll. England ist eine kleine Insel, und es ist naturgegeben, dass sie sich nicht erweitern kann. Durch die Jahrhunderte hindurch ist es den Engländern gelungen, Einfluss in verschiedenen Weltgegenden zu gewinnen; gezwungen, zur See zu fahren, haben sie zum grossen Vorteil der weissen Rasse eine Welt eröffnet, organisiert und bewahrt und schliesslich, das müssen Sie mir zugeben, geschah dies zum Vorteil der Völker, die sie zu politischen Einheiten gemacht haben, indem sie sie nach und nach bis zur Autonomie führten. Die Machtmittel, die sie dabei ausbildeten, existieren nur in Funktion der Sicherheit dieser Assoziation von Völkern, und sie haben nichts Bedrohliches an sich. Es ist doch etwas ganz anderes, wenn es sich um eine Gebietsverweiterung handelt, die von einem herrschenden Zentrum ausgeht und die alles, was innerhalb ihres Aktionsgebietes liegt, beständig unter der Bedrohung des Aufgeschlucktwerdens hält. Es liegt im Wesen dieses Vorganges, dass dieses schliesslich nur Autonomien zerstören kann, anstatt neue zu schaffen»

«Koch, der ein intelligenter, völlig skrupelloser ‚self-made man‘ ist, schien nachzudenken, dann sagte er mir: ‚Ja, es liegt etwas Primitives in der Idee, dass man immer dort, wo man seinen Einfluss ausüben will, auch seine Fahne aufpflanzen muss, auf ökonomischem Gebiet gibt es sicher modernere Methoden. Aber der Führer ist ein Mann, der vor allem die immer wieder entstehenden Intrigen wittert, Intrigen, die die gewonnene Position im-

mer wieder aufs Neue gefährden, wie das in der Tschechei der Fall war. Er verliert die Geduld und dann fixiert er das, was er gewonnen hat, indem er es seinem Herrschaftsgebiet eingliedert. Wenn neue Schwierigkeiten entstehen, irritiert es ihn, der immer nach vorwärts strebt, ‚Revisionsmöglichkeiten* erträgt er nicht.‘ Dann sachlicher, nach dieser Digression, setzte er hinzu: ‚Nein, zweifellos eine wirklich schöpferische Politik würde eine positive Lösung für das Problem finden. Es genügt, dass wir (1914) einmal schon versucht haben, es negativ zu lösen, nämlich durch den Krieg.‘»

«Ich bemerkte, dass die jetzige englische Regierung alles getan habe, um eine Ära des Zusammenarbeitens zu eröffnen, dass man aber ihr Bestreben vereitelt habe und dass es jetzt die Aufgabe Deutschlands sei, die ersten Schritte zu tun. Und der Gauleiter hierauf: ‚Wie ich es Ihnen sagte: Vertrauensfrage. Es handelt sich nicht nur darum, psychologische Atmosphären zu schaffen, in der Politik handelt es sich vor allem um Fakten. Man muss etwas anbieten, wir haben das Recht auf Wiedergutmachung. Im Beginn des Friedens hat man bei uns mehr zerstört, als was wir in Frankreich im Lauf von vier Jahren zerstört haben.‘»

«Im Übrigen der Hauptpunkt: Hitler ist überzeugt, dass eine jüdisch-freimaurerische Verschwörung vorhanden ist, die den englischen Absichten dient. Ich weiss, dass Ihnen all das etwas primitiv vorkommt, aber es ist durch das ängstliche Zögern der früheren deutschen Regierungen, durch ihre Nervosität, durch ihre widersprechenden Vorkehrungen, dass wir alles verloren haben. Jetzt sind es die grossen, einfachen Prinzipien, die uns leiten, und wir fühlen uns wohl dabei. Wenn man draussen etwas intelligenter wäre, würde man nicht immer den Führer auffordern, sich über seine Ziele auszusprechen. Adolf Hitlers Ziele sind klar, sie sind immer dieselben, aber jedesmal, wenn er scheinbar Kurs wechselt, fallen die andern drauf hinein. Sie sollten ihn aufsuchen, mit ihm sprechen. Ich werde versuchen, das morgen zu arrangieren. Aber es wird schwierig sein, weil Ribbentrop nicht will, dass man sich ihm nähere.‘»

«Das Gespräch nahm seinen Fortgang, es berührte noch einige Gegenstände, bei denen ich nicht verweilen will, ich resümiere nur das Wesentliche. Indem ich die Exegese der etwas sibyllinischen Aussprüche des Gauleiters Koch unternehme, möchte ich bei dem Ausdruck ‚Kurswechsel‘ verweilen. Sicher, bei all dem Lärm, den man um die Danziger Affäre macht, bei dem Vergnügen, dem wahren Enthusiasmus, den die westliche Presse zeigt, indem sie, wie Koch sich ausdrückt, in die ‚Danziger Wolfsgrube‘ fällt, handelt es sich um ein gutes Beispiel für die Tatsache, dass die Ziele der jetzigen Politik (Hitlers) sich nicht *hier* befinden, sondern, wie ich nie

aufgehört habe zu sagen, im Osten und Süd-Osten. Es ist wegen dieser Tendenz, dass Rom in Bezug auf die Politik Hitlers so nervös ist.»

«Das Eintreffen eines Armeekorps von Journalisten in Danzig bei Anlass des imaginären Putsches, der für den letzten Sonntag vorausgesagt wurde, hat ohne Zweifel die dortigen Machthaber belustigt, die ihre Bemühungen belohnt sahen.»

«Ich will damit nicht sagen, dass die lokale Situation nicht gefährlich sei. Der Nationalsozialismus erspäht und benützt jede kleinste Bresche; so wie er die Tschechoslowakei liquidiert hat, möchte er Polen einkreisen, schwächen, wehrlos machen, um dann vollkommen freie Hände zu haben. Aber die wirklichen Ziele liegen im Osten und Süd-Osten, und ich sehe in dieser Tatsache einen der Gründe, die es möglich machen könnten, ausserhalb von jedem ideologischen Amateurismus sich mit Italien zu verständigen. Man muss nicht vergessen, dass die Besetzung Albaniens, dieser zweischneidige Akt, gegen die deutschen Balkanaspirationen gerichtet sein konnte. Natürlich: eine Grundschwierigkeit psychologischen Charakters ist vorhanden, man hat es, und es wird nicht das letzte Mal sein, mit Staatschefs zu tun, die sich durch Erfolge ihres ehrgeizigen Strebens beständig selbst bestätigen müssen.»

«Mussolini hat sich ohne Zweifel seit dem letzten Herbst Verdienste um den Frieden erworben; wenn man dies anerkennen, es unterstreichen würde, könnte man dieselben Resultate erreichen, die auch für die Franzosen so leicht erreichbar wären, wenn sie sich dazu entschliessen könnten, Italien an irgendeinem Punkte nachzugeben, so dass es möglich würde, von einem italienischen Erfolg zu sprechen.»

«Die derzeitige deutsche Tendenz, Frankreich polemisch zu schonen, gibt in Rom Anlass zum Nachdenken.»

«Koch sagte mir: ,Niemand weiss von der Mühe, die sich der Führer gegeben hat, um Mussolini daran zu hindern, die Lage im Mittelmeergebiet zu verschlimmern. Jeder der beiden Alliierten versucht, sich als Mentor des andern aufzuspielen, aber mir scheint, dass es leichter wäre, mit Italien zu verhandeln als mit Hitler. Natürlich sobald sich die Publizistik einschaltet, muss Rom durch laute Demonstrationen seine Achsentreue beweisen. Ein überlegtes Vorgehen aber sollte sein Ziel erreichen; würde es erreicht, so würde dies eine stärkere Friedensgarantie bedeuten als ein (westliches) Abkommen mit Russland, von dem Koch mir sagte, dass es Hitler veranlassen könnte, augenblicklich durch einen Angriff zu reagieren . . .»

«Deutschland ohne seinen Achsenpartner würde selbst zugänglicher, es liesse sich sogar an eine gewisse Veränderung seiner innern Struktur den-

ken. Jedoch, um dies zu erreichen, müsste man sich von ideologischen Vorurteilen in derselben Weise freimachen, wie man es Russland gegenüber beständig tut.»

«Jetzt natürlich hält sich der Faschismus als solcher für bedroht, und das kann ihn veranlassen, auf Seiten Deutschlands zu kämpfen, falls der Krieg ausbrechen sollte, ohne dass eine genügende diplomatische Vorbereitung Zeit gehabt hätte, sich in Rom auszuwirken. Es scheint mir, dass man im Begriffe steht, in Bezug auf Italien denselben Fehler zu wiederholen, den man mit Spanien gemacht hat. Und es ist einzig unter dem Gesichtspunkt der Friedensrettung, dass ich das Problem zu betrachten versuche. In diesem privaten Brief, in der Absicht, Sie persönlich zu informieren, erlaube ich mir, einige Eindrücke wiederzugeben, die sich mir aus der jetzigen italienisch-deutschen Spannung ergeben haben.»

«Ich warte die nächste Gelegenheit ab, um Sie auf dem Laufenden zu halten, und ich bereite einen Rapport an den Generalsekretär vor, den ich nach dem nächsten Gespräch mit Forster beenden werde. Seit meinem letzten Aufenthalt sah ich ihn noch nicht, ich wollte vermeiden, dass er ‚endgültige Worte‘ von sich gebe.»

«Die Geschichten von einem bevorstehenden Besuch Hitlers in Danzig sind lächerlich. Er wird erst dann hierherkommen, wenn die Annexion abgeschlossen sein wird. Aber zweifellos, die Aufregung, vor allem der französischen Presse über das Danziger Problem reizt ihn, dafür habe ich Beweise, und (immer wieder) ein Hauptzug seines Charakters ist die Ungeduld.»

«Ich höre aus guter Quelle, dass Beck durch einen Mittelsmann versucht hat, mit Ribbentrop wieder Kontakt aufzunehmen. Seine auf Danzig bezüglichen Vorschläge halte man für ungenügend, besonders was die Regelung der Zollfrage anbetreffe.»

«Es ist bedauerlich, dass die Widerstandsfront gegen die deutschen Aggressionen sich um einen Punkt herum hat fixieren müssen, an dem gerade die moralischen Voraussetzungen Deutschlands relativ stark sind; da diese Fixation aber nun erfolgt ist, sollte man, scheint es mir, versuchen, das Problem mit Festigkeit anzupacken; unterstützt man frei formulierte und vernünftige polnische Vorschläge, so bringt man Hitler um die Initiative. Ich hoffe bald nach den nächsten Kontaktnahmen, Ihnen weniger Allgemeinheiten und mehr konkretere Nachrichten geben zu können.»*

* Was auch immer die nach Kriegsausbruch durch den Gauleiter von Ostpreussen in Machtrausch und Angst begangenen Untaten sein mögen, bis zum Eintreten des Kriegsausbruchs hat er sich eine gewisse Freiheit des Urteils bewahrt, er war intelligenter und politisch erfahrener als viele seiner Kollegen.

Am 26. Juli 1939 schrieb ich von Danzig aus an den Generalsekretär Avenol:

«Ich bitte Sie, mein langes Stillschweigen zu entschuldigen. Seit meiner Rückkehr war ich sehr beschäftigt. Die Ereignisse wickelten sich in einer so gefährlichen und raschen Weise ab, dass Kommentare und Schlussfolgerungen unmöglich wurden.»

«Letzte Woche haben wir den Beginn einer leichten lokalen Entspannung, die einen Zeitgewinn bedeutet, festgestellt. Innerhalb der Situation, in der wir stehen mit ihrem ständigen Alarm, ihren täglichen Interventionen (bei Tag und bei Nacht) konnte ich Sie wenigstens indirekt, über London, auf dem Laufenden halten.»

«Auf diesem Wege kennen Sie ohne Zweifel meine Intervention beim Gauleiter Koch (Ostpreussen), eine Intervention, die im aller kritischsten Moment stattfand, als alles an einem Faden hing. Die gefährlichste Periode beginnt 15 bis 8 Tage vor der grossen Aufregung der Presse, die erst dann einsetzte, nachdem die unmittelbare Gefahr wieder einmal vorbei war. Koch hat die Energie besessen, dem Kanzler meine Mitteilung direkt zu übermitteln. Ich übertreibe in keiner Weise die Wichtigkeit dieser Intervention, aber Forster hat mir zweimal erklärt, dass Hitler unterstrichen habe, die Mitteilungen Kochs hätten ihn interessiert; diese Feststellung aus dem Munde Forsters verdient festgehalten zu werden, gerade weil er die schlechtesten Beziehungen zu seinem Königsberger Kollegen unterhält.»

«Im Juni, das heisst während der vier Wochen, während denen täglich alles auf dem Spiele stand, haben der Senatspräsident und der deutsche Generalkonsul die Freie Stadt verlassen. Auch der Gauleiter verbrachte viel Zeit in Deutschland, um plötzlich und unerwartet hin und wieder aus seinem neuen Flugzeug zu steigen. Bei jedem Eintreffen brachte er neue Instruktionen, eine drohender als die andere.»

«Die Polen ihrerseits waren sehr nervös, der beständige Notenwechsel wurde immer schärfer im Ton, und was die administrativen Massnahmen anbetrifft, so handelte man auf beiden Seiten nach dem Gesetz des ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘.»

«Bei den Polen setzte eine gefährliche Stimmung sich durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, dass ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer *unvermeidlichen* Katastrophe vertraut zu machen; masslose Ausprüche fielen, und das Ergebnis von all dem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt, wo als Unglücksboten und Sturmvoegel unzählige Schlachtenbummler einzutreffen begannen, die vielfach darauf aus waren, die Krise zu verschärfen, sei es

durch persönliche Interventionen in den lokalen Streit, sei es durch phantasievolle Reportage.»

«Innerhalb von all dem bemühte man sich, das Unentwerrbare zu entwirren. Es würde uns zu weit führen, im Detail alle die Listen aufzuzählen, die angewandt werden mussten, um zeugenlos die eine oder andere Person zu treffen, um im letzten Augenblick es zu vermeiden, dass nicht wiedergutzumachende Taten begangen wurden. Ich möchte in diesem Zusammenhang unterstreichen, dass in ganz verzweifelten Fällen ich oft auf ein hilfreiches Eingreifen des italienischen Generalkonsuls* rechnen konnte, während dieser ganzen so schwierigen Zeit hat er immer ein besonnenes Urteil bewahrt. Da Greiser abwesend war, gab es kein Gegengewicht gegen die sprunghaften plötzlichen Entschlüsse des Gauleiters. Ich tat mein Möglichstes, damit Greiser seinen Dienst in der deutschen Kriegsmarine abkürze. Sein Verschwinden hatte er durch die feste Absicht erklärt, in den nun kommenden Ereignissen ‚keine Verantwortung zu übernehmen‘, infolgedessen konnte seine Rückkehr als ein leichtes Entspannungszeichen angesehen werden. Die Rückkehr hatte auch zur Folge, dass der Gauleiter sofort Lust hatte, mit mir näheren Kontakt aufzunehmen, der schliesslich ebenso regelmässig wurde wie derjenige, den ich mit dem Regierungschef unterhielt. Einmal noch hat die alte Rivalität gespielt. Abgesehen von einigen kurzen Begegnungen hatte ich in letzter Zeit mit dem Gauleiter drei wichtige Gespräche, die alle drei seiner Initiative entsprangen. Das letzte Gespräch dauerte mehr als zwei Stunden ...»

«Das erstemal trafen wir uns in dem neuen Palast der Partei. Der Gauleiter hatte mich durch Vermittlung des polemisch sehr heftigen Zarske, des 29jährigen Chefredakteurs des ‚Vorposten‘ einladen lassen, sein Prachtgebäude zu besichtigen. Forster bestimmt Zarske zu seinem kommenden «Aussenminister».

«Das erste, was mir in dem Mussolini-artigen Büro Herrn Forsters ausser dem überdimensionierten Schreibtisch auffiel, war die gleiche ungeheure Weltkugel, die ich bei Herrn Himmler hatte bewundern können. Manchmal möchte mir beinah scheinen, die Lage werde weniger bedrohlich, seit diese Männer anfangen, in Kontinenten zu denken.»

«Die Unterredung begann mit einem heftigen rhetorischen Ausbruch, in dessen Verlauf Forster nicht nur wieder einmal versuchte, das Recht der Danziger, ins Reich zurückzukehren, zu beweisen, sondern darüber hinaus das Recht der Besetzung des Korridors für Deutschland in Anspruch zu nehmen:

* Augusto Sprechei, italienischer Generalkonsul in Danzig, ein Diplomat von grosser Erfahrung, der nichts unversucht liess, um mich in meiner Aufgabe zu unterstützen.

«Nach der brutalen Weigerung der Polen, die grosszügige Offerte des Führers anzunehmen.' Schon im Verlauf dieser ersten Begegnung glaubte ich bei Forster ein gewisses Zögern, eine gewisse Unsicherheit festzustellen. Selbstverständlich spricht mir Forster noch nicht von seiner Absicht, sich zu Ungunsten seines Kollegen Koch eines Teiles Ostpreussens zu bemächtigen. Er spricht von Pommereilen als von seinem persönlichen Lehen, aber all dies ist schon von einer Stimmung des Verzichts berührt. Er erklärt mir mit einer jünglingshaften Verlegenheit, er habe seinen ersten eigentlichen politischen Artikel geschrieben, der für die Danziger Presse und die ganze deutsche Presse bestimmt sei. In diesem Artikel sei sein Standpunkt endgültig bezeichnet. Er setzte hinzu: ‚Ich bin kein Schriftsteller, und obwohl Sie mit dem Inhalt natürlich nicht einverstanden sind, wäre ich Ihnen dankbar, aus sprachlichen Gründen, mein Manuskript durchzulesen.‘ Ich willigte ein, da mich der Inhalt interessierte, und Forster liess mich mit einem für eine Tageszeitung viel zu umfänglichen Manuskript allein, wobei ich zum erstmal an einem Schreibtisch von so gewaltigen Ausmassen sass; er stand der gigantischen Weltkugel gegenüber und war vollkommen leer. Die Sprache liess vom grammatikalischen Standpunkt aus einiges zu wünschen übrig, sonst aber war sie äusserst saftig. Der Inhalt, der wenig Zusammenhang hat mit dem Artikel, der inzwischen erschienen ist, umfasste vier Seiten über die Korridorfrage, wobei die Theorie verfochten wurde, dass nach der polnischen Ablehnung von Hitlers Angebot Deutschland das Recht besitze, das alte Westpreussen, welches Ostpreussen mit dem Reich verbinde, wieder in Besitz zu nehmen. Augenblicklich bemerkte ich zu Forster, dass dieser zweite Teil seiner programmatischen Erklärung äusserst bedrohlich wirke und dass ich an seiner Stelle mich ganz auf die Danziger Frage konzentrieren würde. Er sagte mir dann, seine Ausführungen würden nicht erscheinen, ohne vorher die persönliche Zensur des Kanzlers passiert zu haben. Dieses Geständnis interessierte mich natürlich; denn ich denke, dass diese Zensur mehr als alles andere erlauben wird, die augenblickliche Linie zu erkennen.»

«Im Laufe desselben Gespräches sagte mir Forster, wie es auch Koch getan hatte: ‚Es ist absolut nötig, dass Sie den Führer sehen. Er wünscht, Sie wiederzusehen.‘ Das letzte Wort Forsters war: ‚Bei meiner Rückkehr vom Obersalzberg werde ich wissen, ob die Bombe platzen soll‘, und er fügte hinzu, ‚ich denke eher nein‘, und zuletzt meinte er wie im Selbstgespräch: ‚Ich möchte nur wissen, was Sie Koch haben erzählen können.‘»

«Die nächste Unterredung fand vier Tage später statt . . . Forster erschien bei mir in grosser Uniform mit weisser Mütze und weissen Hand-

schuhen. In feierlicher Weise erklärte er mir: ‚Ich bringe Ihnen die neuesten Nachrichten vom Kanzler. Sein Standpunkt in Bezug auf Danzig ist derjenige, den er in seiner Reichstagsrede formuliert hat, er ist unverändert. Mein Führer ist der Ansicht, alles müsse auf friedliche Weise gelöst werden, es sei nicht der Mühe wert, wegen Danzig einen Konflikt zu provozieren. Übrigens, mein Artikel wird erscheinen, der Führer hat ihn abgeändert, aber er hat ihn gelobt. Nach diesem Artikel wird in der Danziger Frage kein Wort mehr erscheinen, sie wird vollkommen von der Bildfläche verschwinden. Das Danziger Problem kann warten!‘ – ‚Für wie lange?‘ fragte ich. ‚Drei Wochen, einen Monat oder mehr?‘ – ‚Ein Jahr‘, antwortete er, ‚auch länger, nichts pressiert, wenn die Polen keine Dummheiten machen. Wir werden uns ruhig verhalten, niemand kann mir die militärischen Sicherheitsmassregeln vorwerfen, die ich getroffen habe. Sind wir wehrlos, so wird der erste beste polnische Brigadegeneral in unser Territorium eindringen und dann hat der Krach begonnen. Wenn die Polen aber wissen, dass sie auf Widerstand stossen, dann werden sie es sich zweimal überlegen. Hier liegt die ganze Gefahr!...‘»

«In Beziehung auf die Polizeitruppen sagte ich Forster, eine meiner Ansicht nach unbedingt nötige Massnahme, wenn man Zwischenfälle vermeiden wolle, bestehe darin, dass man diese ‚Streitkräfte‘ so weit wie möglich hinter die Grenze zurückziehe. Ich ersuchte ihn, dass man diese ‚Streitkräfte‘ auf den Effektivbestand vom letzten Dezember reduziere. Er antwortete: ‚Wenn eine Entspannung eintritt, verspreche ich, in diesem Sinne zu handeln.‘ – ‚Man müsste bald damit anfangen‘, versetzte ich. ‚Ich hoffe‘, fuhr er fort, ‚dass es im September möglich sein wird. Es ist nämlich aus ganz anderen Gründen auch nötig, es kostet zuviel und belastet unsere Finanzlage.‘ (Das ist nur allzu wahr, infolge von unlauteren Manipulationen und masslosen Repräsentationsausgaben glaube ich nicht, dass wir über den Oktober ohne Staatsbankrott hinwegkommen. Aber hier wendet man eben die deutschen Methoden wirtschaftlicher Tarnung an. Immerhin, ich weiss nicht, wie das Reich bei seinem Devisenmangel hier eingreifen will.)»

«Dann ging Forster unerwartet auf einen andern Gegenstand ein, der mich überraschte. Er sagte mir: ‚Man ist in Berlin unzufrieden mit der Art, in welcher der Senat mit Polen verhandelt hat. Dieser Notenkrieg war sehr ungeschickt. Mit diesen wahnsinnigen Polen riskiert man jeden Augenblick eine böse Überraschung. Sie müssen uns helfen. Schon als Sie zurückkamen, herrschte die Meinung vor, wir könnten mit diesen Kerlen nicht zu zweit an einem Tische sitzen. *Sie werden im Sinne der Befriedung den grössten Dienst*

leisten, wenn Sie jetzt die Funktionen wieder aufnehmen würden, die Ihre Vorgänger ausgeübt haben. Um uns zu helfen, seien Sie unser Vertreter bei den Polen und der polnische Vertreter bei uns. Ich habe in diesem Moment sehr dringende Geschäfte. Wollen Sie von heute an mit Herrn Chodacki darüber sprechen?' (Es handelt sich um nicht angemeldete polnische Militärtransporte durch das Territorium der Freien Stadt und um die Verstärkung der Garnison der Westerplatte.)»

«Ich habe dann dem Gauleiter geantwortet: ‚Sie bringen mich zum Lachen. Es ist wirklich schade, dass ich kein Aufnahmegerät in meinem Amtsraum besitze, aber wenn ich Ihnen die Platten unserer fünf oder sechs Besprechungen, die in diesem selben Zimmer stattgefunden haben, könnte abspielen lassen, wären Sie selbst erstaunt. Ich habe mich meiner Pflicht, als Vermittler zu wirken, nie einen Augenblick entzogen. Um die Schwierigkeit Ihrer Verhandlungen zu erleichtern, bin ich in dem speziellen Fall, von dem Sie mir heute sprechen, jederzeit bereit, mit Herrn Chodacki in Austausch zu treten, falls der Senat mit Ihnen einverstanden ist.‘ Forster unterbrach mich, indem er ausrief: ‚Jetzt scherzen Sie, der Senat, – der Senat hat nichts mehr zu sagen, in der Freien Stadt befehle ich.‘ Bei dieser Feststellung griff ich ein: ‚Sie befehlen‘, sagte ich, ‚aber widerrechtlich. Was mich anbetrifft, so habe ich nie *freiwillig* auf Rechte verzichtet, die das Statut einräumt, nur müssten eben die beiden Parteien, die sich gegenüberstehen, die Rechte des Völkerbundes in Anspruch nehmen.‘»

«Am nächsten Morgen setzte ich mich mit dem Senat in Verbindung, wo man sich vorerst mit den Vorschlägen des Parteichefs vollkommen einverstanden erklärte. Ich begab mich also zu Herrn Chodacki. Unser Gespräch sollte in recht dramatischer Weise seinen Abschluss finden. Von Anfang an sah ich bei dem polnischen Vertreter, dass er sowohl erleichtert als auch überrascht war. Er stellte die Frage, die ich mir selbst gestellt hatte: ‚Sollte es sich um einen getarnten Rückzug handeln?‘ Dann seine zweite Frage: ‚Was bedeutet dieses Manöver?‘ Ich antwortete, für den Fall, dass es sich um einen Rückzug handeln sollte, müsste man es vor allem nicht sagen. Chodacki schien dann laut zu denken: ‚Es ist ein Manöver, um uns von unseren Alliierten zu trennen, man muss sich in Acht nehmen.‘»

«Aber die Erleichterung herrschte vor, und als wir in die konkreten Fragen eintraten, nach einigem Zögern und einer Aufzählung aller Verfehlungen der Danziger gegenüber der polnischen Minorität, erklärte er mir: ‚Da Sie es sind, will ich mit Greiser sprechen. Von nun an werden alle unsere Transporte im Voraus angemeldet werden, in nächster Zeit, soviel ich weiss, finden keine statt. Indem Sie es mir ermöglichten, in Ihrem Hause

neulich Greiser zu treffen, haben Sie zum viertenmal die zwischen uns und den Danzigern völlig abgerissenen Beziehungen wieder angeknüpft. Es gab seit der Kalthof-Affäre keinerlei Kontakt mehr.' Er setzte hinzu: ‚Mit Greiser hatte ich ein gutes Gespräch. Es wäre wichtig, dass ich Forster eines Tages bei Ihnen sehen könnte. Es ist bei Ihnen, dass ich seine Bekanntschaft gemacht habe.' (Forster hatte mir selbst einen ähnlichen Wunsch geäußert, hatte aber hinzugesetzt, der Augenblick sei noch nicht gekommen, man müsse die Entspannung abwarten.) Herr Chodacki zeigte mir in wirklich warmer Weise Anerkennung für meine Bemühungen. ‚Ja', wiederholte er, ‚ich werde in dieser Transportfrage nachgeben.'»

«In diesem Augenblick läutete das Telephon, er ergriff den Hörer, sprach ein paar Worte, dann warf er die Muschel auf den Tisch, indem er völlig verändert ausrief:»

«Nein, nein, nein, ich werde nicht nachgeben, in nichts werde ich nachgeben, sie sollen haben, was sie verdienen. Mit diesen Leuten gibt es nur eines, Krieg! Soeben haben sie mir einen treuen Grenzwächter unter den Augen seiner Frau ermordet.' Solcherart endete unsere Besprechung.»

«Seither nun hat der polnische Vertreter wieder seinen objektiven Standpunkt zurückgewonnen, und wenn keine neuen Zwischenfälle erfolgen, wird es möglich sein, die verschiedenen Fragen unter wünschenswerten Bedingungen zu behandeln.»

«Am Tage nach dem Gespräch mit Chodacki, im Verlauf einer Unterredung mit dem Präsidenten Greiser, sagte mir sein politischer Berater, Böttcher: ‚Der Gauleiter hat Sie aufgefordert, Ihre Funktionen wie früher auszuüben. Vorerst haben wir darin keinen Nachteil erblickt, aber der deutsche Generalkonsul, der die Auffassung Herrn von Ribbentrops wiedergibt, hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass wir das Terrain, welches wir auf dem Gebiet der Rechte des Völkerbundes gewonnen hatten, nun wieder verlieren. Denken Sie nicht, dass wir von der Wilhelmstrasse Befehl erhalten; wir sind viel unabhängiger als man denkt (!), aber es liegt Wahres in dieser Kritik. Ich spreche zu Ihnen, wie Sie sehen, in vollster Offenheit. Wir sind Ihnen für Ihre Mittlertätigkeit sehr dankbar, aber was der Gauleiter zu Ihnen sagte, entspricht mehr der augenblicklichen Auffassung der Partei als derjenigen des Senats. Wir brauchen Ihre Hilfe, denn die Haltung unseres polnischen Nachbarn ist sehr bedrohlich, aber wir wollen uns für die Zukunft nicht festlegen.'»

«Ein Beispiel für den Gebrauch, den man von der sog. ‚Offenheit' machen kann:»

«Als ich am letzten Sonntag nach der ermüdenden Woche aufs Land fahren wollte, wurde ich vom Gauleiter ans Telephon gerufen. Er befand sich

im Zustand grösster Erregung. Er sagte mir, ‚die Lage ist sehr ernst, ich wende mich an Sie. Ich erhalte soeben die Nachricht, dass die Polen die Absicht haben, heute Nacht das Bahnnetz innerhalb des Freistadtgebietes militärisch zu besetzen. Sagen Sie ihnen, dass ich augenblicklich Widerstand leisten werde, mit allen Mitteln, über die ich verfüge, ihre Truppen werden mit Gewalt entwaffnet werden.‘»

«Vergeblich versuchte ich, ihn zu beruhigen, indem ich ihm die Unwahrscheinlichkeit eines solchen polnischen Vorgehens deutlich machte. Ich begab mich sofort zum Senatspräsidenten, unterbreitete ihm den Fall und sagte ihm, dass ich keinen Schritt bei den Polen unternehmen würde, ohne dazu vom Senat aufgefordert zu werden. Der Präsident wusste nichts von der ganzen Angelegenheit, und vorerst brachte er seinen Zorn darüber zum Ausdruck, dass er über eine ernste Bedrohung nicht informiert worden sei. Er sagte mir, dass die Wichtigkeit der Information und die Folgen, die aus einer solchen Sache entstehen könnten, keinen Aufschub erlaubten und dass er mich bitte, bei Herrn Chodacki sofort die nötigen Schritte zu unternehmen.»

«Leider befanden sich Herr Chodacki und sein erster Mitarbeiter Perkowski in Jurata (auf der Halbinsel Heia). Mit grosser Mühe gelang es mir, den militärischen Experten der polnischen Vertretung, Fabrycy*, auf der Westerplatte zu erreichen. Er sagte mir: ‚Ich kann Ihnen mein Offiziersehrenwort geben, dass ich der erste wäre, der davon wissen würde, falls ein solcher Plan existieren sollte. Ich weiss nichts davon, und diese Geschichte ist absurd.‘ Nie hatte ich daran gezweifelt. Ich informierte den Senat, dieser informierte die Gauleitung, was nicht verhinderte, dass die Garnison in Alarmzustand versetzt wurde und dass die Presse am nächsten Tag verkündete, eine polnische Patrouille sei in Danziger Gebiet eingedrungen, worauf ein Feuerwechsel stattgefunden habe.»

«Wieder einen Tag später hatte ich eine lange Konferenz mit dem Gauleiter.»

«Nehmen Sie nicht ernst’, erklärte er mir, ‚was der Böttcher Ihnen gesagt hat. All das sind Sachen, die er mit diesem Konsul ausknobelt, der nur ein Vertreter der Wilhelmstrasse ist. Ich habe Ihnen meinen Standpunkt mitgeteilt, das ist der Standpunkt des Führers, wir fühlen uns in Danzig von Polen bedroht. Da aber diese ganze Danziger Angelegenheit nicht pressiert, muss alles in den Zustand der Ordnung zurückkehren, das ist besser. Glauben Sie mir, der Führer will keinen Krieg; er wird alles tun, um Europa dieses Unheil zu ersparen. Aber wenn man ihn dazu zwingt, dann möchte ich nicht auf der gegnerischen Seite stehen.»

* Bei Kriegsausbruch der Verteidiger der Westerplatte.

Unsere Bevölkerung wächst, wir müssen uns nach Osten ausdehnen. Die 40 Millionen Engländer müssen dies endlich begreifen, wir sind 80 Millionen' usw. . . .»

«Ich gebe keine weiteren Einzelheiten über diese Arithmetik, es ist immer dasselbe Lied.»

«Während wir noch sprachen, wurde die letzte Nummer des ‚Vorposten‘ gebracht, und Forster erfuhr erst bei dieser Gelegenheit durch die Presse die Geschichte von der polnischen Patrouille und dem nächtlichen Feuerwechsel. Er hatte sich über das Wochenende auf dem Land befunden und war erst am Montag zurückgekehrt.»

«Was soll jetzt das heissen?’ schrie er. Und augenblicklich in meiner Gegenwart befahl er seinem Adjutanten, das Polizeipräsidium anzurufen. Die Antwort versetzte ihn in Zorn: Keine polnische Patrouille hatte das Gebiet verletzt, und der kurze Feuerwechsel hatte zwischen SA und Danziger Zollbeamten stattgefunden.»

«In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, dass im Verlauf der letzten drei Wochen kommunistische Unruhen sich ereignet haben, an denen SA-Leute teilgenommen hatten. Die Verhaftungen waren zahlreich, und es verlautete sogar gerüchtweise, 20 Meuterer seien erschossen worden. Ich nehme an, dass Sie über genauere Nachrichten verfügen, die sich auf parallele Vorgänge im Reichsgebiet grösseren Ausmasses beziehen. Zusammenfassend: der Gauleiter wiederholte während dieser dritten Besprechung alles, was er während der zweiten gesagt hatte, und zwar noch nachdrücklicher. Er sprach sogar von drei Jahren, während welcher hier nichts passieren sollte. Wieder versprach er mir eine rasche Demobilisation im September. – ‚Weshalb September?’ Ich behalte es mir vor, in einem späteren Brief auf den allgemeinen Inhalt dieses Gesprächs einzugehen. Zur Zeit überdenke ich noch die Bedeutung einiger mysteriöser Worte, die der Gauleiter aussprach, indem er grosse Ereignisse erwähnte, die im August stattfinden sollten, zwischen dem Tage, an dem der Führer am 27. August in Tannenberg reden würde und dem Parteitag des Friedens, dessen Beginn für den 12. September vorgesehen ist.»

«Sie werden mit mir einig gehen, es ist schwierig, Ariadnes Faden in der Hand zu behalten. Irgendwo befindet sich der Minotaurus, aber wo? Bei der zweiten Besprechung sagte mir Forster: ‚Der Führer möchte mit Ihnen über diese ganzen Fragen sprechen, leider, als ich ihm sagte, dass ich das arrangieren würde, war Herr von Ribbentrop da, dem der Gedanke augenscheinlich missfiel; denn er sagte: ‚Aber warum? er hat doch soeben mit mir gespro-

chene ‚Der Führer lächelte‘, fuhr der Gauleiter fort, und sagte zu mir: ‚Forster, wir werden später wieder darüber reden.‘»

«Ich glaube, die Reihenfolge der Vorgänge innerhalb dieser an Begebenheiten so reichen Wochen genau erzählt zu haben. Ich hoffe auf etwas Ruhe, was mir die Gelegenheit verschaffen würde, Ihnen häufiger zu schreiben.»

Die weitgehende Intervention des Gauleiters bei mir, sein Beharren, auch nachdem Böttcher sich augenscheinlich infolge eines Kontakts mit Ribbentrop wieder negativ eingeschaltet hatte, war, noch heute ist das meine Ansicht, kein reines Element der Tarnung, sie bedeutete etwas. Forster war immer der Vertraute Hitlers, seine Aussagen enthielten die vereinfachte und vergrößerte Wiedergabe der Selbstgespräche seines Führers. Weizsäcker hat mir wiederholt, auch noch während des Krieges, gesagt, zwischen Mai und der zweiten Augushälfte sei Hitler immer wieder schwankend gewesen, besonders was die deutsch-russische Politik anbetraf, von der schliesslich alles andere abhing. Dem Gedanken einer Allianz mit Moskau habe er fast bis zuletzt immer aufs Neue widerstrebt, obwohl er ihn als Lockung andererseits fasziniert habe, aber abgeschlossen habe er sein Bündnis *mala fide*. Wirkte sich in der überraschenden, der paradoxen Démarche des Gauleiters beim Vertreter des Völkerbundes etwas von diesen innern Widersprüchen des Reichskanzlers aus? Oder handelte es sich einfach um dieses: nicht *irgend* ein Zwischenfall sollte den Kriegsbeginn in irgendeinem beliebigen Moment auslösen, sondern der gewollte Zwischenfall hatte mit mathematischer Genauigkeit in dem bestimmten Augenblick zu erfolgen, an dem die Aufmarschvorbereitungen gegen Polen beendet waren. Auch dies wirkte mit, war aber nicht allein bestimmend.

Die Zeit des vorherrschenden Friedenswillens war schon im Januar vorbei. Zwar gab es noch einige Nachwirkungen innerhalb des deutsch-polnischen Sektors. Joachim von Ribbentrops Reise nach Warschau liess bereits einen leider nicht unbeträchtlichen Teil der damaligen westlichen Meinung befürchten, es könnte doch noch eine Einigung über Danzig und das Korridorproblem zustande kommen.

Angesichts der sich in reissender Schnelligkeit zusammenballenden Ereignisse, die den Tod von so vielen Millionen Menschen, ungeheure Zerstörungen, Elend und Qual mit sich bringen sollten, erscheint es fast verletzend, wenn hier noch die müssigen Streitereien zwischen den Danziger

Machthabern und den Vertretern Polens Erwähnung finden. Und doch ist es unerlässlich, sie in knapper Form mitzuteilen, um zu zeigen, wie wenig man sich innerhalb engster lokaler Voraussetzungen der Sprengwirkung bewusst war, die von jeder unbedachten Tat auf Danziger Gebiet in jenen Tagen ausgehen musste.

Wegen der sogenannten «Zwischenfälle» verkehrte man damals zwischen Danzig und Polen nur mehr durch Noten, es bestanden keinerlei persönliche Beziehungen mehr, keine mündlichen Besprechungen waren mehr möglich. Es ist in diesem Zusammenhang, dass Herr Forster den Wunsch geäußert hatte, mich einzuschalten. Vorerst handelte es sich um die polnischen Militärtransporte, die in den Gesprächen mit Herrn Forster und Minister Chodacki erörtert worden waren, wobei, wie erwähnt, das Gespräch mit dem letzteren durch die telephonische Mitteilung eines neuen Zwischenfalls Kurzschluss erlitten hatte. Gerüchte über eine nah bevorstehende militärische Besetzung der Freien Stadt durch Polen verschärften die Lage.

Dann wurde die Frage der polnischen Zollinspektoren plötzlich akut. Die Anzahl dieser Beamten war vertraglich durch keinen Text festgelegt. Im Laufe des Jahres hatte die polnische Regierung ein neues Kontingent dieser Inspektoren in Dienst gestellt, die Danziger ihrerseits nahmen die dadurch erreichte Zahl, die sie für unberechtigt hielten, zum Anlass, vorerst inoffizielle Störungsversuche gegen die Ausübung der dienstlichen Funktionen dieser Zollbeamten vorzunehmen. Sie behaupteten, diese Leute trieben Spionage, und sie wandten alle Mittel an, um sie an der Ausübung einer wirksamen Einfuhrkontrolle zu verhindern. Nicht zu vergessen ist, dass man sich im Zeitpunkt der Danziger Aufrüstung befand.

Die Polen protestierten und schritten dann ihrerseits zur Tat. Die vorerst in den von Minister Chodacki signierten Noten angedrohten Vergeltungsmassnahmen wurden nun tatsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet ergriffen, und sie betrafen eines der hauptsächlichsten Produktionsgebiete der Freien Stadt. Die Angelegenheit der künstlichen Fette der Unternehmung «Amada», die mit ihren Schwesterfirmen «Unida» und «Oleo» für einen Gesamtbetrag von 15 Millionen Gulden im Jahr nach Polen ausführen, sollte zu einer brennenden Frage werden. Die Polen hielten in Dirschau sämtliche Produkte dieser modernen Industrien, auf welche die Danziger stolz waren, zurück.

Wenn man die Summe von 15 Millionen mit den 120 Millionen der Gesamtexportziffer Danzigs vergleicht, so sieht man, in welchem Ausmass die finanzielle und ökonomische Lage der Freien Stadt getroffen wurde. Dabei war am 22. Mai 1937, beim Abschluss der wirtschaftlichen Besprechungen, eine Konvention unterschrieben worden, welche den Zweck hatte, den Export der « Amada »-Produkte zu fördern, indem die von polnischen Inspektoren durchgeführte Kontrolle weitgehend sollte erleichtert werden.

Diese Konvention, die bis zum 31. Juli 1937 in Kraft war, erneuerte sich von Jahr zu Jahr, wenn keine der beiden Parteien einen Einwand erhob, stillschweigend.*

Wenn man auf Seiten Danzigs nach dem 31. Juli 1939 daran festhielt, der Vertrag sei noch in Kraft, schien man eine polnische Note vom 19. Juli zu übersehen, welche die Drohung enthielt, den Vertrag zu kündigen, «falls man damit fortfahren sollte, die polnischen Zollinspektoren in der Ausübung ihrer Dienstpflichten zu behindern». Die umstrittene Frage war, ob die bedingte Kündigung tatsächlich den Vertrag aufgehoben habe.

Wie dem sei, die Lieferungen der «Amada», die von Formularen begleitet waren, die einzig die Danziger Zollbeamten und nicht auch die polnischen Funktionäre ausgefüllt hatten, wurden an der polnischen Grenze in Dirschau angehalten. Da es sich um leicht verderbliche Ware handelte, waren grosse Verluste gewiss.

Gleichzeitig mit dieser Frage der «Amada» lief die Frage der Heringstransporte. Auch diese Sendungen wurden an der polnischen Grenze sistiert.

Das landwirtschaftliche Abkommen vom 4. August 1934 sah in seiner Liste zulässiger Exportartikel ausschliesslich die aus der Ostsee stammenden Heringe vor.

Der polnische Vertreter aber bezweifelte, dass die neuerdings aus Danzig auf dem polnischen Markt eingetroffenen Heringe wirklich das Ergebnis des Fischfanges der Danziger Fischereiflotte in der Ostsee seien.

Sodann lag eine Rechtsfrage vor. Die polnische Auslegung des landwirtschaftlichen Abkommens vom 6. August 1934 war die folgende: He-

* Artikel 5 der Konvention.

ringsfänge der Hochseefischerei waren in der Liste nicht inbegriffen. Infolgedessen hatte man für ihren Export nach Polen eine spezielle Regelung zu treffen. Eine solche Regelung gab es nicht, und infolge der Zweifel über den Ursprung der Ware glaubten sich die Polen dazu berechtigt, den Import zu verbieten. Die Danziger, auf Grund desselben Abkommens, gelangten zur entgegengesetzten Auslegung. Sie erklärten, da die Konvention keine ausdrückliche Bezeichnung der nicht aus der Ostsee stammenden Ware enthalte, könne es sich weder um Kontingentierung noch um Beschränkung handeln.

Die Danziger betrachteten die ökonomische Massnahme Polens als unfreundlichen Akt.

Die rechtliche Streitfrage zwischen den Parteien liess sich folgendermassen zusammenfassen:

Ist in Ermangelung eines formellen Textes der Export völlig frei oder völlig gesperrt? Diese Lösung konnte einen Präzedenzfall schaffen.

In allen diesen ebenso unzeitgemässen wie sekundären Fragen wurde die Lage durch Pressekommentare verschärft.

Herr Huth, der Vizepräsident des Senates, besuchte mich und, nachdem er mir die Folge dieser ökonomischen Druckmittel auseinandergesetzt hatte, bat er mich, bei der polnischen Vertretung zu intervenieren. Er erklärte, dass der Zusammenhang der Angelegenheit der polnischen Zollinspektoren und der wirtschaftlichen Repressalien vom Senat nicht anerkannt werde, dass diese Behörde aber bereit sei, die zweite, die wirtschaftliche Frage, unabhängig von der anderen, in einer wohlwollenden und endgültigen Weise zu lösen. Was die polnischen Zollinspektoren anbetreffe, müsse eine bestimmte Anzahl dieser Beamten abberufen werden, da die Danziger Polizei sie als Vertreter des polnischen Nachrichtendienstes betrachte.

Diese letztere Behauptung wurde von den Polen lebhaft zurückgewiesen. Es wurde erklärt, dass die Zollinspektoren dem regelmässigen Zolldienst angehörten. Von einer Trennung der beiden Fragen durfte nach der polnischen Auffassung keine Rede sein. Vom polnischen Standpunkt aus waren die wirtschaftlichen Sanktionen eine unmittelbare Folge der Massnahmen der Danziger gegen die Vertreter des polnischen Zolldienstes. An eine Aufhebung dieser Druckmittel könne nur gedacht werden, wenn Danzig nachgäbe.

Der Senat erwartete die Ergebnisse der Intervention, zu der Herr Huth mich aufgefordert hatte, aber die Zeit schritt fort. Die in Dirschau zurückgehaltene Ware ging zugrunde; der Senat ging also aufs Neue vor und verlangte durch eine weitere Note die sofortige Aufhebung der Sanktionen, ansonsten er seine Massnahmen gegen die Inspektoren verschärfen werde. Diese Note stand im Widerspruch zu einer früheren, in welcher, wie erwähnt, der Zusammenhang zwischen den beiden Angelegenheiten von Danzig geleugnet worden war. Die Polen schritten infolgedessen zum Gegenangriff und erklärten, der Ton der letzten Note des Senats sei unannehmbar.

Die Lage verschlimmerte sich hierauf durch ein Missverständnis. Einer der polnischen Zollinspektoren erhielt einen Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass auf Grund der letzten Senatsnote (vom 6. August) er und seine Kollegen mit Gewalt an der Ausübung ihrer Amtstätigkeit würden verhindert werden. Der betreffende Inspektor übergab den Brief an Minister Chodacki. Eine Namensähnlichkeit bewirkte die Annahme, der Verfasser des Briefes sei Herr Beyl, der Präsident des Volkstages, ein überzeugter Nationalsozialist.

In der Nacht vom 4. auf den 5. August um 1 Uhr morgens übersandte infolge dieses Missverständnisses Herr Chodacki dem Senatspräsidenten eine Note, die die Freie Stadt mit schwerwiegenden* Druckmassnahmen bedrohte, wenn der auf die Zollinspektoren bezügliche Befehl des Senates am 5. August vor 18 Uhr nicht widerrufen werde.

Ich wurde von diesem Vorgang am frühen Morgen des 5. August durch Herrn Chodacki in Kenntnis gesetzt, der mir gleichzeitig mitteilte, er evakuere die Frauen und Kinder seiner Beamten. Dem polnischen Vertreter gegenüber betonte ich die äusserst schwere Folge, die eine solche Note und die Evakuationsmassnahmen nicht nur bei den führenden Parteikreisen der Freien Stadt, sondern auch auf die persönliche Reaktion Hitlers ausüben würden. Augenblicklich setzte ich mich mit dem Senatspräsidenten in Verbindung. Herr Greiser teilte mir mit, die dem Volkstagspräsidenten zugeschriebene Absicht, die Zollinspektoren an der Ausübung ihrer Dienstpflicht zu verhindern, habe nie bestanden; ein solcher Befehl sei nie erteilt worden, der Brief stamme von einem unverantwortlichen subalternen Beamten, dessen

* Nach einem mündlichen Kommentar soll es sich um die Schliessung der polnischen Zollgrenze gegen Danzig für alle Lebensmittelsendungen gehandelt haben.

Namen zufällig dem des Volkstagspräsidenten ähnlich sei. Er setzte hinzu: «Der Ton des Ultimatums, die kurze Befristung und der Inhalt der Drohung machen jede Antwort unmöglich, und ich warte nun den weiteren Verlauf der Ereignisse ab.» Im Lauf unserer Besprechung vermochte ich indessen, den Senatspräsidenten zu veranlassen, Herrn Chodacki persönlich und telephonisch, somit raschestens anzurufen und ihm dieselben Erklärungen abzugeben, die er soeben mir gemacht hatte. Im Verlauf dieses Gesprächs erklärte Herr Chodacki sich bereit, sich von seiner Regierung ermächtigen zu lassen, die ihm vom Senatspräsidenten übermittelten Erläuterungen als Verbalnote anzunehmen. Eine solche allerdings, betonte er, sei ungenügend. Eine schriftliche Antwort werde verlangt. Er setzte aber hinzu, dass, das Einverständnis der polnischen Regierung vorausgesetzt, an der für 18 Uhr festgesetzten Frist nicht werde festgehalten werden. Die polnische Regierung ging auf den Vorschlag Herrn Chodackis ein. Es blieb die Aufgabe, die Bedenken Forsters zu überwinden, der der Erteilung einer schriftlichen Antwort völlig abgeneigt war. Ich hatte am Sonntag Morgen ein langes Gespräch mit ihm. Der Gauleiter liess sich überzeugen, und der Senatspräsident, der eingehend mit ihm konferiert hatte, suchte mich am selben Tag wieder, um 18 Uhr, auf. Er zeigte mir das Projekt einer schriftlichen Antwort, die den Erklärungen entsprach, die er telephonisch am Samstag dem polnischen Vertreter gegeben hatte.

Die Weltpresse, indem sie diesen Vorgang kommentierte, verbreitete, Danzig und der Nationalsozialismus hätten unter dem Druck der Androhung polnischer Repressalien auf der ganzen Linie nachgegeben.

Die an den Danziger Senat gerichtete polnische Note vom 4. August hatte eine entscheidende Einwirkung auf die weitere Entwicklung der Lage und auf die Einstellung des deutschen Reichskanzlers, der Montag Morgen, den 7. August, den Gauleiter von Danzig nach dem Obersalzberg berief. Bei seiner Rückkehr teilte Herr Forster mit, sein Führer sei an den letzten Grenzen der Geduld angelangt und verlange zu wissen, welche Gründe einen so vollkommenen Misserfolg seiner seit Ende Juli unternommenen Versuche einer lokalen Entspannung verursacht hätten. Bei dem Gauleiter, der möglicherweise die Auffassung Hitlers wiedergab, überwog der Gedanke, die polni-

sche Haltung sei wahrscheinlich unter dem Druck von London und Paris entstanden. Auch jetzt wieder versicherte ich, dass die Kabinette der beiden Grossmächte im allgemeinen wie im besonderen Fall nicht aufgehört hätten, in mässigendem Sinn einzuwirken.

Gleich nach dieser Besprechung nahm ich meine Bemühungen wieder auf, die unmittelbaren Kontakte zwischen der polnischen Regierung und dem Danziger Senat wieder herzustellen. Herr Chodacki besuchte daraufhin den Senatspräsidenten. Dieser Schritt hatte eine kurze Entspannung zur Folge. Eine gemischte, aus polnischen und Danziger Vertretern zusammengesetzte Kommission wurde geschaffen, welche zuerst täglich zusammentrat; die ersten Sitzungen verliefen in einer rücksichtsvollen Atmosphäre und liessen die Hoffnung aufkommen, die unter der gegenwärtigen allgemeinen Spannung so unverhältnismässig gefährlichen Streitfragen, die an und für sich so wenig Gewicht besaßen, würden sich in Kurzem lösen lassen. Neue Grenzzwischenfälle blieben jedoch nicht aus und bewirkten die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen. In diesem Zeitpunkt sollte eine Möglichkeit eintreten, von der nach meinem damaligen Dafürhalten Entscheidendes abhing. Der Präsident des Dreierkomitees, Lord Halifax, hatte mich gebeten, sie womöglich herbeizurufen. Ich hatte vorgekehrt, was sich in meiner damaligen Lage vorkehren liess, und zwar vorerst ohne Ergebnis. Dieses Ergebnis sollte nun am 10. August durch eine persönliche Initiative des deutschen Reichskanzlers sich einstellen.

Im Laufe meiner Mission blieb kein in meinem beschränkten Sektor für mich feststellbarer Vorfall politischer Natur dem Dreierkomitee verborgen. Ich war selbst immer der Ansicht, in einer so ausserordentlichen Lage wie derjenigen des damaligen Europa, innerhalb welcher der Verlauf der pathologischen Tragödie eines einzigen Menschen das Geschick der ganzen Menschheit bestimmte, sollten keine völlig nutzlosen, sicher wirkungslosen Demonstrationen rein formaler Natur unternommen werden. Mit dieser Pathologie des einen Mannes und der unter seiner Hypnose stehenden ausführenden Organe zu rechnen, war immer mein Bestreben, und bis zum letzten Augenblick, auch nachdem der Westen sich virtuell zum Krieg entschlossen hatte, setzte ich die innerhalb der Gesamtlage kaum in Betracht fallende Berichterstattung

fort, immer bestrebt, auf die psychologischen Kurzschlussgefahren hinzuweisen, die bei den Führern der deutschen Politik in so erschreckendem Mass vorhanden waren.

Schon am Tag, nachdem ich den Brief vom 26. Juli an Avenol abgeschlossen hatte, schrieb ich an Makins, um ihm noch einige Kommentare zu dem Text zu geben, den ich nur noch durch Vermittlung des englischen Generalkonsuls, auf dem Umweg über London, mit Sicherheit nach Genf gelangen lassen konnte. Aus diesem Begleitschreiben geht die Sorge um Indiskretionen hervor, die aus rein organisatorischen Gründen in Genf nie ausgeschlossen waren. Ich schrieb:²³

«Wären Sie so freundlich, einen Blick auf diesen Text zu werfen, den ich endlich zu Händen Herrn Avenols diktieren konnte.* Entscheiden Sie, ob in diesem gefährlichen Zeitpunkt das Risiko, diesen Rapport nach Genf zu schicken, nicht zu gross ist. Dort passieren immer wieder Indiskretionen, und sei es nur wegen der Methode der Registrierung. Sie werden ohne Weiteres verstehen, dass zur Zeit das persönliche Risiko ziemlich gross ist und dass mich deshalb die Zirkularschreiben** an die Botschaften und Gesandtschaften etwas nervös machen. In dieser so ungewöhnlich gespannten Lage bekommt alles eine besondere Bedeutung, sogar die schlechten Spässe der Presse. Ich werde von Journalisten bestürmt, gewöhnlich weise ich sie ab. In den letzten Tagen habe ich es für richtig gehalten, unter Anwendung eines leichten Tones, in einer möglichst allgemeinen Form auf die Fragen zu antworten, die mir gestellt wurden.»

«Wie Sie es in meinem Rapport sehen, hatte ich ein drittes längeres Gespräch mit dem Gauleiter. Ich möchte einige Bemerkungen Forsters, die Sie besser beurteilen können als ich, hervorheben. Forster hat vorerst betont, dass es keinen Krieg, sondern eine sehr lange Friedensperiode geben werde und dass Hitler auf alle Fälle einen bewaffneten Konflikt vermeiden wolle, aber Forster hat hinzugesetzt: vorausgesetzt, dass ein Erfolg der Unterhandlungen (der Westmächte) mit Russland ihn nicht dazu zwingt! Sie werden dies selbst mit der Bemerkung des Gauleiters Koch vergleichen. Ich nehme an, es handle sich um eine ausgegebene Parole. Was sodann frappant war, war die Wiederholung der Worte, die Hitler selbst an mich gerichtet hatte, durch welche er zum Ausdruck gebracht hatte, im Beginn sei sein hauptsächlichster Wunsch die Verständigung mit England gewesen.

* Siehe Schreiben CJB-Avenol, S. 242 f.

** Diese Zirkularschreiben enthielten viele Zitate aus Berichten englischer Auslandsvertretungen und hin und wieder auch aus den Berichten an den Präsidenten des Dreierkomitees.

Nachdem er aber mehrere Male abgewiesen worden sei, werde es nun unmöglich für ihn, irgendeinen weiteren Schritt zu unternehmen, er warte jetzt auf konkrete, von London ausgehende Eröffnungen. Das ist nicht neu, aber Forster setzte hinzu: ‚er liebte England, er bewundert England immer noch, aber jetzt zum erstenmal ist er bereit, England zu hassen, was die Bewunderung nicht ausschliesst. In München hatte er kein Vertrauen, er betrachtete all dies als ein reines Manöver. Die Besetzung der Tschechoslowakei, die ein Fehler war – wir sehen es jetzt ein – war nur eine Abwehrmassnahme bereits strategischer Natur.‘»

«All das kann unmöglich von Forster sein, er wiederholt, was er gehört hat. Sodann, wie Sie es aus dem Bericht ersehen, insistierte er in Bezug auf die demographische Frage und nochmals sprach er in dieser letzten Unterredung von der Notwendigkeit einer Ausdehnung nach Osten. Er sagte mir: ‚Der Marschall Rydz-Smigly hatte recht, als er feststellte, dass der Verlust von Danzig der Auftakt zu einer neuen Teilung Polens wäre, denn zweifellos, wenn wir Rechte auf den Korridor, Posen und Thorn besitzen, so besitzen die Russen dieselben Rechte auf Warschau. Aber all dies sind Sachen, die noch in der Ferne liegen.‘ Auf meine Frage: ‚Was würden Sie mit all diesen Slawen machen?‘, antwortete er: ‚Die Frage stellt sich nicht.‘»

«Es wird grosse Völkerwanderungen geben, die neuen Gebiete werden von deutschen Bauern kolonisiert werden.‘ Dann rasch versuchte er, das Gesagte wieder zurückzunehmen, indem er hinzusetzte: ‚Aber all das ist Zukunftsmusik, zuerst muss der Friede solider werden, die Geistesverfassung der heutigen Welt muss sich verändern, damit ein grösseres Verständnis für unsere Notwendigkeiten und Bedürfnisse entstehen kann.‘»

«Bei der ganzen Gesprächsdauer hatte ich den Eindruck, er rezitiere eine auswendig gelernte Lektion, denn all das geht weit über seine gewohnte Ausdrucksweise hinaus. Er unterstrich: ‚Der Parteitag wird der Parteitag des Friedens sein.‘ Hier stellte ich absichtlich die Zwischenfrage: ‚Was wird im Mittelmeer geschehen?‘ Er antwortete: ‚Gar nichts. Ich kann Ihnen noch nichts sagen, aber bald werden Sie dort eine grosse Überraschung erleben.‘ Ich überlasse es Ihnen, den Schlüssel zu diesem Rätsel zu finden.« . . .

«Noch eines, ein Detail in diesen eher unglücklichen Briefen von King Hall*, die der psychologischen Reaktion der Deutschen so vollkommen entgegenwirken, sprach man von der Isolierung Hitlers durch Himmler und Goebbels. Solche Bemerkungen entsprechen dem genauen Tatbestand nicht. Himmler hatte sich seit dem letzten Herbst, besonders seit den Judenverfolgungen im November, umgestellt, er

* King Hall, Commander Stephen, Royal Navy bis 1929, Inhaber des «News Letters Service».

hatte sich Göring genähert und stand zu Goebbels und seinen Propagandamethoden im Gegensatz.»

«Hitler hat sehr gut gewusst, warum er die polnische Grenzfrage erst nach der österreichischen und tschechischen aufrollte. Das Vorgehen gegen die Tschechoslowakei fand keinerlei Zustimmung in Nord-Deutschland. Man musste sie infolgedessen in einem Augenblick erledigen, in dem Europa noch nicht bereit war. Jetzt aber, das heisst in einem Zeitpunkt, wo jede neue aussenpolitische Veränderung grosse Schwierigkeiten und grosse Gefahren mit sich bringt, mussten die Leidenschaften mobilisiert werden. Im Norden ward dies hauptsächlich nötig in der Bourgeoisie, den alten Oberklassen, die bisher den Abenteuern einen gewissen Widerstand entgegengesetzten. Jetzt ist man bereit, England für die neue Ungerechtigkeit verantwortlich zu machen.»

«Ein sehr kurzes Gedächtnis in Bezug auf den Verlauf einer politischen Krise ist für die deutsche Mentalität bezeichnend. Man sieht in Deutschland immer nur den letzten Aspekt und vergisst vollkommen die Ursprünge.»

«Ein Mitarbeiter Ribbentrops sagte mir eines Tages: ‚Ich bin von meinem Chef sehr verschieden: ich jage gerne am Ansitz und warte dort auf ein bestimmtes Stück Wild. Ribbentrop dagegen ist immer auf der Pirsch, er läuft von einer Grenze zur andern in seinem Revier herum. Wenn er im Osten eine Gelegenheit verfehlt, sucht er eine im Süden, bereit, auch diejenigen zu ergreifen, die er auf halbem Wege antrifft.. .’»

Soweit mein Brief an Makins.

Am 8. August schickte der treue Frank Walters die folgenden ermunternden Worte:

«Mein lieber Burckhardt»,

«Wie Sie sich denken können, haben wir iri den letzten Wochen sehr häufig Ihrer gedacht. Sie leben ja tatsächlich im Zentrum des Zyklons. Uns ist es schwer, die politische Entwicklung in Danzig genau zu übersehen, insbesondere da man sich, wie Sie selbst ja am besten wissen, weder auf die Genauigkeit noch die Objektivität der Presseberichte verlassen kann. Ich bin überzeugt, dass dem Quai d’Orsay alles, was Sie an Nachrichten und Eindrücken zu übermitteln vermögen, von grosser Wichtigkeit ist.»

«Man ist sich ständig der wachsenden Stärke und Unverrückbarkeit des Zieles in England und Frankreich bewusst; was man aber nicht vorausberechnen kann, ist welche Wirkung dieser Wandel – (denn der Wandel seit vergangenem September ist unbestreitbar enorm) – auf Hitler und

seine jeweiligen Berater ausüben wird, weder hinsichtlich der Methoden, mit denen er seine Ziele verfolgt, noch hinsichtlich der Art und Weise, in der er unvorhergesehene Ereignisse in anderen Teilen Europas ausnützen würde. Vielleicht enthält auch die polnische Politik noch eine Unbekannte, obwohl auf unserer Seite vorbehaltlos angenommen wird, dass die polnische Regierung mit Mässigung und Zurückhaltung handelt und weiter handeln wird.»

Und am 9. August erhielt ich folgende Mitteilung von Roger Makins:

«Mein lieber Hoher Kommissar»,

«Ein heute abgehender Kurier gibt mir die Möglichkeit, Ihnen für Ihren Brief vom 27. Juli zu danken, der uns sehr interessiert hat. Nach einiger Überlegung haben wir Ihren Brief an Avenol weitergeleitet, da wir es nicht für verantwortbar hielten, ihn ihm vorzuenthalten. Jedoch habe ich privat an Walters geschrieben und betont, dass Sie diese Mitteilungen unter allen Umständen streng vertraulich behandelt wissen möchten und dass wir hier besondere Vorsichtsmassnahmen getroffen haben, damit Ihre Briefe nur einem ganz beschränkten Kreis zugänglich bleiben.»

«Die Zeit vergeht, und die nächste Völkerbundsratssitzung naht heran. Es erhebt sich die Frage, wie man das Danziger Problem anpacken soll, vorausgesetzt, dass die Lage bis dahin noch stabil bleibt. Es gibt in der Hauptsache zwei Möglichkeiten:

1. wie bisher zu verfahren und Sie zur Berichterstattung an das Dreierkomitee nach Genf zu laden;
2. Ihre Anwesenheit in Danzig für notwendig und ein Verlassen Ihres Postens daher für nicht ratsam zu erklären. Darüber sprach ich bereits mit Ihnen in Basel, und wir werden Sie zweifellos demnächst durch Shepherd offiziell um Ihre Stellungnahme bitten, doch möchte ich Sie jetzt schon darauf hinweisen.»

«Meiner persönlichen Meinung nach ist die zweite Möglichkeit vorzuziehen. Es ist nicht anzunehmen, dass sich die Lage bis Anfang September wesentlich entspannt haben wird, und Ihre Anwesenheit in Danzig wird dringend notwendig sein. Eine Reise nach Genf könnte beunruhigend wirken und die Gefahr erhöhen, dass während Ihrer Abwesenheit etwas passiert. Aber Sie werden selbst am besten in der Lage sein, Ihre wohlüberlegte Meinung dazu zu äussern. Übrigens tritt Schweden im September aus dem Völkerbundsrat aus, und man wird sich nach einem Nachfolger für Minister Sandler umsehen müssen.»

«Falls Sie nicht nach Genf kommen, wäre es sicher von Vorteil, wenn Sie dem Dreierkomitee eine Art Bericht schicken könnten. Meinem Ge-

fühl nach sollte dieser Bericht rein sachlich gehalten sein – ein, wie die Amerikaner sagen –, reiner Tatsachenbericht, ‚factual‘, der unter anderem die militärischen Vorbereitungen in der Freien Stadt und Verhandlungen zwischen dem Senat und Polen umfassen soll. Er braucht keinerlei vertrauliches Material zu enthalten, da das der Generalsekretär aus Ihren Briefen an ihn liefern kann. Ich weiss, wie ungern Sie derartige Berichte verfassen, aber für unsere Zwecke darf er ruhig farblos und langweilig sein, sofern er etwas darstellt, worauf wir uns beziehen und nötigenfalls daraus Auszüge veröffentlichen können. Auch würde die Tatsache, dass ein solcher Bericht vorliegt, eine grosse Unterstützung für die Beantwortung der zahllosen Anfragen aus dem Parlament bedeuten, mit denen wir bombardiert werden. Angesichts der Verhandlungen, in denen Sie jetzt stecken, wird Ihnen das alles unwesentlich erscheinen, aber der Boden sollte möglichst frühzeitig vorbereitet werden.»

«Hoffentlich lassen Sie bei dem Druck, unter dem Sie stehen, den Mut nicht sinken. Der Beschluss Ihrer Rückkehr nach Danzig hat sich immer wieder als nur allzu gerechtfertigt erwiesen ...»

Im Frühsommer 1939 hatte sich auf Danziger Gebiet ein deutsch-polnischer Streitfall ereignet, dessen Folgen sich bis Anfang August hinauszogen. Der diplomatische Vertreter Polens bei der Freien Stadt, Minister Chodacki, hatte einen Stellvertreter, Tadeusz Perkowski*, einen hervorragenden Beamten, grossen Aktenkenner, vorzüglichen Juristen, einen Gelehrten, der wie wenige die polnische Geschichte kannte und seine historischen Argumente immer zur Verfügung hatte. Perkowski war ein glühender Patriot, der in vorbildlicher Weise seine Pflicht erfüllte**. Er machte mehr den Eindruck eines Mannes der Wissenschaft als eines Diplomaten. Perkowskis Fahrer wurde in der Nacht von SA-Leuten angehalten, es kam zu einer Auseinandersetzung und dann zu einem Kugelwechsel, in dessen Verlauf ein SA-Mann getötet wurde. Die Danziger wie die deutsche Regierung machten Perkowski für den Zwischenfall, die sog. Kalthof-Affäre, verantwortlich, seine augenblickliche Abberufung wurde verlangt, und unter grossen Schlagzeilen, wie «Der Mörder diplomat» bauschte die Presse

* Perkowski, Tadeusz (geb. 1896), Ministerialrat im polnischen Ministerium des Äusseren, Konsul in Minsk und Ges.-Sekretär in Moskau, dann erster Mitarbeiter Marjan Chodackis in Danzig. Vgl. S. 80.

** Er machte tapfer den polnischen Feldzug von 1939 mit und wurde nach der Besetzung seines Landes im Gebiet von Wilna von den Deutschen verhaftet und hingerichtet.

des Dritten Reiches den Vorfall auf. Warschau hatte vorerst die Anschuldigungen zurückgewiesen, Perkowski blieb im Amt, und täglich begab er sich trotz offensichtlicher Todesgefahr zu Fuss in seine Kanzlei. Der deutsche Druck in Warschau aber verstärkte sich, und es war der Botschafter einer westlichen Grossmacht, der Beck zum Nachgeben riet. Perkowski wurde in die Zentrale versetzt. Um der hohen Schätzung Ausdruck zu geben, die ich für diesen ausgezeichneten Mann besass, gab ich am Abend des 10. August unter offensichtlicher Desavouierung des in der Angelegenheit besonders scharf auftretenden Gauleiters, ein Diner zu Ehren des polnischen Diplomaten.

Schon seit Wochen wimmelte es in Danzig von Neugierigen aller Nationalitäten. Nach Zusammenbruch des republikanischen Spanien war Danzig die neue Sensation geworden. Von Morgen bis Abend waren die Türen und Treppen meines Amtsgebäudes und zu meiner Privatwohnung von Reportern belagert.

Als wir an jenem 10. August das Speisezimmer verliessen, um zu den Damen hinüberzugehen, öffnete ein, wie sich herausstellen sollte, im Dienst der Staatspolizei stehender, frisch vom Senat für meine Amtswohnung angestellter, in seinem Beruf unerfahrener Diener, unaufgefordert die Tür und führte einen französischen Pressevertreter hinein, der, ebenso selbstsicher wie interessiert, die Anwesenheit Perkowskis in meinem Hause feststellte und uns sofort mit klugen und präzisen Fragen über die Zollaffären und den Notenkrieg zwischen Polen und Danzig zusetzte, um dann auf allgemeinere hochpolitische Gegenstände überzugehen. Ich konnte ihn nicht abweisen, da er eine Empfehlung von befreundeter Seite mitbrachte. Plötzlich riss der unselige junge Diener die Tür wieder auf und rief: «Der Herr Gauleiter ist persönlich am Apparat!» Ein wahres Geschenk für diesen jungen Korrespondenten. Auch Perkowski war sichtlich erstaunt.

Forster aber war in grosser Form, aufgereggt und willensbetont zugleich: «Der Führer hat mich soeben vom Obersalzberg aus persönlich angerufen», erklärte er, «er will Sie morgen um 4 Uhr nachmittags sehen, morgen, weil übermorgen Ciano zu ihm kommt.» Ich antwortete: «Das scheint mir zeitlich unmöglich, ich muss für diese Reise das Einverständnis des Präsidenten des Dreierkomitees einholen, und ich muss

den polnischen Aussenminister verständigen ! Wie soll ich um 16 Uhr in Berchtesgaden sein können?»

«Das ist alles vorgesehen», rief Forster, «der Führer schickt Ihnen seine Privatmaschine, morgen punkt 9 Uhr starten wir, fahren Sie mit Ihrem Privatwagen selbst zum Flughafen, um kein Aufsehen zu machen.»

«Wenn der Herr Reichskanzler sein privates Flugzeug schickt, wird die ganze Welt von diesem Zusammentreffen wissen», wendete ich ein.

«Alles vorgesehen», beschwichtigte Forster. «Von heute nachts zwölf bis morgen Mittag ist der Flugplatz abgesperrt, kein Mensch wird von dem Flug erfahren.»

Ich war nichts weniger als überzeugt, indem ich zu meinen Gästen zurückkehrte.

Sofort überfiel mich der Journalist: «Was wollte der Gauleiter um 11 Uhr nachts? Ist das seine Gewohnheit, in dieser Weise anzurufen?»

Perkowski war am Ende seiner Geduld.

Ich sagte daher zum Reporter: «Es handelt sich um die Zollfragen, Herr Perkowski und ich werden uns zurückziehen müssen, um die Sache zu besprechen. Wir werden uns, wenn es Ihnen recht ist, nächste Woche in meinem Büro treffen, bis dann haben Sie vielleicht wieder interessante Neuigkeiten», und damit drängte ich ihn gewissermassen zur Tür.

Kaum mit Perkowski allein, orientierte ich ihn; wir hatten die grösste Mühe, Chodacki telephonisch zu erreichen. Wir fanden ihn schliesslich in einem Klub in Gdynia. Er verständigte sofort Oberst Beck telephonisch, und Beck erklärte noch in der Nacht sein Einverständnis. Baron de la Tournelle* konnte ich sofort erreichen, er übernahm es, Minister Bonnet zu verständigen, und durch seinen schwedischen Kollegen Minister Sandler. Generalkonsul Shepherd kam sofort zu mir; am Morgen vor meinem Abflug brachte er mir das Einverständnis von Lord Halifax, der mich dazu angeregt hatte, noch einmal, gewissermassen *in extremis*, mit dem Kanzler ins Gespräch zu kommen. Ich hatte durch Forster schon gleich nach meiner Rückkehr auf den Posten sondieren lassen, keine Reaktion war erfolgt, bis nun dieser späte Anruf

* Der französische Generalkonsul, Baron Guy de la Tournelle, war zweifellos unter den als Generalkonsuln in der Freien Stadt wirkenden Diplomaten die hervorragendste Figur. Er vertrat die beste Schule des Quai d'Orsay. Wir sahen uns häufig. Wenn er mich aufsuchte, pflegten wir im russgeschwärtzen Garten des Generalkommandos auf und ab zu gehen, weil kein Gespräch in den Amtsräumen oder in der Wohnung vor Mithörern sicher war.

mich in die Lage versetzte, dem unheimlichen *homo fati* nochmals in die Augen sehen zu müssen.

Punkt neun Uhr morgens flog ich allein mit Albert Forster ab. Der Pilot machte einen Bogen in die Ostsee hinaus, dann gewann er an Höhe. Forster sprach mir von der deutschen Unbesiegbarkeit, später erzählte er von den «Saalkämpfen» gegen die Kommunisten vor 33 und schilderte, wie er einmal einen gegen seinen Führer hart geworfenen Schemel hatte auffangen und mit Wucht zurückschleudern können. Als der Pilot mitteilte, wir befänden uns über Prag, geriet Forster in einen Zustand vaterländischer Ekstase, und er verkündete, es würde allen, die dem Willen Hitlers widerstrebten, so ergehen wie den Tschechen oder noch viel schlimmer, denn mit diesen sei man unerhört glimpflich umgegangen.

Wir landeten in Salzburg, nahmen dort einen kurzen Imbiss und fuhren dann im Wagen nach dem Obersalzberg weiter. Am «Berghof» vorbei ging es in Spiralen zum sogenannten Teehaus, dem auf grosser Höhe in den Fels gesprengten «Adlerhorst» des Führers aller Deutschen.

Hier der Bericht über den Besuch und das mit dem Diktator geführte Gespräch, wie ich ihn am 13. August in Basel den beiden Vertretern von Lord Halifax und von Minister Georges Bonnet, Roger Makins und Minister Pierre Arnal, abstattete:²⁴

«H.: Ich hoffe, Sie haben einen angenehmen Flug gehabt. Meine Condor-Maschine ist nicht so schnell wie die Douglas-Maschinen, aber sie ist solider und als Militärflugzeug nützlicher. Sie hält Geschützfeuer besser aus. Sie haben eine anstrengende Woche gehabt. Ich weiss, dass Sie Ihr Bestes getan haben, um eine friedliche Lösung zu finden, aber (sein freundlicher Ausdruck verwandelt sich nun in eine drohende Maske) all Ihre Arbeit ist durch die Polen verdorben worden. Ich habe Forster gesagt, er solle über den Vertreter des Völkerbundes arbeiten. Ich liebe diese Einrichtung nicht, aber ich muss zugeben, dass der Völkerbund in der Saar- und der Danziger Frage im allgemeinen in korrekter Weise verfahren ist*. Ich unterstreiche, dass Forster auf meine Instruktionen hin gehandelt hat, denn ich weiss, dass Sie objektiv sind. Trotz wirtschaftlicher Repressalien und Drohungen hat Forster nicht in übertriebener Weise gehandelt. Aber die Polen, die noch immer, wie

* In der englischen Version steht: «that in the question of the plebiscite in the Saar and of Danzig» – in Danzig hat nie ein Plebiszit stattgefunden.

ich glaube, Mitglieder des Völkerbundes sind, machen keinen Gebrauch davon. Am letzten Freitag (dem Tag der Überreichung des polnischen Ultimatums) würde ein Telephonanruf bei Ihnen genügt haben. Die Polen wussten, dass Gespräche möglich waren. Sie hätten keine Note zu senden brauchen. (Herr Forster stimmte hier zu.)»

«B.: Die Verhandlungen sind wegen Kleinlichkeit abgebrochen worden.»

«H. (ärgerlich): Das ist beklagenswert in einem solch ernsten Augenblick. Chodacki hat auf die Anweisungen von Beck Schritte unternommen, zwei Tage bevor die Angelegenheit im Begriffe war, geregelt zu werden. Er schickte eine grobe telephonische Botschaft. Während Greiser bestritt, dass irgendwelche Massnahmen gegen die Zollbeamten ergriffen worden seien, posaunte Beck alles in der Presse aus. (Wütend . . .) Die Presse sagte, dass ich den Nervenkrieg verloren hätte, dass Drohungen die richtige Behandlung für mich seien, dass wir nachgegeben hätten, als die Polen fest blieben, dass ich voriges Jahr nur geblufft hätte und dass mein Bluff durch den polnischen Mut, den die Tschechen nicht besessen hätten, geplatzt sei. Ich habe idiotische Erklärungen in der französischen Presse gesehen, dass ich meine Nerven verloren habe, die Polen aber die ihren behalten hätten. (Hitler wurde so zornig, dass er einige Augenblicke unfähig war, weiterzusprechen.)»

«B.: Sie geben diesen Journalisten zu viel Ehre, wenn Sie ihre Äusserungen so ernst nehmen. Ein Reichskanzler sollte über solchen Kleinigkeiten stehen.»*

«H. (ruhig): Ich kann das nicht. Als Proletarier kann ich wegen meiner Abstammung, meines Aufstiegs und meiner Wesensart die Dinge nicht in dieser Weise sehen. Die Staatsmänner müssten dies begreifen und damit rechnen, wenn sie eine Katastrophe vermeiden wollen. Es ist nicht wahr, dass die britische Regierung keinen Einfluss auf die Presse hat. Die Presse schweigt, wenn die Regierung es wünscht. (Crescendo) Der Staatssekretär hat den polnischen Botschafter kommen lassen und ihm gesagt, ‚welche Stunde geschlagen hat‘. Das ist eine Antwort auf Ultimat und auf den verlorenen Nervenkrieg. (Fortissimo) Wenn der kleinste Zwischenfall sich ereignet, werde ich die Polen ohne Warnung zerschmettern, so dass nicht eine Spur von Polen nachher zu finden ist. Ich werde wie ein Blitz mit der vollen Macht einer mechanisierten Armee Zuschlagen, von der die Polen keine Ahnung haben. Hören Sie zu.»

«B.: Ich höre. Ich weiss, dass dies einen allgemeinen Krieg bedeuten wird.»

* Im englischen Bericht abweichend und auch vom französischen Bericht verschieden wiedergegeben. Der Inhalt des Satzes ergibt sich aus Hitlers Erwiderung.

«H. (erregt und fast beschwörend): Dann soll es eben sein. Wenn ich Krieg zu führen habe, würde ich lieber heute als morgen Krieg führen. Ich würde ihn nicht wie das Deutschland Wilhelms II. führen, das ständig Gewissensqualen wegen der vollständigen Anwendung seiner Waffengewalt hatte. Ich werde bis zum letzten rücksichtslos kämpfen. (Pause) Ich sagte zu Lloyd George: ‚Wenn Sie ein Gefreiter gewesen wären im letzten Kriege und ich ein Minister, Sie (das ist England) würden heute in einer anderen Lage sein, als Sie heute sind.‘ Italien (und hier hatte ich den Eindruck einer leichten Unsicherheit) wird an meiner Seite kämpfen, was immer geschieht. (Zögernd:) Japan auch. Dank meiner Befestigungen werde ich den Westen mit 74 Divisionen halten. Der Rest wird gegen die Polen geworfen, die in drei Wochen liquidiert sein werden. (Die Schweiz hat nichts zu fürchten. Ich werde ihre Neutralität achten.) Wo können sie mich angreifen? In der Luft? Die Menschen versuchen, mich mit Zahlen und Demonstrationen der Aufrüstung, besonders in der Luft, zu beeindrucken. (Hysterisches Gelächter.) Ich lache, denn ich bin der Spezialist der Aufrüstung, nicht die andern. Ihre Luftwaffe! England hat 135‘000 Mann, Frankreich 75‘000. Ich habe in Friedenszeiten 600‘000 und 1‘000‘000 in Kriegzeiten. Meine Flak ist die beste in der Welt, wie sich in Spanien erwiesen hat. Die Russen (und wir kennen sie besser als die meisten anderen Leute, Hunderte unserer Offiziere haben in Russland gedient) haben keine Offensivstärke und werden nicht den anderen die Kastanien aus dem Feuer holen. Ein Land mordet nicht seine Offiziere, wenn es beabsichtigt, einen Krieg zu führen. Wir schlugen die Russen in Spanien. Die Japaner haben sie auch geschlagen. (Zornig:) Man wird uns mit den Russen keine Gänsehaut machen. (Ruhig:) Dieses ewige Gerede über den Krieg ist Narrheit und macht die Völker wahnsinnig. Was ist denn die Frage? Nur dass wir Korn und Holz brauchen. Des Getreides wegen brauche ich Raum im Osten, des Holzes wegen brauche ich eine Kolonie, nur eine. Wir können leben. Unsere Ernten sind im Jahre 1938 und dieses Jahr ausgezeichnet gewesen. Wir können leben, trotz des triumphierenden Geschreis anderer darüber, dass wir Hungers sterben. Wir haben diese Ernten erzielt dank der Zähigkeit unseres Volkes und vor allem wegen der Anwendung chemischer Düngemittel. Aber eines Tages wird der Boden genug haben und streiken wie ein Körper, der gedopt wird. Was dann? Ich kann nicht hinnehmen, dass mein Volk Hunger leidet. Soll ich dann nicht besser zwei Millionen auf dem Schlachtfeld lassen, als noch mehr durch Hunger zu verlieren? Wir wissen, was es ist, an Hunger sterben. Vielleicht gibt es bei Ihnen noch Apostel der Humanität, die sich an 1919 erinnern.

Ich möchte nicht, dass sich das wiederholt. (Kreischend:) Ich will das nicht. Freihandel, offene Grenzen, das ist alles prächtig, wir haben es gehabt. Aber wenn alles von der Herrin der Meere abhängt, wenn wir einer Blockade unterworfen werden, dann ist es meine Pflicht, eine Situation zu schaffen, in der mein Volk von seinem eigenen Fett leben kann. Das ist die einzige Frage, alles andere ist Unsinn.»

«Ich habe keine romantischen Ziele. Ich habe keinen Wunsch, zu herrschen. Vor allem will ich vom Westen nichts, heute nicht und nicht morgen. Ich wünsche nichts von den dichtbesiedelten Regionen der Welt. Hier suche ich nichts und ein für allemal: gar nichts. All die Ideen, die mir die Leute zuschreiben, sind Erfindungen. Aber ich muss freie Hand im Osten haben. Noch einmal: Es ist eine Frage des Getreides und des Holzes, die ich nur ausserhalb Europas finden kann. Das muss ich in ausreichender Menge haben. Ein für allemal: Ich bin bereit, zu verhandeln und darüber zu sprechen. Aber der Punkt, an dem für mich jede Möglichkeit einer Verhandlung aufhört, ist da, wo man mich beschimpft und mich durch Ultimaten herausfordert.»

«B.: Ich kam hierher wegen Danzig. Ich habe keine Befugnis, über andere Dinge zu sprechen. Ein neuer Krieg wird der Zivilisation ein Ende bereiten. Das ist eine grosse Verantwortung für die Zukunft. Es ist besser, in Ehren zu leiden, als solch eine Verantwortung auf sich zu nehmen. Je stärker man ist, desto länger kann man warten. Je grösser die eigene Ehre ist, desto mehr Angriffe kann man aushalten. Man hat mir gesagt, dass die Stärke Deutschlands klar aus seiner Geduld in der polnischen und Danziger Frage hervorgeht.»

«H. (heftig:) Das ist sehr wichtig. (Zu Forster:) Wir müssen das diesem Ribbentrop sagen.»

«B.: Ich bin vollkommen überzeugt, dass dieses Problem durch Verhandlungen gelöst werden kann und dass die Westmächte bereit sind, zu verhandeln.»

«H. (heftig:) Warum hetzen sie dann die Polen auf, sich mit Ultimaten zu brüsten und uns Ultimaten zu schicken?»

«B. (scharf:) Es kann keine Rede davon sein. London und Paris üben beständig einen mässigen Einfluss in Warschau aus. Die Danziger Frage ist ganz einfach. Sie betrifft einen internationalen Komplex von Rechten, der nicht länger durch einseitigen Druck, durch Gewalt oder die Drohung mit Gewalt verletzt werden kann.»

«H. (auf den Tisch hauend:) Besprechungen! Aber auf welcher Basis? Rechnen Sie sich an die Abrüstungsdiskussionen? Ich habe ein annehmbares Angebot an die Polen gemacht. Im März wollte ich, nachdem ich die Kriegsgefahr aus der Tschechoslowakei an meiner Südostflanke beseitigt

habe, zwei schwelende Feuer, Memel und Danzig, austreten. Jedesmal, wenn ich einen Schritt tue, der durch die Geschichte geboten ist, finde ich England und Frankreich auf meinem Wege. Was kann ich denn da tun?»

«B.: Vor dem 15. März galt das Argument des Volkstums. Es entsprach gewissen Naturrechten, die bestehenden internationalen Gesetzen entgegengesetzt waren. Es gab Leute, die mit diesem Argument sympathisierten.»

«H.: Ja. Der 15. März hat das ungültig gemacht. Dieser Gesichtspunkt ist mir nicht fremd. Ich habe ihn schon vorher gehört. Aber eine akute Gefahr musste durch eine gemässigte Lösung eliminiert werden, die besser war, als man im Ausland dachte. (Ruhig): Es hat vier schwere Zwischenfälle in der Tschechoslowakei gegeben. Für zwei von ihnen waren die Deutschen verantwortlich: sie sind bestraft worden. Die Intellektuellen waren gegen meine Lösung. Die Arbeiter und Bauern sind zufrieden damit, wie sie es immer mit einfachen Lösungen sind. Sie haben gar keine Vorstellung, wieviel Kriegsmaterial wir in der Tschechoslowakei gefunden haben. Es war überraschend, wir konnten kaum unseren Augen trauen, und alles in hervorragender Ordnung! Die Inventare wurden von unseren Soldaten sehr bewundert. Die Tschechen sind ausgezeichnete Beamte und waren es immer, sehr verschieden von den Polen. Die Generalstabspläne der Tschechen waren Bemühungen von Schuljungen, genau, bescheiden und engstirnig, sehr verschieden von den Generalstabsplänen der Polen, die wir besitzen und die alle Visionen Alexanders und Napoleons weit übertreffen. Ihre technische und organisatorische Seite ist aber beklagenswert. Unsere Soldaten sind fest entschlossen angesichts der polnischen Unverschämtheit. Letztes Jahr waren meine Generale vorsichtig, und ich hatte sie voranzutreiben. Dieses Jahr habe ich sie zurückzuhalten. Nach meiner Reichstagsrede umgaben mich meine Generale und sagten mit grosser Achtung: Gott sei Dank haben die Polen nicht angenommen. Das wäre keine Lösung gewesen. Aber für mich ist es wahr, wenn ich sage, dass es eine Lösung gewesen wäre, nämlich mein Beitrag für die Sache des Friedens. Später hätte ich versucht, die Frage unserer Agrarbedürfnisse durch eine Konferenz zu regeln. Wie sehr hätten die Polen in diesem Bereich mitarbeiten können! Durch die exterritoriale Strasse wäre den Polen kein Stein aus der Krone gefallen. Die exterritoriale Autobahn und die polnische Strasse würden durch Brücken und Tunnels gegenseitig überbrückt worden sein. Sie hätten einander nicht behindert. Unsere abgetrennten Länder würden natürliche Verbindungswege mit dem Reich gehabt haben. Das ist wesentlich für mich.»

«B.: Ist diese Lösung endgültig ausgeschaltet?»

«H. (aufmerksam:) Leider endgültig ausgeschaltet durch die Polen. Nachdem sie diese Position eingenommen haben, können sie nicht mehr zurück. Das ist der Jammer (lange Pause, Hitler steht auf und schlägt vor, mich durch seine Besetzung zu führen).»*

«H. (auf der Felsterrasse): Wie glücklich bin ich, wenn ich hier bin. Ich habe genug Mühe gehabt. Ich brauche nun meine Ruhe.»

«B. (beziehungsvoll): Sie drücken die Gefühle der ganzen Welt aus. Sie haben mehr als irgendein anderer die Chance, der Welt die Ruhe zu geben, die sie braucht.»

«H.: Nein, es ist nicht so. (Entlässt Forster, steht nervös und spricht leise): Wenn ich erkenne, dass England und Frankreich Polen zum Krieg anstacheln, dann würde ich den Krieg heute lieber haben als morgen, dieses Jahr lieber als nächstes Jahr führen.»

«Aber sicherlich sollte man einen vernünftigen Ausweg finden. Wenn die Polen Danzig absolut in Ruhe lassen, wenn sie nicht versuchen, mich mit falschen Karten zu überstechen, dann kann ich warten. Aber eine Bedingung ist, dass die Leiden unserer Minderheit in Polen aufhören. Man glaubt mir hier nicht. Aber ich habe befohlen, dass die sensationellen Fälle in der Presse nicht erwähnt werden (Kastrierung usw.). Sie regen die öffentliche Meinung zu sehr auf. Aber ich kann nun die Wahrheit nicht länger zurückhalten. Die Grenze der Duldsamkeit ist erreicht.»

«Ich bin fähig, Opfer zu bringen, z.B. in Südtirol. Aber man zollt mir keine Anerkennung dafür, und man schreit: Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit! Ich kann politische Opfer bringen, aber alles hat seine Grenzen.»

«Ich habe es nicht immer gewusst, aber nun weiss ich es, dass England und Frankreich unzertrennbar zusammengehören. Das ist die Natur der Dinge. Ich intrigiere gegen diesen Tatbestand nicht, ganz verschieden von den andern, die gegen meine Freundschaft mit Italien intrigieren. Ich habe vier Jahre lang im Schützengraben gegen England und Frankreich gekämpft, und ich erkenne den Mut dieser beiden Völker an. Aber es gibt etwas in den Angelsachsen (und den Amerikanern), was sie zutiefst von uns trennt. Was ist das?»

«B.: Vielleicht ist es die Treue gegenüber Verpflichtungen.»

* In dem Bericht der beiden Diplomaten ist nicht erwähnt, dass Hitler auf die Felsterrasse hinaustretend nach den Worten: «Ich brauche nun meine Ruhe» hinzufügte: «Sehen Sie, da drüben liegt Salzburg. Jahre konnte ich nicht hinüber in meine Heimat. Jetzt gibt es keine Grenzen mehr, ach wie gerne würde ich hierbleiben und als Künstler arbeiten. Ich bin ein Künstler.» Ich sagte darauf: «Das liegt doch ganz in Ihrer Hand!» Hitler zuckte zusammen, wandte sich mit einem unvergesslichen, Verzerrten Ausdruck und sagte dumpf: «Nein, nicht mehr.»

«H.: Man kann verschieden auslegen. Wir erkennen unsere Taten als das an, was sie sind. Sie heucheln. Ich könnte Beispiele geben.»

«B.: Paix – Pax – Pakt haben eine ähnliche Wurzel, ebenso wie Friede und Freude. Bei den Deutschen ist es eher eine Sache des Gefühls.»

«H.: Wir sind ein Volksstaat, die Engländer ein Empire. Wir sind ein Körper, England ist eine Assoziation.»

«B.: Bei den Tschechen und Slowaken fängt die Idee einer Assoziation an.»

«H. (ruhig:) Das Protektorat ist für den Augenblick eine Notwendigkeit. Die Slowaken können tun, was sie wollen. Ich will keinen Druck auf sie ausüben. Sie können bleiben, da wo sie sind, oder wenn sie es wünschen, sich an Ungarn anschliessen. Ich werde mich nicht widersetzen. Aber die Ungarn sind nicht fähig, sie zu regieren oder zu organisieren. Ich kehre immer zu derselben Frage zurück: Korn und Holz. Wenn man darüber reden will, werde ich annehmen. Aber es ist etwas anderes, wenn man mich beschimpft und mich mit Lächerlichkeit überhäuft wie im Mai im letzten Jahre. Ich bluffe nicht. Wenn das geringste in Danzig passiert oder unseren Minderheiten geschieht, werde ich hart zuschlagen.»

«B.: Forster sagte mir, ich möchte Ihnen eine Frage stellen: Soll ich meine Kinder in Danzig lassen?»

«H.: Es kann jeden Tag in Danzig etwas geschehen, aber nur wenn die Polen es so wollen. Ich glaube, dass Ihre Kinder besser in der Schweiz wären.»

Ich verabschiedete mich.

«H. (traurig:) Ich habe mich gefreut, Sie zu sehen. Sie kommen aus einer Welt, die mir fremd ist. Aber ich habe um eine friedliche Lösung gekämpft. Ich habe grosse Sympathie für einen anderen Mann, Lord Halifax. Man hat mir viel Böses über ihn gesagt, aber mein erster Eindruck bleibt bestehen. Ich glaube, dass er ein Mann wäre, der die Dinge in einem grossen Massstab sieht und der eine friedliche Lösung wünscht. Ich hoffe, ihn eines Tages wiederzusehen.»

Der Wortlaut der englischen und der französischen Wiedergabe meiner Berichterstattung ist nicht in jedem Punkte übereinstimmend, die Divergenzen sind aber unwesentlich.²⁵

Folgendes wäre hinzuzusetzen:

Im Augenblick, in welchem Hitler von der Felsterrasse in den Hauptraum zurückkehrte, sagte er mir: «Ich möchte, bevor es zu spät ist, nochmals mit einem Engländer reden, der Deutsch kann.» Ich antwortete: «Sir Neville Henderson spricht, wie ich höre. Fliessend Deutsch.» Hitler

aber schüttelte den Kopf: «Das hat keinen Sinn», sagte er, «das ist ein Diplomat mit einer Nelke im Knopfloch, ich möchte mit einem Mann sprechen wie Lord Halifax einer ist, er kann selbst nicht mehr kommen, aber – wie wäre es mit dem Marschall Ironside, ich höre Gutes von ihm? Können Sie das den Engländern sagen?»

Die Äusserung des Reichskanzlers wird in der französischen Fassung meines Rapportes nicht erwähnt, nur in der englischen.²⁶

Das hat folgenden Grund: es bestand eine feste Abmachung, dass niemand über das Zusammentreffen mit den beiden Diplomaten in meinem Hause in Basel unterrichtet sein sollte. Zu meinem grossen Erstaunen wurde aber Minister Arnal mitten in meinem Referat zum Telephon gerufen. Ich erschrak und fragte: «Was soll das heissen? Es ist doch Vorbedingung, dass niemand von unserem Zusammentreffen etwas erfährt!» Arnal beruhigte: «Der Einzige, der es weiss, ist unser Botschafter in Bern, nur er kann mich hier anrufen», und Arnal verliess den Raum. Während seiner Abwesenheit erzählte ich Mr. Makins von Hitlers Wunsch, Marschall Ironside zu treffen.

Aber jetzt kehrte Arnal zurück, und was er uns mitteilte, machte die Übermittlung des Wunsches nach einem letzten Kontakt mit einem Engländer gegenstandslos. «Der Botschafter», so erklärte Arnal, «teilt mir mit, dass die ganze Sache von Ihrem Besuch auf dem Obersalzberg durch ‚Paris Soir‘ veröffentlicht wurde und dass der Nachricht ebenso sensationelle als unwahre Einzelheiten beigefügt wurden, unter anderm die Behauptung, Hitler habe Ihnen einen Brief an Chamberlain ausgehändigt, in welchem der englische Prime Minister aufgefordert wurde, sich einem deutschen Vorgehen gegen Russland anzuschliessen!»

Diese Nachricht machte die Hoffnungen, die ich an die Aussprache auf dem Obersalzberg geknüpft hatte, zunichte. Diese Hoffnungen, gegen meine bessere Einsicht gehegt, waren tatsächlich der ganze Inhalt meiner Danziger Mission gewesen, jetzt waren sie zusammengebrochen. Der Verfasser des leichtsinnigen Artikels war der junge Journalist, der mich an dem für Perkowski arrangierten Abend aufgesucht hatte, er hatte seine journalistische Aufgabe erfüllt.* Wie ich später erfuhr, hatte er am

* Vgl. Schreiben CJB an F. Walters von Basel, den 13.8.1939, SdNA.

«Ein junger Franzose, X., der durch persönliche Beziehungen zu mir gekommen ist, hat mit grösster Rücksichts-

11. August vormittags versucht, mich in meinem Büro aufzusuchen, ein Sekretär hatte ihn empfangen und hatte ihm mitgeteilt, ich sei zur Jagd nach Ostpreussen verreist. Dies schien dem jungen Franzosen unter den herrschenden Umständen unwahrscheinlich, mit Recht. Er begab sich in die Stadt, sprach verschiedene Leute an, fragte nach Neuigkeiten, erfuhr, dass seit 12 Uhr nachts der Flugplatz geschlossen sei, begab sich infolgedessen schnurstracks zu diesem Flugplatz, sprach dort mit einem polnischen Beamten, der ihm berichtete, dass der Hohe Kommissar in Begleitung des Gauleiters die private Maschine des deutschen Reichskanzlers bestiegen habe und mit dieser weggefliegen sei. Das Weitere blieb der Kombinationsgabe und der Phantasie des jungen begabten Reporters überlassen.

Noch eines fehlt in dem Bericht der beiden Redaktoren Makins und Arnal, vielleicht der allermerkwürdigste Ausspruch des Kanzlers. Hitler hat an jenem 11. August zu mir gesagt:

«Alles was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.»

Ich war nach dem Eintreffen jener Nachricht von der erfolgten Indiskretion so niedergeschlagen, dass ich dieser letzten und überraschendsten Mitteilung des Kanzlers keinen Ausdruck mehr verlieh, vor allem,

losigkeit gewisse Beobachtungen ausgenützt, die er in meinem Hause hat machen können. Er ist für die Indiskretion verantwortlich, die schwere Folgen haben kann. Das Schlimmste ist, dass er in diese leichtsinnige und eitle Geschichte den Namen Mr. Chamberlains hineingebracht hat, das ist sehr bedenklich.»

«Im Frühjahr habe ich ausgehalten, weil ich wusste, dass ich etwas für den Frieden würde tun können. Im Juni habe ich vielleicht noch dazu beigetragen, dass der deutsche Handstreich vermieden wurde, und dann durch verschiedene Vermittlungen war es mir möglich, zu erreichen, dass mir Herr Hitler durch Forster sagen liess: ‚Ich will keinen Konflikt wegen Danzig, diese Angelegenheit kann ein oder zwei Jahre warten, sogar noch länger. Ich will kein plötzliches Nachgeben, man muss allmählich beruhigen, der Hohe Kommissar soll als Vermittler zwischen Ihnen und den Polen dienen.‘»⁴

«Nach grössten Mühen ist es mir gelungen zu erreichen, dass alle vorhandenen Fragen mündlich diskutiert würden. Das erste Meeting sollte bei mir am 7. August stattfinden, aber Samstag, den 5. haben die Polen ihr Ultimatum gestellt. Sie hatten die Absicht, einen gefährlichen Erfolg zu erringen, und sie haben nicht aufgehört diesen Erfolg zu betonen.»

«Ihnen sage ich, dass ich in dieser Zeit viel durchgemacht habe, ich bin niedergeschlagen und zähle die Tage bis zu meiner Befreiung aus dieser ungerechten und unergiebigen Lage.»

weil sie so völlig unwahrscheinlich wie der Bestandteil einer Halluzination erschien.

Etwa vierzehn Tage später, am 23. August, nach meinem Gespräch mit Adolf Hitler, unterschrieb der Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop mit Stalin und Molotow den russisch-deutschen Beistandspakt. Die Politik Stalins war es seit Jahren gewesen, Deutschland und die übrige Welt Schritt für Schritt in einen Konflikt hineinzutreiben. Der Wechsel im russischen Aussenministerium: Litwinows Verschwinden und sein Ersatz durch Molotow war das Zeichen für den Kurswechsel der russischen Aussenpolitik gewesen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass Hitler gewagt hätte, ohne die russische Rückendeckung Polen anzugreifen.

Oberst Beck, der zuerst zu meinem Flug nach Berchtesgaden seine Zustimmung erteilt hatte, wurde vor allem durch die vielen Kommentare, die der Vorgang in der Presse erfuhr, misstrauisch.

Ich schrieb darüber am 19. August an Frank Walters:

«Der Rückschlag der Piraterie des Journalisten X. war bedenklich. Brücken sind abgebrochen worden, die noch im letzten Moment hätten dienen können. Diese Démarche (mein Besuch bei Hitler), die ausserhalb von meiner Initiative stattgefunden hat, hat Jozef Beck zum ersten Mal veranlasst, seine Presse gegen mich loszulassen, er könnte es noch in ganz anderer Weise tun, wenn er dazu Lust hätte. Chodacki sagte mir, der Minister sei sehr böse gewesen, dass ich mich nicht mit Komarnicki in Verbindung gesetzt hätte, dass ich dagegen einen Franzosen und einen Engländer gesehen hätte, ohne ihn um sein Einverständnis zu bitten. Auch dies alles wird sich wieder beruhigen, aber das Unglück ist geschehen. Vor drei bis vier Wochen gab es ohne jeden Zweifel eine Entspannungsmöglichkeit, die Möglichkeit einer Rückkehr zum frühern Zustand, sie ist nun zerstört, und es ist schwierig, in dem Vorgang nicht die Absicht zu spüren, das deutsche Zurückweichen, das sich schon abzeichnete, *nicht* zu erleichtern. Ich bin entschlossen, hier zu bleiben, was mich anbetrifft. Ganz objektiv, es ist trotz allem immer noch meine tiefe Überzeugung, dass man aus dieser Lage ohne Krieg herauskommen muss ...»

Schon am 21. August antwortete mir daraufhin F. Walters:

«Natürlich war es unvermeidlich, dass die gesamte Weltpresse sich über die Geschichte Ihres Interviews mit Hitler ziemlich erregen würde, aber soviel ich beurteilen kann, sind keine gravierenden Indiskretionen be-

gangen worden, obwohl natürlich die unangenehme Tatsache bestehen bleibt, dass bei der gegenwärtigen Lage der Dinge jede Erörterung der Danziger Frage in der Öffentlichkeit heftig diskutiert wird.»

«Die hiesigen Delegierten haben mich sämtlich in der vergangenen Woche aufgesucht, nachdem sie anscheinend von ihren Regierungen angewiesen worden sind, über Ihren Besuch bei Hitler Bericht zu erstatten. Ich fühlte mich nicht berufen, ihnen viel mehr als die beiden wesentlichen Punkte mitzuteilen: a) dass Ihr Besuch ohne Frage auf die Initiative des Führers und nicht auf die Ihre erfolgte; b) dass dabei kein neuer Plan oder eine neue Lösung der Danziger Frage in Vorschlag gekommen ist. Da diese Punkte ziemlich vollständig sind, hat das genügt, den Nachrichten hunger der ständigen Delegierten zu befriedigen.»

«Ich habe versprochen, dem schwedischen Gesandten in Bern, wenn er nach Genf kommen kann, mehr darüber zu berichten. (Es handelt sich um Herrn Beck-Friis, der, ehe er nach Bern kam, Chef des Aussenamtes in Stockholm war.) Ich halte ihn für durchaus zuverlässig, und Makins sagte mir, dass man die schwedische Regierung durch den Gesandten in London auf dem Laufenden gehalten hat.»

«Es erscheint mir ganz zwecklos, mich zu der Lage zu äussern, die sich, wenn Sie diesen Brief erhalten haben werden, vielleicht weiterentwickelt hat. Mir scheinen sich zwei gegensätzliche Strömungen abzuzeichnen – auf der einen Seite eine wachsende Spannung an den Grenzen durch provozierende Propaganda usw. und auf der anderen Seite eine zunehmende Abneigung unter den Deutschen gegen einen allgemeinen Krieg. Welche von beiden aber wird überwiegen?»

«P.S.: Das partielle Wiederaufleben der echten Funktionen des Hohen Kommissars ist besonders interessant. (Ich weiss nicht, ob es verstiegen ist, dieses mit dem partiellen Wiederaufleben kollektiver Sicherheit seit der Annexion der Tschechoslowakei zu vergleichen.) Worte wie ‚die Westerplatte‘ wieder auftauchen zu sehen, erinnert ganz an alte Zeiten.»

Von dem erwähnten Misstrauen Oberst Becks sollte später Graf Szembek in seinen Memoiren²⁷ sprechen und sagen, der polnische Aussenminister habe mich für einen englisch-französischen Agenten gehalten, was der Auffassung die Waage hält, ich hätte mich mit dem Nationalsozialismus und seinen Vertretern zu weitgehend eingelassen. Derartige Äusserungen der Ungeduld im einen oder andern Sinne werden immer diejenigen treffen, denen die undankbare Rolle der Vermittlung zu-

fällt. Im Ganzen gesehen darf ich dankbar sein für die Objektivität, mit welcher meine Tätigkeit beurteilt wurde. Viel später erst, aus der Perspektive des Nachkriegs, wurden aus dem Zusammenhang gerissene, zum Teil absurde «Dokumente», die von sehr unzuverlässigen* Danziger Persönlichkeiten herstammten, zur historischen Aufhellung jener Episode wahllos, zum Teil auch tendenziös zitiert, wobei es unterlassen wurde, die ganzen Akten zum Vergleich heranzuziehen und die noch lebenden Zeugen der Vorgänge zu befragen.

Als ich von Basel nach Danzig zurückkehrte, blieb mir keine Hoffnung mehr. Diesmal erschien mir der Kriegsausbruch völlig unvermeidlich. Meine polnischen Freunde waren der Ansicht, Hitlers Aufforderung an mich, ihn aufzusuchen und sodann das ganze lange Gespräch, in welchem er mir vielerlei und trotz einer unzweifelhaften Methode Widersprechendes mitgeteilt hatte, hätten, unter vielem andern, vor allem eine taktische Vorkehrung bedeutet, um noch Zeit für den strategischen Aufmarsch im Westen wie im Osten zu gewinnen. Dieser Auffassung würde ich auch heute nicht einseitig zustimmen. Weizsäcker sollte mir kurz nach Kriegsausbruch sagen: «In jenen Augusttagen hatte Hitler plötzlich Angst, gerne hätte er noch den Kopf aus der Schlinge gezogen.» Das eine, die taktische Nebenabsicht, schliesst das andere nicht aus, aber die Mitteilungen, die der Kanzler mir machte, sind aus taktischer Absicht allein nicht zu erklären, er sagte auch damals in seinem Adlerhorst, wie immer, nicht, was er sagen wollte, sondern, was er sagen musste, dasjenige nämlich, was er zu tun und gleichzeitig zu erleiden sich gezwungen fühlte. Man hat wohl allzuviel seine sich sukzessive immer wieder scheinbar aufhebenden Aussprüche auf ihren Gehalt an Hinterlist hin analysiert, anstatt sie für das zu nehmen, was sie waren, nämlich ein unkontrolliertes Geständnis von Zwangsvorstellungen, je nach den Stimmungen des Sprechenden anders gefärbt und verschieden in der Tonlage.

In den letzten 14 Tagen meines Aufenthaltes in Danzig bestanden die äusserlich auffallenden Episoden darin, dass am Abend des 26. August gegen halb neun Uhr abends Minister Chodacki bei mir erschien und

* Vgl. Schreiben Botschafter Baron de la Tournelle an CJB vom 29.9.1953:... «Diese Wiedergabe in einer offiziellen Publikation von Dokumenten, die Sie betreffen und die der Korrespondenz eminent verdächtiger Leute entnommen sind, ist in der Tat äusserst tendenziös.»

mich beschwor, meine Frau noch in der Nacht im Wagen nach Berlin zu bringen, die Kampfhandlungen könnten jeden Tag einsetzen, die Stadt könne bombardiert werden, und es sei ihm unmöglich, die Verantwortung für das weitere Verbleiben von Frauen und Kindern zu übernehmen. Diesem freundschaftlichen Verhalten des polnischen Vertreters darf ich hohe Anerkennung zollen.

Zu allerletzt, vor dem Abschluss meiner Mission, ereignete sich noch einer jener ominösen Flottenbesuche, wie sie innerhalb eines unsinnig ausgetüftelten Protokolls immer wieder zu Komplikationen geführt hatten. Der deutsche Kreuzer «Schleswig-Holstein» machte vor der Westerplatte fest. Der Kommandant stattete mir mit seinen Offizieren den obligaten Besuch ab. Ich liess meinerseits die vorgesehenen üblichen Einladungen ergehen, zu denen ich die Vertreter des Senats und Mitglieder des Konsularkorps einlud. Es war nicht während meines Gegenbesuches an Bord des Kreuzers, sondern bei dem Empfang in meinem Hause, dass der Kommandant des Kriegsschiffes mir plötzlich mit einem verstörten Gesichtsausdruck anvertraute: «Ich habe einen furchtbaren Auftrag, den ich vor meinem Gewissen nicht verantworten kann.» Wäre dieses Geständnis bekannt geworden, so ist es anzunehmen, dass dieser Offizier zum Tode durch Erschiessen als Hochverräter wäre verurteilt worden. Am ersten September ist er aber seinem Befehl in den frühen Morgenstunden nachgekommen und hat die Breitseiten seines Kreuzers auf die Westerplatte abgeben lassen.

Am 23. August hatte Forster sich zum Staatsoberhaupt von Danzig erklärt. Während es bei Schiffsbesuchen üblich gewesen war, dass der Senat den ersten Empfang gebe, lud diesmal der Gauleiter zu einem prunkvollen Essen in das schöne Danziger Rathaus ein. Ich lehnte seine Einladung ab. Der Gauleiter soll darüber, wie mir berichtet wurde, in grossen Zorn geraten sein. Der amerikanische Generalkonsul, ein Mann von Geist und Initiative, namens Kuykendall, lud mich zur selben Stunde, für denselben Tag wie der Gauleiter, zu sich in sein Generalkonsulat. Ihm sagte ich zu. Wie ich später hörte, hat dieser Amerikaner, um für die allerletzte Runde entspannend zu wirken, dem Gauleiter sagen lassen, ich hätte unmöglich an der Feier im Rathaus teilnehmen können, da ich ihm, dem Vertreter der Vereinigten Staaten, seit langer Zeit bereits meine Annahme seiner Einladung mitgeteilt hätte. Es handelte sich um eine spontane und originelle Hilfeleistung.

Nach der «Machtübernahme» durch den Gauleiter lief Greiser wie ein gebrochener Mann herum.

Wir sprachen davon, als am 31. August der ausgezeichnete englische Vertreter F. Shepherd bei mir zu Abend ass. Er meinte, Greiser würde entschädigt werden, und er behielt nur allzu recht. Wir hörten nach Tisch die letzten Nachrichten und erzählten uns gegenseitig, wie wir die letzten Tage mit dem Verbrennen von Berichten und privaten Aufzeichnungen verbracht hatten. Shepherd verliess mich um 10½ Uhr. Um elf Uhr war ich allein im Hause noch wach, als an der inneren Haustür laut geläutet wurde, die äussere Tür war augenscheinlich mit einem Schlüssel von der Anfahrt aus geöffnet worden. Niemand von der Dienerschaft zeigte sich. Auf das zweite heftige Klingelzeichen hin öffnete ich selbst, zwei Männer drangen ein, die sich barsch als Vertreter der geheimen Staatspolizei auswiesen. Sie erklärten mir, ich dürfte das Haus nicht verlassen, die Telefonleitung sei unterbrochen, und ich hätte mich bereit zu halten, noch in der Nacht den Gauleiter zu empfangen, der mir eine wichtige Mitteilung zu machen habe. Ich erwiderte, dass ich mich nun zurückzöge, um zu schlafen, den Gauleiter würde ich am nächsten Morgen sehen. Geweckt wurde ich um 4 Uhr morgens durch die ersten Explosionen des Zweiten Weltkriegs, die Stukas jagten über die Stadt, es wurde neben meinem Haus die kleine polnische Besatzung des Bahnhofes niederkämpft, man kämpfte um das polnische Generalkommissariat, die schweren Schiffsgeschütze der «Schleswig-Holstein» gaben ihre Salven auf die Westerplatte ab.

Der Gauleiter erschien punkt 8 Uhr früh mit grossem Gefolge. Er eröffnete mir in einer kurzen Rede, «ich sei der Vertreter des Versailler Vertrags», den Versailler Vertrag habe der Führer zerrissen, in zwei Stunden würde die Hakenkreuzfahne auf der Residenz der gewesenen Hohen Kommissare aufgezogen werden, die polnischen Vertreter seien alle verhaftet, ich hätte das Territorium innerhalb von zwei Stunden zu verlassen. Ich antwortete, indem ich einen kurzen Protest formulierte, worauf der Gauleiter mir plötzlich erklärte: «Persönlich habe ich nichts gegen Sie», was der Situation eine ganz bestimmte Lächerlichkeit verlieh. Ich drehte ihm den Rücken, setzte mich ans Steuer meines Wagens und fuhr, gefolgt von einem Polizeiwagen, den ich schon vor der Weichselfähre verlor, über Königsberg nach Kaunas. In Kaunas ass ich am

nächsten Tag beim englischen Gesandten, Mr. Preston*, zu Mittag. Als wir bei Tisch sassen, brachte man ihm ein Telegramm, er las und reichte es mir weiter. Es enthielt nur die Worte: «War one Halifax.»**

Einen Tag später sass ich mit dem lettischen Aussenminister Münters in Riga im Offiziersklub. Münters sagte mir wörtlich das gleiche, was der polnische Staatspräsident Moscicki mir im Beginn des Jahres 1937 erklärt hatte, nämlich: «Wir fürchten nichts, Russland wird nicht erlauben, dass Deutschland uns anrührt, Deutschland wird Russland daran hindern, uns etwas zu tun.» Drei Wochen später überliess das Deutsche Reich die baltischen Länder den Sowjets, Münters, ein begabter, junger Politiker wurde deportiert, und Hitler führte die deutschen Balten zur Umsiedlung in die noch warmen Häuser vertriebener Polen.

Von jetzt an sah der Westen nur den einen Gegner: Deutschland. Auf beiden Seiten der Fronten des Zweiten Weltkriegs wurden grösste menschliche Leistungen, höchste Taten des Muts und der Treue vollbracht, gleichzeitig wurden Verbrechen begangen, deren Grauen in der Erinnerung der Menschen unaustilgbar vorhanden sein wird als unheimliches Mahnmal. Während der Jahre des Kampfes und über den Kampf hinaus hat man nicht begriffen, dass hinter der Episode des Nationalsozialismus die eigentliche Entscheidung erst einsetzte.

* Vgl. Brit. Doc. Bd. VII, Nr. 714. – Thomas Hildebrand Preston (geb. 1886), brit. Diplomat und Komponist.

** Was besagen sollte: Krieg Nr. I, noch nicht mit Italien.

Anhang

Brief des Gesandten Preston an C.J. Burckhardt

British Legation
Kowno, 4th September 1939

My dear Professor Burckhardt,

I have much pleasure in conveying to you the following personal message from His Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs:

«On your enforced departure from Danzig I would like you to know of the admiration with which I have viewed your persistent efforts, in face of overwhelming obstacles, to resolve the differences between Danzig and Poland and to preserve peace.»

Viscount Halifax has instructed me to say that he would be grateful for exact particulars of your future movements.

Believe me,
Yours very truly
sig.: Preston

Brief Ernst von Weizsäcker vom 7. September 1939

Sehr verehrter, lieber Herr Burckhardt!

Die mir zufallende Aufgabe, Ihnen bei Abschluss Ihrer Tätigkeit als Hoher Kommissar in Danzig von deutscher Seite den wärmsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen, erfülle ich umso lieber, als ich weiss, von welchem hohen Gesichtspunkte aus Sie das Erdenkliche getan haben, um nicht nur lokale Reibungen und Schwierigkeiten im Bereiche Ihrer Aufgabe als Hoher Kommissar zu beseitigen. Sie haben vielmehr darüber hinaus Ihre ganze Tätigkeit darauf eingestellt, zu versuchen, dasjenige Ereignis zu verhindern, was nunmehr zur Tatsache geworden ist. Diese Wendung zum kriegerischen Austrag wird Ihre geschichtliche Rolle in keinem anderen Lichte erscheinen lassen als demjenigen, dass es dem Einzelnen versagt bleiben mag, gegen höhere Gewalten aufzukommen. Das Ethos seiner Tätigkeit leidet darunter nicht, wird vielmehr nur noch gehoben.

Persönlich habe ich den dringenden Wunsch, Sie in nicht zu ferner Zeit einmal wiederzusehen und Ihnen die Hand zu drücken. Es mag sein, dass

Ihre Stellung im Roten Kreuz mir dieses Glück verschafft.
Inzwischen verbleibe ich Ihr Ihnen in Treue ergebener
sig. Weizsäcker

Memorandum des Berichterstatters und Präsidenten des Dreierkomitees, Lord Halifax, vom 14. Februar 1940, bei Überreichung des offiziellen Berichtes des Hohen Kommissars des Völkerbundes

As Rapporteur to the Council for Danzig questions, I circulate to my colleagues a report submitted to me by M. Carl Burckhardt, High Commissioner for the League of Nations in Danzig, covering his period of office in the Free City, as well as the texts of letters exchanged between M. Burckhardt and the Secretary-General concerning the termination of M. Burckhardt's mission.

3. I wish to take this opportunity of drawing the Council's attention to the remarkable ability with which, in exceptionally difficult circumstances, M. Burckhardt discharged his duties as the representative of the League in Danzig. He neglected no opportunity and left no means untried of fulfilling his mission in the Free City and thereby of making a contribution to the maintenance of peace.

Schreiben des Britischen Botschafters in Bern, Sir David Kelly, an den Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements vom 20. 2.1940

Monsieur le Conseiller Fédéral,

Your Excellency will recall that Monsieur Burckhardt, the High Commissioner for the League of Nations at Danzig since 1937, recently resigned his office after submitting a report on his Mission to the Council of the League. As Rapporteur to the Council for Danzig questions, His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs was in close contact with Monsieur Burckhardt throughout his appointment and he has now instructed me to inform the Federal Government how greatly he appreciated the work which Monsieur Burckhardt performed in Danzig.

Monsieur Burckhardt, writes Lord Halifax, showed great diplomatic skill in an extremely difficult situation and did his utmost not only to fulfil his Mission in Danzig but also to employ his influence for the maintenance of peace in Eastern Europe. Lord Halifax adds that he form-

ed the highest opinion of Monsieur Burckhardt's character and attainments and trusts that they will always find the scope and the opportunity which they deserve.

I should be most grateful, Monsieur le Conseiller Fédéral, if I might avail myself of your good offices for the conveyance of this message to its destination.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Monsieur le Conseiller Fédéral, the assurance of my highest consideration.

sig. David V. Kelly

M. Alphand, Botschafter in Bern, sprach den Dank der Französischen Regierung in einem Schreiben vom 19. Februar 1940 an den Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements aus.

Anmerkungen

Einleitung

1. Vgl. zum Folgenden: Hans Roos: «Polen und Europa – Studien zur polnischen Aussenpolitik 1931-1939», Tübingen, 1957.

2. André François-Poncet: «Souvenirs d'une Ambassade à Berlin, Septembre 1931-Octobre 1938», Paris, 1946, S. 241f.

I Streiflichter zum Danziger Problem

1. Vgl. zum Folgenden: Ludwig Denne: «Das Danzig-Problem in der deutschen Aussenpolitik 1934-1939», Bonn, 1959.
2. Journal Officiel de la République Française, Paris. Chambre des Députés. Compte rendu de la 189e séance, 4.9.1919.
3. Beck, Józef: «Dernier rapport. Politique polonaise 1926-1939», S. 13, Neuchâtel, 1951.
4. Beck, Józef, a. a. O. S. 14.
5. Die Kompetenzen des Hohen Kommissars wurden in einer Reihe von Beschlüssen des Völkerbundsrates festgesetzt. Vgl. Rés. du Conseil du 11.2.1920, P. V. C. II, 2^e séance, p. 8., et Ann. 2; Rés. du Conseil du 17.11.1920, P. V. C. XI, p. 7; Rés. du Conseil du 1.2.1923, P. V. C. XXIII, Ann. 409; Rés. du Conseil du 7.7.1923, P. V. C. XXV, p. 927; Rés. du Conseil du 13.3.1925, P. V. C. XXXIII, p. 468; Rés. du Conseil du 10.6. 1925, P. V. C. XXXIV, Ann. 771; Rés. du Conseil du 11.6.1925, P. V. C. XXXIV, p. 1880; Rés. du Conseil du 12.12.1925, P. V. C. XXXVII, p. 1630; Rés. du Conseil du 29.5.1937, P. V. C. XCVIIe, p. 337.

Eine, deutsche Aktsammlung enthält genaue Angaben über die Geschichte der Völkerbunds Vertretung in der Freien Stadt «*Danzig vor dem Völkerbund*», Bd. I-VIIa «*Verhandlungsberichte und amtliche Schriftstücke betreffend Danziger Fragen, die während der I-LXXXVI. Tagung des Rates des Völkerbundes vom Januar 1920 bis Mai 1935 erörtert wurden*». Zusammengestellt und übersetzt beim Senat der Freien Stadt Danzig 1922-1936. Manuskript. (UNO-Bibl. Genf 943.12 D 197.) Sowie «*Ville libre de Dantzig*, Manuel des questions dantziennes élaboré par Helmer Rosting et Vladimir Miselj de la Section des Commissions administratives du Secrétariat». Genève, janvier 1926. (UNO-Bibl. Genf, 943. 12 R 839.)

6. Coulondre, Robert: «De Staline à Hitler, Souvenirs de deux Ambassades 1936-1939», S. 260. Paris 1950.
7. Heinrich Sahn: «Erinnerungen aus meinen Danziger Jahren 1919-1930», Marburg/Lahn 1953, S. 92.
8. Vgl. A. Forster: «Das nationalsozialistische Gewissen in Danzig», S. 252ff., Danzig 1936.
9. H. Rauschnig: «Gespräche mit Hitler», Zürich 1940, S. 76 f.
10. Hermann Rauschnig: «Die Revolution des Nihilismus – Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich.» Zürich, 1938.
11. «Berliner Tagblatt», 29. Mai 1933.
12. Vgl. Ludwig Denne, a. a. O.
13. H. Rauschnig: «Die konservative Revolution», New York 1941, Seite 24-35.

III Meine Ernennung auf den Danziger Posten

1. Vgl. Procès-verbal de la 96ème session du Conseil tenue à Genève du jeudi 21 au mercredi 27 janvier 1937, annexe 1648 C 89 1937/ VII, rapport du gouvernement polonais sur l'exécution du mandat qui lui a été confié par le Conseil le 5 octobre 1936 (voir journal officiel novembre 1936, pg. 1191), Genève, le 26 janvier 1937.
2. Vgl. Szembek: «Journal 1933-1939», vorn 30.9. und 7.10.1936, S. 206-209, Paris, 1952.
3. Wilhelmstrassenprozess – Weizsäcker, Dokumentenbuch 4 A der Anklage, Exhibit Nr. 132, Dokument NG – 1998.
4. Erhaltene Aufzeichnung, vgl. auch Ludwig Denne, a. a. O.
5. Société des Nations Archives 1933-1940, DANZIG: Registry No. 2 B/28026/1579. High Commissioner Services and appointment of Mr. Carl Burckhardt.
6. Société des Nations Archives 1933-1940, DANZIG: Registry No. 2 B/28026/1579.
7. Société des Nations, Journal Officiel, XVIIIe année, No. 2, Février 1937. Procès-verbal de la quatre-vingt-seizième session du Conseil, S. 113.
8. Vgl. Brief CJB an F. Walters: Société des Nations, Archives – Political Sect, of the Secretariat. Correspondence between the Danzig High Commissioner and Mr. Walters (February, 1937, to July, 1939).
9. Zu den Warschauer Gesprächen vgl. Aufzeichnung des Verfassers vom 8. 3. 1937, SdNA.
10. Cannes, Grand Hôtel, 22.3.1937, CJB an Walters, SdNA.

IV Gleichschaltung

1. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D (1937-1945) Bd. V. Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten,

- Juni 1937-März 1939, Baden-Baden, 1953, Nr. 669, Anm. 3, S. 794.
2. Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig für 1933, Nr. 33, S. 273, ausgegeben am 26. Juni 1933.
 3. Vgl. Brief an Avenol vom 25. Mai, SdNA.
 4. Bericht CJB an den Generalsekretär des Völkerbundes, J. Avenol, vom 29.6.1937, SdNA.
 5. Vgl. Bericht des Kriminalrates Class vom 31.8.1937 Archiv CJB.
 6. Dieser Bericht, noch in Berlin geschrieben (20.9.1937), den ich auf sicherem Wege direkt an den Präsidenten des Dreierkomitees schickte, und von dem weder ich selbst, noch das Völkerbundsarchiv in der UNO in Genf eine Kopie besitzen, wurde mir abschriftlich in zuvorkommender Weise von Sir C. Parrott, dem Archivar des Foreign Office, am 9.4.1958 zur Verfügung gestellt.
 7. Szembek, «Journal 1933-1939», S. 252/253; 15 novembre 1937: «(Gwiazdowski) considère que ces chicanes ont une très grande importance, car, abstraction faite de la question juive, les procédés des autorités dantziçoises atteignent d'une façon très sensible les intérêts du commerce polonais dans la Ville Libre.»
 8. The Earl of Halifax: «Fulness of days», S. 191, London 1957.
 9. Bericht CJB an F. Walters vorn 16.7.1937, SdNA.
 10. Brief CJB an F. Walters vorn 16.7.1937, SdNA.
 11. Vgl. Bericht von CJB an Avenol vorn 12.11.1937, SdNA.

V Die Sudetenkrise

1. Vgl. Bericht CJB an F. Walters, SdNA.
2. Adolf Hitler: «Mein Kampf», Seite 742, München, 1933.
3. Jean Szembek: «Journal 1933-1939», 23.3.1938, Seite 298, Paris, 1952.
4. Georges Bonnet: «De Washington au Quai d'Orsay», Seite 133, Genf, 1946.
5. Szembek «Journal 1933-1939», Seite 311; Zeitschrift Osteuropa, Königsberg 13, 1937-1938, Seite 622.
6. Vgl.: Diana Cooper: «The Light of Common Day», S. 228. London, 1959.
7. Recueil de textes de droit international von W. Kulski und M. Potulicki, Warschau, 1939, «Wepolczesna Europa», S. 278f.
8. Vgl. meinen Bericht an J. Avenol vom 8.7.1937, SdNA.
9. AD AP, Bd. V, S. 56.
10. Documents on British foreign policy 1919-1939, Third Series, Bd. I, Anhang V. S. 653 ff.
11. ADAP, Bd. II, Nr. 307.
12. Vgl. Bericht Jansons, Deutscher Generalkonsul in Danzig an das Auswärtige Amt vorn 18.7.1938 (vertraulich Nr. IG 874), eingetref-

- fen am 20.7.1938 Pol. V. 5646. (Documents on German Foreign Policy 1918-1945, London, 1953, Series D [1937-1939], Bd. V.)
13. Dokument Nr. 410, S. 5290». Vermerk des Leiters der Auswärtigen Abteilung des Senats der Freien Stadt Danzig, Staatsrat Böttcher: «1. Randbemerkung in der Handschrift von Weizsäcker: Dem Herrn Reichsminister vorgetragen. R.M. ist der Ansicht, dass eine gewisse Einschüchterung der Gegenseite auch ihr Gutes habe z. d. A. (Weizsäcker) 5.9.
Aus AD AP, Bd. II.
Vgl. auch Dokument Nr. 416, S. 537: Aufzeichnung des Senatspräsidenten der Freien Stadt Danzig, Greiser, vom 1.9.1938. Diese Aufzeichnung beginnt mit Alinea 2, das erste Alinea ist von Böttcher. Abgesehen von den sentimental Tönen, ist Greisers Bericht sachlich richtig.
Greiser: «Weiterhin richtete ich an Herrn Burckhardt die Frage, ob er freiwillig oder auf Befragen Lord Halifax, den er doch bei der jetzigen Völkerbundstagung in Genf sehen würde, orientieren würde. Herr Burckhardt antwortete, dass er sich Lord Halifax als dem Vorsitzenden des Dreierkomitees für Danziger Fragen besonders verpflichtet fühle und aus diesem Gefühl heraus auf Befragen offen und ehrlich Rede und Antwort stehen werde.»
14. Vgl. meine Briefe vom 4. und 8.10.1938 an Avenol, SdNA.
15. Ernst von Weizsäcker, «Erinnerungen», Seite 176, München-Leipzig, Freiburg i. Br. 1950.
16. Brit. Doc. Bd. II, Seite 689/92.

VI Der antisemitische Terror

1. Aus: Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig für 1938.
2. Documents on German Foreign Policy, Series D., Bd. V., S. 118.
3. Nazi Conspiracy and Aggression (Washington 1946), I, S. 135 f.
4. Fischer Bücherei, Band 198, Seite 36.
5. CJB an F. Walters, 20.12.1938, SdNA und Brit. Doc. Bd. III, Anhang 6, S. 657.
6. AD AP, Bd. V, Nr. 45, S. 50-52.
7. AD AP, Bd. V, Nr. 73, S. 80.
8. AD AP, Bd. V, Nr. 677, Anlage 1, S. 804.
9. AD AP, Bd. V, Nr. 677, Anlage 2, S. 804/806.
10. Die ursprüngliche Fassung dieses Schreibens (in den Akten des Generalkonsulats Danzig aufgefunden 7248/E 532025-030) trägt folgenden handschriftl. Vermerk: Nach Verabredung mit dem Hohen Kommissar in Kleinigkeiten geändert und am 11.1.1939 übergeben, 11.1.1939 (Böttcher). Hier noch folgenden Satz: Im Übrigen ist auch in der Verfassung der Begriff und der Schutz einer Rasse unbekannt.

VII Der polnische Konflikt

1. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 197.
2. Polnisches Weissbuch Nr. 44. Basel, 1940.
3. Vgl. Weissbuch der Polnischen Regierung, Nr. 33.
4. Vgl. Weissbuch der Polnischen Regierung, Nr. 34.
5. Weissbuch der Polnischen Regierung, Nr. 36.
6. Weissbuch der Polnischen Regierung, Nr. 45.
7. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 198.
8. Weissbuch der Polnischen Regierung, Nr. 46.
9. Vgl. Michael Freund, «Der Weg zum Kriege 1938-1939», Nr. 140. Freiburg i. Br., 1953.
10. Vgl. Brit. Doc. Bd. III, Nr. 538 (Bericht von Butler) und Nr. 539.
11. Brit. Doc. Bd. III, Nr. 540.
12. Vgl. Brit. Doc. Bd. III, Nr. 411, S. 402.
13. Brit. Doc. Bd. III, Beilage Nr. 514.
14. Brit. Doc. Bd. III, Nr. 556, Beilage 2.
15. Vgl. AD AP, Bd. V, Nr. 131.
16. Brit. Doc. Bd. IV, Nr. 419.
17. Vgl. SdN Bibl. MSS. Collection 2 B-28026/1579.
18. Brit. Doc. Bd. V, Anhang I, S. 804/805.
19. Brit. Doc. Bd. V, Nr. 631 – Vgl. Grégoire Gafenco, «Derniers jours de l'Europe – Un voyage diplomatique en 1939». Fribourg 1947.
20. Brit. Doc. Bd. VI, Nr. 36: Memorandum von R. Makins. Einen weiteren Bericht über diese Reise übersandte der Vertreter des französischen Aussenministers, Arnal, am 23.6. dem Präsidenten des Dreierkomitees; Brit. Doc. Bd. VI, Anhang II (ii), S. 724fr. Ein Vergleich beider Fassungen mit den eigenen Aufzeichnungen des Verfassers ist aufschlussreich wegen verschiedener für die spezielle Perspektive des jeweiligen Berichterstatters charakteristischen Abweichungen.
21. Vgl. auch Brit. Doc. Bd. VI, Anhang II, Seite 721.
22. Brit. Doc. Bd. VI, Anhang II, (iii), S. 728 fr.
23. Brit. Doc. Bd. VI, Anhang II (IV), Seite 732fr.
24. Brit. Doc. Bd. VI, Nr. 659.
25. Der französisch redigierte Text erschien in den Memoiren Georges Bonnets: «Fin d'une Europe», Genève, 1948.
26. Brit. Doc. Bd. VI, Nr. 659, Anhang 2 b.
27. Graf Jean Szembek: «Journal 1933-1939», Paris, 1952, Seite 487.

Personenregister

- Adomat, Franz 89
Alphand, Hervé 281
Amal, Pierre 212 f., 217, 221, 264, 271 f.
Attolico, Bernardo 170, 228-231, 233 f., 236
Avenol, Joseph 69, 86, 93 f., 99, 105, 108,
115 f., 182 f., 221, 242, 257, 260
- Bach, Johann Sebastian 179
Badoglio, Pietro 129
Balbo, Italo 144, 173
Balfour, Lord Arthur 129
Ballin, Albert 179
Barthou, Jean-Louis 18, 20-22
Beck, Józef 16 f., 21, 24, 27, 30, 43, 50, 72
f., 75, 80, 110, 140 f., 147-157, 159, 162,
166, 189, 199, 208-210, 212, 217, 219,
224 f., 229, 235, 241, 262 f., 265, 273
Beck, Ludwig 139, 169 f., 172, 232
Beck-Friis, Johan Hugo 274
Benesch, Eduard 16, 130, 132, 149-151, 157,
209, 216
Berent, Ernst 117
Beyl 121, 254
Bismarck, Otto von 14, 134
Blavier, Curt 89
Bleichröder 179
Blomberg, Werner von 145
Blum, Léon 137
Bonnet, Georges 148, 150, 174, 187, 215,
221, 263, f.
Bormann, Martin 34
Böttcher, Victor 111, 116, 164-167, 191,
247 f., 250
Brauchitsch, Walter von 146, 171
Briand, Aristide 13, 16
Brill, Arthur 88, 95 f.,
Brill, Frau 88
Brost, Erich 88 f.
Brüning, Heinrich 26 f., 47
Buday 148
Bülow, Bernhard Wilhelm von 20
Bürckel, Josef 128
Burckhardt, Elisabeth 71, 164 f., 275
Butler, Richard Austin 212
- Cadogan, Sir Alexander 160, 222
Cambon 229
- Canaris, Wilhelm 169
Chamberlain, Houston Stewart 181
Chamberlain, Sir Neville 135, 169, 174, 176
f., 228, 271 f.
Chodacki, Marjan 71, 80, 94, 105, 110, 112,
116, 127, 141, 148, 152 f., 161, 164 f.,
217, 246-248, 251, 254-256, 263, 265,
273, 275
Churchill, Sir Winston 42, 71, 139, 160
Chvalkovsky, Frantisek Karel 217
Ciano di Cortelazzo, Galeazzo Graf 227, 262
Clemenceau, Georges 129, 131
Coburg, Carl Eduard, Herzog von 54, 57
Cooper, Lady Diana 162
Cooper, Duff, Lord Norwich 156, 162 f.
Coulondre, Robert 25, 134
Cromwell, Oliver 100, 103
- Daladier, Edouard 135, 174, 176
Daré, Richard Walther 115
Delbos, Yvon 70 f., 75, 113
Derby, Lord 227
Dirksen, Herbert von 160
Dollfuss, Engelbert 53, 125
Draudt, Paul 53
- Eden, Sir Anthony 42 f., 70 f., 75, 83, 98 f.,
109, 115
- Fabrycy 248
Foch, Ferdinand 10, 190
Formell 88, 91
Forster, Albert 29, 32, 34 f., 37, 39, 42, 44,
49, 67 f., 76-79, 84, 90, 93, 96-99, 105-
108, 110-112, 115, 119, 121 f., 126-128,
138, 141, 145 f., 159 bis 165, 167 f., 170
f., 176, 183, 186 f., 189 f., 191, 212, 216
f., 220, 236 f., 241-247, 249-251, 255,
257 f., 262 bis 265, 267, 269 f., 272, 276
Fouché, Joseph 232
François-Poncet, André 20
Fritsch, Werner von 145, 232
Froboess, Hellmut 90, 92 f., 192 f., 236 f.
- Gafencu, Gregory 223
Giustiniani, Enrico, Marchese 76, 94

- Goebbels, Joseph 32, 34, 51-53, 87, 110,
126, 142 f., 145, 180, 185, 207, 222, 228,
258 f.
- Goethe, Johann Wolfgang 58
- Goldmann, Nahum 105
- Göring, Hermann 79, 106-108, 115, 117,
144 f., 167 f., 173, 177, 184-187, 189f.,
220, 228, 237, 259
- Goverts, Henry 63
- Gravina, Manfredo, Graf 26 f., 66, 73, 76
Greiser, Arthur 29 f., 34, 39, 43 f., 71, 74,
76-79, 84, 90, 92, 96 f., 99, 105, 111f.,
115 f., 122, 126 f., 138, 146, 162, 164 f.,
167 f., 171, 192 f., 214 f., 220, 243, 246
f., 254, 265, 277
- Grossmann 183, 193
- Grünspan, Herschel 184-186
- Gundolf, Friedrich 53
- Gwiazdowski, Thaddeusz 73, 105, 111f.
- Haber, Fritz 179
- Hacha, Emil 216 f.
- Haig, Douglas 190
- Haking, Sir Richard 31
- Halifax, Edward, Viscount 110, 159, 166 f.,
169, 174, 191, 256, 263 f., 270 f., 278-
281
- Harvey, Oliver 174
- Hassell, Ulrich von 189, 232
- Haubach, Theodor 63
- Heilmann, Georg 59
- Henderson, Sir Nevile 131, 150, 170, 177,
222, 224, 270
- Henlein, Konrad 136 f., 142
- Hess, Rudolf 37
- Hewel, Walter 200
- Heydrich, Reinhard 54-58, 184 f.
- Himmler, Heinrich 34, 56, 62, 90, 93, 123 f.,
145, 171, 185, 228, 243, 258
- Hindenburg, Paul von 22
- Hitler, Adolf 18, 20, 22, 28 f., 32-39, 43, 45
f., 49 f., 55, 62, 64-69, 74, 76, 78 f., 84-
88, 91, 96-104, 106 f., 109 f., 115, 118-
121, 124-128, 131, 133-137, 140-145,
147, 150 f., 153-157, 159 bis 162, 164,
169 f., 172-178, 180 f., 184 f., 187, 191,
199, 202 f., 205, 207f., 210-212, 216 f.,
219 f., 222-229, 233, 237, 239-242, 244,
250, 255
- Hore-Belisha, Leslie 160
- Horthy de Nagybanya, Miklos von 172
- Huber, Max 53
- Huth, Wilhelm 253 f.
- Ironside, William Edmund 271
- Ishii, Viscount 33
- Janson, Martin von 220
- Kampe 116 f.
- Keitel, Wilhelm 137, 173
- Kelly, Sir David 280 f.
- Kennard, Sir Howard 150
- Kerri, Hans 34
- Keyserlingk, Heinrich, Graf 82
- King-Hall, Stephen 258
- Kirkpatrick, Sir Ivon Augustine 222-224
- Klages, Ludwig 181
- Kleist, Heinrich von 55
- Koch, Erich 127, 187, 189 f., 237-240,
242, 244, 257
- Komarnicki, Tytus 177, 273
- Kordt, Erich 169
- Kordt, Theo 169
- Krabbe, Louis 183
- Kruppke, Johannes 88
- Küchler, Georg von 173
- Künstler, Ernst 42
- Kuykendall 276
- Kwiatkowski, Eugeniusz 149
- Lalicki, Stefan 73
- Lambert, Pierre 218
- Lammers, Heinrich 62
- Leonhard, Leo 42
- Lester, Sean 29 f., 43 f., 49 f., 64-66, 68,
70, 83, 88, 91
- Leuschner, Wilhelm 63
- Ley, Robert 143, 145
- Lichtenberg, Bernhard 186
- Liddell Hart, Basil Henry 190
- Lidtke, Anna 94
- Lidtke, Ottilie 94
- Lipski, Jozef 17, 127, 149, 199-201, 204,
207-209, 219 f., 228 f., 234
- Litwinow, Maksim 13, 18, 20 f., 212, 273
- Lloyd George, David 23, 101, 266
- Loritz 59-62
- Lukasiewicz, Juljusz 148, 15e
- Mackensen, August von 71
- Makins, Roger 191, 221, 224, 235 f., 257,
259 f., 264, 271 f., 274

- Malcolm, Sir Neill 197
 Masaryk, Thomas 16, 130, 132
 Massigli, René 69
 Meissner, Otto 98
 Mendelssohn-Bartholdy, Felix 179
 Mierendorff, Carl 63
 Millerand, Alexandre 158
 Molotow, Wjatscheslaw 273
 Moltke, Hans Adolf von 146, 151, 211, 233
 Montagu, Lady 71
 Moscicki, Ignacy 72 f., 140, 149, 278
 Motta, Giuseppe 52, 66 f., 69, 166 f.
 Mühlstein, Anatol 148
 Münters, Vilhelms 278
 Mussolini, Benito 53, 119-121, 125, 173, 175, 227 f., 240, 243
- Napoleon I. 234, 268
 Nederbragt, J.A. 164
 Neurath, Konstantin von 20 f., 51, 67 f., 75, 110, 119, 139
 Noël, Léon 136, 150, 229
 Northcliffe, Alfred, Viscount 129
- Oldenburg-Januschau, Elard von 47
 Ossietzky, Carl von 60-63, 182
 Osusky, Stefan 148
- Pacelli, Eugenio 127
 Paderewski, Ignaz 158 f.
 Papée, Kasimierz 28, 33
 Papen, Franz von 47, 127
 Paul-Boncour, Joseph 137
 Perkowski, Tadeusz 80, 229, 261 f., 27*
- Pilsudski, Józef 10-19, 22, 27, 36, 43, 101, 132, 141, 148, 155-157, 199, 207
 Poliakow, Vladimir 151
 Posack, Albert 88 f., 91
 Pourtalès, Guy de, Graf 53
 Prati, Giovanni 236
 Preston, Thoms Hildebrand 278 f.
- Raczkiewicz 72
 Randall 220
 Rappard, William 5 2 f.
 Rath, Ernst vom 184
 Rathenau, Walther 179
 Rauschnig, Hermann 32-39, 48, 64, 78 f., 86, 113
- Regulski, Bronislaw 152 f.
 Reichenau, Walter 237
 Renner, Karl 131
 Ribbentrop, Joachim von 108, 119 f., 127 f., 139, 142, 144, 146, 151, 166, 171, 173, 187-189, 199-201, 204, 207 bis 209, 212, 217, 219, 224-228, 233, 239, 241, 247, 249 f., 259, 267, 273
 Robbespierre, Maximilien de 45
 Röhm, Ernst 22,54
 Roman, Antoni 73
 Rosenbaum, Bernhard 117
 Rosting, Helmer 28, 33 f., 66
 Rothfels, Hand 185
 Runciman, Walter, Lord 235
 Rydz-Smigly, Edward 149, 202, 258
- Sahm, Heinrich 25, 138, 189
 Sandler, Richard 70, 113, 212-214, 260, 263
 Schäfer, Carl 163-165
 Schevenels, Walter 95, 96
 Schiller, Friedrich 62
 Schliepp, Martin 187
 Schulenburg, Friedrich Werner, Graf von der 233
 Schuschnigg, Kurt von 125 f.
 Schwerin von Krosigk, Lutz, Graf 167, 171
 Schwerin-Schwandenfeld, Ulrich, Graf 138
 Seeckt, Hans von 12
 Sembat, Marcel 24
 Seyss-Inquart, Arthur 126
 Shepherd, Edward Henry Gerald 191, 193, 214 f., 219
 Shepherd, Sir Francis Michie 263, 277
 Simon, Sir John 20, 42, 212
 Slawik, Juraj 149
 Slawoj-Sladkowski, Felicjan 74, 149
 Smigly-Rydz, s. Rydz-Smigly
 Speichel, Augusto 243
 Stachnick, Richard 88
 Stalin, Józef 13, 273
 Stevenson, Ralph C. Skrine 42, 170, 174
 Strang, William 170
 Strasburger, Henryk 28, 73
 Streicher, Julius 77
 Stresemann, Gustav 8, 13, 16, 47, 131
 Stronski, Stanislaw 149
 Szembek, Jan, Graf 72-75, 84, 274

Talleyrand, Charles Maurice 232
Tamaschke 58-60
Tirpitz, Alfred von 232
Todt, Fritz 64
Tomath, Hermann 89
Töpfer, Karl 88, 91 f., 113
Tournelle, Guy, Baron de la 263, 275
Trotzkij, Lew Dawidowitsch 13
Tuchatschewskij, Michail 203

Vansittard, Sir Robert Gilbert 160
Voldemaras, Augustinas 16

Walters, Frank 71, 75, 83, 94, 104, 110,
113-115, 118, 142-144, 153, 176, 187,
193, 197, 212, 217, 219-221, 224, 235,
259 f., 271, 273
Warner, George 170, 173 f.
Weber, Fritz 89
Weizsäcker, Ernst von 20, 51 f., 64-69, 75
f., 103 f., 106-108, 128, 137-139, 146,
151 f., 161, 168 f., i7of., 174, 189, 192,
210-212, 219 f., 231-234, 250, 275, 279
f.

Weizsäcker, Marianne von 139
Welczek, Johannes, Graf von 184
Westman, Karl Ivan 70, 212, 217
Weygand, Maxime 10
Wiechmann, Hans 88 f., 91-96, 113, 123
Wiechmann, Herta 92, 95
Wiers-Keiser, Willibald 193
Wilhelm II 266
Wilson, Sir Horace 175
Wilson, Woodrow 23, 48
Witzleben, Erwin von 232
Wojkow 13
Wölfflin, Heinrich 69
Wörmann, Ernst 187

York von Wartenburg, Peter, Graf 146

Zaleski, August 27
Zarske, Wilhelm 243
Ziehm, Ernst 31-33, 73, 88



Carl J. Burckhardt

MEINE DANZIGER MISSION

1937-1939

Vollständige Ausgabe
366 Seiten, 4 Karten und Faksimiles.
In Leinen DM 24,-

*Weitere Werke
von Carl J. Burckhardt*

RICHELIEU

Der Aufstieg zur Macht

456 Seiten und 17 Abbildungen. In Leinen DM 24,-
(Der abschließende zweite Band erscheint 1965)

KLEINASIATISCHE REISE

108 Seiten. Kartoniert DM 3,80

EIN VORMITTAG
BEIM BUCHHÄNDLER

56 Seiten mit 4 Tafeln
Kartoniert DM 3,80

VERLAG GEORG D. W. CALLWEY
MÜNCHEN



**Dahinter
steckt
immer
ein
kluger
Kopf**

Warum?

Wer die Frankfurter Allgemeine Zeitung liest, beweist, daß er kritisch denkt. Und er weiß, daß man sich nicht besser und gründlicher informieren kann als durch eine gute Zeitung.

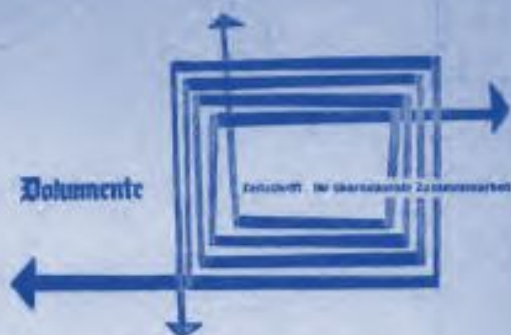
Wissen Sie aber auch, daß Sie ein wertvolles Buch als Prämie erhalten, wenn Sie einen neuen Abonnenten gewinnen? „Chateaubriand“ von Friedrich Sieburg; die Gesammelten Werke Carl Valentins; „Wissenschaft und Weisheit“ von Radakrishnan oder „Die Rote“ von Alfred Andersch — das sind einige der Titel aus unserer Buchliste mit über 200 Werken, unter denen Sie wählen können.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Seit 50 Jahren vermittelt die **FRANKFURTER ILLUSTRIERTE** der ganzen Familie Unterhaltung und Wissen durch ihre politisch-historischen Tatsachenberichte, ihre hochinteressanten Reise- und Forschungsberichte und die vielen anderen, reichbebilderten Beiträge namhafter Autoren. Der ihr eigene, saubere Stil und der vielfältige Inhalt jedes Heftes, stets mit Gehalt und Niveau, machen sie so beliebt. Lesen Sie mit. Gönnen Sie sich wöchentlich diese Freude des Lesens und Schauens.

**Frankfurter
Illustrierte**



Wer das aktuelle Leben Europas

geistig und gesellschaftlich, in seinen Grundlagen und Zusammenhängen verfolgen und verstehen, wer authentisch orientiert sein will, der liest heute die DOKUMENTE. Denn die Redaktion dieser Zeitschrift hat den Ehrgeiz, möglichst gültig zu »dokumentieren«, das heißt: die wirklich Zuständigen, die wissen, was heute in Europa auf dem Spiele steht und gespielt wird, zum Schreiben zu bringen.

International bekannte Autoren

Jacques Fauvet, Matthew A. Fitzsimons, Pierre Vianson-Ponté, Alfred Frisch, Xavier Tilliette, John Lodwick, José Miguel de Azaola, Françoise Mallet-Joris, Ottiero Ottieri, Alfred Simon, Siro Angeli, Alex Matheson Cain, Jean d'Yvoire, Pierre-Henri Simon, Pierre Gallois.

Verlag der Dokumente Köln

Die DOKUMENTE erscheinen jeden zweiten Monat im Umfang von 80 bis 100 Seiten. Der Jahresbezugspreis beträgt DM 12,- zuzüglich Porto. Auf Anforderung übersenden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich ein Probeheft.

FRANKFURTER HEFTE Zeitschrift für Kultur und Politik

Die Frankfurter Hefte glauben an eine Vollendung der Aufklärung – nicht in einem falschen, sondern in einem nüchternen Optimismus – und damit auch an eine Wiederbegegnung der Geister verschiedener Herkunft und verschiedenen Standortes, sofern sie nur echt sind und sich den Glauben bewahrt haben, daß der Mensch die Kraft hat, das Gute als das Richtige anzustreben.

Die Frankfurter Hefte sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Einzelheft DM 3,-; im Abonnement DM 32,-. Schriftleitung und Verlag: Frankfurt am Main, Leipziger Str. 17, Tel. 77 83 09.

Der *Monat*

Begründet von MELVIN J. LASKY

Herausgeber: FRITZ RENE ALLEMANN
und HELLMUT JAESRICH

Das Forum einer offenen Aussprache über die aktuellen Fragen des politischen und geistigen Geschehens. Jedes Heft bringt Aufsätze erster internationaler Autoren, aktuelle Reportagen aus aller Welt, neue Romankapitel und Erzählungen, Kunst- und Literaturkritik.

Zu den Mitarbeitern gehören: THEODOR W. ADORNO
RAYMOND ARON T. S. ELIOT THEODOR ESCHENBURG
MAX HORKHEIMER KARL JASPERS GEORGE F. KENNAN
ARTHUR KOESTLER RICHARD LOWENTHAL HERBERT
LÜTHY SALVADOR DE MADARIAGA GOLD MANN
ARTHUR MILLER DENIS DE ROUGEMONT MAX RYCHNER
HANS SCHOLZ

Einzelpreis DM 2,00 · Jahresabonnement DM 18,00

Redaktion und Verlag:

Berlin-Dahlem · Seeböckler Allee 28

Industriekurier

**Deutschlands einflußreiche
wirtschaftspolitische Zeitung**

führt mitten ins Wirtschaftsleben hinein.
Wer sich über die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des politischen Geschehens gründlich und zuverlässig unterrichten will, liest regelmäßig den

Industriekurier

Becker & Wrietzner Verlag Düsseldorf
Fordern Sie bitte Probeexemplare an

Belletristik
Philosophie
Essays

dtv

das Taschenbuch
für
Anspruchsvolle

- | | | |
|------|-----------------------|---|
| 1 | Heinrich Böll | Irishes Tagebuch |
| 2 | Marguerite Yourcenar | Ich zähmte die Wölfin |
| 3 | Friedrich Sieburg | Nur für Leser |
| 4 | Christian Morgenstern | Palmström – Palma Kunkel |
| ** 5 | Bruce Marshall | Auf Heller und Pfennig |
| 6 | Stefan Andres | Der Knabe im Brunnen |
| ** 7 | Karl Jaspers | Die Atombombe und die Zukunft
des Menschen |
| ** 9 | Romain Gary | Die Wurzeln des Himmels |
| 10 | Eugen Roth | Ernst und heiter |
| 11 | Isaak Babel | Budjonny's Reiterarmee |
| 12 | Oswald Spengler | Jahre der Entscheidung |
| 14 | Enno Littmann | Arabische Märchen |
| 15 | Karl Heinrich Waggerl | Brot |
| **16 | Willi Heinrich | Das geduldige Fleisch |
| 17 | José Ortega y Gasset | Der Mensch und die Leute |
| **19 | Thomas Wolfe | Briefe an die Mutter |
| 20 | Ludwig Thoma | Josef Filzers Briefwexel |
| 21 | Felix Timmermans | Franziskus |
| 22 | Selma Lagerlöf | Nils Holgerssons Abenteuer |
| **23 | Egon Friedell | Aufklärung und Revolution |
| **25 | Andrey Belyj | Petersburg |
| 26 | Henry de Montherlant | Die jungen Mädchen |
| 27 | Georg Bernanos | Die tote Gemeinde |
| **28 | H. A. und E. Frenzel | Daten deutscher Dichtung, Band I |
| 30 | Marek Hlasko | Der achte Tag der Woche |
| 31 | André Gide | Theseus – Prometheus |
| 32 | Charles Morgan | Herausforderung an Venus |
| **33 | Raymond Cartier | Europa erobert Amerika |
| 35 | Ignazio Silone | Das Geheimnis des Luca |
| **36 | Bertolt Brecht | Frühe Stücke |
| 37 | Karl Kraus | Literatur und Lüge |
| 38 | Romano Guardini | Christliches Bewußtsein |
| 40 | Hans Carossa | Der Arzt Gion |
| 41 | R. F. de la Reguera | Schwarze Stiere meines Zorns |

Deutscher
Taschenbuch Verlag
München 13

Normalband DM 2,50
Großband** DM 3,60
Doppelband*** DM 4,80

- | | | |
|---------|---------------------------|--|
| 42 | Otto F. Walter | Der Stumme |
| 43 | François Villon | Lasterhafte Balladen und Lieder |
| 45 | Rainer Maria Rilke | Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge |
| **46 | Boris Pilnjak | Maschinen und Wölfe |
| 47 | Wilhelm Gundert (Hrsg.) | Lyrik des Ostens: China |
| 48 | Sternberger/Storz/Süskind | Aus dem Wörterbuch des Unmenschen |
| 51 | Valery Larbaud | A. O. Barnabooth (Juni 1962) |
| 52 | Ernst Penzoldt | Der arme Chatterton (Juni 1962) |
| 53 | Romain Gary | Lady L. (Juni 1962) |
| **54 | H. A. und E. Frenzel | Daten deutscher Dichtung.
Band II (Juni 1962) |
| 57 | Alexander Spoerl | Memoiren eines mittelmäßigen
Schülers (Juli 1962) |
| 58 | Robert Brasillach | Uns aber liebt Paris (Juli 1962) |
| **59/60 | Selma Lagerlöf | Gösta Berling (Juli 1962) |
| **61 | Duff Cooper | Talleyrand (Juli 1962) |
| 64 | Anne Morrow Lindbergh | Muscheln in meiner Hand (Aug. 62) |
| 65 | Walter Blair | Das große Lügengarn (Aug. 1962) |
| 66 | Henry de Montherlant | Erbarmen mit den Frauen (Aug. 62) |
| 67 | H. H. Stuckenschmidt | Schöpfer der neuen Musik
(August 1962) |
| 70 | Gottfried Benn | Kunst und Macht (Sept. 1962) |
| 71 | G. Bernard Shaw | Kapitän Brassbouds Bekehrung.
Der Teufelsschüler (Sept. 1962) |
| 72 | Edzard Schaper | Das Tier (September 1962) |
| 73 | Gertrud Fussenegger | Das verschüttete Antlitz (Sept. 62) |

dtv-dokumente

- ** 8 Das Urteil von Nürnberg
- 13 Deutsche Reden und Rufe
- **18 Meister der deutschen Kritik. Band I: 1730-1830
- 24 Der Prozeß Jeanne d'Arc 1431 · 1456

Deutscher	Normalband	DM 2.50
Taschenbuch Verlag	Großband**	DM 3.60
München 13	Doppelband***	DM 4.80

dtv-dokumente
dtv-wissen
sonderreihe dtv



das Taschenbuch
für
Anspruchsvolle

- 29 Käthe von Normann: Ein Tagebuch aus Pommern
**34 Letzte Briefe zum Tode Verurteilter 1939/1945
**39 Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitzeitschrift
**44 M. Buber-Neumann: Als Gefangene bei Stalin und Hitler
**49 Carl J. Burckhardt: Meine Danziger Mission
55 Hier hielt die Welt den Atem an (Juni 1962)
**62 Die Tragödie Schlesiens 1945/46 (Juli 1962)
68 Deutsche Briefe des 20. Jahrhunderts (August 1962)
**74 Ein Gott der keiner war (September 1962)

dtv-wissen

- 50 Paul Eipper Tiere sehen dich an
56 Schwarzer Hirsch Ich rufe mein Volk (Juni 1962)
63 Herbert Rittlinger Das baldverlorene Paradies
(Juli 1962)
**69 Shapiro/Hentoff (Hrsg.) Jazz erzählt (August 1962)
75 Lois Crisler Wir heulten mit den Wölfen
(September 1962)

sonderreihe dtv

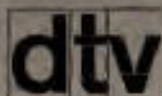
Die »sonderreihe dtv« ist eine exklusive Bibliothek der zeitgenössischen Dichtung und Essayistik. Sie bringt avantgardistische Werke der Gegenwart und der literarisch-revolutionären Bewegungen des zwanzigsten Jahrhunderts in sorgfältiger Auswahl und fachkundiger Edition.

- | | |
|-----------------------|---|
| 1 Else Lasker-Schüler | Helles Schlafen - dunkles Wachen |
| 2 Alain Robbe-Grillet | Der Augenzeuge |
| 3 Jean Genet | Die Neger |
| 4 | Lyrik des expressionistischen
Jahrzehnts (Juni 1962) |
| 5 Hans Henny Jahn | Die Nacht aus Blei (Juli 1962) |
| 6 Jorge Luis Borges | Labyrinth (August 1962) |

Deutscher
Taschenbuch Verlag
München 13

Normalband	DM 2,50
Großband**	DM 3,60
Doppelband***	DM 4,80

Johann Wolfgang
Goethe
Sämtliche Werke



Gesamtausgabe

Bis Oktober 1962 erscheinen:

- ** 1 Sämtliche Gedichte. Erster Teil
- ** 2 Sämtliche Gedichte. Zweiter Teil
- 3 Sämtliche Gedichte. Dritter Teil
- 4 Sämtliche Gedichte. Vierter Teil
- 5 Der West-östliche Divan
- 6 Epen
- ** 7 Frühe dramatische Dichtungen
- 8 Götz von Berlichingen. Clavigo. Urfaust
- ** 9 Faust. Erster und zweiter Teil
- 10 Egmont. Iphigenie auf Tauris. Torquato Tasso
- **11 Die natürliche Tochter. Pandora. Der Groß-Cophta
- **12 Die Geschwister. Elpenor. Nausikaa. Maskenzüge
- **13 Die Leiden des jungen Werthers. Frühe Prosa
- **14 Wilhelm Meisters theatralische Sendung
- 15 Wilhelm Meisters Lehrjahre. Erster Teil
- **16 Wilhelm Meisters Lehrjahre. Zweiter Teil
- 17 Wilhelm Meisters Wanderjahre. Erster Teil
- 18 Wilhelm Meisters Wanderjahre. Zweiter Teil
- 19 Die Wahlverwandtschaften
- 20 Die Novellen
- 21 Maximen und Reflexionen
- 22 Dichtung und Wahrheit. Erster Teil
- 23 Dichtung und Wahrheit. Zweiter Teil
- **24 Dichtung und Wahrheit. Dritter und vierter Teil
- **25 Die Italienische Reise. Erster und zweiter Teil
- 26 Die Italienische Reise. Dritter Teil

Sichern Sie sich den Fortsetzungsbezug bei Ihrem Buchhändler. Einen ausführlichen Prospekt erhalten Sie auf Wunsch direkt vom Verlag.

Deutscher
Taschenbuch Verlag
München 13

Normalband DM 2,50
Großband** DM 3,60